

**FREIE UNIVERSITÄT BERLIN**  
INSTITUT FÜR SOZIOLOGIE  
GARYSTR. 55  
14195 BERLIN

**WISSENSCHAFTSZENTRUM BERLIN FÜR  
SOZIALFORSCHUNG**  
ABTEILUNG „NORMBILDUNG UND UMWELT“  
REICHPIETSCHUFER 50  
10785 BERLIN

Forschungspraktikum II:

## **Modernisierung durch Naturschutz? Der Nationalpark Unteres Odertal**

Leiter und Herausgeber:

Prof. Dr. Bernhard Glaeser  
Dipl. Soz. Torsten Reinsch  
Prof. Dr. Manfred Schulz

StudentInnen:

Alexander Belousov  
Wiebke Blichmeister  
Agnes Borowska  
Philipp Casula  
Susanne Gabelmann  
Milena Joschko  
Vera Mayer  
Jenny Meyer  
Claudia Müller  
Carola Russler  
Kinga Ryttau  
Osman Saeed  
Anja Schatz  
Tobias Siebert  
Séra-Reneé Zentiks

Berlin, Dezember 2001

*Studentische Übungsarbeit – Nicht zur Veröffentlichung bestimmt.*

*Ein gemeinsames Forschungsprojekt der Freien Universität Berlin und des Wissenschaftszentrum Berlin für Sozialforschung. Kontakt: unteresodertal.forschung@gmx.de*

*Dieser Bericht ist unter „[http://www.wz-berlin.de/nu/pdf/glaeser\\_odertal.pdf](http://www.wz-berlin.de/nu/pdf/glaeser_odertal.pdf)“, Aktuelle Forschungsprojekte“ ab Januar 2002 als PDF-Dokument verfügbar.*

---

## I. Vorwort: Die Entstehungsgeschichte des Forschungspraktikums

Im Sommer 1999 verbrachte Manfred Schulz gemeinsam mit seiner Frau einen dreitägigen Urlaub in Criewen an der Oder, südlich von Schwedt. Während dieses Aufenthaltes entstand bei ihm die Idee zu einem Forschungsprojekt im Unteren Odertal. Er beschrieb uns sein Erlebnis mit Begeisterung: „Als Afrikaspezialist kenne ich zwar verschiedene Wildparks im ‚dunklen Kontinent‘, bislang hatte ich aber nie einen Nationalpark in Deutschland besucht. Bei den ‚Safaris‘ zu den Berggorillas in Ost-Kongo oder in die Serengeti erlebt man die Natur als erhaben und großartig, aber auch als fremd und bedrohlich, denn als Tourist will man vor allem das Großwild sehen: Elefanten, Nashörner, Leoparden und Büffel. Man wahrt aus wohlverstandener Eigeninteresse Abstand zu dem wilden Tier. Ganz anders erlebte ich den Nationalpark Unteres Odertal. Bei ausgedehnten Fahrradtouren auf den Deichkronen mit Blick in das Odertal mit seinem Vogelgewimmel erscheint die Natur friedlich. Bei schönem Sonnenschein bebte gleichsam die Seele: ich ließ sie baumeln. Ich war erstaunt über die Stärke dieses Naturerlebnisses, das nur zu späterer Zeit übertroffen wurde, als ich zusammen mit Bernhard Glaeser im Herbst bei Gartz die einschwebenden Kranichformationen beobachtete.“

Zurück zum Sommer: Bei einer Radtour südlich von Criewen mußte Schulz auf der Deichkrone plötzlich halten: eine große Schafherde versperrte den Weg, ein Mutterschaf lammt ab. Er nahm ein Gespräch mit dem Schäfer auf. Dieser erzählte, daß er seinen Schafbestand erheblich ausgeweitet habe. Die Europäische Union habe die Schafprämien reduziert, so daß er eine Kompensation durch Mengenausweitung verfolge. Schließlich meinte Schulz, der Schäfer habe doch einen schönen Beruf, so mitten in der Natur. Er erwiderte, die ansässigen Bauern sähen das ganz anders: es bestehe eine starke Aversion gegen den Nationalpark.

Über die vielen Fragen verwundert, fragte der Schäfer Schulz zum Schluß, was er beruflich mache. Dieser sagte, er stelle Fragen und schreibe als Soziologe darüber Berichte. Der Schäfer reagierte schnell: dann solle Manfred Schulz doch einmal einen Bericht über die tatsächliche Lage der ansässigen Bevölkerung in der Nationalparkregion, ihre Probleme und Sichtweisen machen. Das war für Schulz verlockend, und er erwiderte: „Mein Wort, das wird gemacht“. Dies war die Geburtsstunde des Forschungsunternehmens. Manfred Schulz fand schnell einen Kollegen, Bernhard Glaeser vom Wissenschaftszentrum Berlin für Sozialforschung (WZB) und den Doktoranden Torsten Reinsch, die beide gern mitmachen wollten. Schliesslich banden wir unsere Studierenden mit ein, die ohnehin ein zweisemestriges Forschungspraktikum als Pflichtveranstaltung absolvieren müssen. Eine abwechslungsreiche Woche in und um Criewen lief ab im Juni/Juli 2000 mit langen arbeitsreichen Tagen, fröhlichen gemeinsamen Abenden, voll trauriger Betroffenheit nach manchem Interview oder einer Lebensgeschichte, aber auch voll Freude, wenn die Gesprächspartner uns in ihr Vertrauen zogen.

Der vorliegende Bericht ist von den Studierenden auf der Grundlage eines ausgiebigen Literaturstudiums<sup>1</sup> im vorangegangenen Semester (Sommer-Semester 2000) und der Exkursionsergebnisse – der Befragungen und Beobachtungen im Juni/Juli 2000 – verfasst und von den Lehrenden durchgesehen. Bei der Komplexität des Nationalparkprojektes und der mit ihm verbundenen Auseinandersetzungen auf verschiedenen Ebenen ist einsichtig, daß unsere studentische Übungsarbeit auf der Basis einer einwöchigen Exkursion Fehler enthalten muß. Wir haben uns aber bemüht, die Stimmungslage nachzuzeichnen. Die schon vielfach befragten Landwirte, aber auch die Hotel- und Pensionsbesitzer lobten, daß wir sie nicht wieder mit einem vorgefertigten Fragebogen überziehen und schematisch abfragen, sondern sie erzählen lassen (narrative Interviews). Es ergaben sich Gespräche, die im Extrem bis zu zweieinhalb Stunden dauerten und die wir mit Kassettenrecordern aufnahmen. Die

---

<sup>1</sup> Literatur, die später als Januar 2001 erschienen ist, wurde nicht mehr vertiefend berücksichtigt. Dies bedeutet auch, dass uns der Agrarstrukturelle Entwicklungsplan nur als Entwurf vorlag.

Transkription (schriftliche Übertragung) und die anschließende systematische Auswertung erforderten viel Zeit bis hin zur zeitlichen Überforderung der Studierenden. Wir sind daher im Dezember 2001 mit dem Bericht spät fertig geworden. Wir hatten aber auch nicht die Aufgabe und Verpflichtung eines ‚Consultant‘, der zwei bis drei Wochen nach der Mission seinen Endbericht vorlegen muß und damit anderen Fehlertypen und -quellen unterliegt.

Hinsichtlich unseres qualitativen methodischen Vorgehens und der in diesem Bericht daraus gewonnenen Schlußfolgerungen wurde uns durch die NP-Verwaltung zugetragen, dass die Grenze zwischen "realer Welt" (Objektivität) und den "Empfindungen einzelner Menschen" extrem scharf gezogen werden müsse. Diese strikte Trennung sei notwendige Voraussetzung für Wissenschaftlichkeit, würde aber in dieser Arbeit nicht umgesetzt werden. Im Gegensatz zu dieser Auffassung vertreten wir folgendes Wissenschaftsverständnis: Das von der NP-Verwaltung eingeforderte Verständnis vernachlässigt unseres Erachtens die soziale Konstruktion von Wirklichkeit. Soziale Sachverhalte – und dazu zählt auch der Naturschutz – lassen sich nicht einfach aus Tatsachen in Form quantifizierter Daten zusammensetzen, sondern aus *Bedeutungen*, die ihnen durch soziale Gruppen bzw. Individuen in ihrer Lebenswelt zugewiesen werden. Ein wesentlicher Grundsatz qualitativer Sozialforschung ist es daher, Handeln zu verstehen. Dabei bedeutet Handeln sinnhaftes Sichverhalten. Es sind dabei die Handelnden selbst (!), die einen Sinn mit ihrem Handeln verbinden. Ihr Handeln ist diesbezüglich sinnrational. Und insoweit Handeln »sinnhaft« ist, wird es verständlich. Daher müssen die Sinngebungen, Bedeutungen und subjektiven Deutungen, die den Gegebenheiten durch die Individuen zugewiesen werden und dem Handeln der Akteure zugrunde liegen, in die Betrachtungen mit einfließen.

Zu einer wichtigen Grundlage werden somit die konkreten Aussagen der unterschiedlichen Interviewpartner, die wir in dem vorliegenden Bericht in Form von Zitaten anonymisiert wiedergeben. Aussagen von Interviewpartnern werden selbst dann zugelassen, wenn ihre Aussagen deutlich vom aktuellen „Sachstand“ abweichen. Bei dieser Vorgehensweise ist es selbstverständlich, dass Widersprüchliches zu Tage tritt. Dies bezieht sich auch auf die sogenannte Expertenmeinung, wie es sich beispielsweise hinsichtlich der Auswirkungen der durch den NP veränderten Wasserregime zeigen läßt.

Bernhard Glaeser, Torsten Reinsch und Manfred Schulz

## II. Danksagung

Wir haben vor, während und nach unserer Untersuchung im Unteren Odertal freundliche Kooperation und Unterstützung sowohl bei den Ortsansässigen als auch den zuständigen Institutionen erfahren. Bei allen Helfern bedanken wir uns herzlich: bei unseren Interviewpartnern, den Hotel- und Gaststättenbesitzern und den bereits „überforschten“ Landwirten, der Nationalparkverwaltung (besonders bei dem Verwaltungsleiter Herrn Romuald Buryn und Herrn Hans-Jörg Wilke), der Umweltwerkstatt (Frau Karin Ebert), dem Vorsitzenden des Vereins der Freunde des Deutsch-Polnischen Europa-Nationalparks Unteres Odertal e.V. Herrn Pfarrer Berg, der Interessengemeinschaft für den Schutz des Unteren Odertals e.V. Herrn Michael Manthey, dem ehemaligen Landtagsabgeordneten Herrn Lothar Englert, der Landesanstalt für Großschutzgebiete (LAGS/Eberswalde), Herrn Rudolf Vögel, dem Zentrum für Agrarlandwirtschafts- und Landnutzungsforschung e.V. (ZALF/Müncheberg) – Institut für Sozialökonomie, bei Herrn Dr. Harald Kächele und Frau Dr. Rosemarie Siebert, sowie bei Frau Dr. Kristiane Klemm, Willy-Scharnow-Institut für Tourismus an der Freien Universität Berlin.



# Inhaltsverzeichnis

<b>0 ENGLISH SUMMARY</b> .....	<b>6</b>
<b>1 ZUR LEGITIMIERUNG DER FORSCHUNGSFRAGE: MODERNISIERUNG UND TRANSFORMATION IN OSTMITTELEUROPA</b> .....	<b>8</b>
<b>2 EINFÜHRUNG IN DAS UNTERSUCHUNGSGEBIET</b> .....	<b>11</b>
<b>2.1 NATURRÄUMLICHE BESCHREIBUNG DES NATIONALPARKGEBIETES "UNTERES ODERTAL"</b> .....	<b>12</b>
<b>2.2 DIE SOZIOÖKONOMISCHEN AUSWIRKUNGEN DES TRANSFORMATIONSPROZESSES IM LÄNDLICHEN RAUM</b> ....	<b>12</b>
<b>2.3 DIE NATIONALPARKENTWICKLUNG „UNTERES ODERTAL“</b> .....	<b>14</b>
<b>2.4 AKTEURE UND INTERESSEN</b> .....	<b>17</b>
2.4.1 <i>Die Akteure entsprechend dem "Nationalpark Unteres Odertal Gesetz" (NatPUOG) und Mittelverteilungsschreiben</i> .....	17
2.4.1.1 Ministerium für Landwirtschaft, Umweltschutz und Raumordnung (MLUR) .....	17
2.4.1.2 Nationalparkverwaltung (NPV) / Landesanstalt für Großschutzgebiete .....	17
2.4.1.3 Verein der Freunde des Deutsch- Polnischen Europa- Nationalparks Unteres Odertal e.V. ("Förderverein") .....	18
2.4.1.4 Nationalparkstiftung .....	18
2.4.1.5 Landkreise Barnim und Uckermark .....	19
2.4.1.6 Amt für Flurneuordnung und ländliche Entwicklung .....	19
2.4.1.7 Nationalpark- Kuratorium .....	19
2.4.1.8 Projektbegleitende Arbeitsgruppe (PA).....	19
2.4.2 <i>Weitere wichtige Akteure vor Ort und deren Interessen</i> .....	19
2.4.2.1 Kommunen/ Landkreise .....	19
2.4.2.2 Die Interessengemeinschaft für den Schutz des Unteren Odertals e.V. ....	20
2.4.2.3 Der Sprecherrat der Landwirte des Unteren Odertals.....	20
2.4.2.4 Wirtschaftsunternehmen und Verbände .....	21
2.4.2.5 Die Fischereibetriebe und die örtlichen Anglerverbände.....	21
2.4.2.6 Der Fremdenverkehrsverein .....	21
2.4.2.7 Der Jagdverband.....	22
2.4.2.8 Die Naturschutzverbände .....	22
2.4.3 <i>Fazit</i> .....	22
<b>2.5 KONFLIKTE</b> .....	<b>22</b>
2.5.1 <i>Die Landwirtschaft</i> .....	22
2.5.2 <i>Die Industrie</i> .....	22
2.5.3 <i>Die Fischerei und Anglerverbände</i> .....	23
2.5.4 <i>Der Fremdenverkehrsverein</i> .....	24
2.5.5 <i>Der Jagdverband</i> .....	24
2.5.6 <i>Die Kommunen und Landkreise</i> .....	25
<b>3 THEORIE</b> .....	<b>26</b>
<b>3.1 NACHHALTIGE ENTWICKLUNG: BEGRIFFSBESTIMMUNG</b> .....	<b>26</b>
<b>3.2 DER SOZIALE ASPEKT DER NACHHALTIGEN ENTWICKLUNG</b> .....	<b>27</b>
3.2.1 <i>Lebensqualität im Mittelpunkt</i> .....	27
3.2.2 <i>Soziale Nachhaltigkeit und ihr institutioneller Rahmen</i> .....	27
3.2.3 <i>Partizipation und Ausgrenzung</i> .....	28
3.2.4 <i>Akzeptanzprobleme</i> .....	29
3.2.5 <i>Arbeit</i> .....	30
3.2.5.1 <i>Ausdifferenzierung der Arbeitsverhältnisse: Mischarbeit</i> .....	30
3.2.5.2 <i>Der tertiäre Sektor und der Umweltschutz als Beschäftigungsfeld</i> .....	30
<b>3.3 NACHHALTIGKEIT IM UNTEREN ODERTAL</b> .....	<b>31</b>
<b>4 METHODIK</b> .....	<b>32</b>

<b>5 EMPIRIE</b> .....	<b>34</b>
<b>5.1 ARBEITSGRUPPE ‚SONSTIGE ANSÄSSIGE BEVÖLKERUNG‘</b> .....	<b>34</b>
5.1.1 <i>Einleitung</i> .....	34
5.1.2 <i>Analyseaster der „sozialen Nachhaltigkeit“</i> .....	34
5.1.3 <i>Methoden</i> .....	36
5.1.3.1 <i>Der Leitfaden</i> .....	37
5.1.3.2 <i>Auswahl der Interviewpartner</i> .....	37
5.1.3.3 <i>Erhebung</i> .....	37
5.1.3.4 <i>Auswertung</i> .....	38
5.1.3.5 <i>Einordnung der Ergebnisse</i> .....	38
5.1.4 <i>Der Transformationsprozess und die Entwicklung des Nationalparks aus Sicht der einheimischen Bevölkerung</i> .....	38
5.1.4.1 <i>Regionale Wirtschaftsstruktur bis zur Wende</i> .....	38
5.1.4.2 <i>Auswirkungen der Wende</i> .....	39
5.1.4.2.1 <i>Transformation der sozial- ökonomischen Strukturen</i> .....	39
5.1.4.2.2 <i>Demographische und infrastrukturelle Veränderungen</i> .....	40
5.1.4.2.3 <i>Wahrnehmung der eigenen wirtschaftlichen Lage</i> .....	41
5.1.4.3 <i>Auswirkungen des Nationalparks</i> .....	41
5.1.4.4 <i>Zusammenfassung</i> .....	42
5.1.5 <i>Soziales Klima</i> .....	43
5.1.5.1 <i>Forschungsergebnisse</i> .....	43
5.1.5.2 <i>Zusammenfassung</i> .....	44
5.1.6 <i>Mensch und Natur im Unteren Odertal</i> .....	45
5.1.6.1 <i>Forschungsergebnisse</i> .....	45
5.1.6.2 <i>Zusammenfassung</i> .....	46
5.1.7 <i>Konflikte und Partizipation</i> .....	47
5.1.7.1 <i>Konfliktgruppen</i> .....	47
5.1.7.1.1 <i>Landwirte und Fischer</i> .....	48
5.1.7.1.2 <i>Konflikte zwischen den Betroffenengruppen</i> .....	48
5.1.7.1.3 <i>Nationalparkverwaltung und Förderverein</i> .....	49
5.1.7.1.4 <i>Industrie</i> .....	49
5.1.7.2 <i>Interaktion</i> .....	49
5.1.7.2.1 <i>Konfliktursachen auf der Verhandlungsebene</i> .....	49
5.1.7.2.2 <i>Partizipationsfähigkeit</i> .....	50
5.1.7.2.3 <i>Informationen</i> .....	50
5.1.7.3 <i>Zusammenfassung</i> .....	51
5.1.8 <i>Problemlagen, Perspektiven und Wünsche</i> .....	52
5.1.8.1 <i>Das zentrale Problem</i> .....	52
5.1.8.1.1 <i>Das Beschäftigungsproblem</i> .....	53
5.1.8.1.2 <i>Der Nationalpark und seine Maßnahmen als Problem</i> .....	53
5.1.8.1.3 <i>Die Vielfalt der Problemlagen</i> .....	54
5.1.8.2 <i>Die Perspektiven</i> .....	55
5.1.8.2.1 <i>Private Perspektiven</i> .....	55
5.1.8.2.2 <i>Einschätzungen der Perspektiven für Beschäftigung und wirtschaftliche Entwicklung</i> .....	56
5.1.8.2.3 <i>Was wird aus dem Nationalpark?</i> .....	56
5.1.8.3 <i>Wünsche für die Zukunft</i> .....	57
5.1.8.3.1 <i>Positiv-Szenario</i> .....	57
5.1.8.3.2 <i>Bewältigung der Differenzen</i> .....	59
5.1.8.4 <i>Zusammenfassung</i> .....	60
5.1.9 <i>Schlussbetrachtung</i> .....	60
5.1.9.1 <i>Ist der Nationalpark Unteres Odertal nachhaltig? Welchen Beitrag leistet der Nationalpark für eine nachhaltige Entwicklung der Region als Lebens- und Wirtschaftsraum?</i> .....	60
5.1.9.2 <i>Wie verhält sich Nachhaltigkeit zu sozialer Nachhaltigkeit und den Dimensionen sozialer Ausgrenzung?</i> .....	61
5.1.9.3 <i>Forschungsergebnisse</i> .....	62
5.1.9.4 <i>Inwieweit ist das Projekt Nationalpark Unteres Odertal sozial nachhaltig?</i> .....	64
5.1.9.5 <i>Defizite und Chancen</i> .....	64
5.1.9.6 <i>Was fehlt dem Nationalpark, um tatsächlich als nachhaltiges Entwicklungsprojekt zu fungieren?</i> .....	65
5.1.9.7 <i>So könnte eine Integration der Säulen der Nachhaltigkeit aussehen</i> .....	65
<b>5.2 DIE ARBEITSGRUPPE LANDWIRTE</b> .....	<b>66</b>

5.2.1	<i>Akzeptanz - das erkenntnisleitende Untersuchungskonzept</i> .....	66
5.2.2	<i>Methodischer Untersuchungsrahmen</i> .....	66
5.2.2.1	Untersuchungsgruppe: ausgewählte Landwirte.....	67
5.2.2.2	Prozess der Datenerhebung: standardisierter Fragebogen und Tonbandgerät .....	67
5.2.2.3	Prozess der Auswertung: Transkription und Kodierung.....	67
5.2.3	<i>Ursachen der Akzeptanz/ Nicht-Akzeptanz</i> .....	68
5.2.3.1	Der Ausgangspunkt: Die vorgesehenen Maßnahmen, dargestellt anhand des Pflege- und Entwicklungsplans (PEPL) 68	
5.2.3.2	Bewertung der Merkmale der Maßnahmen aus der Sicht der Landwirte .....	70
5.2.3.2.1	Generelle Einstellungen zum Naturschutz: emotionale und kulturelle Aspekte .....	70
5.2.3.2.2	Ökonomische Interessen.....	73
5.2.3.3	Partizipation und Konfliktlösungsstrategien.....	77
5.2.3.3.1	Die Informationspolitik der entscheidenden Institutionen .....	78
5.2.3.3.2	Die mangelnde Beteiligung der Bevölkerung an Entscheidungsprozessen .....	78
5.2.3.3.3	Das Machtgefüge und die Einflussphasen der Institutionen .....	80
5.2.3.3.4	Probleme, die ursächlich mit den führenden Persönlichkeiten im Förderverein zusammenhängen.....	80
5.2.3.3.5	Der willkürliche Umgang mit der ungeklärten Gesetzeslage.....	80
5.2.3.3.6	Die Ablehnung der Tatsache, dass einem privaten Förderverein staatliche Mittel für eine bislang hoheitliche Aufgabe zur Verfügung gestellt werden.....	80
5.2.4	<i>Problemlösungsstrategien</i> .....	81
5.2.5	<i>Sozioökonomische Lage: Die Rahmenbedingungen</i> .....	82
5.2.5.1	Der Agrarstrukturen im Unteren Odertal.....	83
5.2.5.1.1	Unternehmensstrukturen .....	83
5.2.5.1.2	Was wird produziert?.....	83
5.2.5.1.3	Produktionsweisen .....	84
5.2.5.1.4	Investitionen .....	85
5.2.5.1.5	Ökonomische Perspektiven .....	85
5.2.6	<i>Interpretation</i> .....	86
5.2.7	<i>Schlussfolgerungen</i> .....	89
<b>5.3</b>	<b>ARBEITSGRUPPE TOURISMUS</b> .....	<b>91</b>
5.3.1	<i>Einführung in die Forschungsfragen</i> .....	91
5.3.2	<i>Einbettung in den gesamt-touristischen Kontext in Wechselwirkung mit der Gründung des Nationalparks</i> .....	92
5.3.2.1	Entwicklung des Tourismus in der Uckermark seit Gründung des NPs am 10. September 1995 .....	92
5.3.2.2	Situation zum Zeitpunkt der Erhebung.....	94
5.3.3	<i>Methodik</i> .....	94
5.3.3.1	Theoretisch begründete Antworten auf die Problemstellung: Hypothesenbildung .....	94
5.3.3.2	Bestimmung der relevanten Grundgesamtheit, des Auswahlverfahrens und die Ermittlung der Stichprobe .....	94
5.3.3.3	Wahl und Konstruktion der Forschungsinstrumente .....	95
5.3.3.4	Erhebung.....	96
5.3.3.5	Auswertung.....	96
5.3.4	<i>Ergebnisse</i> .....	97
5.3.4.1	Die Anbieter touristischer Dienstleistungen .....	97
5.3.4.1.1	Chancen für die Tourismusbranche.....	97
5.3.4.1.2	Akzeptanz des Nationalparks.....	98
5.3.4.1.3	Organisation des Nationalparks .....	98
5.3.4.2	Touristen im Unteren Odertal.....	99
5.3.4.3	Vergleich mit den Ausgangshypothesen und zusammenfassende Bewertung.....	100
5.3.4.4	Ausblick und Handlungsvorschläge .....	101
<b>6</b>	<b>RESÜMEE</b> .....	<b>104</b>
<b>7</b>	<b>ABKÜRZUNGEN</b> .....	<b>106</b>
<b>8</b>	<b>ANHANG</b> .....	<b>107</b>
<b>8.1</b>	<b>INTERVIEWLEITFÄDEN</b> .....	<b>107</b>
8.1.1	<i>Landwirtschaft</i> .....	107
8.1.2	<i>Tourismus</i> .....	109
8.1.2.1	Touristische Leistungsträger.....	109
8.1.2.2	Besucher .....	113

---

8.1.3 <i>Sonstige</i> .....	116
<b>8.2 IUCN-KATEGORIEN II UND IV</b> .....	<b>119</b>
<b>9 LITERATUR</b> .....	<b>120</b>



---

## Nature Protection for Modernization? The Lower Oder Valley National Park

### 0 English Summary

#### Key Objective

The Lower Oder Valley National Park is located 100 km northeast of Berlin in the Uckermark landscape, which is part of the eastern federal state (*Bundesland*) of Brandenburg, close to the Polish boarder. The student research project was launched as a cooperative effort between the Free University of Berlin (FUB) and the Social Science Research Center Berlin (WZB), in which the students were guided by Bernhard Glaeser (professor, WZB), Torsten Reinsch (sociologist, MA, FUB), and Manfred Schulz (professor, FUB).

The key objective of the investigation was to monitor the results of the development process in the National Park and the surrounding region. A specific focus was on the transition process in East Germany and on the evolving structures of permanent unemployment. The envisioned “sustainable development” (SD), as put forward in local policy statements, includes the need to cope with the socio-economic collapse that occurred during the transition process.

The following steps were taken:

- First, to outline the subjective point of view, the felt needs of the local people affected by the National Park;
- Second, to highlight and discuss the sustainable development issue, including its three “pillars”, ecology, economy, and society;
- Third, to describe the social dimension of SD, including the concept of social exclusion, and to attempt to answer the key question: does the National Park promote social inclusion or exclusion?

#### Methodology

Since the primary concern was to describe the people’s felt experiences with the transition process, which included the imposition of the National Park project, a suitable methodology had to be worked out. The main data collected were of a qualitative nature, produced by narrative in-depth interviews and aided by quantitative data from standardized interviews and official statistics. Content-analysis routines and simple statistics were employed to compile and process the raw data.

A snowball approach provided access to the field. Key-persons representing different interest groups were approached and offered names and addresses by local individuals, private persons and officials, who agreed to participate in the investigation. In addition, visitors and people in the streets were randomly approached.

## **Results**

The authors arrived at the following conclusions and recommendations:

- First, the regional development conflicts encountered are based on a common planning error: a top-down approach ignoring the feelings and interests of the local people had been applied.
- Second, an arrogant style of politics was identified. "Political illusions" were spread by officials in order to appease those opposing the National Park and to avoid losing funds.
- Third, the theoretically fundamental contradiction between the three dimensions of SD itself, i.e., the economic, the ecological, and the social pillars, could not be resolved in the political arena.
- Fourth, existing communication structures, as they now stand, are not able to grant easy access to the regional decision-making processes.
- Fifth, it was recommended to raise the level of information and to improve participatory efforts among all the stakeholders involved so as to prepare the ground for compromise. The National Park could then be an integrating component rather than an obstacle in the process of sustainable development.

---

# 1 Zur Legitimierung der Forschungsfrage: Modernisierung und Transformation in Ostmitteleuropa

Dem wachstumsorientierten eindimensionalen Modernisierungsbegriff wird seit Beginn der nord-amerikanisch-westeuropäischen Umweltbewegung Ende der sechziger Jahre die Überzeugung von der Begrenztheit globaler Ressourcen entgegengesetzt, verbunden mit dem Handlungsimperativ, diese schonend im Hinblick auf nachfolgende Generationen zu nutzen. Der Gedanke der Nachhaltigkeit (*sustainability*) fand mit der Publikation des Brundlandt - Berichts 1987 Eingang in die politischen Machtzentren und die Schaltstellen der Wirtschaft. Unterschiedliche Betonungen und Auslegungen des Begriffes im Sinne des jeweils vorherrschenden Interesses profitierten von seiner schillernden Uneindeutigkeit. In der Tat sind die drei Nachhaltigkeits-„Säulen“ Ökonomie, Ökologie und Soziales, die ja jede für sich unterschiedliche Ziele verfolgen, unterschiedlich optimierbar, so dass man in Anlehnung an die Terminologie eines magischen Dreiecks in den Zielsetzungen der Nationalökonomie hier von dem „magischen Dreieck der Nachhaltigkeit“ (Glaeser) sprechen kann. Damit wird einerseits auf die Mehrdimensionalität des neuen Modernisierungsbegriffs hingewiesen, andererseits aber auch auf die Widersprüche und Zielkonflikte zwischen diesen Dimensionen.

Diese Zielkonflikte verbinden sich in den Ländern Mittel- und Osteuropas mit den Transformationsproblemen. So wies der deutsche Bundestagspräsident Wolfgang Thierse zehn Jahre nach der Eingliederung der ostdeutschen Bundesländer in das demokratisch-kapitalistische System des Westens darauf hin, dass Ostdeutschland am „Kippen“ sei. Damit meinte er eine unzureichende, nicht zufriedenstellende wirtschaftliche und soziale Entwicklung, die verbunden sei mit Zukunftsängsten und entsprechend negativen Einstellungen gegenüber dem politischen System, seinen Prozessen, Akteuren und Institutionen. Modernisierung oder zumindest die erfolgreiche Integrierung der ostdeutschen Gesellschaft in das westliche Modell wird hier in Frage gestellt.

Die Besorgnisse Thierses finden ihre Bestätigung in einer jüngst vorgestellten Mehrländerstudie zu Einstellungen zum politischen System, zur Bewertung von Demokratie und sozialer Ungleichheit sowie zur Religion in Ost- und Mitteleuropa unter der Leitung von Prof. Detlef Pollack an der Viadrina - Universität in Frankfurt/Oder (Pollack 2000). Eine Umfrage im Herbst 2000 unter 11.753 Befragten in elf Ländern Mittel- und Osteuropas, Ostdeutschland eingeschlossen, ergab, dass allenfalls jeder Zweite mit der Demokratieentwicklung in seinem Land zufrieden ist. Die Unzufriedenheit hängt vor allem mit der wirtschaftlichen Situation zusammen, die von über 60% für schlecht befunden wird. Dennoch streben weniger als ein Fünftel (in Ostdeutschland 15%) zurück zur realsozialistischen Gesellschaftsordnung.

Herausgestellt wird, dass der Zusammenbruch des sozialistischen Gesellschaftssystems und die sich anschließende Demokratisierung Mittel- und Osteuropas zu den größten politisch-sozialen Veränderungen im 20. Jahrhundert gehören. Die sozialistische Gesellschafts-, Wirtschafts- und Werteordnung brach gleichsam über Nacht zusammen und transformierte sich in makrosoziale Experimente mit Marktwirtschaft und Demokratie. Die Umfrage bilanziert zehn Jahre Erfahrungen mit und Einstellungen zu den neu entwickelten Gesellschaftssystemen in den untersuchten Ländern.

Knapp 50% der Ostdeutschen sind zufrieden mit dem Leben insgesamt und liegen damit hinter den Slowenen und Tschechen auf dem dritten Platz. Sogar an der Spitze mit 48% liegen die Ostdeutschen in der Zufriedenheit mit dem Funktionieren der Demokratie in ihrem Land, gefolgt von Tschechien und Estland. Somit kann die handfeste Unzufriedenheit der Bürger Ostmitteleuropas mit der Demokratie wohl kaum auf mangelnde demokratische Einstellung reduziert werden. Eher ist sie Ausdruck der manifesten wirtschaftlichen und sozialen Probleme. Immerhin wird die Diktatur als beste Regierungsform von 69% aller Befragten (in Ostdeutschland 77%) abgelehnt.

Ostdeutsche vertrauen in staatliche und halbstaatliche Institutionen, insbesondere in Polizei (66%),

Bundeswehr (56%) und Gerichte (55%). Am wenigsten vertrauen sie Politikern (26%) und politischen Parteien (28%). Die Legislative liegt mit 40% dazwischen und damit weit über den Werten der meisten anderen ostmitteleuropäischen Länder. In der Frage der Rolle des Staates, der Abwägung zwischen staatlicher Fürsorge und Eigenverantwortung liegt Ostdeutschland gleichauf mit Russland (je 34% wollen für sich selbst sorgen) auf einem Mittelplatz. Eine deutliche Mehrheit in Ostdeutschland (63%) befürchtet, die Regierung werde noch mindestens zehn Jahre benötigen, um die Wirtschaftsprobleme zu lösen. Damit sind die Ostdeutschen am pessimistischsten im Vergleich mit den anderen zehn Ländern.

Man mag dies erstaunlich finden angesichts der Tatsache, dass es Ostdeutschland objektiv vergleichsweise noch am besten geht. Ebenso objektiv ist jedoch auch festzustellen, dass Ostdeutschland die Wachstumszahlen Westdeutschlands seit einiger Zeit nicht mehr erreicht, so dass die Schere zwischen West und Ost sich weiter öffnet, statt sich zu schließen.

Eine größere Bedeutung als das Wirtschaftswachstum für die Legitimation der jeweils bestehenden Gesellschaftsordnung und damit für die Zustimmung zu ihr hat in Ostmitteleuropa die Verteilungsgerechtigkeit und ihre Wahrnehmung. Als Maßstab gelten die als weitgehend egalitär wahrgenommenen früheren sozialistischen Sozialordnungen. Während 38% der Albaner ihre Gesellschaftsordnung als gerecht empfinden und damit in dieser Einschätzung an der Spitze liegen, teilen nur 17% der Ostdeutschen diese Meinung in Bezug auf die bundesrepublikanische Gesellschaftsordnung. Im Gegenteil ist eine klare Mehrheit von 54% überzeugt, dass es in der Bundesrepublik ungerecht zugeht. Im Vergleich hierzu schneidet die alte DDR sehr viel positiver ab: 27% der Befragten fanden die DDR gerecht und nur 35% ungerecht. Hierzu passt es, dass 74% der Befragten von der Notwendigkeit politischer und persönlicher Beziehungen überzeugt ist, um im Leben voranzukommen. Diese Zahl wird in Russland mit 81% noch übertroffen, während die Slowaken (67%), Tschechen (66%) und Albaner (61%) die wichtige Rolle der Beziehungen vergleichsweise am wenigsten wahrnehmen. Andererseits wird in allen Ländern die Fähigkeit, hart zu arbeiten, als noch wichtiger für das Fortkommen angesehen.

Nur Wenige wollen die Geschichte rückgängig machen. Dennoch sind in den verglichenen Gesellschaften Einstellungsunterschiede gegenüber den vollzogenen Entwicklungen festzustellen. Die Systemtransformation kann nur dann erfolgreich vollzogen werden, wenn die Wirtschaft erfolgreich agiert und politische Institutionen für vertrauenswürdig gehalten werden.

Um diese Fragen geht es vordringlich in der Region Unteres Odertal an der deutsch-polnischen Grenze nahe der Industriestadt Schwedt. In zweiter Näherung geht es um die Einrichtung des Nationalparks Unteres Odertal, der in den Augen großer Teile der Bevölkerung überkommene Lebensrechte beschneidet. Der Konflikt zwischen Naturschutz, Wirtschaftsentwicklung und sozialen Ansprüchen nimmt an Schärfe in dem Maße zu, wie die beteiligten Institutionen an Glaubwürdigkeit verlieren. Ist Naturschutz, mit allen Mitteln der Repression und der juristischen Winkelzüge durchgesetzt, der neue „Klassenfeind“?

In diesen Zusammenhängen ist die zentrale Forschungsfrage der FU-Projektgruppe zu sehen: Welchen Beitrag leistet der Nationalpark (NP) für einen Erhalt der Region als Lebens- und Wirtschaftsraum?

Damit ist die Bedeutung des Nationalparks Unteres Odertal für die Systemtransformation angesprochen. Im Mittelpunkt stehen neben den Naturschutzziele die Folgen der Zielumsetzung für die davon betroffenen Bevölkerung: wirtschaftliche und soziale Chancen und Risiken.

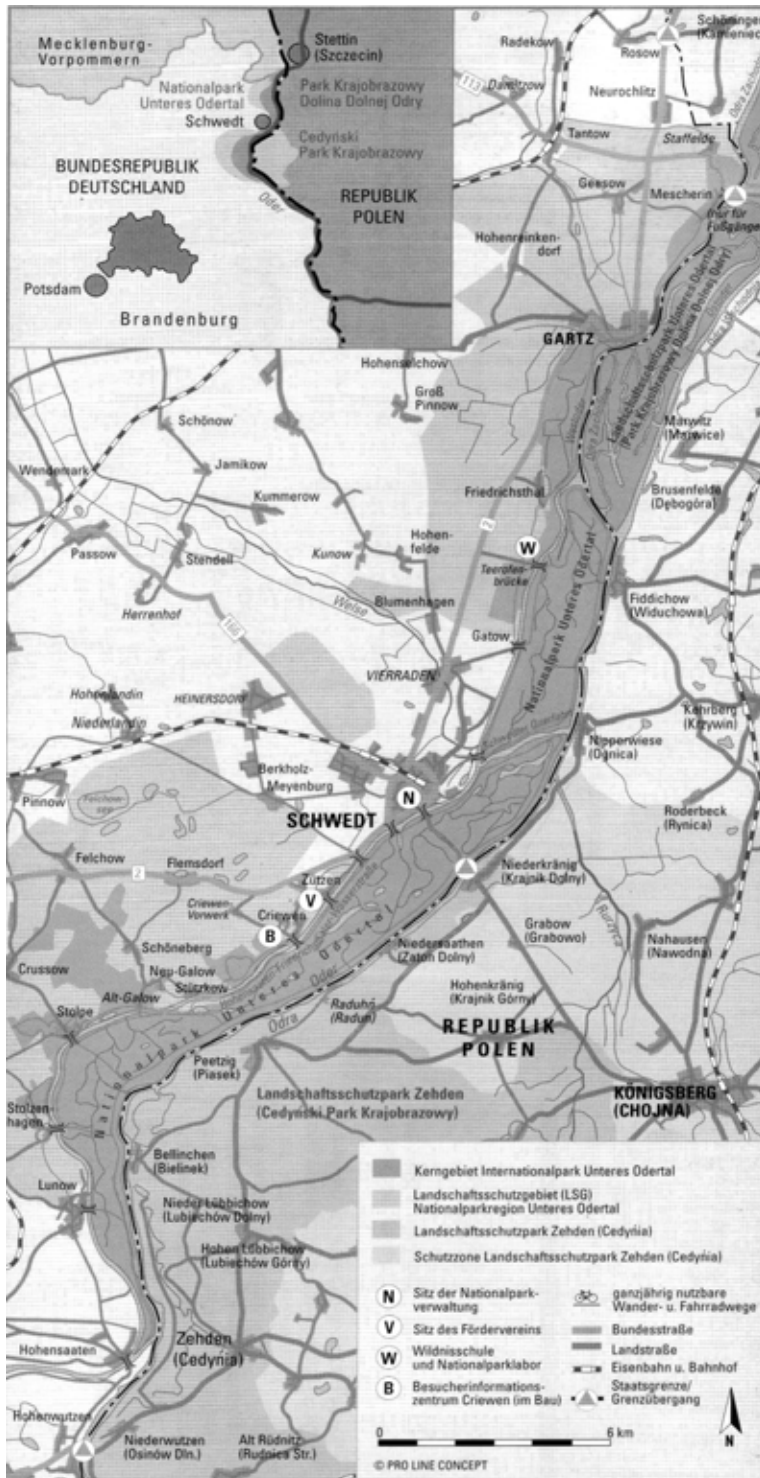
Eines der Kardinalprobleme scheint in dem NP-Projekt darin zu bestehen, dass viele Menschen sich seit Beginn der Planung in diese nicht einbezogen fühlen. Spätere diesbezügliche Versuche stießen dann bereits auf verhärtete und emotional aufgeladene Fronten. Von vielen Befragten wurde dementsprechend geäußert, dass die eigentlich positiv zu wertenden partizipativen Verfahren den Naturschützern lediglich dazu dienen, ihre Politik besser verkaufen zu können. Ebenfalls werden die Darstellungen der NP-Projektverantwortlichen von einigen Betroffenen – zu Recht oder Unrecht - als „Schönreden“ bezeichnet.

Das auch in der Presse und vor Gericht ausgetragene Gegeneinander von Administration, lokaler

Bevölkerung, Vereinen und Verbänden führt nach Aussagen vieler Befragter zu einer nachhaltigen Zerstörung von Vertrauen in den politischen Prozess insgesamt. Dies wiegt besonders schwer, weil der NP damit den in den neuen Bundesländern allgemein vorzufindenden Trend eines Vertrauensverlustes in Parteien und Politiker noch weiter verstärkt, statt diesen durch ein gelungenes partizipatives Projektmanagement zu verringern.

## 2 Einführung in das Untersuchungsgebiet

Karte 2.4.1-1: Der Nationalpark Unteres Odertal <sup>2</sup>



<sup>2</sup> Kartographie-Verwaltung des Nationalparks Unteres Odertal.

## 2.1 Naturräumliche Beschreibung des Nationalparkgebietes "Unteres Odertal"

Das etwa 10.500 Hektar große Gebiet des Nationalparks „Unteres Odertal“ liegt an der deutsch-polnischen Grenze. Der Nationalpark, der Teil des „Internationalparks Unteres Odertal“ ist, erstreckt sich von Mescherin im Norden bis nach Hohensaaten im Süden. Das Gebiet des Internationalparks erstreckt sich auf polnischer Seite bis nach Szczecin (Stettin). Insgesamt umfasst das grenzüberschreitende Schutzgebiet rund 17.270 Hektar. Die Flussniederungen des Unteren Odertals sind im wesentlichen durch das pommersche Stadium der Weichselkaltzeit geformt worden. Das nördliche Odertal gehört heute zu einem der letzten größtenteils intakten Flussmündungsgebieten in Europa und ist durch natürliche Sumpfbildung, ein aktives Torfmoorwachstum sowie durch eine dynamische Flussaltarmverlagerung gekennzeichnet.

Die Region ist klimatisch als Übergangsbereich zum kontinental-osteuropäischen Klima zu zählen mit einer Jahresdurchschnittstemperatur von 8,4<sup>0</sup>C und einem mittleren jährlichen Niederschlag von 507 mm.

Abgesehen von einigen bewaldeten Odertalhängen und einigen Trockenrasengebieten am Übergang zu den Auenniederungen ist diese periglazial geformte Landschaft von vorgeschichtlichen und menschlichen Einflüssen geprägt. Es handelt sich somit weitestgehend nicht um eine Naturlandschaft im engeren Sinne, sondern um eine Kulturlandschaft. Der größte Teil des Nationalparkgebiets besteht aus Polderflächen, die zwischen 1906 und 1931 durch den Bau der Hohensaatener-Friedrichsthaler Wasserstraße (HoFrieWa) entstanden sind. Die Poldergebiete sind nur durch einen Sommerdeich von der Oder getrennt. Die Sommerpolder werden im Herbst geflutet und bleiben meist zum Abfluss des Winterhochwassers im Frühjahr geflutet. Der Lunow-Stolper Trockenpolder bildet hier eine Ausnahme. Der Winterdeich schützt das westlich der Polderflächen gelegene Siedlungsgebiet, einerseits vor den Winterhochwassern und andererseits vor außergewöhnlichen Hochwasserereignissen, da er deutlich höher gebaut ist als der Sommerdeich (Kächele 1999: 67- 82).

## 2.2 Die sozioökonomischen Auswirkungen des Transformationsprozesses im ländlichen Raum

In den neuen Ländern kam es allgemein seit der Wiedervereinigung Deutschlands 1990 zu vollkommen veränderten Lebensbedingungen der Bevölkerung. Der gesellschaftliche Wandel ergriff neben der materiellen Versorgung auch das Wertesystem, die Identität und die Sozialbeziehungen. Vor allem Landwirtschaft und Industrie waren von dem mit der Wende einhergehenden Anpassungs- und Umstrukturierungsprozess außerordentlich hart betroffen (Kapphan 1999: 232). An dieser Stelle ist zu erwähnen, dass in der ehemaligen DDR im Verhältnis zur alten Bundesrepublik ein hoher Prozentsatz der Einwohner in ländlichen Gebieten lebten (Kapphan 1999: 219). Der ländliche Raum ist vom Beschäftigtenabbau besonders hart betroffen, da in den Dörfern ebenso ein hoher Anteil an Pendlern lebte, die in der Industrie arbeiteten.

In den nachfolgenden Ausführungen konzentrieren wir uns auf unser Untersuchungsfeld Unteres Odertal, das beispielhaft für ähnliche Entwicklungen in allen neuen Bundesländern steht. Einer der Ausgangspunkte der Untersuchung ist die Landwirtschaft, die neben der Industrie als einer der ökonomischen Hauptakteure dieser Region agierte. Die Landwirtschaft befindet sich auch heute noch (2001) fast vollständig in Bewirtschaftung durch Landwirte und Fischer.

Mit dem Fall der Mauer wurde ein Transformationsprozess ausgelöst, der rigorose Umstrukturierungen in der Landwirtschaft folgen ließ. Diese förderten ihrerseits die Veränderungen im wirtschaftlichen als auch im sozialen Zusammenleben der Bevölkerung.

In der Uckermark war die Landwirtschaft der Hauptarbeitgeber in den Gemeinden. Die in der Landwirtschaft Beschäftigten haben seit der Wende jedoch um etwa 80% abgenommen.

Der Transformationsprozess in der Landwirtschaft vollzog sich auf zwei Ebenen:

- zum einen durch die Auflösung und Umwandlung von bestehenden Landwirtschaftlichen Produktionsgenossenschaften (LPG) und Volkseigenen Gütern (VEG);
- zum anderen durch die Aktivitäten ausscheidender Genossenschaftsmitglieder und alteingesessener Bauern.

Es kristallisierte sich eine differenzierte Unternehmensstruktur heraus, in der agrarische Betriebe weiterhin eine nicht unwesentliche Bedeutung haben. Es kam zur Herausbildung "(...) einer völlig neuen, vielfältig strukturierten Betriebs- und Unternehmenslandschaft, bestehend aus bäuerlichen Familienbetrieben im Haupt- und Nebenerwerb, Agrarbetrieben als Gesellschaften bürgerlichen Rechts (GbR), eingetragenen Genossenschaften sowie Kapitalgesellschaften in Form von Gemeinschaften mit beschränkter Haftung oder Aktiengesellschaften (...)" (Bernien 1995: 357). Bei den neu gegründeten Unternehmen entschieden sich die meisten für die Rechtsform der GbR.

Mit diesen rigorosen Umwälzungen in der Unternehmensstruktur gingen zudem Veränderungen in der Beschäftigungspolitik einher und damit auch ein Wandel in den Lebensverhältnissen der Bevölkerung. Aufgrund der Umstrukturierung der Landwirtschaft von einer staatlich zentralisierten Planwirtschaft in die Marktwirtschaft wurde eine hohe Anzahl von Arbeitskräften freigesetzt. Die Industrie vermochte es nicht, diese aufzufangen, da auch hier massiv Arbeitsplätze abgebaut wurden. Mit Hilfe unterschiedlicher sozial- und arbeitspolitischer Maßnahmen wurde versucht, dem rasanten Arbeitsplatzabbau entgegenzuwirken. Vorruhestandsregelungen, ABM-Maßnahmen und Umschulungen sollen hier als Stichworte genügen.

Im Gegensatz zu den meisten anderen Bereichen in der Uckermark war und ist im Unteren Odertal die Papier- und Chemieindustrie in Schwedt der wichtigste Wirtschaftsfaktor. Schwedt stellt das geographische, kulturelle und wirtschaftliche Zentrum für die NP-Region dar. Der Industriestandort als solcher wurde nach der Wende erhalten und erzeugt gegenwärtig 50% der Bruttowertschöpfung der gesamten Uckermark (circa 4 Milliarden DM). Aber gerade wegen des Erhalts und der Modernisierung des Industriestandortes Schwedt sind auch in diesem Bereich ungefähr 80% der Arbeitsplätze verloren gegangen.

Die Folge ist, dass es in Schwedt und in vielen Dörfern, abgesehen vom Kleingewerbe, kaum noch Beschäftigungsmöglichkeiten gibt und daher die Arbeitslosigkeit deutlich über dem Landesdurchschnitt von 18% liegt. Während die offiziellen Arbeitslosenquote der Uckermark mit 25% angegeben wird, geht man in vielen Dörfern des Untersuchungsgebietes davon aus, dass sie bis zu 70% betrage. Dennoch ist in der Uckermark die Beschäftigungswirkung der Land- und Forstwirtschaft sowie der Fischerei nach wie vor mitbestimmend (Land- und Forstwirtschaft, Fischerei 8,2%, produzierendes Gewerbe 19%, Dienstleistungen 25%).

Vor allem Frauen waren hart von der Arbeitslosigkeit betroffen. Sie waren oft schlechter als Männer ausgebildet und daher auch seltener in leitenden Positionen vertreten. So wurden sie meistens vor ihren männlichen Kollegen entlassen. Der Anteil der Frauen unter den Langzeitarbeitslosen ist durchschnittlich höher als der der Männer. Auch die oft absolvierten Arbeitsbeschaffungsmaßnahmen und Umschulungen änderten nur wenig an ihrer Situation.

Neben den ökonomischen Wirkungen der Umstrukturierung von Landwirtschaft und Industrie sind auch deren soziale Wirkungen von großer Wichtigkeit. Hierbei muss in erster Linie der Mangel an Arbeits- und Ausbildungsplätzen, die Abwanderung junger Menschen (Braindrain), zunehmende Überalterung der Bevölkerung, wachsende Armut, Infrastrukturmängel und die Notwendigkeit der Neuorientierung informeller sozialer Netze (Nachbarschaft, Freunde, Vereine) hervorgehoben werden. Für viele wurden nach der Wende die Wohlstandserwartungen - als Ergebnis kurzfristiger ökonomischer Problembewältigung erwartete man im Rahmen der nachholenden Modernisierung schnelleren Wohlstand - enttäuscht (Offermann 1997: 116). Wer jetzt nicht mobil ist, unterliegt der Gefahr der Marginalisierung und erlebt diese Region als benachteiligt, aufgegeben und "abgekoppelt".



Neben dem Transformationsprozess wirkt die Einrichtung des Nationalparks als ein zweiter sehr entscheidender Prozess auf die Menschen im Unteren Odertal. Ist bereits der kleinräumige Unterschied zwischen peripherem ländlichem Gebiet und industriellem Standort Schwedt von Konflikten durchzogen, führt die Nationalparkeinrichtung zur Zuspitzung der Konflikte. Für die Menschen dieser Region beinhalten beide Prozesse Identifikationsprobleme in Form von Sinnfragen, kultureller Zugehörigkeit und Perspektiven, obwohl der Nationalpark zur Problemlösung der regionspezifischen Konflikte beitragen sollte. Es sind daher Konzepte gefragt, wie diese Region als Lebens- und Einkommensquelle ihrer (verbliebenen) Bewohner unter Einbeziehung der sozialen, ökologischen und ökonomischen Faktoren reaktiviert werden kann.

## 2.3 Die Nationalparkentwicklung „Unteres Odertal“

Das Untere Odertal wurde erst im 13. Jahrhundert besiedelt. Widrige natürliche Bedingungen verhinderten lange Zeit eine dauerhafte menschliche Besiedlung des Gebiets. Zu diesen Bedingungen zählten unter anderem:

- die langzeitige Vernässung der Böden;
- das periodische Auftreten extremer Hochwassersituationen, die oft im Zusammenhang mit starker Vereisung, nicht zuletzt durch Grundeisbildung, entstanden;
- die besonderen kleinklimatischen Bedingungen, die unter anderem zu starkem Insektenaufkommen führten;
- die negativen Verhältnisse für eine zumindest extensive Weidewirtschaft und
- die mangelhaften Möglichkeiten für die Schifffahrt (Sandbänke, Untiefen)

(Stadt Schwedt/ Oder, der Bürgermeister 1999: 3).

Erst mit der Einsetzung neuerer Techniken nach dem 18. Jahrhundert - Wasserbaukunst, Polderwirtschaft und des Feldmessen - konnten die Menschen in diesem Landstrich auf Dauer wohnen. Der Beginn einer Eindeichung lässt sich bereits im Jahre 1717 ausmachen und wurde weiterhin von Friedrich dem Großen verfolgt. Aber auch diese Maßnahme konnte die folgenden Hochwasserkatastrophen in den Jahren 1770, 1780, 1783, 1785 und 1838 nicht verhindern.

Die Deichbaumaßnahmen brachten nicht nur die nicht erwünschten Erfolge, sondern steigerten noch das Auftreten des Hochwassers. Außerdem erlitten Schifffahrt und Landwirtschaft aufgrund einer verstärkt einsetzenden Sedimentation erhebliche Nachteile. Um dem entgegenwirken zu können, wurde die Miglitz ausgebaut und erweitert sowie ein Kanal fertig gestellt, der mit den Gewässern Stromwelse und Holzgrube die HoFrieWa bildet. Die Arbeiten wurden endgültig 1925 abgeschlossen. Das gesamte Flusstal ist ein Komplex von Poldern, Wehren, Sommer- und Winterdeichen sowie Schöpfwerken, so dass Einzelmaßnahmen immer auch andere Teilbereiche betreffen.

Diese "Kultivierung" im Sinne einer "Nutzbar-Machung" bedeutet, dass

- Leib und Leben der Bewohner zuverlässig geschützt,
- die Kulturlandschaft geprägt,
- die Einkommen für Landwirtschaft und Fischerei gesichert und
- eine faszinierende, ökologisch hoch wertvolle Tier- und Pflanzenwelt herausgebildet wurden.

Besonders die Oder ist für diese Region die kulturelle und wirtschaftliche Lebensader. Die Menschen haben die Landschaft beiden Ufern entlang geformt. Auch umgekehrt hat die Landschaft die dort lebenden Menschen geprägt.

Das Untere Odertal zählt zu den ersten Naturschutzgebieten Deutschlands. "Seit 1933 ist das Untere Odertal mit seiner in Mitteleuropa besonderen Auenlandschaft, ihrem artenreichen Tier- und Pflan-

zenbestand, den zahlreichen Feuchtbiotopen, Wiesen und Auwäldern sowie den die Stromaue begleitenden Hangwäldern, Gegenstand zahlreicher Unterschutzstellungen" (Ministerium für Landwirtschaft, Umweltschutz und Raumordnung (MLUR) 1999: 4). Ebenso standen zu DDR-Zeiten eine Feuchtgebietsfläche von 5.400 Hektar (1980), das Polder Friedrichsthal und der Felchowsee (beide seit 1989) unter besonderem Schutz.

Mit der "Wende" kam es in diesem Gebiet zu keinem konzeptionellen Wandel im eigentlichen Sinne, sondern zu einer weiteren Umsetzung des Konzepts. So konnte das grenzüberschreitende Naturschutzprojekt, das bereits von polnischen und deutschen Wissenschaftlern sowie Naturschützern angedacht war, in die Reichweite der Realisierung kommen. Auf der Grundlage einer 1991 erarbeiteten Studie der Wissenschaftler Succow (Greifswald) und Janowski (Szczecin) erfolgte eine deutsch-polnische Projektentwicklung. 1992 wurde dies mit einer Erklärung über die Schaffung eines Schutzgebiets im Unteren Odertal zwischen Deutschland und Polen besiegelt. "Das Gebiet des Unteren Oderaltals wurde 1992 durch Rechtsordnung des MLUR einstweilig gesichert. Dieses einstweilig gesicherte Gebiet wurde am 06.10.1992 vom Bundesministerium als Gewässerrandstreifenprojekt in das Programm 'zur Sicherung und Errichtung schutzwürdiger Teile von Natur und Landschaft mit gesamtstaatlich repräsentativer Bedeutung' aufgenommen" (MLUR 1999: 4). Mit der Verabschiedung des Nationalparkgesetzes durch den Brandenburger Landtag im Sommer 1995 wurde der Nationalpark Unteres Odertal mit einer Größe von 10.500 Hektar offiziell eröffnet. Dieser bildet mit dem angrenzenden polnischen Landschaftsschutzpark, der seit 1993 mit einer Fläche von ungefähr 5.600 Hektar existiert, eine naturräumliche Einheit. Auf dem polnischen Gebiet fand nach dem zweiten Weltkrieg eine vom Menschen unbeeinflusste Renaturierung statt, da aufgrund der Kriegseinwirkungen das Poldersystem teilweise zerstört war und wegen fehlender Aufbaugelder nicht mehr instand gesetzt worden ist.

Die wichtigsten Ziele des Nationalparks werden durch das Nationalpark (NP)-Gesetz bestimmt. Sie schreiben vor,

- den Tier- und Pflanzenbestand, die Aue- und Hangwälder, die Feuchtbiotope und Trockenrasenstandorte zu schützen, zu pflegen und zu erhalten,
- bis 2010 auf 50% der Fläche (5.000 ha) eine vom Menschen unbeeinflusste Entwicklung zu initiieren,
- ein naturnahes Wasserregime herzustellen und
- den Erholungswert und die Attraktivität für den Fremdenverkehr im Rahmen der Umweltverträglichkeit zu steigern.

Parallel zur Planung des NPs wurde von dessen Ideenträgern darüber nachgedacht, wie dieses Vorhaben zu finanzieren sei. Im Rahmen dieser *Fundraising*-Überlegungen konnte das „Gewässerrandstreifenprojekt“ der Bundesforschungsanstalt für Naturschutz und Landschaftsökologie bereits 1992 erfolgreich beantragt werden. Als Träger für dieses Projekt wurde der „Verein der Freunde des Deutsch-Polnischen Europa-Nationalparks „Unteres Odertal“ e.V.“ eingerichtet. Hierdurch standen für das NP-Anliegen finanzielle Mittel in Höhe von ca. 56 Mio. DM bereit. Damit schienen die hohen Erwartungen an den NP – die nicht zuletzt angesichts der schwerwiegenden sozioökonomischen Problemlagen von vielen an den NP herangetragen wurden, einer Realisierung näher gekommen zu sein. Nun kamen jedoch auch die Anforderungen des Gewässerrandstreifenprojektes auf dem Gebiet des NPs für die zu entwickelnden Naturschutzmaßnahmen zur Anwendung. Die entsprechende Ausgestaltung des Gewässerrandstreifenprojektes wurde im stark umstrittenen Pflege- und Entwicklungsplan vorgelegt, der vom Träger des Gewässerrandstreifenprojektes in Auftrag gegeben wurde. Nach Meinung vieler betroffener Landnutzer erhebt dieser Plan naturschutzfachliche Maximalforderungen, ohne andere Ansprüche zu berücksichtigen. Ebenso werden die fördermittelbedingten Zeitvorgaben des Gewässerrandstreifenprojektes (Förderzeitraum bis 2006) - die im Pflege- und Entwicklungsplan angewandt werden - von vielen als viel zu kurz erachtet. Dadurch entstehe ein Handlungsdruck, der weder naturschutzfachlich zwingend noch sozialverträglich sei. Somit liege eine Umkehrung der Ziel-

Mittel-Beziehung vor: Das Förderprogramm dränge die NP-Verantwortlichen, ihr Handeln auf den Erhalt der Fördermittel zu orientieren, anstatt die Förderungen auf ein nachhaltiges Naturschutzvorhaben zu optimieren.

Auch hinsichtlich demokratischer Grundvorstellungen war durch das Gewässerrandstreifenprogramm für viele eine problematische Situation entstanden: Die Diskussion um das Nationalparkgesetz war seinerzeit in der Region intensiv geführt worden. Als deren Resultat wurde 1995 im Brandenburgischen Landtag das Gesetz mit großer Mehrheit angenommen. Die Diskussionen um das Gewässerrandstreifenprojekt verlief hingegen zunächst von der interessierten Öffentlichkeit unbemerkt und ohne die Beteiligung der lokalen Bevölkerung und regionalen Stakeholder. Erst nach Inkrafttreten des Nationalparkgesetzes wurden in der Öffentlichkeit Widersprüche zwischen dem demokratisch abgestimmten Nationalparkgesetz und den Anforderungen des Gewässerrandstreifenprojektes wahrgenommen. Wenngleich Gewässerrandstreifenprojekt und Nationalpark ähnliche Zielsetzungen haben, sind sie doch nicht völlig identisch, so z.B. bezüglich der Flächen- und Nutzungsbeschränkungen. Vor allem die rigoroseren Beschränkungen in den Bereichen Fischerei, Angelei und Jagd liegen für viele jenseits der Kompromisslinie, auf die sie sich im Rahmen der Diskussion um das Nationalparkgesetz glaubten verständigt zu haben.

Das Argument, „durch das Gewässerrandstreifenprojekt würden doch erhebliche finanzielle Mittel für die Region bereitgestellt“, konnte weder die mit den Maßnahmen des Gewässerrandstreifenprojektes einhergehenden Befürchtungen vieler Menschen zerstreuen noch das offenkundige Partizipationsdefizit kompensieren. Vor diesem Hintergrund erscheinen daher vielen die Kompromisse, die im Rahmen der Debatte um das Gesetz gefunden wurden, als „Betrug“, da zeitgleich bereits andere Tatsachen geschaffen waren. Entsprechend dieser unklaren Lage hat sich auch das Verhältnis zwischen dem Träger des Gewässerrandstreifenprojektes einerseits und sehr vielen Stakeholdern einschließlich der Landesregierung in Potsdam andererseits zugespitzt. Letztere hat sich vom Träger des Gewässerrandstreifenprojektes getrennt, hat den Fluss der Finanzmittel gestoppt und fordert die Herausgabe der vom Träger gekauften Flächen. Ob dies jedoch rechtlich durchsetzbar ist, ist aktuell (2001) Gegenstand gerichtlicher Auseinandersetzungen zwischen dem Trägerverein des Gewässerrandstreifenprojektes und dem Land Brandenburg. Das Scheitern des Nationalparkprojektes ist daher keineswegs ausgeschlossen.

Nach Einschätzung vieler regionaler Experten ist eine der Ursachen für diese polarisierte Problemsituation in einer mangelnden Berücksichtigung sozioökonomischer Zusammenhänge und unzureichender Partizipation und Integration der Planungsbetroffenen in den Planungsprozess zu suchen. Dabei spielt auch die subjektive Einstellung der Menschen zur "wilden und ungezähmten Natur" (Totalreservate) eine nicht unerhebliche Rolle. Offensichtlich kommen hier soziale Folgeprobleme zum Tragen, die im Rahmen von an sich innovativ gedachten Naturschutzvorhaben entstanden sind.

Auch andere Untersuchungen zeigen, dass wesentliche Ursachen dieser Akzeptanzprobleme darin liegen, dass das Schutzgebietsmanagement zu naturwissenschaftslastig ist und dafür den größten Anteil der verfügbaren Mittel benötigt. Um den vielerorts zunehmenden Widerstand gegen das Großschutzgebiet zu überwinden, sind offensichtlich nicht naturwissenschaftliche Forschungen gefragt, sondern Methoden der Kommunikation und eine sensible Kenntnis regionaler Bedürfnisse und Interessenlinien. Dies gilt insbesondere dann, wenn sich die Interessenkonflikte bereits verfestigt haben. Dann können ggf. Mediationstechniken weiterhelfen (vgl. Fietkau und Weidner 1995). Aber nicht alle Widerstände sind Ursachen von Kommunikationsdefekten, entsprechenden Missverständnissen und verpassten „WinWin-Lösungen“. Es müssen die realen Gewinner- und Verliererlinien innerhalb der Konflikte erfasst werden. Ebenfalls muss die Möglichkeit Berücksichtigung finden, dass es - auch zielgruppenspezifisch differenziert - zu Widersprüchen zwischen den verschiedenen Nachhaltigkeitsdimensionen kommen kann. Der Widerspruch zwischen Schutz und Nutzung, zwischen ökologischen und ökonomischen Dimensionen, hat durchaus reale Züge.

Die Ausweisung des NP bringt, zusammenfassend, erhebliche Veränderungen in bezug auf

- die Flächennutzung,

- die Gewässerwirtschaft,
- die Entwicklung der Kommunen,
- den Ausbau und die Entwicklung von Industrie und Infrastruktur,
- die Wasserregime
- die Bedingungen des Hochwasserschutzes und der Schiffbarkeit mit sich.

Die Umsetzung des NP stellt damit einen weitreichenden Eingriff in die sozioökonomischen und kulturellen Lebensbedingungen der Menschen dar mit zum Teil ungewissem Ausgang, ungleicher Betroffenheit, Benachteiligungen, Nutzungskonflikten und befördert eine „Verselbständigung von Fördermitteln“. Dies löst in der Region offenkundig erhebliche Proteste aus, führt zu polarisierten Konfliktlinien, bringt Enttäuschungen hervor und gefährdet unter Umständen sogar den Nationalpark – mit all seinen positiven Aspekten auch für die Entwicklung der Region - in seinem Bestand.

## **2.4 Akteure und Interessen**

Die Beschreibung der Akteure um den Nationalpark Unteres Odertal ist weitgehend dem "Handlungskonzept des Ministerium für Landwirtschaft, Umwelt und Raumordnung (MLUR) zur weiteren Entwicklung des Nationalparks 'Unteres Odertal' und zur Umsetzung des Gewässerrandstreifenprogramms" entnommen. Diese Vorgehensweise bot sich an, da das Papier des MLUR die Akteure und deren jeweilige Funktionen und Interessen in übersichtlicher Form umfassend darstellt und aufgrund dessen geeignet ist, einen Überblick über die herrschenden (Interessens-) Konflikte zu geben.

### **2.4.1 Die Akteure entsprechend dem "Nationalpark Unteres Odertal Gesetz" (NatPU-OG) und Mittelverteilungsschreiben**

#### **2.4.1.1 Ministerium für Landwirtschaft, Umweltschutz und Raumordnung (MLUR)**

Das MLUR ist zuständig für den Erlass verschiedener, nach dem NatPUOG vorgesehenen Rechtsverordnungen, beispielsweise für die Ausweisung der Schutzzone I und die Fischereiverordnung. Es ist als oberste Naturschutzbehörde für die Befreiung von den Verboten des Gesetzes verantwortlich. Das Ministerium kann dem Entwurf des Pflege – und Entwicklungsplans (PEPL) zustimmen oder kann diesen verwerfen.

Das MLUR ist bestrebt, sowohl für das Nationalpark- als auch für das Gewässerrandstreifenprojekt Akzeptanz zu schaffen und so die beiden Gesetze umzusetzen. Als Zuwendungsgeber will es die naturschutzfachlich anspruchsvollen Entwicklungsziele der Region erreichen und strebt dabei eine sozial verträgliche Vorgehensweise an.

Das MLUR sieht in der Einrichtung des NP einen wichtigen Schritt im Übergang zu einer nachhaltig umweltverträglichen und wirtschaftlichen Entwicklung. Mit dem NP werden nicht nur wertvolle Ökosysteme erhalten, vielmehr stellt er gerade für dünnbesiedelte ländliche Regionen ein wichtiges Instrument der Wirtschaftsförderung dar. So ist das MLUR auch Mitglied der projektbegleitenden Arbeitsgruppe zum Pflege- und Entwicklungsplan (PEPL) und ist im Kuratorium des Nationalparks vertreten.

#### **2.4.1.2 Nationalparkverwaltung (NPV) / Landesanstalt für Großschutzgebiete**

Die Nationalparkverwaltung (NPV) hat ihren Sitz in Schwedt, verfügt über 14 feste Mitarbeiter, 13

Naturwächter sowie zusätzlich über Praktikanten und Zivildienstleistende. Die Funktionen der NPV werden von der Landesanstalt für Großschutzgebiete wahrgenommen. Sie bewirtschaftet eine eigene Titelgruppe im Haushaltsplan des MLUR und verfügt jährlich über 1,2 Millionen DM für Vertragsnaturschutz und Entschädigungszahlungen. Die NPV ist neben der Aufstellung und Umsetzung der Behandlungsrichtlinien für die Betreuung des Gesamtgebietes zuständig. Weiterhin zählen zu ihren Aufgaben der Aufbau des Nationalparkzentrums in Criewen, die Unterstützung der Tourismusentwicklung im Gebiet, die Zusammenarbeit mit der polnischen Schutzgebietsverwaltung und die Förderung der Ökologisierung aller Arten der Landnutzung.

Sie ist Einvernehmens- und Benehmensbehörde in den Fällen, in denen das Nationalparkgesetz entsprechende Abstimmungserfordernisse vorsieht.

Eine besonders intensive Zusammenarbeit besteht mit der Forstverwaltung, dem Landkreis Uckermark, dem Amt für Flurneuordnung und ländliche Entwicklung und den Einrichtungen der Wasserwirtschaft. Die Umsetzung ihrer naturschutzfachlichen Zielvorstellungen stimmt die NPV mit den anderen Behörden ab und tritt gegenüber dem Förderverein (s.u.) als Vertreter des Landes bei der Durchsetzung des Gewässerrandstreifenprojektes auf.

#### **2.4.1.3 Verein der Freunde des Deutsch- Polnischen Europa- Nationalparks Unteres Odertal e.V. ("Förderverein")**

Der Verein ist zur Umsetzung des Gewässerrandstreifenprojektes verpflichtet nach den Vorgaben der Zuwendungsgeber auf Basis des Mittelverteilungsschreibens und der jährlichen Zuwendungsbescheide. Er ist für die Erstellung des Pflege- und Entwicklungsplanes und für die Durchführung der vorgeschriebenen Beteiligungsverfahren verantwortlich.

Der Verein wurde 1992 zur Antragstellung für das Gewässerrandstreifenprojekt gegründet und ist Träger dieses Projektes. Er hat sich insbesondere zum Ziel gesetzt,

- Den Kauf und die Pachtung geeigneter Flächen für die Biotop- und Landschaftspflege zu sichern oder die natürliche Sukzession zu gewährleisten, sowie
- die publizistische, ideelle und finanzielle Unterstützung der Gründung und der Entwicklung des NPs Unteres Odertal zu sichern.

Der Verein hat rund 50 Mitglieder. Die in der Gründungsphase angestrebte Mitgliedschaft der beiden Landkreise, der Ämter und Kommunen sowie der örtlichen Industrie hat sich in den letzten Jahren nicht verwirklichen lassen.

#### **2.4.1.4 Nationalparkstiftung**

Die Errichtung der Stiftung war bereits im Antrag für das Gewässerrandstreifenprojekt 1992 vorgesehen. Der Förderverein sollte danach nur für eine Übergangszeit als Träger des Projektes auftreten und anschließend durch die zwischenzeitlich gegründete Stiftung abgelöst werden. Verein und Stiftung haben inzwischen mehrfach Beschlüsse gefasst, in denen die damalige Zielsetzung bestätigt wurde.

Die Stiftung hat sich insbesondere zur Aufgabe gemacht, die Förderung der Umwelterziehung und der deutsch-polnischen Verständigung zu gewährleisten. Sie hat zu diesem Zweck die Internationalpark GmbH gegründet, die gegenwärtig die Wildnisschule Teerofen betreibt und zukünftig auch das Umweltbildungszentrum in Criewen betreiben soll.

Die Nationalparkstiftung wurde als gemeinnützige Stiftung bürgerlichen Rechts vom Land Berlin, vom Petrochemischen Kombinat (PCK) und dem "Verein der Freunde des Nationalparks ,Unteres Odertal'" errichtet. Das Land Brandenburg ist als Zustifter der Stiftung später beigetreten.

### **2.4.1.5 Landkreise Barnim und Uckermark**

Als Naturschutzbehörden für die jeweils in ihrem Kreisgebiet gelegenen Teile des NPs sind die Landräte für die Durchführung des Nationalparkgesetzes zuständig, soweit durch das Gesetz nicht einzelne Aufgaben anderen Behörden zugeordnet sind. Des weiteren obliegt den Landkreisen die Ahndung von Ordnungswidrigkeiten. Als Wasser-, Jagd- und Fischereibehörden sind sie verantwortlich für den Vollzug der für diese Bereiche geltenden Gesetze.

Beide Landkreise fordern die Erstellung der agrarstrukturellen Entwicklungsplanung für das NP-Gebiet. Vorgeschlagen werden darin:

- eine Betroffenheitsanalyse;
- eine ordnungsgemäße Flächenbewirtschaftung unter Berücksichtigung der vorgesehenen Totalreservatsflächen von 50 % des Nationalparkgebietes bis 2010;
- eine langfristige Existenzsicherung der landwirtschaftlichen Betriebe einschließlich der Fischerei;
- eine langfristige Gestaltung der Infrastruktur (Wegenetze, Grenzverkehr und Schifffahrt) sowie der Ver- und Entsorgungsleitung und
- die weitere Entwicklung des Tourismus in der Region.

Der Landkreis Barnim lehnt insbesondere die Umwandlung von Ackerflächen zu Grünland sowie die Vernässung des Lunow-Stolper-Polders in seiner Stellungnahme zum PEPL ab. Beide Landkreise sind auch im Kuratorium und in der projektbegleitenden Arbeitsgruppe (siehe 2.4.1.8) vertreten.

### **2.4.1.6 Amt für Flurneuordnung und ländliche Entwicklung**

Das Amt ist für das Flurbereinigungsverfahren zuständige Behörde. Es ist Mitglied im Kuratorium gemäß dem NatPUOG.

### **2.4.1.7 Nationalpark- Kuratorium**

Das NP- Kuratorium wurde aufgrund seiner und anderweitig agierenden Mitglieder schon häufiger erwähnt. Gemäß NatPUOG soll das Kuratorium die naturschutzfachlichen Aufgaben mit den Belangen der Gemeinden und den anderen örtlich oder sachlich beteiligten Behörden und Verbänden abstimmen.

Das Kuratorium wurde zum Entwurf des PEPL gehört und bekundete seine Ablehnung. Es verlangte eine Überarbeitung. Mit Beschluss vom 17.08.99 forderte das Kuratorium die Aufstellung einer Behandlungsrichtlinie auf der Grundlage des überarbeiteten PEPL.

### **2.4.1.8 Projektbegleitende Arbeitsgruppe (PA)**

Gemäß des Mittelverteilungsschreibens beteiligt sich die PA an den Planungsschritten, der Billigung von Zwischenschritten und dem Schlussbericht zum PEPL. Entsprechende Bedenken sind vom Planersteller zu berücksichtigen und einzuarbeiten. Die PA hat ihre Einwände gegenüber dem zuletzt geltend gemachten Entwurf des PEPL geltend gemacht.

## **2.4.2 Weitere wichtige Akteure vor Ort und deren Interessen**

### **2.4.2.1 Kommunen/ Landkreise**

Die Kommunen und die Landkreise Uckermark und Barnim unterstützen die Entwicklung des Na-

tionalparks unter anderen deshalb, weil sie sich davon einen Aufschwung des Tourismus erhoffen.

Gegenüber dem Gewässerrandstreifenprojekt, insbesondere nach Vorlage des PEPL-Entwurfs, gibt es wegen folgender Befürchtungen eine ablehnende Haltung:

- Gefährdung von Arbeitsplätzen in Land- und Forstwirtschaft,
- Behinderung der touristischen Entwicklung,
- Auswirkungen des veränderten Wasserregimes auf die Grundwasserstände in bebauten Gebieten,
- Verschlechterung der Lebensbedingungen durch Versumpfung (mit Folgen auf das Mikroklima, Mückenplage)
- Gefährdung des Hochwasserschutzes,
- Veränderung des Landschaftsbildes sowie der Flora und Fauna
- Behinderung der Infrastruktur und Wirtschaftsentwicklung der Region.

Die Gemeinden im Nationalpark sind über die jeweiligen Ämter (Oderberg, Angermünde, Oderwelse, Gartz/Oder, Schwedt) Mitglieder im Kuratorium des Nationalparks.

#### **2.4.2.2 Die Interessengemeinschaft für den Schutz des Unteren Odertals e.V.**

Die Interessengemeinschaft hat sich im Mai 1998, in Rechtsform eines Verein gegründet. Die Mitgliedschaft besteht aus natürlichen Personen, Unternehmen und Verbänden der Region zwischen Gartz und Lunow. Die Interessengemeinschaft versteht sich als Gegenpol zum Förderverein. Der PEPL wird grundsätzlich abgelehnt. Die Gründe entsprechen weitgehend denen der Kommunen: Der Erhaltung des Unteren Odertals als Kulturlandschaft mit seiner Artenvielfalt und seinen Funktionen in Hochwasserschutz, Schifffahrt, Erholung, Land- und Fischereiwirtschaft gilt das Hauptinteresse.

#### **2.4.2.3 Der Sprecherrat der Landwirte des Unteren Odertals**

Der Sprecherrat hat bisher die Interessen der Landwirtschaftsbetriebe im Unteren Odertal gegenüber der Landesregierung und dem Träger des Gewässerrandstreifenprojektes vertreten. Aufgrund der personellen Konstellation gibt es eine weitgehende Interessenübereinstimmung und -vertretung mit dem Kreisbauernverband Angermünde. Der Sprecherrat hat im Rahmen des Nationalparkgesetzes bereits die Interessen der Landwirte vertreten. Die Ziele des Nationalparkgesetzes wurden bisher von den Vertretern der Landwirtschaftsbetriebe mitgetragen. Durch die Tätigkeit des Fördervereins, insbesondere beim Flächenerwerb und bei Verpachtung von Vereinsflächen, traten Konflikte zwischen dem Sprecherrat und dem Vorstand des Vereins auf.

Das Hauptanliegen der Landwirtschaftsunternehmen besteht in der Existenzsicherung ihrer Betriebe. Die betroffenen Landwirtschaftsunternehmen haben nach der Wiedervereinigung Betriebskonzepte auf der Grundlage der von ihnen bewirtschafteten Flächen erarbeitet, die zumeist mit kurzfristigen Pachtverträgen, zum Beispiel Bodenverwertungs- und Verwaltungs-GmbH-Flächen, versehen waren. Auf Basis dieser Betriebspläne wurden Kredite und Förderzuschüsse für Investitionen bewilligt. Einschränkungen der Flächenverfügbarkeit und Bewirtschaftung würden Investitionen und Arbeitsplätze in den Betrieben gefährden. Aus dieser Problemlage ergeben sich die Forderungen der Landwirte:

- Abschluss von Pachtverträgen ohne Auflagen mit entsprechenden Laufzeiten,
- Bereitstellung von Ausgleichsflächen nach §4 Abs. 3 NatPUOG,
- Streichung aller Einschränkungen der Landwirtschaft im PEPL-Entwurf, die über die Festlegung des Nationalparkgesetzes hinausgehen und
- kein weiterer Ankauf von Landwirtschaftsflächen außerhalb der geplanten Zone I.

Der Vorsitzende des Kreisbauernverbandes ist Mitglied des Sprecherrates sowie stellvertretender Vorsitzender des Kuratoriums und Vertreter der Landwirtschaftsunternehmen in der Projektbegleitenden Arbeitsgruppe (PA) des PEPL-Entwurfs.

#### **2.4.2.4 Wirtschaftsunternehmen und Verbände**

Im Zuge der Erarbeitung des Nationalparkgesetzes wurden mit der regionalen Wirtschaft, vorrangig Unternehmen im Raum Schwedt, die Ziele des Nationalparks und die Interessen der Industriebetriebe abgestimmt, so dass die regionale Wirtschaft der Entwicklung des NPs zugestimmt hat. Besonders nachdrücklich wurden seitdem die Entwicklung der Infrastruktur vorangetrieben und Lösungen für die Straßen-, Schienen- und wasserseitigen Anbindungen vorbereitet bzw. realisiert.

Mit der Veröffentlichung des PEPL-Entwurfes haben sich regionale Wirtschaftsvereinigungen und strukturbestimmende Industrie- und Gewerbeunternehmen der Städte Schwedt und Gartz ablehnend zu den Entwicklungsmaßnahmen des PEPL- Entwurfes geäußert.

Als Hauptkritikpunkte werden dort genannt:

- Raumbedeutsame Planungen werden vom Förderverein durchgeführt und erhalten einen verbindlichen Charakter. Dies wird gewährleistet durch die Selbstbindung der Landesverwaltung an das Mittelverteilungsschreiben des BfN bei gleichzeitigem Ausschluss der Beteiligungsrechte der anderen Akteure sowie durch Umgehung der rechtlichen Vorgaben des Nationalparkgesetzes.
- Die Entwicklung der Infrastruktur und der örtlichen Wirtschaft wird eingeschränkt.
- Aufgrund der geplanten Veränderung im Wasserregime werden negative Auswirkungen auf die Statik der Industrieanlagen sowie für die Standsicherheit und Instandhaltung von Leitungen befürchtet. Außerdem werden negative Effekte für die Schifffahrt im Unteren Odertal und den Hochwasserschutz erwartet.

#### **2.4.2.5 Die Fischereibetriebe und die örtlichen Anglerverbände**

Die Fischereibetriebe des Unteren Odertals lehnen die Ausweisung von Gewässerflächen als Zone I des Nationalparks, die dem Fischereirecht unterliegen, ab. Ebenso werden Einschränkungen der Fischerei in Zone II, wie sie dem PEPL-Entwurf und in dem Fischereiverordnungsentwurf enthalten sind, wie auch die geplanten wasserbaulichen Maßnahmen abgelehnt, da diese negative Auswirkungen auf den Fischbestand hätten. Es wird gefordert, dass bezüglich der Teichwirtschaft in Stolpe die Regelungen des NatPUOG beibehalten werden.

Die regionalen Anglerverbände akzeptieren das Verbot der Angelfischerei in Schutzzone I sowie naturschutzfachlich begründete Einschränkungen in Zone II entsprechend der Regelung des NatPUOG. Die im PEPL-Entwurf vorgesehenen Maßnahmen werden hingegen abgelehnt, da die Möglichkeit zum Fischen in den Gewässern der Zone II damit weitgehend eingeschränkt wäre. Abgelehnt wird ebenfalls eine Ausdünnung des Wegenetzes, da die Erlebbarkeit für die Erholungssuchenden wie auch die Erreichbarkeit der Angelgewässer dann nahezu ausgeschlossen würde.

#### **2.4.2.6 Der Fremdenverkehrsverein**

Der Fremdenverkehrsverein unterstützt aktiv die Ziele des Nationalparkgesetzes insbesondere die Entwicklung einer umweltschonenden naturnahen Erholung und des Fremdenverkehrs. Demgegenüber stoßen die Aussagen des PEPL-Entwurfes zur Vernässung und Verringerung des Wegenetzes auf große Bedenken. Der PEPL charakterisiert den Fremdenverkehr und die touristische Nutzung als konkurrierende und ungewollte Nutzung, was von den Mitgliedern des Fremdenverkehrsverein grundsätzlich kritisiert wird.



### 2.4.2.7 Der Jagdverband

Die Jägerschaft lehnt die Einstellung der Jagd im Kerngebiet des Gewässerrandstreifen-Projektes, wie im PEPL- Entwurf ausgeführt, aus folgenden Gründen ab:

- Eine Selbstregulierung der Wilddichte entspricht nicht dem Tierschutz und seuchenrechtlichen Anforderungen, die in einer Kulturlandschaft zu gewährleisten sind.
- Wildruhezonen dieser Größe führen zu Schäden an Biotopen, zur Artenverarmung sowie zu verstärktem Wildschaden an landwirtschaftlichen Kulturen im Umkreis von bis zu 30 km, die durch die Jäger nicht zu verantworten seien, aber erhöhte Ausgleichszahlungen nach sich ziehen.

### 2.4.2.8 Die Naturschutzverbände

Die Naturschutzverbände, insbesondere der Naturschutzbund Deutschlands (NABU) und der BUND unterstützen sowohl den Nationalpark, als auch das Gewässerrandstreifenprojekt. Der NABU sowie die Organisation "Robin Wood" sind auch im Projektgebiet tätig.

### 2.4.3 Fazit

Wie aus den zusammengefassten Äußerungen der oben vorgestellten Institutionen hervorgeht, entzünden sich die Konflikte in der Hauptsache um den vom Verein der Freunde des NPs Unteres Odertal initiierten Entwurf des Pflege- und Entwicklungsplan (PEPL). Die Fronten bestehen infolgedessen zwischen dem Förderverein und den Hauptbetroffenen der PEPL-Maßnahmen, die sowohl aus der landwirtschaftlichen, touristischen, industriellen als auch der ökologischen Perspektive argumentieren. Der Nationalpark als Raum für schützenswerte Landschaft, Flora und Fauna wird prinzipiell befürwortet und teilweise sogar unterstützt

## 2.5 Konflikte

Hier wird eine Auswahl der von den Maßnahmen des PEPL- Papiers betroffenen Gruppen aufgeführt und die Konfliktsituation, in der sie sich befinden, erläutert: die Landwirte, die Industriebetriebe, die Fischereibetriebe und Anglerverbände, der Fremdenverkehrsverein, der Jagdverband und die Kommunen und Landkreise.

### 2.5.1 Die Landwirtschaft

Die Landwirte sind eine der größten homogenen Gruppen unter den Akteuren im Unteren Odertal.

Ihre Konflikte mit den verschiedenen Institutionen werden im Kap. 5.2.3, S. 68 ausführlich dargestellt.

### 2.5.2 Die Industrie

Die wichtigsten industriellen Unternehmen im Unteren Odertal sind in Schwedt ansässig.

Zu nennen wären an dieser Stelle zunächst das wohl bekannteste in der Region, die PCK Raffinerie GmbH als größter Arbeitgeber, sowie die Mineralölverbundleitung GmbH Schwedt. Des Weiteren existieren zwei Papier erzeugende Betriebe, die Schwedter Papier- und Karton GmbH und die Haindl Papier GmbH & Co KG und ferner die Schwedt Tapeten GmbH, um nur die wichtigsten zu erwähnen.

Die Unternehmen kritisieren die Überantwortung der hoheitlichen Aufgabe der Durchsetzung des Nationalparkgesetzes "Unteres Odertal" an einen privaten Verwaltungsträger. Weiterhin wird das Feh-

len der detailgenauen Auseinandersetzung mit den unterschiedlichen Niveaulagen des Planungsgebietes bemängelt. Die Unterlassung jeglicher Niveauekartierung führte dazu, dass nicht berechenbar sei, welche Flächen in welchem Umfang letztlich außerhalb der turnusmäßigen Winterhochwasser überflutet würden.

Außerdem erwartet die örtliche Industrie Probleme mit im Poldergebiet gelegenen Pipelines und Abwasserleitungen, die zum Beispiel die gereinigten Industrieabwässer des PCK, der Papierbetriebe, und andere Betriebe u.a. führen. Bei den geplanten längeren Flutungszeiten in den betreffenden Poldern werde die Wartung und Inspektion der Leitungen erheblich erschwert, da der Zugang zu den entsprechenden Kontrollschächten nur bei Trockenheit des Polders möglich sei. Andauernde oder zeitlich wesentlich ausgedehnte Unzugänglichkeit könnte die Betriebssicherheit des Abwassersystems gefährden.

Die Rohöl führenden Pipelines seien nur mit dem seinerzeit erforderlichen Sicherheitsfaktor verlegt worden. Eine zeitweilige oder regelmäßige Flutung des betroffenen Geländes "muss sicher ausgeschlossen werden". Diese Belastung erforderte einen wesentlich höheren Sicherheitsfaktor.

Die Wandstärke der Rohre sei nicht ausreichend und die Leitungen verfügten nicht über eine in diesem Fall notwendige Auftriebssicherung, um nur einige Argumente zu erwähnen.

Die Maßnahmen des PEPL schlossen Uferrandbefestigungen aus, auf die aber die Rohrleitungsbetreiber technisch angewiesen seien, um eine Freispülung der Leitungen zu verhindern. Die gesetzlichen Sicherheitsvorschriften würden somit durch die entsprechenden Maßnahmen des PEPL unterlaufen. Weiterhin hätte das von den Planern gewünschte Schlitzten der Deiche, insbesondere des Norddeiches von Polder 10 zur Folge, dass bei Auftreffen eines Hochwassers mit mehr als 30 cm Wasserspiegeldifferenz zwischen Binnen- und Wasserseite gerechnet werden muss, was den Deich zum Rutschen bringen würde.

Bei Entscheidung für das PEPL und bei Durchsetzung des Gewässerrandstreifenprogramms geraten die industriellen Betriebe in jedem Fall in einen Gesetzeskonflikt, weil die Erfordernisse der Sicherheitsbestimmungen im Widerspruch zu den Maßnahmen in PEPL und dem Gewässerrandstreifenprogramm stehen.

### 2.5.3 Die Fischerei und Anglerverbände

Ein weiterer Wirtschaftsfaktor im Unteren Odertal ist die Fischerei. Der Entwurf des PEPL sieht eine Nutzungsauffassung oder Nutzungsentflechtung vor, was für die Fischereiunternehmen nichts anderes als eine Einstellung der Fischerei bedeutet. Bei Inkrafttreten desselben wäre somit der Fischerei die Grundlage ihrer Existenz entzogen.

Die Fischerei ist das älteste im Unteren Odertal ausgeübte Gewerbe. Es würde vollkommen aus dieser Region verschwinden.

Abgesehen von diesem existentiellen Konflikt mit dem PEPL- Entwurf bzw. der ihn vertretenden Institution, dem Förderverein, wird von den Fischereibetrieben und Anglerverbänden die Totalreservatskonzeption beanstandet. Sie sieht eine Ausweisung von 60-70 % der Poldergewässer vor (von den 641ha Poldergewässer sollen ca. 360ha in der Zone I liegen, vgl. Nationalparkverwaltung Unteres Odertal 2001: 4; Cofad 1999: 8), was nach Angaben der Fischer auch negative Auswirkungen auf die Fischbestände (z.B. Überalterung, Verbutterung) einschließlich negativer Auswirkungen auf die Vogelwelt des Nationalparks hätte.

Zudem würde die Isolation der Gewässer durch Defektsetzung der Verbindungsgräben und der Fäulniseintrag bei stark schwankenden Wasserständen während der Sommermonate in den Gewässern zu einer starken Gefährdung des Sauerstoffgehaltes führen.

### 2.5.4 Der Fremdenverkehrsverein

Im Zuge der Entstehung des Nationalparks Unteres Odertal war in Bezug auf die Nachhaltigkeit der durchzuführenden Maßnahmen eine zunehmende Extensivierung der Landwirtschaft und eine Ausweitung des tertiären Sektors vorgesehen. Die Entwicklung des Dienstleistungssektors vollzog sich vorrangig in der Tourismusbranche, die durch die Deklaration des Unteren Odertals als Nationalpark von den zu erwartenden Besuchern zu profitieren hoffte. Als besonders reizvoll wird sowohl von Touristen als auch von Einheimischen die besondere Landschaft sowie die einzigartige Tier- und Pflanzenwelt bezeichnet, die im Unteren Odertal zu beobachten und zu erleben ist. Allein dieser Aspekt verleiht der Region die Anziehungskraft, die die Hoffnung auf erhöhte Frequenz von Besuchern aus der näheren und weiteren Umgebung rechtfertigt. Investitionen in das Hotel- und Gaststättengewerbe, die größtenteils von Einheimischen getragen wurden, haben zur Bereitstellung von ausreichend Beherbergungsmöglichkeiten und zur Verbesserung der gastronomischen Situation geführt (vgl. 0.1, S. 66).

Die Ausweitung der Totalreservatszone I habe zur Folge, dass die in dieser Zone, also im größten Teil der Polderflächen befindlichen Gebiete, weder durch Touristen noch Einheimische betreten werden dürfen, was eine Betrachtung seltener Pflanzen- und Tierarten erschwerte oder sogar ausschließe.

Die Wiederherstellung eines eventuell in früherer Zeit existenten Auwaldes hätte erhebliche Auswirkungen auf das derzeitige Landschaftsbild. Die in den letzten 200 Jahren entstandene Kulturlandschaft, die zu einem erheblichen Teil den Reiz des Unteren Odertals ausmacht, würde sich im Zuge des Sukzessionsprozesses in eine unbegehbare und uneinsehbare Landschaft entwickeln, die sich aufgrund dessen den Nutzungsmöglichkeiten durch den Tourismus entziehe.

Die zu erwartenden Veränderungen des örtlichen Klimas, die mit der geplanten Vernässung des Poldergebietes einhergehen, etwa Versumpfung und eine zu erwartende Verschlechterung der Lebensbedingungen durch häufiger auftretende Mückenplagen würden ebenfalls zur Abnahme der Attraktivität des Unteren Odertals für potentielle Besucher führen.

Sollten also die im PEPL-Entwurf geplanten Maßnahmen Realität werden, zeichne sich für die Entwicklung des Fremdenverkehrs in der Region eine negative Tendenz ab, was nach Auffassung des Fremdenverkehrsvereins, die auf Tourismus ausgerichtete Betriebe in ihrer Existenz gefährde.

### 2.5.5 Der Jagdverband

Die Autoren des PEPL empfehlen, die Jagd bis 2010 vollkommen einzustellen. Ausnahmsweise sollen winterliche Drückjagden stattfinden, wenn Naturschutzziele nicht realisiert werden können bzw. bei zu großer Belastung angrenzender landwirtschaftlicher Kulturen. Die Wilddichte im Nationalpark soll sich durch Krankheiten selbst regulieren. Damit würde sich nach Ansicht des Jagdverbandes das bejagbare Gebiet in der Region erheblich verringern, was die Regulationsfunktion der Jagd wesentlich erschwere. Die permanente Selbstregulation der Wilddichte durch Krankheiten erscheine angesichts des Nahrungsangebotes illusorisch und müsse auch aus tierschutz- und seuchenrechtlichen Bedenken abgelehnt werden.

Die sich bei Jagdruhe entwickelnden hohen Wilddichten würden die Landwirtschaft immer durch Wildschäden beeinträchtigen. Dieses Problem allein durch Bejagung von außen regulieren zu wollen, wird von den Experten der Landesforstanstalt Eberswalde in einer Stellungnahme zum PEPL zurückgewiesen. Das Wild lebte in Populationen, deren Grenzen nicht an Nationalparkgrenzen gebunden seien. Außerdem steht der zu erwartende Wildverbiss der Laubholz naturverjüngung bei steigender Wilddichte den Schutzziele des Nationalparks entgegen.

Demzufolge will der Jagdverband die Jagd im Nationalpark unbedingt beibehalten. Entsprechend der Funktion des NP müssten die erforderlichen jagdlichen Aufgaben jährlich neu festgelegt werden, um mit einer flexiblen Bejagung die Erreichung der Schutzziele zu unterstützen.

### 2.5.6 Die Kommunen und Landkreise

Die Kommunen und Landkreise äußern sich besonders ablehnend in Bezug auf diejenigen Maßnahmen des PEPL, die Einwirkungen auf das Wirtschaftsgefüge der Region zur Folge haben, den Hochwasserschutz gefährden, sowie die Lebensbedingungen der Menschen nachteilig beeinflussen können.

Durch das Bewirtschaftungsverbot großer Teile der Polderflächen und -gewässer und das nur unzureichende Angebot von Alternativflächen bzw. geeigneten Ausgleichsmaßnahmen würden sich die wirtschaftlichen Rahmenbedingungen für die Landwirte, Fischereibetriebe und andere dahingehend verändern, dass nicht nur mit umfangreichen Einkommensverlusten, sondern auch mit der Aufgabe einzelner Unternehmen zu rechnen sei. Damit gingen der Region zwangsläufig zahlreiche Arbeitsplätze verloren, was nicht im Interesse der Städte und Gemeinden liegen könne. Dadurch würden nicht nur die Einnahmen aus Steuergeldern zurückgehen, woraufhin wichtige Investitionen ausbleiben müssten. Die allgemeine Kaufkraft der Anwohner würde abnehmen, was infrastrukturelle Auswirkungen nach sich zöge, die weitere unternehmerische Existenzen gefährdeten.

Dem Tourismus wird von Seiten der Gemeinden keine so hohe Auffangwirkung zugetraut, als dass er die verlustig gehenden Arbeitsplätze, etwa aus Fischerei und Landwirtschaft, kompensieren könnte. Zusätzlich wird die Bedeutung der Region für den Tourismus auch aus der Sicht der Kommunen durch die großflächige Unbegehrbarkeit, wie für die Totalreservatzonen im Nationalpark vorgesehen, bedeutend gemindert. Weiterhin wird durch die geplante Überflutung der Polder für bis zu 270 Tage im Jahr eine Verschlechterung der Lebensbedingungen befürchtet. Die infolge der langzeitigen Überflutung auftretende Versumpfung, Schwüle und Mückenplagen würden sich negativ auch im Hinblick auf den Erholungswert und damit den Tourismus auswirken.

Die bei Erstellung des PEPL unterlassene detaillierte Niveauekartografierung, auf deren Grundlage erst über das Infragekommen hydrologischer Maßnahmen diskutiert werden darf, wird von den Kommunen als unverantwortliche Herangehensweise kritisiert. Befürchtet werden unter anderem Hochwasserschäden, Gefährdung durch ungesicherte, durch die Polder verlaufende Leitungen sowie Auswirkungen auf die Statik von Gebäuden durch Anhebung des Grundwasserspiegels.

Übereinstimmend wird sowohl von lokalen Wirtschaftsvertretern, Landwirten, Fischern, Jagdverbänden, Städten und Kommunen festgestellt, dass die geplanten Maßnahmen den gesetzlich definierten Schutzziele eines Nationalparks zuwiderlaufen. Die nachhaltige Entwicklung des Unteren Oderals sei in der Planung weitgehend vernachlässigt worden. Die gesetzlich festgeschriebene Partizipation von Bürgern, Kommunen und Wirtschaft sei vom Trägerverein durch Ausschluss bei Prozessen der Entscheidungsfindung und mangelnde Gesprächsbereitschaft unterlaufen worden.

Dagegen wird wie folgt argumentiert: Die Planung zur Einrichtung des Nationalparks solle rechtsförmlich erfolgen, um den Bürgern nach Wortlaut und Motiven des Bundesnaturschutzgesetzes weitreichende Beteiligungs- und Rechtsschutzmöglichkeiten einzuräumen. Die Bürgerbeteiligungen seien gerade wegen der möglichen Auswirkungen in §28 des Brandenburgischen Naturschutzgesetzes festgeschrieben. Die Gesetzgebung formuliere ebenso die Absicht, die Verwirklichung des Nationalparks einer einheitlichen und staatlichen Verwaltung zu unterstellen. Dazu stehe die Übertragung der Planung und Durchsetzung an einen privaten Trägerverein in diametralem Widerspruch.

## 3 Theorie

### 3.1 Nachhaltige Entwicklung: Begriffsbestimmung

Die Konzeption der Nachhaltigen Entwicklung ist das Ergebnis eines längeren Prozesses der Herausbildung eines öffentlichen Bewusstseins für die globale Umweltproblematik, zunächst in den Industrieländern. Der Anfang dieses Prozesses ist nicht genau festlegbar; erste Ansätze können in den 60er Jahren gefunden werden. Zur Formulierung des Konzeptes der Nachhaltigen Entwicklung kam es erst in den späten 80ern. Die Weltkommission für Umwelt und Entwicklung, WCED<sup>3</sup>, legte 1987 ihren im Auftrag der Vereinten Nationen verfassten Bericht zur globalen ökologischen Situation vor.

Die Vorschläge des Brundtland-Berichts zur Lösung der Umweltprobleme gruppierten sich um den Schlüsselbegriff des *Sustainable Development*, also einer "tragfähigen Entwicklung". Die vorgelegte Definition war sehr allgemein gehalten, um breiten Konsens erhalten zu können. Die Thesen konzentrierten sich vor allem auf das Problem der Gerechtigkeit zwischen den aufeinanderfolgenden Generationen: demnach ist nachhaltige Entwicklung eine "Entwicklung, die die Bedürfnisse der Gegenwart befriedigt, ohne zu riskieren, dass künftige Generationen ihre eigenen Bedürfnisse nicht befriedigen können" (WCED 1987, zit. nach Kürzinger 1997: 392).

Die Etablierung der nachhaltigen Entwicklung als politisches Paradigma erfolgte dann auf der Umweltkonferenz der Vereinten Nationen in Rio de Janeiro 1992. Teilweise werden aber die Schwerpunkte des Konzeptes anders gelegt. Der Begriff ist nicht einheitlich definiert. Allerdings gibt es bei allen Definitionen einen gemeinsamen Nenner, der drei Dimensionen von Nachhaltigkeit umfasst: die ökonomische, soziale und ökologische Nachhaltigkeit.

- Die ökonomische Dimension: Sie umfasst die Sicherung der Grundlagen materieller Bedürfnisbefriedigung, den Erhalt der Leistungsfähigkeit des Produktionsvermögens, freiheitliche Wirtschaftsstrukturen. Die Ausführungen der am Wissenschaftszentrum Berlin tätigen Projektgruppe "Arbeit + Ökologie" sehen als Ziel der ökonomischen Nachhaltigkeit auch die Wiedererlangung der Vollbeschäftigung vor.
- Die soziale Dimension: Im Mittelpunkt dieses Aspektes steht soziale Gerechtigkeit. Sie bezieht sich in erster Linie auf die als zentralen Punkt im Brundtland-Bericht skizzierte intergenerationale Problematik: Eine Nachhaltige Entwicklung ist insofern gerecht, als sie die Lebensqualität der jetzigen Generation sichert, ohne die Wahlmöglichkeiten der zukünftigen Generation einzuschränken<sup>4</sup>. Soziale Gerechtigkeit wurde von Rawls (1979) in einem umfassend theoretisch behandelt. Weiter unten folgt ein eigener Abschnitt über diese Dimension der Nachhaltigkeit.
- Die ökologische Dimension: Sie bedeutet in erster Linie eine Schonung der vorhandenen Ressourcen und eine stärkere Nutzung erneuerbarer Ressourcen. Ebenfalls impliziert ökologische Nachhaltigkeit die Verbesserung der Umweltqualität und den Schutz der biologischen Vielfalt.

Innerhalb der Debatte um die Nachhaltige Entwicklung kann neben dieser Differenzierung zwischen zwei grundsätzlichen Positionen unterschieden werden (Kürzinger 1997: 396). Die eine vertritt den Standpunkt, dass eine nachhaltige Entwicklung mit linearem Wachstum vereinbar ist. Die andere hat sich von dieser Position zugunsten eines Kreislaufdenkens verabschiedet. Diese Differenzierung zielt besonders auf den ökonomischen Gesichtspunkt, betrifft aber auch die sozialen und ökologischen Aspekte. Zusammenfassend bedeutet Nachhaltigkeit langfristige Erhaltung des Systems bei Vermeidung zukünftig irreversibler Schäden. Entscheidend ist innerhalb dieses Ansatzes, dass die drei Sphä-

<sup>3</sup> World Commission for Environment and Development, die sogenannte. "Brundtland-Kommission".

<sup>4</sup> Siehe obige Definition.

ren miteinander vereinbar sind und sich nicht widersprechen<sup>5</sup>.

## 3.2 Der soziale Aspekt der Nachhaltigen Entwicklung

### 3.2.1 Lebensqualität im Mittelpunkt

Nachhaltige Entwicklung kann also nicht unter Ausklammerung einer der genannten Dimension stattfinden. Innerhalb der Nachhaltigkeitsdebatte wurde bisher aber die ökologische Dimension weitgehend in den Vordergrund gestellt, während gerade die soziale Komponente zumeist vernachlässigt wurde. Möchte man aber die Lebensqualität des Menschen in den Mittelpunkt der Entwicklung rücken, gewinnen der soziale Aspekt und in diesem Kontext die Arbeit besonders an Bedeutung.

Ist es schließlich doch die Arbeit – und nicht zuletzt die Erwerbsarbeit, die entscheidende Beiträge zur Festlegung der sozialen Situation/Position leistet - so ist sie nicht nur determinierend für die persönliche Identifikation in der umgebenden sozialen Umwelt. Ihre Abwesenheit führt auch zum Abrutschen in eine sozial weniger günstige und weniger angesehene Position (Deklassierung). Das kann so weit gehen, dass in diesem Sinne “deklassierte” Individuen, ihre Grundfreiheiten in einem geringeren Ausmaß in Anspruch nehmen können (Siehe auch unten: Rawls (1979)).

Kronauer (1997) spricht in diesem Zusammenhang von verschiedenen Dimensionen der Ausgrenzung, in die besonders durch Arbeitslosigkeit betroffene Individuen oder Gruppen eingehen. Zu der Bedeutung der Grundfreiheiten soll im Anschluss genauer eingegangen werden.

### 3.2.2 Soziale Nachhaltigkeit und ihr institutioneller Rahmen

Wie bereits weiter oben ausgeführt, nimmt die soziale Gerechtigkeit eine zentrale Rolle ein. Daher darf innerhalb einer theoretischen Einführung an dieser Stelle der Verweis auf einen modernen Theoretiker nicht fehlen: Rawls (1979: 336) sieht zwei theoretische Fundamente für soziale Gerechtigkeit:

- Alle haben gleiche Rechte auf das umfangreichste Gesamtsystem gleicher Grundfreiheiten, das für alle möglich ist<sup>6</sup>.
- Soziale und wirtschaftliche Grundfreiheiten müssen den sozial am wenigsten Begünstigten den größtmöglichen Vorteil bringen; außerdem sind alle Ämter und Positionen für jedermann offen.

Diese Positionen sind natürlich recht abstrakt, doch stehen sie im direkten Zusammenhang mit der Nachhaltigen Entwicklung, so dass sich ein Bogen zu dem vorliegenden Projekt spannen lässt. Wie die Brundtland-Kommission sieht auch Rawls in der Fairness zwischen den Generationen ein wichtiges Element der sozialen Gerechtigkeit. In Übereinstimmung mit “Arbeit + Ökologie” unterstreicht auch er die Notwendigkeit einer Verteilungsgerechtigkeit, die über das rein materielle hinausgeht und besonders den institutionellen Bereich betrifft.

Zur sozialen Nachhaltigkeit gehören auch eine selbstbestimmte Lebensführung durch eigene Arbeit, die Befriedigung der Grundbedürfnisse und gleichberechtigte Teilhabe an der Bürgergesellschaft – also Partizipation. Dafür ist ein institutioneller Rahmen erforderlich, innerhalb dessen sich soziale

<sup>5</sup> Es sollte aber auch erwähnt werden, dass diese Vereinbarkeit nicht vollständig sein muss. Das heißt, dass zwischen den drei Sphären Widersprüche auftreten können, die je nach Fall unterschiedlich stark ausgeprägt sein können, so dass Kompromisse eingegangen werden müssen. Ergebnis solcher Kompromisse muss es sein, eine gemeinsame Schnittmenge zwischen den Zielen der drei Säulen auszumachen und deren Inhalt umzusetzen. “Arbeit + Ökologie” (2000b) nennen diese Schnittmenge “Nachhaltigkeitskorridor”, womit der “(...) Überschneidungsbereich von Nachhaltigkeitszielen in den drei Dimensionen (...)” (“Arbeit + Ökologie” 2000b: 21) gemeint ist. Nachhaltigkeit als Prozess liegt also dann vor, wenn “ (...) die Funktionsfähigkeit keiner der drei Systeme Ökonomie, Ökologie und Soziales grundsätzlich oder langfristig gefährdet [ist, die Verf.]” (ebd.). Es kommt also darauf an, Kompromisse zu schließen, um so die auftretenden Widersprüche aufzulösen oder doch zumindest abzumildern.

<sup>6</sup> Jeder soll also, die gleichen Grundfreiheiten im gleichen Ausmaße ausüben können.

Nachhaltigkeit entfalten kann. Demokratische Strukturen bieten Grundfreiheiten und ermöglichen oder fördern sogar die Beteiligung der Bürger. Außerdem können sie korrigierend auf übermäßige ökonomische und soziale Ungleichheiten wirken<sup>7</sup>. „Arbeit + Ökologie“ setzen Demokratie voraus und erweitern das Konzept der Nachhaltigkeit um eine weitere Dimension: Institutionelle Nachhaltigkeit<sup>8</sup>. Ziele einer solchen institutionellen Entwicklung sind:

- Dauerhafte Stärkung der Gestaltungsmöglichkeiten gesellschaftlicher Gruppen (Partizipation) u.a. durch mehr direkte Demokratie;
- Gleichstellung der Geschlechter u.a. durch Modifikation des Steuersystems;
- Ökonomische Unterstützung des sozial-ökologisch orientierten Konsums und
- Forschungs- und Bildungsförderung.

Bestandteil der Institutionellen Nachhaltigkeit ist also auch die Einbeziehung der Bürger in den institutionellen Rahmen. Ist dies nicht der Fall, spricht Kronauer (1997) von institutioneller Ausgrenzung. Diese Form der Ausgrenzung könnte auf das Untere Odertal zutreffen, wo die Strukturveränderungen eine Entwicklung in diese Richtung vorangetrieben hat (siehe unten).

### 3.2.3 Partizipation und Ausgrenzung

Ein zentraler Punkt bei „Arbeit + Ökologie“ ist die Partizipation. Kronauer (1997) konzentriert seine Ausführungen auf diesen Begriff und konzipiert ihn als urbane Erscheinung, die sich aber ohne weiteres generalisieren und somit auch auf rural geprägte Gebiete übertragen lässt. Er unterscheidet sechs Dimensionen der Ausgrenzung:

- Ausgrenzung am Arbeitsmarkt: Diese Form der Ausgrenzung liegt vor, wenn der (Wieder-) Eintritt in den Arbeitsmarkt dauerhaft versperrt ist. Dies kann z.B. der Fall sein, wenn die Qualifikationen des Bewerbers veraltet ist bzw. nicht anerkannt wird.
- Ökonomische Ausgrenzung: In diesem Fall bedeutet Ausgrenzung die erhöhte Abhängigkeit von staatlichen Sozialleistungen in Folge eines Verlustes der Fähigkeit für den eigenen Lebensunterhalt zu sorgen.
- Kulturelle Ausgrenzung: Sie betrifft das Abgeschnittensein von der Möglichkeit entsprechend den sozial anerkannten Verhaltensmustern, Lebenszielen und Werten entsprechend zu leben.
- Ausgrenzung durch gesellschaftliche Isolation: Dieser Fall beschreibt Phänomene der Vereinzelung wie aber auch der Gruppen- und Milieubildung.
- Räumliche Ausgrenzung: Sie liegt vor, wenn die räumliche Nähe zu anderen sozialen Schichten verloren gegangen ist.
- Institutionelle Ausgrenzung: Institutionen werden hier in ihrer politischen Bedeutung verstanden, meinen also Schule, Verwaltung und dergleichen. Werden Menschen von den Leistungen dieser Institutionen ausgeschlossen, spricht Kronauer von institutioneller Ausgrenzung (Kronauer 1997: 39).

Alle Dimensionen sind miteinander verwoben. So kann beispielsweise eine ökonomische Ausgrenzung mit kultureller Ausgrenzung einhergehen oder diese verursachen.

So waren auch alle Aspekte im Rahmen des Forschungsprojektes „Unteres Odertal“ nachweisbar. Folgende Punkte sollen hervorgehoben werden:

- Die Ausgrenzung am Arbeitsmarkt: Bedingt durch den Transformationsprozess sind bisher traditionelle Arbeitsfelder weggebrochen. Ein Großteil der Bevölkerung in der Region ist arbeitslos geworden und abhängig von staatlichen Transferzahlungen.
- Gesellschaftliche Isolation einerseits sowie Gruppenbildung andererseits: Im Raum Schwedt

<sup>7</sup> Hiermit ist also die Notwendigkeit eines sozialen Sicherungssystems gemeint, das Existenzminima garantiert.

<sup>8</sup> Bei Voraussetzung von Demokratie.

haben sich bestimmte Gruppen erhalten und ihren Einfluss verstärkt<sup>9</sup> oder neu gebildet.

- Institutionelle Ausgrenzung: Ebenfalls einhergehend mit der Wende kam es zu einem institutionellen Abbau<sup>10</sup>.

In diesem Zusammenhang sind auch allgemein in den neuen Bundesländern festgestellte (fehlende) Tendenzen zur Partizipationsbereitschaft von Interesse. Im Rahmen einer Studie zu "Klienten" karitativer Organisationen in Ostdeutschland bestätigen Hübinger und Neumann (1998) eine "Zurückhaltung" bei der Neigung zur Mitarbeit in Organisationen. Die Autoren verwenden u.a. die Wahlbeteiligung<sup>11</sup> als Indikator für politisches Engagement: Bei den Bundestagswahlen 1994 wurde die niedrigste Wahlbeteiligung seit 1953 registriert. Tendenziell seien ostdeutschen Bürger eher bereit, sich im sozialen als im politischen Bereich zu engagieren.

### 3.2.4 Akzeptanzprobleme

Im Fall der Einrichtung eines Nationalparks stellt die mangelnde subjektive Akzeptanz seitens der Bevölkerung ein ernstzunehmendes Problem dar. Der zentrale Begriff der Akzeptanz kann in Anlehnung an die Definition von Lucke (zitiert nach Stoll) als folgendes verstanden werden:

*"(...) die Chance, für bestimmte Meinungen, Maßnahmen, Vorschläge und Entscheidungen bei einer identifizierbaren Personengruppe ausdrückliche oder stillschweigende Zustimmung zu finden und unter angebbaren Bedingungen aussichtsreich auf deren Einverständnis rechnen zu können."*

Um eine solche Akzeptanz zu erreichen, sind verschiedene Komponenten zu berücksichtigen. Als erstes ist das "Akzeptanzobjekt" Naturschutz selbst zu erwähnen – als abstrakte Zielvorstellung, dessen Akteure wie auch inhaltliche Auslegungen sehr heterogen sein können. So gibt es unterschiedliche Vorstellungen sowohl über das Schützenswerte (Naturlandschaft oder Kulturlandschaft) als auch über dessen Implementierung.

Die zweite Komponente stellen die politisch-administrativen Rahmenbedingungen (sich zum Teil überschneidende Anforderungen bei der Ausweisung eines Nationalparks), die ökonomisch-finanziellen Gegebenheiten (Arbeitsplätze, Fördermittel) und die sozioökonomischen und infrastrukturellen Voraussetzungen dar. Die infrastrukturellen Voraussetzungen im Fall des Unteren Odertals werden in erster Linie durch die geographischen Marginalität bestimmt, die sozioökonomischen Folgen durch die Auswirkungen der Wende. Des weiteren spielen die sich daraus ergebenden Konfliktlinien eine Rolle für die Chancen und Bedingungen, eine breite Akzeptanz zu finden.

Offensichtlich handelt es sich um mehrere Faktoren, die die Akzeptanz eines Nationalparks beeinflussen. Zunächst sind emotionale Aspekte zu nennen, wie die Angst vor Einschränkungen und der Verlust der individuellen Entscheidungsfreiheit. Das Betroffen- und Bedrohtheitserleben nimmt mit zunehmender räumlicher Distanz vom Zentrum (Schwedt) ab<sup>12</sup>.

Weiterhin wurde auch klar, dass ein maßgeblicher Grund für die mangelnde Akzeptanz die unzureichende Partizipation darstellt. Die Schutzgebiete wurden von der betroffenen Bevölkerung (Bauern, Angler, Fischer) auch deshalb nicht akzeptiert, weil der Förderverein sie nicht ausreichend in den Planungsprozess miteinbezogen hatte. Denn Partizipation kann – nach Stoll – auch dann akzeptanzfördernd wirken, wenn die Entscheidungsergebnisse inhaltlich nicht akzeptiert werden können, wenn aber die Entscheidungsfindung als gerecht wahrgenommen wird. De facto fühlten sich die Beteiligten hintergangen, die plötzlich aufkommenden kleinen und großen Einschränkungen wirkten sich negativ auf die Akzeptanz aus.

<sup>9</sup> Z.B. die Gruppen der Landwirte oder der Angler (Anglerverein).

<sup>10</sup> Besonders deutlich unter anderem im Schulsektor – hier bedingt durch demographische Veränderungen.

<sup>11</sup> Interpretiert als die minimale Form der politischen Partizipation.

<sup>12</sup> Dieses Phänomen wird auch mit dem Begriff „Akzeptanzkrater“ umschrieben.



Ein generelles Problem entsteht durch die vorhandenen Kommunikationsbarrieren, die sich zwischen der Bevölkerung und den anderen Akteuren zeigen. Die soziale Distanz zwischen den Planern eines Nationalparks und der Bevölkerung ist nicht nur in dem Mangel an Kontakten und dem Wissen über die Vorstellungen des anderen begründet, sondern auch in der strikten Trennung von Eigengruppe und Fremdgruppe. Die Bevölkerung kann sich mit ihnen nicht identifizieren: dies nicht nur aufgrund der unterschiedlichen Vorstellungen von Naturschutz, es kommt weiterhin noch der Ost-West Gegensatz hinzu. Das stereotype Bild des „Wessis“ wird durch die des Städters ergänzt, der den Nationalpark nur als eine Spielwiese betrachtet, jedoch nicht als möglichen Lebensraum der ansässigen Bevölkerung.

Mit der Ausweisung eines Nationalparks werden auch kulturelle Aspekte berührt. Die gewohnten Verhaltensweisen der Bevölkerung werden plötzlich in Frage gestellt. Auch andere Veränderungen, die in der traditionellen Raumstruktur vorgenommen werden sollen, ziehen tiefgreifende Veränderungen im Leben der betroffenen Bevölkerung nach sich. Der Naturraum hat in diesem Fall auch noch eine Orientierungsfunktion für die dort lebenden Menschen: in ihrer Form als traditionsreiche Kulturlandschaft stellt sie auch die Heimat dar, mit der sich die Leute verbunden fühlen.

### 3.2.5 Arbeit

#### 3.2.5.1 Ausdifferenzierung der Arbeitsverhältnisse: Mischarbeit

Arbeit ist nicht zuletzt für die Selbstverwirklichung jedes Menschen wesentlich. Die Struktur der Arbeit hat sich verändert und wird sich in Zukunft weiter ausdifferenzieren. „Arbeit + Ökologie“ führen den Begriff der „Mischarbeit“ ein, der als Ausgangspunkt einer erweiterten Betrachtung der Arbeit dienen soll. Mischarbeit bezeichnet die Gleichzeitigkeit unterschiedlicher gesellschaftlicher Arbeiten und die Vielfalt ihrer Kombinationen. Das Normalarbeitsverhältnis als unbefristete Vollzeitbeschäftigung wird immer seltener. Neue Arbeitsformen wie Teilzeit-, Leih- und Zeitarbeit werden üblich. Die Arbeitenden werden verschiedenen Arbeitszeitmustern folgen. Ihre Erwerbsverläufe werden durch Instabilität und Diskontinuität geprägt sein. Es kommt zu Wechseln zwischen verschiedenen Arbeitsmärkten und Kombinationen von Tätigkeiten.

Konkret schlagen „Arbeit + Ökologie“ (2000a: 42) zur Erreichung des Zieles der sozialen Nachhaltigkeit folgendes Strategiebündel vor:

- Produkt- und Prozessinnovation durch Beteiligung,
- soziale Arbeitszeitmuster,
- Absicherung optionaler „Mischarbeit“,
- geschlechterdemokratische Zugangschancen,
- umweltverträgliche Güterversorgung,
- Stärkung gemeinschaftlicher Selbsthilfe für sozial-ökologischen Wohlstand.

Im Rahmen der Nachhaltigen Entwicklung wird auch Wert gelegt auf eine gesteigerte Bedeutung des Ehrenamtes und des persönlichen Engagements im informellen Sektor. Außerdem soll Nicht-Regierungs-Organisationen eine wichtige Rolle bei der gesellschaftlichen Gestaltung zukommen.

#### 3.2.5.2 Der tertiäre Sektor und der Umweltschutz als Beschäftigungsfeld

Eine besondere Bedeutung kommt dem tertiären Sektor zu und dem Beitrag des Umweltschutzes in der Beschäftigungspolitik. Der tertiäre Sektor<sup>13</sup> bietet viele Chancen für die Schaffung neuer Arbeits-

---

<sup>13</sup> „Tertiärer Sektor“ oder „dritter Sektor“ werden hier im etablierten volkswirtschaftlichen Sinne als „Dienstleistungssektor“ verstanden. Damit erfolgt eine Abgrenzung von Landwirtschaft und Industrie. Die Begriffe haben also nicht den teilweise in der Nachhaltigkeitsdebatte gebräuchlichen Sinn.

plätze. Dabei stehen nicht zuletzt die Beschäftigungseffekte des Umweltschutzes innerhalb der Nachhaltigkeitsdebatte im Vordergrund. "Arbeit + Ökologie" betonen, dass Organisationen im Dritten Sektor nicht nur "(...) den Rahmen und die Infrastruktur" für Engagement des Einzelnen bieten, sondern auch als "aktivierende Organisationen" weiteres Engagement anregen und individuelle Kompetenzbildung unterstützen" ("Arbeit + Ökologie" 2000b: 32).

### 3.3 Nachhaltigkeit im Unteren Odertal

Die Region, innerhalb derer das vorliegende Projekt durchgeführt wurde, hat in den Jahren der deutschen Einheit einen Strukturwandel durchlaufen. Dieser Prozess kann wohl noch nicht als abgeschlossen angesehen werden. So ist typischerweise die Arbeitslosenquote im unteren Odertal sehr hoch. Die Industrie spielt weiterhin eine Rolle, die jedoch bei weitem nicht vergleichbar ist zu der in DDR-Zeiten. Die Zahl der Arbeitsplätze ist stark gesunken. Dennoch ist sie mit Blick auf die Wertschöpfung noch immer ein dominierender Bereich, was aber wohl eher an der Schwäche der anderen Sektoren liegt als an der eigenen Stärke. Die Landwirtschaft wird subventioniert und steht in einem Spannungsverhältnis zum Nationalpark.

Eine Stärkung des tertiären Sektors wäre somit wünschenswert im Bereich des Umweltschutzes und darüber hinaus. Dazu bietet sich besonders der Tourismus, aufgrund der landschaftlichen Attraktivität der Region an. Umweltschutz kombiniert mit dem Tourismus könnte die gewinnende Kombination für das Untere Odertal werden mit einem gut funktionierenden Nationalpark, der die Landschaft im besonderen Maße bewahrt und also zusätzlicher Anziehungspunkt für Reisende werden könnte. Dieses Zusammenspiel könnte auf allen drei Ebenen der Nachhaltigkeit erfolgreich sein: ökologisch, ökonomisch und sozial.

Auf der ökologischen Ebene würde der Umweltschutz eine Aufwertung erfahren. Durch die Stärkung des Nationalparks könnten die Artenvielfalt bewahrt und natürliche und ursprüngliche Lebensräume erhalten werden. Die ökonomische Ebene würde durch den Tourismus gestärkt, der ja – so unsere Ausgangsthese - mit dem Naturschutz eng verwoben werden sollte. Der Tourismus könnte zu einer Schlüsseldienstleistung avancieren, die entscheidend zu der wirtschaftlichen Konsolidierung der Region beitragen könnte. Die soziale Ebene würde über die Erhöhung der Zahl der Arbeitsplätze gestärkt. Die erhöhte Nachfrage nach touristischen Dienstleistungen könnte expandierend auf die Nachfrage nach Arbeit wirken. Außerdem käme es so zu einer sozialen und institutionellen Konsolidierung der Region, die auch für zukünftige Generationen attraktiv sein kann.<sup>14</sup> Voraussetzung dafür ist die aktive Eingliederung der Bürger in öffentliche Projekte, wie der Nationalpark eines darstellt. In diesem Sinne könnte der Nationalpark auf allen Ebenen einen Beitrag leisten, so dass das Untere Odertal ein Modell für richtungsweisende Nachhaltige Entwicklung werden könnte.

---

<sup>14</sup> So könnte auch die Abwanderung aus dieser reduziert werden.

## 4 Methodik

Kennzeichen des methodischen Vorgehens dieses Projekts ist die Aufteilung der Teilnehmer in drei Gruppen. Die erste Gruppe befragte touristische Leistungsträger, die zweite Landwirte und die dritte die „sonstige Bevölkerung“. Diese Aufteilung erschien sinnvoll, weil diese Kategorisierung drei Ebenen der Betroffenheit von der Einrichtung des NP erfasst:

- Die touristischen Leistungsträger aus den Bereichen Hotelgewerbe und Gastronomie stellen die potentiell begünstigte Gruppe dar.
- Die Landwirte repräsentieren jene Gruppe, die maßgeblich in ihrer wirtschaftlichen Aktivität eingeschränkt wird.
- Die Befragung der „sonstigen Bevölkerung“ liefert ein übergreifendes Stimmungsbild, das den Kontext zu den Antworten der anderen Gruppen bildet.

Das Gesamtverfahren des Projektes kann als explorativ bezeichnet werden. Dabei wurden offene, halb-offene und geschlossene Fragebogen als Erhebungsinstrumente verwendet.

Die Gruppen haben ihre Erhebungsinstrumente den jeweiligen Erfordernissen angepasst und sind insofern nicht deckungsgleich. In den einzelnen empirischen Abschnitten werden diese genauer erläutert (vgl. Kap. 5.1.3, S. 36; Kap. 5.2.2, S. 66; Kap. 5.3.3, S. 94; )

Die Ergebnisse der Befragungen der Landwirte und touristischer Leistungsträger wurden mit SPSS verarbeitet und analysiert. Die auszuwertenden Fragebogen hatten folgenden Umfang:

Nr.	Bereich	Anzahl der Befragten
1	Tourismus: Besucher	10
2	Tourismus: Zimmervermietungen, Gaststätten u.ä.	09
3	Landwirtschaft	11
4	„Sonstige“	18

Die Anzahl der Befragten erforderte nicht unbedingt ein so umfassendes Programmpaket wie SPSS. Jedoch wurde das Programm benutzt, um sich im Rahmen der Lehre mit Benutzeroberfläche von SPSS vertraut zu machen.

Für die Bewertung durch SPSS wurden die grundlegenden Schritte der Datenanalyse verwendet (RRZN 2000):

Schritt 1: Bearbeiten der Daten im Daten-Editor

Schritt 2: Auswählen einer Prozedur (Verfahrenstechnik) aus dem Menü

Schritt 3: Auswählen der Variablen für die Analyse

Schritt 4: Kontrolle der Ergebnisse

Für den Datensatz wurde für alle zu bearbeitenden Fragen folgendes Kodierungsmuster verwendet:

Abbildung 3.2.5-1: SPSS-Muster-Kodierungsschlüssel des Datensatzes für den Bereich Landwirtschaft

N of Cases : 11

## List of variables on the working file

Name	Position
I_F1 Ist Ihnen der Nationalpark:	1
Measurement Level:	Nominal
Column Width:	8
Alignment:	Left
Print Format:	F1
Write Format:	F1
Missing Values:	0
Value	Label
1	Sehr wichtig
2	Wichtig
3	Weniger wichtig
4	Gleichgültig
5	Wird abgelehnt

Die gezeigte Kodierung entspricht der ersten Frage aus dem Fragebogen "Landwirte", die im Anhang wiedergegeben ist. Nach diesem Muster wurden alle Fragen bearbeitet. Neben der gezeigten Kodierung, die mit allen bearbeiteten Fragen in dieser Form die Rechteckmatrix bildet, enthält der gesamt Kodierschlüssel (s. Abb.) des Datensatzes auch die Informationen, aus welchen die Variablen der einzelnen Spalten der Matrix gebildet werden. Alle Variablen werden durch einen Namen und einen Datentyp eindeutig gekennzeichnet. Über diese zwingend erforderlichen Minimalangaben zur Beschreibung der Daten hinaus enthält die Datei auch Umschreibungen der Variablennamen (*Variable Labels*) sowie den einzelnen Werten, die eine Variable annehmen kann (*Value Labels*). Außerdem wird für jede Variable angegeben, ob bestimmte Werte als Kodierung für fehlende Werte (*Missing Value*) interpretiert und aus den statistischen Berechnungen ausgeschlossen werden sollen.

Die Ergebnisdiagramme wurden aus SPSS in Microsoft-Paint exportiert, um die Microsoft-Word-Kompatibilität zu gewährleisten.

---

## 5 Empirie

### 5.1 Arbeitsgruppe ‚Sonstige ansässige Bevölkerung‘

#### 5.1.1 Einleitung

Das Projekt widmet sich den sozioökonomischen Effekten der Einrichtung des Nationalparks (NP) Unteres Odertal. Die Auseinandersetzungen um den Nationalpark tragen erhebliche emotionale und bisweilen scheinbar unsachliche Züge. Diese Züge müssen als wichtige Effekte des NP ernst genommen und daher untersucht werden. Deswegen legen wir besonderen Wert auf die Individualebene, d.h. auf die Sicht der individuell betroffenen Menschen vor Ort und deren subjektiver Einschätzung. In der folgenden Arbeit wird versucht, diese Einzelerfahrungen sprechen zu lassen

Unsere Zielgruppe ist dementsprechend definiert: Sie umfasst alle in der Nähe des Nationalparks ansässigen Bürger, deren Lebenswelten mit dem Nationalpark in Berührung kommen. Wir betrachten diesen Personenkreis als Experten, die die Geschehnisse der letzten Jahre von ihrem subjektiven Standpunkt aus miterlebt haben und davon berichten können. Wir spezifizieren die Referenzgruppe nicht, weil wir die Auswirkungen der NP-Einführung auf die Region möglichst breit erfassen wollen, so dass heterogene Einzelerfahrungen berücksichtigt werden können.

Aus unseren Interviews haben sich verschiedene Themenkomplexe herauskristallisiert, die wir nach den folgenden Ausführungen zu unseren theoretischen Ansatz (Kap. 5.1.2, S. 34) und den verwendeten Methoden (Kap. 5.1.3, S. 36) in den Kapitel 5.1.4 (S. 38) bis Kapitel 5.1.8, (S. 52) behandeln.

Im Kap. 5.1.4, S. 38 wird die allgemeine sozioökonomische Entwicklung vor und nach der Wende dargestellt, die als wichtiger Hintergrund für die Wahrnehmung des Nationalparks seitens der einheimischen Bevölkerung anzusehen ist. Neben der allgemeinen ökonomischen Entwicklung beeinflusst auch das allgemeine soziale Klima in der Region die Beurteilung des Nationalparks durch die Befragten. Das soziale Klima - wie es in den Interviews sichtbar wurde - wird im Kapitel 5.1.5 (S. 43) beschrieben. Im Kapitel 5.1.6 (S. 45) wird das Verhältnis zwischen der ansässigen Bevölkerung und der Natur im Unteren Odertal dargestellt. Dieses lässt unseres Erachtens grundlegende Diskrepanzen zwischen der Nationalparkverwaltung und den Betroffenen offensichtlich werden. Im Laufe der Implementierung des Nationalparks kam es zu einer Reihe schwerwiegender Konflikte, die auf verschiedenen Ebenen ablaufen und sich auf verschiedene Stakeholder beziehen. Diese werden in Kapitel 5.1.7 (S. 47) dargestellt. Im Kapitel 5.1.8 (S. 52) sollen die individuellen Probleme und Wünsche unserer Interviewpartner beschrieben werden, um an Einzelbeispielen zu zeigen, wie stark oder schwach einzelne Personen mit dem Nationalpark verbunden sind.

#### 5.1.2 Analyseraster der „sozialen Nachhaltigkeit“

Im *allgemeinen Theorieteil* (Kap. 0, S. 26) wurde das Konzept der nachhaltigen Entwicklung ausführlich behandelt; es wurde darauf hingewiesen, dass ein breites Spektrum möglicher Deutungen zu verzeichnen ist. Ganz allgemein wurde Nachhaltigkeit als „langfristige Erhaltung des Systems bei Vermeidung zukünftig nicht wieder gut zumachender Schäden“ definiert, die sich aus den drei Dimensionen Ökonomie, Soziales und Ökologie zusammensetzt.

Wir beschränken uns in dieser Untersuchung auf den sozioökonomischen Aspekt der Nachhaltig-

keit. Zur weiteren inhaltlichen Beschreibung sozialer Nachhaltigkeit knüpfen wir an die Diskussion um die soziale Ausgrenzung an, wie sie zum Beispiel von Kronauer (1996) zusammengefasst wird. Dabei werden die in dieser Diskussion verwendeten sechs Dimensionen sozialer Ausgrenzung in Dimensionen sozialer Integration gewandelt und so entsteht ein Analyseraster sozialer Nachhaltigkeit.

Die soziale Dimension der Nachhaltigkeit stellt auf soziale Gerechtigkeit ab, die einen Ausschluss bestimmter Gruppen aus der Gesellschaft bzw. deren eingeschränkte Teilhabe an der Gesellschaft als ungerecht betrachtet. Obwohl wir im allgemeinen an die Überlegungen von Kronauer (1996) anknüpfen, finden wir es bezüglich unserer Empirie notwendig, die entsprechenden Begriffen zu modifizieren<sup>15</sup>. Im folgenden werden die Dimensionen dargestellt:

1. Ausgrenzung am Arbeitsmarkt: Von Ausgrenzung am Arbeitsmarkt wird dann gesprochen, wenn die Rückkehr oder der Eintritt in reguläre Erwerbsarbeit für die Menschen stark behindert ist, bzw. wenn prekäre - d.h. unsichere, niedrig bezahlte und sozial nicht abgesicherte - Beschäftigung vorliegt.

2. Ökonomische Ausgrenzung: Ökonomische Ausgrenzung liegt vor, wenn die Fähigkeiten fehlen, für den eigenen Lebensunterhalt oder den gemeinsamen Haushalt zu sorgen. Ein Indikator ökonomischer Ausgrenzung ist die finanzielle Abhängigkeit von Leistungen des Sozialstaats oder von gesellschaftlich minderwerteten Einkommensformen. Damit geht häufig Einkommensarmut einher.

3. Räumliche Ausgrenzung: Räumliche Ausgrenzung von Menschen manifestiert sich in der Form der regionalen Konzentration von Benachteiligten, Benachteiligung durch Vereinzelung und Randlage, durch Zutritts- und Nutzungsbeschränkungen oder durch negative Imagezuweisung.

4. Institutionelle Ausgrenzung: Institutionelle Ausgrenzung realisiert sich vor allem bezüglich a) der Institutionen Schule/ und Ausbildungsbereich, b) der Institutionen der Verwaltung von Arbeitslosigkeit und Armut, c) der Möglichkeiten an gesellschaftlichen Entscheidungs- und Kommunikationsprozessen ungehindert teilzunehmen, d) durch den Rückzug öffentlicher und privater Dienstleistungen aus der Versorgung der Ausgeschlossenen, e) durch Gesetze oder Verordnungen etc.

5. Ausgrenzung durch gesellschaftliche Isolation: Unter Ausgrenzung durch gesellschaftliche Isolation wird die geringe Reichweite und Qualität der sozialen Beziehungen bzw. deren Beschränkung (soziale Netzwerke oder Nachbarschaft) oder die Verschlechterung des kommunikativen Klimas (Neid, Misstrauen, Stigmatisierung oder durch negative Imagezuweisung) verstanden.

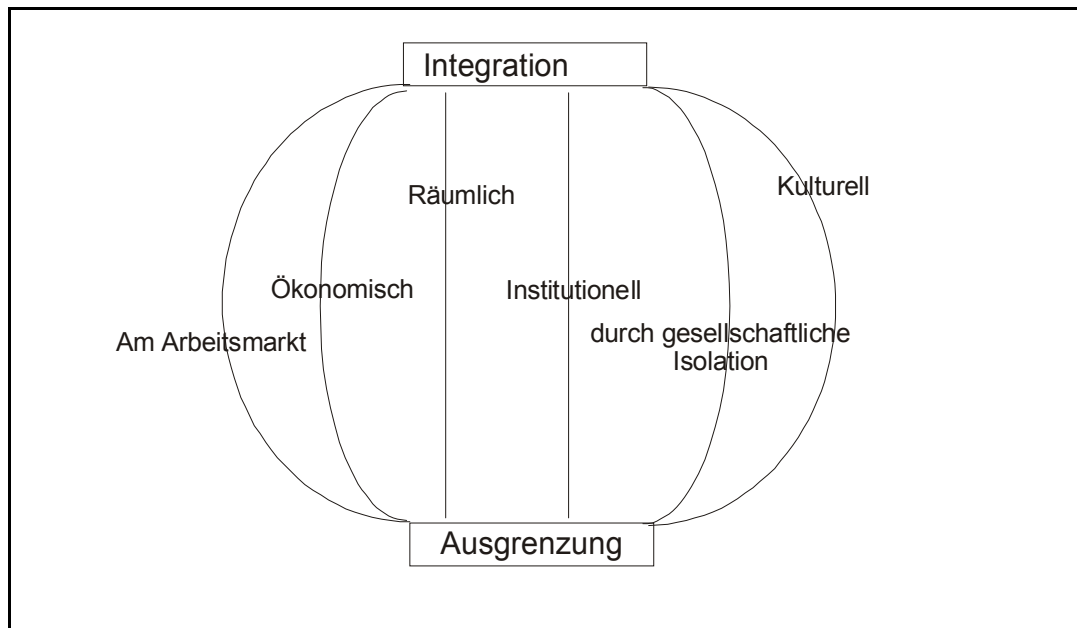
6. Kulturelle Ausgrenzung: Kulturelle Ausgrenzung bedeutet, von der Möglichkeit abgeschnitten zu sein, den gesellschaftlich bzw. gruppenspezifisch anerkannten Verhaltensmustern, Lebenszielen und Werten entsprechend zu leben oder diese eigenständig entwickeln zu können. Kulturelle Ausgrenzung meint auch den Fall, wenn die Definitionsmacht über die Inhalte "richtigen" Lebens, die "Realität", verloren geht bzw. aberkannt wird.

Die hier definierten Ausgrenzungskriterien bilden den negativen Pol einer jeder Dimension. Ihre „Umkehrung“ ergibt den positiven Pol, den der sozioökonomischen Integration. Das Ideal der nachhaltigen Entwicklung wird demnach bei der Positionierung der Gesellschaftsmitglieder auf dem Integrations-Pol erreicht. Ausgrenzung in einer Dimension kann durchaus Ausgrenzung in den anderen verursachen: Arbeitsverlust (Arbeitsmarkt-Dimension) führt wahrscheinlich zur Haushaltseinkommensenkung (ökonomische Dimension) und möglicherweise zum Abbruch der gewöhnlichen sozialen Kontakte (gesellschaftliche Isolation). Wir betrachten die Ausgrenzung am Arbeitsmarkt, besonders wenn sie sich in dauerhafter Arbeitslosigkeit manifestiert, als den am schwersten wiegenden Faktor für die soziale Ausgrenzung.

---

<sup>15</sup> Unsere Definitionen präzisieren diejenigen, die im allgemeinen Teil stehen.

Abbildung 2. Dimensionen im „Raum“ sozialer Nachhaltigkeit



Dieses Analyseraster verwenden wir für die Einordnung der empirischen Befunde. Die untersuchte Gruppe kann im sechs-dimensionalen Raum sozialer Nachhaltigkeit positioniert werden, dazu benutzen wir die tabellarische Darstellungsform:

Abbildung 3: tabellarische Darstellung des Analyserasters

Dimensionen sozialer Nachhaltigkeit	Ausgrenzung		Integration durch den NP
	durch den Transformationsprozess	durch den NP	
1.- 6.			

In der untersuchten Region kann Ausgrenzung bzw. Integration sowohl durch die allgemeine Entwicklung als auch durch den Nationalpark zustande gekommen sein. Für uns ist letzten Endes unsere Fragestellung wichtig, nämlich ob der Nationalpark einen Beitrag zur Integration leistet und damit die mit dem Transformationsprozess einhergehenden negativen Erscheinungen entschärft.

### 5.1.3 Methoden

Die Fragestellung der Teilgruppe 'Sonstige', ortsansässige Bevölkerung“ wurde oben dargelegt. Diese Fragestellung sollte aber nur leitend für die Untersuchung sein, um einen ersten Anhaltspunkt für unsere Befragungen zu bekommen. Unser Erkenntnisinteresse bestand darin herauszufinden, wie sich die Konflikte um den Nationalpark aus der Sicht der Betroffenen darstellen und welche Relevanz diese für ihre persönliche Situation haben. Ferner, ging es um die Frage, wie die Konfliktstrukturen in der Region Unteres Odertal verlaufen und welche Faktoren - unabhängig vom Nationalpark - hier eine Rolle spielen.

Die Konfliktfelder sollten nicht im Vornherein definiert werden, um sie dann in der Empirie genau so abzufragen, sondern diese sollten durch die InterviewpartnerInnen weitgehend selber strukturiert werden. Dementsprechend wählten wir als qualitative empirische Methode des Leitfadenterviews. Durch den Leitfaden sollte der Focus der Interviews auf die Problemfelder in der Region und die individuelle Betroffenheit gelenkt werden. Durch die Offenheit der Antworten sollte weiter empirisches Material gewonnen werden, aus dem sich die Problemfelder und Konfliktstrukturen sowohl auf der individuellen Ebene als auch auf der regionalen ablesen lassen. In einem zweiten Schritt nach der

Auswertung der Interviews sollte dann aufgrund des gewonnenen Materials und unter Anwendung des Analyserasters sozialer Nachhaltigkeit (Dimensionen der Ausgrenzung/Integration) die Angemessenheit der Ausgangsfragestellung überprüft, diese gegebenenfalls modifiziert und beantwortet werden.

### 5.1.3.1 Der Leitfaden

Für ein Leitfadeninterview werden nicht standardisierte Fragen konzipiert, vielmehr werden die Fragen offen formuliert und in ihrer Reihenfolge dem Interviewverlauf angepasst. Sie sollen einen Leitfaden für das Interview darstellen, es aber nicht dominieren, so dass der Interviewpartner Themen und Verlauf des Interviews, innerhalb eines vorgegebenen Themenfelds, bestimmen kann. Die Konzeption unserer Fragen orientierte sich an der Ausgangsfragestellung und an dem theoretischen und empirischen Material, das uns vor Beginn der empirischen Untersuchung vorlag. Neben den theoretischen Konzepten der Nachhaltigen Entwicklung, der sozialen Exklusion und aus der Akzeptanzforschung (vgl. Kap. 3.2.4, S. 29), bestand dieses Material aus Berichten und Zeitungsartikeln zur Situation im Unteren Odertal sowie aus Veröffentlichungen zur Planung und Zielen und zu der Gesetzeslage des Nationalparks ‚Unteres Odertal‘.

Unser Leitfaden gliederte sich in mehrere Fragekomplexe, die in eine Reihe von Unterfragen aufgeschlüsselt waren. Die angesprochenen Themenkomplexe waren:

- Individuelle Lebenslage
- Regionale Veränderungen, sowohl wirtschaftlicher, ökonomischer und infrastruktureller Natur als auch soziale Veränderungen in den letzten zehn Jahren
- Konflikte um den Nationalpark und Konfliktlösungsmöglichkeiten
- Partizipation und Engagement
- Persönliche Betroffenheit durch den Nationalpark
- 

### 5.1.3.2 Auswahl der Interviewpartner

Um ein möglichst breites Spektrum an Sichtweisen auf die Situation im Unteren Odertal zu gewinnen, sollten Personen interviewt werden, die auf verschiedene Art und Weise von dem Nationalpark betroffen, jedoch nicht hauptamtlich in die Konflikte involviert waren. Dementsprechend wurden die Interviews mit Personen aus verschiedenen Betroffenen Gruppen, wie etwa mit Anwohnern, Fischern oder Anglern durchgeführt.

Der Kontakt wurde über ansässige Ansprechpartner hergestellt, die uns 18 Gesprächspartner aus der Umgebung des Nationalpark vermittelten. Dabei wurde darauf geachtet sowohl Nationalpark-Befürworter als auch Nationalpark-Gegner, ebenso wie ‚Neutrale‘ als Interviewpartner zu gewinnen. Allerdings konnten keine Repräsentanten aller Betroffenen Gruppen, Konfliktparteien oder neutralen Bevölkerungsgruppen interviewt werden. Auch entsprach das Auswahlverfahren nicht einer Zufallsauswahl, daher stellt die Interviewtengruppe im streng quantitativen Sinne keine repräsentative Stichprobe dar. Wohl aber erheben wir den Anspruch, die unterschiedlichen Strömungen und Stimmungen eingefangen zu haben.

### 5.1.3.3 Erhebung

Die Interviews wurden im Juni 2000 während eines einwöchigen Forschungsaufenthalts im Unteren Odertal von jeweils zwei StudentInnen geführt (Gesprächsleitung und Protokoll). Sie fanden meist zu Hause bei den Interviewpartnern oder an ihrem Arbeitsplatz statt und dauerten etwa ein bis zwei Stunden. Bis auf eines wurden alle Gespräche auf Tonband aufgezeichnet.



### **5.1.3.4 Auswertung**

Die Tonbandaufnahmen wurden transkribiert und das dann schriftlich vorliegende Material gemäß der Inhaltsanalyse nach Mayring (1995) analysiert und ausgewertet. Die Auswertungsphase gliederte sich in mehrere Arbeitsschritte. Im ersten Schritt hat die Forschungsgruppe jedes Interview einzeln analysiert, indem angesprochene Themen identifiziert und die entsprechenden Aussagen zu Themenkomplexen (Kategorien) gebündelt wurden. Im zweiten Schritt wurden die Kategorien der einzelnen Interviews miteinander verglichen: Inhaltliche Überschneidungen wurden zusammengefasst, differierende Aussagen und Meinungen miteinander kontrastiert. So entstanden Stimmungsbilder entlang der gefundenen Kategorien, die die Aussagen aller Interviews zu den dort angesprochenen Themen widerspiegeln. Diese wurden in einem nächsten Schritt in Beziehung zur Nationalparkproblematik dargestellt und unter Anwendung des Analyserasters Sozialer Nachhaltigkeit ausgewertet. Im letzten Schritt konnten dann die so gewonnenen Ergebnisse in Hinblick auf die theoretischen Konzepte der sozialen Nachhaltigkeit und der sozialen Exklusion interpretiert und die Ausgangsfrage beantwortet werden.

### **5.1.3.5 Einordnung der Ergebnisse**

Zusammenfassend ist festzuhalten, dass die Wahl der Methode eine vielschichtige Beschreibung der Situation im Unteren Odertal ermöglichte und mit der die Bedeutung des Nationalparks für die individuellen Lebenslagen ausschnittsweise herausgearbeitet werden konnte. Ziel der vorliegenden Untersuchung ist es, einen Zugang zu dem Problemraum des Nationalpark Unteres Odertal zu erlangen und erste Thesen hinsichtlich der möglicher Nachhaltigkeitsdefizite zu formulieren.

## **5.1.4 Der Transformationsprozess und die Entwicklung des Nationalparks aus Sicht der einheimischen Bevölkerung**

Die Lebenswelt der Befragten wird in hohem Maß durch die Entwicklung in den letzten zehn Jahren geprägt. Der Prozess der Anpassung an die neuen gesellschaftlichen Verhältnisse wird als noch nicht abgeschlossen wahrgenommen. Es lassen sich in den Augen der Interviewten viele aktuelle Gegebenheiten auf ihn zurückführen. Alle Zahlen und Daten sind dabei ausschließlich von den Befragten selbst wahrgenommen und angegeben worden.

Da die Wende als wesentlicher Motor der gesellschaftlichen Entwicklung der letzten zehn Jahre wahrgenommen wird, werden die Meinungen der Befragten zu Vor- oder Nach- Wende-Zeit in den Unterpunkten 5.1.4.1, S. 38 und 5.1.4.2, S. 39 getrennt dargestellt. Wegen des großen Stellenwertes, den der Nationalpark in der Debatte über die wirtschaftliche Entwicklung der Region eingenommen hat, befasst sich das Unterpunkt 5.1.4.3, S. 41 gezielt mit der Bewertung seiner Rolle im Transformationsprozess ab Mitte 1990er Jahre. Eine Zusammenfassung der Ergebnisse erfolgt in 5.1.4.4, S. 42.

### **5.1.4.1 Regionale Wirtschaftsstruktur bis zur Wende**

Die Befragten vermitteln ein mehr oder weniger einheitliches Bild der regionalen Entwicklung zu DDR-Zeiten. Vor den 1960er Jahren war die Region ein reines Agrargebiet mit Pflanzen- und Tierproduktion. Am Anfang 1960er wurde die Großindustrie in Schwedt angesiedelt, was den rapiden Bevölkerungsanstieg von 10.000 auf 60.000 Einwohner in dieser Stadt bewirkte.

Im industriellen Sektoren werden das Petrochemisches Kombinat (PCK) und die Papierfabrikation als Hauptarbeitgeber genannt, die 10.000 Menschen beschäftigten, davon 8.000 im PCK.

Weiterhin war auch die Landwirtschaft für die Beschäftigung auf den Dörfern wichtig. In der Landwirtschaft wurde Tabak- und Gemüseanbau sowie Tierhaltung betrieben. Die Produktionsergebnisse wurden zum Teil nach Berlin exportiert. Der Boden wurde durch LPGs genutzt und verwaltet. Wenn es auch private Landeigentümer gab, hatten sie doch keine Verfügungsgewalt über ihre Grund-

Grundstücke.

Im Poldergebiet wurde die Landwirtschaft schon damals teilweise eingeschränkt: beispielsweise durfte man später als sonst üblich mähen, die Düngung wurde zurückgefahren.

Handel und Handwerk spielten traditionell eine nebensächliche Rolle. Sowohl in der Stadt, als auch auf dem Land war die Vollzeitbeschäftigung als Allgemeinnorm angesehen. Arbeitsplätze standen immer zu Verfügung.

#### **5.1.4.2 Auswirkungen der Wende**

In den Aussagen unserer Interviewpartner bezüglich der Veränderungen nach der Wende lassen sich zwei Ebenen deutlich unterscheiden: zum einen wird von makrostrukturellen Umwandlungen der Region berichtet, zum anderen kommt die Bewertung der eigenen Lebenslage, insbesondere der eigenen ökonomischen Lage, zur Sprache. Die folgenden Abschnitte fassen die Aussagen auf der Makroebene zusammen, das darauf folgende Unterkapitel 5.1.4.3, S. 41 befasst sich mit der ökonomischen „Mikroebene“.

##### **5.1.4.2.1 Transformation der sozial- ökonomischen Strukturen**

Die einschneidendsten Veränderungen fanden, so die meisten Aussagen, in der Periode zwischen 1990 und 1992 statt. Den tiefsten Eingriff in die existenzielle Lage stellte Veränderungen in die Beschäftigungsstruktur dar. Die entsprechende Aussage eines Befragten fasst die einhellige Meinung nahezu aller Interviewpartner prägnant zusammen:

*„die größte Veränderung und spürbarste für die Leute hier ist ja einfach der massive Anstieg der Arbeitslosigkeit“.*

Es werden Arbeitslosenquoten zwischen 20% und 30% angeführt.

Differenzierter lässt sich der regionale Wandel folgendermaßen darstellen: In der Industrie gingen die Beschäftigtenzahlen von 10.000 auf 3.000 zurück, das PCK selbst verlor 75% seiner Arbeitsplätze (von ursprünglich 8.000 Angestellten bleiben 2.000). 80% der Arbeitsplätze im produzierenden Gewerbe sind weggebrochen. Man sieht jedoch in der Förderung der Industrie eine Chance für die Region. Um die Investoren anzulocken, werden Verbesserungen in der Infrastruktur vorgenommen: neue Straßen werden gebaut, ein neuer Grenzübergang muss geöffnet werden und ein neuer Hafen befindet sich im Ausbau.

Die Landwirtschaft erlebte vergleichbare Verluste. Durch die technologische Intensivierung schrumpfte die Beschäftigtenzahl der meisten Betrieben auf einen Bruchteil zusammen. Als Beispiel wurde geschildert, dass ein landwirtschaftlicher Betrieb mit über 600 Hektar, der früher 50 bis 60 Mitarbeiter beschäftigte, jetzt nur noch vier brauche. Einige landwirtschaftliche Betriebe konnten sich über die Wende retten und stabilisieren, vor allem weil sie ihre Produktionsquoten den neuen Anforderungen des Marktes anpassen konnten.

Im Jahre 1990 wurden auch die neuen Eigentumsverhältnisse in den Dörfern realisiert. Die landwirtschaftliche Produktionsgenossenschaften (LPGen) wurden aufgelöst, und die Bauern übernahmen die Bewirtschaftung der Flächen. Der Boden ist an viele Kleineigentümer verteilt, die ihre Flächen an die Landwirte verpachten. Dabei ist typisch, dass ein Landwirt Pacht-Grundstücke mehrerer Eigentümer gleichzeitig bearbeitet. Für die Flächen, die im Naturschutzgebiet liegen und bestimmten Einschränkungen unterliegen, werden Ausgleichszahlungen gewährt. Für die Eigentümer bedeuteten ihre neuen Rechte gleichzeitig die Verpflichtung, Steuern und andere Zahlungen zu entrichten. Manche haben ihr Land verkauft oder verwildern lassen. Die übrigen haben wenige Kenntnis darüber, was auf ihren Flächen geschieht, weil dies in der Kompetenz der Pächter liegt. Es wird zum Beispiel von den Eigentümern beklagt, dass manche Landwirte bestimmte Flächen brachlegen und dafür dann Vertragsnaturschutzgelder erhalten, die die Pacht mehrfach übersteigen, ohne die Eigentümer darüber zu

informieren.

Jetzt wird die Landwirtschaft als perspektivlos angesehen, besonders unter den Jugendlichen. Dies wird auch in den Medien entsprechend dargestellt. Die Befragten nehmen den dramatischen Prozess der Schrumpfung der heimischen Wirtschaft meist als objektives Geschehnis wahr, das auf die Konkurrenzunfähigkeit des DDR- Produktionssystems zurückzuführen ist. Allerdings wurden auch die Meinung geäußert, dass die öffentlichen Mittel, die für die Unterstützung der Region bestimmt waren, von den Empfängern der Subventionen (westlichen Firmen) unterschlagen worden seien.

Um den diesen negativen Tendenzen entgegenzuwirken, suchte man nach neuen Möglichkeiten, die Wirtschaft in der Region anzukurbeln. Besonders hohe Erwartungen waren mit Entwicklung des Tourismus verknüpft. Die Ausweisung des Nationalparks wurde als eine Maßnahme angesehen, die Region touristisch attraktiv zu machen. Die potentiell fördernde Rolle des Nationalparks wird auch in den Medien betont, die Arbeitsplätze im Fremdenverkehr prophezeien. Zur Zeit der Umfrage haben sich aus Sicht vieler Befragter sowohl die mit Tourismus verbundenen Erwartungen als auch die erwarteten Imageverbesserungen durch den Nationalparks als überzogen erwiesen. In dieser Frage gehen allerdings die Meinungen auseinander (vgl. auch Kap. 0.1 S. 91).

Was die allgemeine Entwicklung des Tourismus angeht, so kann folgendes Bild aus den Interviews rekonstruiert werden. Es kam zwar 1990-1992 zur Bewegung im Hotelwesen, ausschlaggebend für die Zunahme der Übernachtungen war jedoch der „Bautourismus“: Viele in Schwedt beschäftigte Bauarbeiter übernachteten in den im Umland liegenden Pensionen. Ab 1996, als die große Bauzeit vorüber war, brach die Übernachtungskonjunktur wieder ein.

Im naturverbundenen Tourismus verzeichnet man eine gewisse Zunahme von Besuchern: Überwiegend kommen Menschen aus Berlin, dann aus den alten Bundesländern, es wird aber auch von ausländischen Touristen berichtet. Angesichts der hohen Erwartungen kann aber bisher keine Rede von einer sprudelnden Verdienstquelle sein. Die Anzahl der Touristen ist einerseits zu klein, andererseits handelt es sich hauptsächlich um Tagestouristen. In den Schilderungen der Befragten heißt es:

*„ ... das sind Leute die mit dem Fahrrad kommen, die ihr Zelt mit haben, die ihre Colabüchse hinten drin haben und das Essen für den nächsten Tag auch und dann sind sie wieder weg. Die, die bringen hier kein Geld her.“*, „Die Natur-Erleber ... sind eher spartanische Typen“.

#### 5.1.4.2.2 Demographische und infrastrukturelle Veränderungen

Der Transformationsprozess hat auch deutliche Spuren in der demographischen Struktur der Region hinterlassen, betroffen wurde dabei hauptsächlich Schwedt. Während die Stadt vor der Wende 60.000 Einwohner zählte, schrumpfte die Zahl in den letzten 10 Jahren auf 40.000. Es werden zwei Trends dafür verantwortlich gemacht: Eine Gruppe zieht wegen fehlender Arbeitsplätze und Ausbildungschancen weg. Insbesondere bei Jugendlichen ist eine starke Abwanderung zu beobachten. Die Zurückgebliebenen sehen sich einer aussichtslosen Situation gegenüber. Eine andere Gruppe besteht aus den wohlhabenden Städtern, die ihren Wohnsitz wechseln und sich im Stadtumfeld von Schwedt niederlassen. 3.000 Wohnungen stehen derzeit in Schwedt leer.

Im Unterschied dazu erleben einige Dörfer Einwohnerzunahmen, entweder durch Geburten oder wegen des Zuzugs von Neuansässigen. Dass die Dorfbewohner nicht so gern ihren Heimatort verlassen, versuchte eine Befragte durch „Bodenständigkeit“, Verbindung an das Land, wo schon der Urgroßvater lebten, zu erklären. Anders als in der Stadt trafen die Veränderungen in der Infrastruktur das Dorf hauptsächlich negativ. Kleine Gaststätten, die traditionell als gemeinsame Treffpunkte fungierten, mussten schließen. Zum Einkaufen oder zum Arztbesuch muss man immer weitere Strecken fahren. Aktive Unterhaltung ist auch auf dem Dorf nicht mehr möglich. Die Gemeinden verfügen über zu wenig Geld, um die Lage zu verbessern. In Schwedt wurde dagegen die Altstadt saniert, ein Großkino gebaut und ein Stadtbad errichtet. Als negative Auswirkungen bezeichnet man die Schließung fast aller Freizeitclubs für Jugendliche und die Reduzierung der Anzahl von Kindertagesstätten. Die meis-

ten Einkäufe konzentrieren sich auf ausgelagerte Einkaufszentren, wie das Oder-Center. Allgemeine Anerkennung findet die Verbesserung der Straßen.

#### 5.1.4.2.3 Wahrnehmung der eigenen wirtschaftlichen Lage

Die Veränderung in den sozialen und wirtschaftlichen Strukturen in der Region schlugen sich in der Wahrnehmung der persönlichen Lebenslage nieder. Die Einstellungen dazu sind durch Ambivalenz gekennzeichnet. Von direkter Armut wird zwar nicht gesprochen, aber Äußerungen wie „hier lebt man mehr oder weniger von der Hand in den Mund“ sind nicht selten. Es wird behauptet, dass das allgemeine Wohlstandsniveau in den letzten zehn Jahren gesunken ist:

*„Ich will nicht vom ‚Armenhaus‘ sprechen, aber es ist doch sehr schwer hier zu leben, es lebt sich schön hier, aber es ist hart hier zu arbeiten, weil das Einkommen sehr gering ist und die Menschen dann irgendwo auch unbefriedigt nach Hause gehen.“*

Die Alters- und Geschlechtergruppen sind jedoch unterschiedlich durch die negativen Tendenz betroffen. Die Arbeitslosenquote bei den Unter-Vierzig-Jährigen ist wesentlich geringer als bei den arbeitsfähigen älteren Einwohnern. Diese bilden die Hauptrekrutierungsgruppe für die Arbeitsbeschaffungsmaßnahmen (ABM). Vor allem Fachleute, die sich zur Zeit der Wende in den richtigen Arbeitszweigen auszubilden wussten, und Rentner, die recht bald nach der Wende in Rente gehen konnten, werden dagegen als eindeutige Gewinner der Entwicklung bezeichnet.

Die Sozialhilfe oder die Arbeitslosengelder betrachtet man als zu gering, um einen akzeptablen Lebensstandard zu halten. Es wird der mehrfache Anstieg der Miete- und Konsumausgaben, der Steuern und der anderen Gebühren sowie der Preise für Medikamente und Kindergartenplätze beklagt. Eine Befragte meinte:

*„Ich knüppele von morgens bis abends und unterm Strich wird mir alles genommen... Das kann man doch vergessen, man versucht das mit allen Mitteln, uns die Existenzgrundlage zu nehmen.“*

Obwohl die eigene wirtschaftliche Lage tendenziell negativ bewertet wird, schneiden andere Auswirkungen der stattgefundenen Transformation bei den Befragten besser ab. Ein anderes Niveau der Konsummöglichkeiten, dass „man sich jetzt mehr leisten kann“, wird oft im Zusammenhang mit positiven Veränderungen der eigenen Lebenslage erwähnt.

#### 5.1.4.3 Auswirkungen des Nationalparks

Die unmittelbaren Auswirkungen des Nationalparks sind in den Augen der interviewten Betroffenen folgende: Der Nationalpark selbst schuf fast keine Arbeitsplätze bis auf einige ABM-Stellen<sup>16</sup>. Die „Vertreibung“ der Landwirtschaft und der Fischerei aus der Kernzone bedroht 30 bis 50 Arbeitsplätze. Dementsprechend ist hauptsächlich die Meinung vertreten, dass der Nationalpark keine direkte Auswirkung auf die wirtschaftliche Entwicklung der Region hat. Es ist allerdings die Meinung anzutreffen, dass der Nationalpark dann der regionalen Wirtschaftsentwicklung schadet, wenn seine Interessen mit denen der Großindustrie in Konflikt geraten. Als Streitpunkte nennt man den Hafenausbau und den zweiten Grenzübergang mit der Straße dazu, die inmitten des Nationalparks liegen soll.

In Bezug auf das touristische Potenzial der Region herrscht eine mehr oder weniger optimistische Einstellung, obwohl auch ein paar pessimistische Äußerungen auftauchten, dass der Tourismus in der Region überhaupt keine Chance habe: die Region sei zu arm und die Infrastruktur der Gegend nicht

<sup>16</sup> Hierzu bemerkt die NP-Verwaltung, dass der NP seit seinem Bestehen mindestens 500 beschäftigungswirksame „Maßnahmen“ geschaffen hat. Im einzelnen werden genannt: die Mitarbeiter der NP-Verwaltung, der Naturwacht, das Freiwillige ökologische Jahr, die Praktikanten für die Umwelt, Zivildienstleistende, Stellen aus dem EU-Life-Projekt und die vielfältigen ABM's. Hinzu kämen die Arbeitsplätze der Gastronomie, der Hotellerie und dem Dienstleistungsgewerbe (Bäcker, Metzger etc.)

anziehend. Zu einer wirklichen Konfrontation der Meinungen kommt es in der Frage nach dem Einfluss des Nationalparks auf die regionale Tourismusentwicklung. Die Contra-Argumentation verläuft wie folgt: Die Gegend sei touristisch attraktiv, aber das gegenwärtige Konzept des Nationalparks sei an sich falsch, und zwar aus folgenden Gründen:

- Die Beschränkungen der Bewegung im Nationalpark stößt die Touristen ab.
- Das bestehende Reitverbot verhindert zum Beispiel jetzt schon den Reittourismus.
- Wildnis ist für Touristen uninteressant, sie wollen so etwas wie ein Unterhaltungszentrum mit dem Tiergehege und Spielwiesen.
- Es wird immer noch Landwirtschaft in unmittelbarer Nähe des Nationalparks betrieben. Das dürfte die Erwartungen des ungestörten Naturerlebnisses beträchtlich enttäuschen.
- Der Nationalpark eignet sich aufgrund seiner räumlichen Gestaltung nicht, bequeme Wanderungen anzubieten: Er ist zu ausgedehnt, die Bewegung ist nur auf den Deichen möglich.
- Die Strenge des Nationalparkkonzeptes erlaubt es nicht, die touristische Infrastruktur innerhalb des Naturschutzgebiets auszubauen.

Die Pro-Position folgt der Argumentation, dass auch die bereits realisierte Fassung des Nationalparks tourismusfreundlich sei, es brauche nur längere Zeit (die allerdings weit in die Zukunft hineingreift), bis der Tourismus in der Region in Schwung kommt. Folgende Beweise werden dafür aufgeführt:

- Es kommen mehr Touristen als früher.
- Sie kommen wegen des Nationalparks.
- Das Gaststättengewerbe und das Hotelwesen existieren nur in der Nähe vom Nationalparks, auf den entfernter gelegenen Dörfern sind sie tot.

Abgesehen von dieser Gegenüberstellung, wird von einigen Befragten angemerkt, dass es an der Privatinitiative der Einheimischen fehlt, sich im Bereich der Tourismusindustrie zu engagieren. Auch sei nicht klar, ob sich die Gegend für Massentourismus erschließen lässt, oder ob es sich nur um eine spezifische Gruppe von „Spezialisten“ handelt.

#### **5.1.4.4 Zusammenfassung**

Um einen Überblick über die Wahrnehmung des Transformationsprozesses seitens der untersuchten Bevölkerung zu geben, fassen wir kurz unsere wichtigsten Befunde zusammen:

Ausgrenzung am Arbeitsmarkt:

Unbestreitbar bildet das Ausmaß an Arbeitslosigkeit den Grad der Ausgrenzung am Arbeitsmarkt ab. Die verheerenden Auswirkungen des Transformationsprozess auf der regionalen Beschäftigungsstruktur, die dauerhafte und im Prinzip alle Industrie- und Landwirtschaftsbranchen s betreffende Arbeitslosigkeit versperrte einem großen Teil der Bevölkerung den Zugang zum Arbeitsmarkt. Vor diesem Hintergrund massenhafter Ausgrenzung am Arbeitsmarkt kann die Schaffung einiger ABM-Stellen im Nationalpark längst nicht ausreichen. Die parallel zu dieser integrativen Maßnahme geplante Einschränkung der Landwirtschaft und der Fischerei in der Kernzone des Nationalparks trägt zum Ausschluss einer zusätzlichen Beschäftigtengruppe aus der regulären Erwerbstätigkeit aus. Die Strenge des Nationalparkgesetzes führt z.T. zu erheblichen Behinderungen im Hafenausbau, bei der Errichtung eines neuen Grenzübergangs und im Ausbau der Tourismusindustrie im Nationalpark. Andererseits wirkt sich das Image des Großschutzgebietes positiv auf die Entwicklung des Tourismus aus und fördert das Gaststättengewerbe und das Hotelwesen in der Nähe vom NP.

Ökonomische Ausgrenzung:

Ausgrenzung am Arbeitsmarkt bedeutet für viele in der Region ein Absinken ihres Wohlstandsniveaus hinzunehmen, weil Sozialhilfe oder Arbeitslosengelder als ein unzureichender Ersatz angesehen wird. Ausgleichszahlungen, die die betroffenen Landwirte für Nutzungseinschränkungen im Bereich

des Nationalparks erhalten, stellen sie ökonomisch besser.

Räumliche Ausgrenzung:

Demographische Veränderungen wie Abwanderung junger Leute oder qualifizierter Arbeitskräfte bewirkt räumliche Konzentration der sozialökonomisch schwächeren Bevölkerungsgruppen. Die Dörfer werden zusätzlich durch Abzug der Dienstleistungsanbieter (Ärzte, Einkaufszentren, Friseure) aus dem Land betroffen.

Institutionelle Ausgrenzung:

Fehlende Erfahrungen mit den neuen Eigentumsverhältnissen schlugen sich in Unfähigkeit der Landbesitzer nieder, eigene Rechte gegen andere Akteure (Landnutzer, Förderverein) durchzusetzen. Undurchsichtigkeit bei der Anwendung der öffentlichen Mittel zu Förderung der Region speiste das Gefühl, benachteiligt zu werden.

Ausgrenzung durch gesellschaftliche Isolation/Integration:

Auflösung der sozialen Netzwerke auf den Dörfern durch Schließung traditioneller Treffpunkte (Clubs, Kneipen usw.) ist ein unverkennbarer Indikator für Ausgrenzung durch gesellschaftliche Isolation.

Wenigstens in vier Dimensionen ist die soziale Ausgrenzung nachweisbar. Sie geht aber hauptsächlich auf das Konto der Anpassung der ehemaligen realsozialistischen Gesellschaft der DDR auf die neuen gesellschaftlichen Verhältnisse. Negative und positive Auswirkungen des Nationalparks werden von den Befragten zwar auch zu Protokoll gegeben, ihnen wird aber eine geringe Bedeutung zugesprochen.

## **5.1.5 Soziales Klima**

### **5.1.5.1 Forschungsergebnisse**

Um die Konflikte um den Nationalpark besser einordnen und verstehen zu können, sollte die Frage geklärt werden, in welches soziale Klima der Nationalpark implementiert wurde und welche Auswirkungen der Nationalpark gegebenenfalls auf dieses Klima hat. Zunächst lässt sich sagen, dass sich das soziale Klima- so das Ergebnis unserer Befragungen- in den letzten Jahren verschlechtert hat. Dies wird aber auf die Wende zurückgeführt und die Konflikte um den Nationalpark scheinen hier keine große Rolle zu spielen.

In den Jahren seit der Wende hat sich nach Meinung der Befragten das soziale Klima im Allgemeinen zwar nicht besonders, aber in einigen Punkten dafür extrem verändert. Verschlechtert habe sich das Leben auf dem Dorf ganz allgemein und im besonderen das Zusammengehörigkeitsgefühl zwischen den Menschen, das vielfach verloren gegangen sei. Der Verlust des Zusammengehörigkeitsgefühls wird zum einem auf die ‚neue‘ Gesellschaft geschoben, in der keiner mehr Zeit hat und sich jeder nur noch selbst der Nächste ist, zum anderen auf die hohe Arbeitslosigkeit und die Diskrepanzen zwischen denen, die Arbeit haben und denen, die keine haben. Neid sei als neues Phänomen aufgetreten und jeder schaue nun beim anderen, was der hat und was nicht. Die für die Betroffenen schlimmste Erfahrung ist die der Arbeitslosigkeit, die viele inzwischen hoffnungslos werden lässt.

Wie das Zusammengehörigkeitsgefühl, so hat das gesamte Dorfleben an Attraktivität verloren. Die Dörfer seien im Gegensatz zur Vor- Wende- Zeit tot. Es fehlten die kleinen Kneipen und Gaststätten, und abends gehe keiner mehr vor die Tür. Dazu komme, dass durch die Wende, die Festivitäten weggefallen sind, die von den Betrieben und Gewerkschaften organisiert worden waren. Dadurch sei nach der Wende ein Vakuum entstanden, indem es erst einmal an Initiative fehlte, um etwas auf die Beine zu stellen. Inzwischen gebe es Vereine, die sich zum Teil neu gegründet haben, die dieses Vakuum auffüllen. Zumeist gehe die Initiative aber auf Einzelpersonen zurück, und viele Vereine seien auch schon wieder eingegangen, weil das Geld fehlt.

Viele positiven Erwartungen, die sich an die Wende geknüpft haben, sind für einen Teil der Bevölkerung enttäuscht worden. Bei diesen, vor allen den Arbeitslosen, macht sich Frustration und Hoffnungslosigkeit breit. Gleichzeitig wächst der Graben zwischen jenen, denen die Wende nicht die erwünschten Veränderungen gebracht hat, und jenen, die den "Sprung" in die neue Gesellschaft geschafft haben.

In diesem Klima ist der Nationalpark gegründet worden. Schwer im Hinblick auf die Konflikte um den Nationalpark dürfte wiegen, dass inzwischen klar wurde, dass der Nationalpark nicht die versprochenen bzw. erhofften Arbeitsplätze und ebenfalls nicht den versprochenen Aufschwung für die Region bringen würde. Die Enttäuschung hierüber, so lässt sich schlussfolgern, geht über in eine allgemeine Ablehnung des Nationalparks. Ein weiterer Faktor, der explizit das soziale Klima zwischen den Anwohnern und der Nationalparkverwaltung, wie auch den entsprechenden Vereinen beeinflusst, ist ein generell eher negatives Bild von den "Wessis". Diese Westdeutschen, so die Meinung kommen nur in den Osten, um dort "eine schnelle Mark" zu machen und die Leute zu "bescheißen". Diese Stereotypen fanden die meisten der Befragten auch im Zuge der Auseinandersetzung um den Nationalpark bestätigt.

Die Tatsache, dass viele der verantwortlichen Organisatoren und engagierten Fachkräfte des Nationalpark aus dem Westen kommen, wird von den Betroffenen als Ablehnung der lokalen Experten empfunden und verstärkt negative Stereotypen gegenüber dem Naturschutz, seinen Vertretern und den "Wessis". Daher dürfte hier ein gegenseitiger Verstärkungseffekt eine Rolle spielen nämlich zwischen einem generellen negativen Eindruck von Westdeutschen und negativen Erfahrungen mit westdeutschen Mitarbeitern rund um den Nationalpark.

Kritisiert wird vor allem, dass die westdeutschen Mitarbeiter und Fachkräfte keine Kenntnis der lokalen Umstände hatten und haben, dass sie nicht bereit seien, auf die einheimischen Experten zu hören, und die ansässigen Fachkräfte belehren wollen. Immer wieder wird der Vorwurf geäußert, dass die Professoren und Naturschützer aus Westdeutschland und Berlin sich im Unteren Odertal einen Spielplatz errichten wollen, in dem sie experimentieren können. Dieser Punkt lädt zur Polarisierung ein, die sich aus der Sicht der Betroffenen folgendermaßen darstellt: Auf der einen Seite stehen die Wessis (Berliner), die ihre Interessen bzw. Visionen durchsetzen wollen, auf der anderen die Osis, welche die Konsequenzen zu tragen haben.

Im Ganzen wird der Nationalpark als übergestülpt empfunden, was auf die fehlenden Partizipationsmöglichkeiten in Vergangenheit und Gegenwart zurückgeführt wird (siehe Kapitel 5.1.7. Konflikte und Partizipation, S. 47). Das bewirkte bei vielen Betroffenen Wut, aber auch Hoffnungslosigkeit und das Gefühl von Entmündigung und Machtlosigkeit. Auch diese Gefühle begründen ein negatives Klima in der Region des Nationalparks.

### 5.1.5.2 Zusammenfassung

Die Verschlechterung des sozialen Klimas wird auf die Wende zurückgeführt. Innerhalb des Transformationsprozesses haben sich alte Bindungen aufgelöst und zum großen Teil ein Vakuum hinterlassen. Als Indikatoren für die Qualität des sozialen Klimas wurde das Zusammengehörigkeitsgefühl genannt, die hohe Arbeitslosigkeit, das brachliegende Dorfleben, die fehlenden gemeinsamen Feste und eine generell negative Stimmung. Was speziell den Nationalpark betrifft, so sorgen verhärtete Fronten zwischen Nationalparkmitarbeitern und Befürwortern einerseits und Anwohnern und Nationalparkgegnern andererseits für ein negatives Klima.

Hier kann entsprechend dem Konzept sozialer Exklusion von Ausgrenzung in der Dimension *gesellschaftlicher Isolation* Einzelner wie auch ganzer Gruppen gesprochen werden. Zwar ist der Nationalpark hier keine Ursache, höchstens ein Verstärker; er hat aber auch keinen Beitrag liefern können, um hier einen Anstoß zu einer positiveren Entwicklung zu geben.

Des weiteren lassen sich bei der Gründung des Nationalparks Partizipationsdefizite feststellen. Die lokale Bevölkerung wurde in den Augen der Betroffenen nicht ausreichend in der Planung beteiligt,

außerdem wurden nur unzureichend lokale Experten herangezogen. Das Projekt erscheint in den Augen sehr vieler Betroffener daher als übergestülpt, was zu einer Verschlechterung des sozialen Klimas vor Ort geführt hat. Partizipationsdefizite werden hier als Indikatoren für *institutionelle* Ausgrenzung betrachtet.

Als schwerwiegend erwies sich, dass Schwierigkeiten zwischen „Ossis“ und „Wessis“ unberücksichtigt blieben, was eine generelle Verstärkung einer Ost- West- Polarisierung zur Folge hatte, die wiederum einen negativen Einfluss auf das Klima rund um den Nationalpark hat. Der Nationalpark konnte demnach seinem Anspruch, einen Beitrag zu einer nachhaltigen Entwicklung der Region zu leisten, nach dem hier verwendeten Analyseraster in der Dimension *gesellschaftlicher* und *institutioneller* Integration nicht gerecht werden. Integrative Faktoren hätten sein können: Förderung eines positiven sozialen Klimas durch eine generelle auch emotionale empfundene Aufwertung der Region, durch die Verbesserung der wirtschaftlichen Situation und durch Einbezug lokaler Fachkräfte und der Anwohner in ein gemeinsames Projekt Nationalpark Unteres Odertal. Der Nationalpark hat andererseits im gewissen Sinne Anstoß zu Vereinsbildungen gegeben, allerdings vorrangig zu Vereinen, die in Konflikt mit dem Nationalpark liegen, wie zum Beispiel die „Interessengemeinschaft für den Schutz des Unteren Odertals e.V.“.

## 5.1.6 Mensch und Natur im Unteren Odertal

### 5.1.6.1 Forschungsergebnisse

In unseren Interviews wurde deutlich, dass sich die Konflikte rund um den Nationalpark auch auf den Zusammenprall verschiedenartiger Vorstellungen von Natur und unterschiedlicher Mentalitäten zurückführen lassen. Die Menschen in der Region, vor alle auf den Dörfern, gelten als sehr bodenständig und heimatverbunden. Dies wurde in unseren Interviews bestätigt. Gerade im Zusammenhang mit dem Widerstand gegen den Nationalpark wurde von verschiedenen Interviewpartnern auf frühere Generationen der Familie verwiesen, die in dem Gebiet gelebt und mit der Natur gearbeitet haben. Es herrscht Unverständnis darüber, dass die herkömmliche Nutzung der Natur, welche die Natur ja in ihrer heutigen kultivierten Form hervorgebracht hat, nun gänzlich falsch sein soll. Und darüber hinaus kann nicht nachvollzogen werden, dass die Ansässigen nun dastehen, als würden und wollten sie die Natur nicht schützen. Es wird betont, dass die Anwohner bzw. Naturnutzer die Natur schon immer geschützt hätten und weiterhin schützen. Beispiele sind die Einrichtung von Schongebieten, Vermeidung extremer Nutzung und die Beachtung von ‚Selbstverständlichkeiten‘, etwa wie Abfall zu beseitigen oder keine seltene Pflanzen auszureißen.

Es besteht demnach ein weitgehender Konsens darüber, dass die Landschaft des Unteren Odertals schützenswert ist. Offen bleibt die Frage, in welcher Form. Deutlich wurde in unseren Interviews, dass die Meinungen über Naturschutz, wie sie die Befragten geäußert haben mit dem Vorgehen der Nationalparkplaner bei der Verwirklichung ihres Naturschutzkonzeptes, z.T. kaum vereinbar sind.

Nach Meinung eines Großteils der Befragten soll die Landschaft in ihrer jetzigen Form, d.h. als Kulturlandschaft, bewahrt werden. Das Nationalparkkonzept sieht dagegen die Entwicklung einer Naturlandschaft vor, die dem Urzustand einer Landschaft entspricht, die weitgehend ohne menschliche Einflüsse gewachsen ist.

Von Seiten der Befragten wurde dementsprechend auch harsche Kritik an der Nationalparkverwaltung geäußert. Die Kritik an der Vorgehensweise der Nationalparkverwaltung überlagert hier die Kritik an Naturschutz und Naturschutzkonzepten. Nationalparkverwaltung und Naturschutzkonzepten werden in einen Topf geworfen.

Das Naturschutzkonzept der Nationalparkverwaltung sieht vor, dass die Natur in der Schutzzone I sich selbst überlassen werden soll bzw. durch Initialpflanzungen die Wiederbelebung eines Urzustandes der Natur beschleunigt werden soll. Der Gedanke, die Natur in eine Wildnis zurückzuführen, stößt



auf Widerstand in der Bevölkerung. Diese Rückführung wird als beängstigende Vision, als Utopie angesehen, hinter der keine Notwendigkeit steckt. Es wird immer wieder betont, dass die Naturlandschaft im Unteren Odertal eine Kulturlandschaft, sei die im 17/18. Jahrhundert angelegt wurde und seit Generationen bewirtschaftet wird. In Anpassung daran sei die der Gegend eigene Artenvielfalt an Pflanzen und Tieren entstanden. Dass diese Artenvielfalt schützenswert ist und geschützt werden soll, ist der Grund für die Errichtung des Nationalparks. Entsprechend stößt das Vorgehen des Nationalparks auf Unverständnis, da durch das Sich-Selbst-Überlassen der Natur oder Initialpflanzungen die jetzt vorzufindende Landschaft zerstört und viele Arten verschwinden würden.

Gegen die entsprechenden Maßnahmen, wie längere Überflutung des Gebietes, Pflanzungen von Auenwäldern oder Schutz des Kormoran sprechen in der Argumentation der Anwohner- zum einen ökologische, zum anderen ästhetische Bedenken, da eine Wildnis nicht als attraktiv empfunden wird, zumal das Nationalparkgesetz selbst, jede Art von Eingriff in die Natur verbiete<sup>17</sup>. Paradox erscheint die Vorgehensweise den Bewohnern vor allem dahingehend, dass der Nationalpark Eingriffe wie die Pflanzung von Auenwäldern plant, während Eingriffe in die Natur im Sinne einer gemäßigten wirtschaftlichen Nutzung wegen des Naturschutzes verboten werden sollen.

Der stärkste Kritikpunkt an dem Naturschutzkonzept ist, dass der Mensch durch Totalreservate aus der Natur ausgesperrt werden soll. Naturschutz darf nicht auf Kosten der Menschen gehen, so die weitgehende Meinung. Damit ist sowohl die Freizeitliche Nutzung als auch die wirtschaftliche gemeint.

Immer wieder wurde in den Interviews darauf hingewiesen, dass die Menschen aus dem Gebiet des Nationalparks rausgedrängt werden. Anwohner dürfen nicht mehr zum Baden in die Polder. Die Fischerei, die Jagd und das Angeln wird verboten. Die Landwirtschaft wird eingeschränkt. Die Nutzung der Flächen im Nationalparkgebiet, die teilweise schon seit Generationen im Familienbesitz sind oder genutzt wurden, ist nun verboten. Der Zugang ist ihnen untersagt.

Diese Aussperrung bedeutet nicht nur den Ausschluss wirtschaftlicher Nutzung, sondern auch die Unterbindung alter Traditionen und Gewohnheiten und damit einen Verlust von Lebensqualität. Das ruft eine Betroffenheit hervor, die in einer Ablehnung des Nationalparks mündet. Versinnbildlicht wurde diese Aussperrung des Menschen durch die Installation von Schranken. (Die sog. Vössing-Balken, die durch den Verein der Freunde, dessen stellvertretender Vorsitzender Herr Vössing ist, im NP-Gebiet aufgestellt wurden). Diese haben Unbekannte wieder abgerissen. Viele der Befragten sprachen an, dass diese Schranken Erinnerungen an DDR- Zeiten geweckt haben, von denen man dachte, dass sie endgültig vorbei seien. Immerhin werden von den meisten der Befragten Einschränkungen in der Nutzung des Gebietes zu Gunsten des Naturschutzes für sinnvoll gehalten. Die Betonung liegt dabei auf Einschränkungen in der Naturnutzung, wohin gegen eine umfassende Einstellung der Nutzung, mit dem Argument abgelehnt wird, dass die Folgekosten für den Menschen zu groß seien und Naturschutz nicht auf Kosten der Anwohner gehen dürfe. Dazu kommt, dass die Natur dadurch die vollständige Nutzungsaussetzung geschädigt werde.

Positiv wird angestrebt, zum einen die Natur nicht zu verändern, und zum anderen eine sinnvolle Nutzung der Natur beizubehalten, durch welche die Kulturlandschaft in Stand gehalten wird, so dass der Mensch weiterhin dort leben und arbeiten kann. Gemeint ist eine "... *Symbiose zwischen Natur und Mensch zu beider Vorteil*", wie einer der Befragten seine Vorstellungen zusammenfasste.

### 5.1.6.2 Zusammenfassung

Zusammenfassend und schlussfolgernd ist folgendes festzuhalten.

Der stärkste Kritikpunkt der Betroffenen bezog sich auf die Ausschließung des Menschen von der

---

<sup>17</sup> Dies geht aus dem Nationalparkgesetz jedoch nicht hervor. Allerdings sind derartige Initialpflanzungen naturschutzfachlich sehr umstritten. So bezweifelt Herr Höppner vom Landesforstamt Eberswalde in einem Schreiben vom 24.8.99 die Sinnhaftigkeit der entsprechenden im PEP vorgesehenen Maßnahmen.

wirtschaftlichen und freizeithlichen Nutzung der Natur im Totalreservat und der Einschränkungen im gesamten NP-Gebiet. Die Nutzungs- und Zugangsbeschränkungen aus Naturschutzgründen lassen sich den Dimensionen *räumliche* und *kulturelle* Ausgrenzung zuordnen. Die *räumliche* Ausgrenzung bedeutet auch, dass die wirtschaftliche Nutzung innerhalb des Totalreservates eingestellt und in Zone II eingeschränkt werden muss. Es kommt bei den Landwirten und Fischern dadurch auch zu wirtschaftlichen Belastungen. Diese werden jedoch z.B. durch Austauschflächen, Entschädigungen und Hilfen zur betrieblichen Umstrukturierung z.T. kompensiert. In anderen Fällen verlieren die Nutzer aber auch entschädigungslos Teile ihrer bisherigen Wirtschaftsfläche. Der beklagte Verlust resultiert zum großen Teil aus der Nichtverlängerung abgelaufener Pachtverträge. Die genannten Aspekte stellen damit sowohl Indikatoren für ökonomische Ausgrenzung wie für ökonomische Integration dar. In einigen Fällen wird jedoch die schon vorhandene *wirtschaftliche* Exklusion in der Region verstärken. (siehe Kap. 5.1.4, S. 38)

Viele Anwohner leben mit ihren Familien schon seit Generationen in diesem Gebiet. Sie machen deutlich, dass sie, ob in ihrem Beruf oder in ihrer Freizeit, eng mit der Natur verbunden sind. Ein Ausschluss aus diesem Gebietes bedeutet demnach für sie nicht nur einen wirtschaftlichen Verlust, sondern auch einen Verlust an Lebensqualität. Zudem bedeutet es gerade für die Familien, die seit Generationen dort Land besitzen oder in traditionellen Berufen gearbeitet haben, einen Schnitt in ihrer Familiengeschichte. Hier kann von einer *kulturellen* Ausgrenzung bestimmter Bevölkerungsgruppen gesprochen werden, insofern sie daran gehindert werden, ihre kulturelle (traditionelle) Lebensweise weiterzuführen (z.B. Fischer). Durch die Behinderung ihrer traditionellen Lebensweise direkt oder indirekt, durch Verlust von Familienbesitz und mit der Veränderung ihres gewohnten Landschaftsbildes verlieren sie wichtige kulturelle und soziale Identifikationsquellen und Orientierungsmarken. Dadurch erleben sie einen Heimatverlust.

Auch die Dominanz des oben geschilderten und als fremd empfundenen Natur- bzw. Naturschutzkonzeptes ist ein weiterer Indikator für *kulturelle* Ausgrenzung. Zu Gunsten des von der Nationalparkverwaltung vertretenen Naturkonzeptes muss das traditionelle Naturbild aufgegeben werden, ebenso wie die eigenen Vorstellungen von Naturschutz. Die Infragestellung des herkömmlichen Naturkonzeptes kommt zudem einer Stigmatisierung gleich, durch die die bisherige Nutzung als falsch und ihre Betreiber als Naturzerstörer dargestellt werden. Zumindest nehmen sie dieses so wahr. Diese negative Imagezuweisung entspricht der Ausgrenzung durch gesellschaftliche Isolation.

## 5.1.7 Konflikte und Partizipation

Teil unseres Forschungsvorhabens war es, die Konflikte und Akteure zu untersuchen, die sich um den Nationalpark gruppieren. Es sollten die einzelnen Konfliktgruppen ausgemacht werden und ihre Position zum Nationalpark. Weiterhin sollten die verschiedenen Konfliktursachen erfasst werden und mögliche Defizite im Aushandlungsprozess aufgedeckt werden.

### 5.1.7.1 Konfliktgruppen

Der Nationalpark wird insbesondere von jenen abgelehnt, die sich in ihren Erwerbschancen direkt betroffen fühlen, wie Fischer und Landwirte, da sie Ertragsverluste in Folge der Flächenverluste und Nutzungsbeschränkungen hinnehmen müssen. Aus diesem Grund wird das Projekt auch oft so wahrgenommen, als habe es die Ausmerzungen der Landwirtschaft und Fischerei zum Ziel. Eine weitere Betroffenenengruppe stellen Anwohner und Menschen dar, deren Hobbys stark durch die Schaffung des Totalreservats eingeschränkt werden. In erster Linie sind dies Angler und Jäger. Im Untersuchungsgebiet gibt es Verbände, so den Anglerverein und den Bauernverband, die sich mit dem Nationalpark befassen. Zusätzlich wurde in Reaktion auf den Nationalpark die „Interessengemeinschaft für den Schutz des Unteren Odertals e.V.“ gegründet. Obwohl sich die NP-Gegner teilweise in Verbänden organisieren treten sie für ihre Interessen nur vereinzelt ein und verfolgen als Gesamtheit keine kontinuierliche Strategie.

### 5.1.7.1.1 Landwirte und Fischer

Für die Landwirte und Fischer stellt der Nationalpark eine Bedrohung ihrer Existenzgrundlage dar. Beide Gruppen sehen als hauptsächlichen Konfliktpunkt jenen der Statusfrage an. Der rechtliche Status des Gebietes - ob es sich nun um ein Biosphärenreservat, einen Naturpark oder einem Nationalpark handelt – zieht unterschiedliche Konsequenzen nach sich: sowohl was die Ausweisung der Schutzzonen als auch was die Fördergelder betrifft. Die für die Landwirte daraus resultierenden Konflikte entstehen in erster Linie wegen der speziellen Flächenbewirtschaftung. Es wird befürchtet, dass sich viele Betriebe unter den neuen Bedingungen - wegen der Auflagen und der Schutzzonenausweisung - nicht mehr rentieren werden. Viele der befragten Landwirte und Fischer meinten, dass die „Landwirtschaft für den Förderverein eh schon abgeschrieben“ sei. Als Bestätigung nannten sie, dass die Ausweisung der Zonen 1 und 2 ohne Berücksichtigung der betroffenen Landwirte und Fischer geschah. Auch der PEPL hat negative Auswirkungen auf ihre Betriebe. Als weiteres Beispiel nannten die Betroffenen, dass die Nationalparkverwaltung durch den PEPL nun den Wasserzufluss regelt: dies geschehe im Sommer zum Schaden der Landwirte, wenn zu viel - und im Frühjahr zum Schaden der Fischer, wenn zu wenig Wasser da ist. Das Einkommen der Landwirte und Fischer wird durch die verschiedenen Auflagen und Neuregelungen teilweise erheblich geschmälert. Wer nun den Lebensunterhalt für die durch den Nationalpark marginalisierten Gruppen sichern wird, ist fraglich. Viele sehen die Verantwortung in den Händen der Politiker, die ja auch den Fördergeldern für den Nationalpark zugestimmt haben.

### 5.1.7.1.2 Konflikte zwischen den Betroffenengruppen

Konflikte auf Gruppenebene entstehen sowohl zwischen den Eigentümern und den Pächtern der Flächen als auch zwischen den Eigentümern und der NP- Verwaltung. Da keine klaren Eigentumsverhältnisse bestehen und somit die Art der Bewirtschaftung der Flächen unklar ist, kommt es ständig zu Auseinandersetzungen.

Denn der Pächter verfügt über eine gewisse Freiheit, das Land so zu bewirtschaften, wie es ihnen profitabel erscheint – ohne den Eigentümer darüber zu informieren. Es kann in bestimmten Fällen auch dazu kommen, dass die Einnahmen, die der Pächter aufgrund von Flächenstilllegungsprämien erzielt, die Pacht übersteigt. Der Eigentümer kann auf der anderen Seite die Flächen verkaufen, und zwar ohne Berücksichtigung der Pächter. Dies kann dann dazu führen, dass der neue Eigentümer bestehende Pachtverträge nicht mehr verlängert.

Die Konflikte zwischen den Eigentümern und der Nationalparkverwaltung entstehen durch den Aufkauf und Austausch der Flächen. Die zum Austausch angebotenen Flächen werden von vielen als nicht äquivalent eingeschätzt, doch auch schon eine Zerstückelung der zu bewirtschaftenden Flächen kann eine rationelle Bewirtschaftung erheblich beeinträchtigen.

Die mit dem Flächenaustausch verbundene Verteilung der Flächen führt wiederum zu Feindlichkeiten unter den Eigentümern: manche fühlen sich bevorzugt, manche benachteiligt: Eigentümer

Vereinzelte engagierten sich einige Betroffenengruppen, so die der Eigentümer. Sie haben sich schriftlich gegen die Maßnahmen gewehrt, die sie als eine schleichende Enteignung bezeichneten. Es ist ihnen bewusst, dass sie sich als Landeigentümer laut Gesetz den Interessen des Naturschutzes unterordnen müssen, deshalb ist nun ihr Ziel, im Rahmen des mit dem Nationalpark verbundenen Flächenaustauschprogramm zusammenhängende, nutzbare Ländereien zu erhalten. Jedoch fühlen sie sich – als Interessengemeinschaft der Landeigentümer – weder von der Nationalparkverwaltung, noch von anderen Vereinen berücksichtigt. Sie stellen als Zusammenschluss vieler kleiner Eigentümer auch kein ausreichendes Gegengewicht zu den Großeigentümern NP-Verein, Treuhand oder Kirche.

### 5.1.7.1.3 Nationalparkverwaltung und Förderverein

Die Rolle der Nationalparkverwaltung als Organisation und auch was das Verhalten ihrer Mitarbeiter angeht ist von größter Wichtigkeit für den Konfliktverlauf. Die Mitarbeiter der Nationalparkverwaltung sind Angestellte des Landes, wobei sie möglicherweise auch Anweisungen bekommen, sich in den Konflikten zurückzuhalten. Diese passive Einstellung wurde von vielen Befragten als negativ empfunden. Oft besteht nämlich nicht einmal ein Konsens zwischen der Nationalparkverwaltung und dem Verein der Freunde, der im Rahmen des Gewässerrandstreifenprogramms die Landkäufe im NP-Gebiet regelt. Eine Zusammenarbeit zwischen den beiden Gruppierungen kommt auch in anderen Angelegenheiten kaum zustande. Zur Zeit der Untersuchung (Juli 2000) bestand jedoch kein akuter Konflikt, soweit einfache Vereinsmitglieder dies mitbekamen.

### 5.1.7.1.4 Industrie

Eine weitere Konfliktlinie verläuft zwischen Nationalpark und Industrie. Schon zu Beginn der Auseinandersetzungen sammelte das PCK Werk Unterschriften gegen den Nationalpark-Status. Doch es bestehen auch Probleme auf der infrastrukturellen Ebene, was die Errichtung des neuen Grenzüberganges und der damit verbundenen Straße betrifft. Ein weitere Auseinandersetzung kommt durch den in Bau befindlichen neuen Hafen für die Großindustrie hinzu.

## 5.1.7.2 Interaktion

### 5.1.7.2.1 Konfliktursachen auf der Verhandlungsebene

Verantwortlich für den überwiegenden Teil der Probleme ist die fehlende Partizipation der Betroffenen. Oft wird dies auch mit dem Ost-West Problem (siehe Kap. 5.1.5. Soziales Klima, S. 43) verbunden und behauptet, dass Fachkräfte aus der Region mehr Akzeptanz finden würden. Es gab auch Stimmen, die in Frage stellten, ob es überhaupt jemanden in der Gegend gäbe, der sich auf politischer Ebene für den Nationalpark erfolgreich einsetzen könne, ohne dass es zu schweren Konflikten kommen würde. Doch auch die Vorgehensweise wurde von den Befragten bemängelt: Entscheidungen sind unter Ausschluss oder sogar durch Hintergehen der Bevölkerung getroffen worden. Vorgeschlagen wird deshalb ein partizipatives Vorgehen – bei Gleichstellung und Respekt aller Verhandlungspartner. Dies verlangt aber gleichzeitig, dass alle Gruppen den Zugang zu den nötigen Informationen haben und sich diese auch einholen.

Die mangelnden Möglichkeiten zur Partizipation im Entscheidungsprozeß sind als wesentliche Ursache für die fehlende Akzeptanz des Nationalparks seitens der Bevölkerung und den erstarrten Konfliktfronten anzusehen.

Schon von Anfang an wurde die Idee des Nationalparks als ein unangreifbar positiver Wert in der Region dargestellt. Auf diesem scheinbaren Konsens bauend, verfuhr die NP-Verantwortlichen im weiteren Verlauf der Implementierung des Nationalparks: die Entscheidungen über die Maßnahmen wurden ohne Einbeziehung der Bevölkerung getroffen dies wird vor allem von den Landwirte bemängelt. Die Betroffenen wurden zwar angehört und *pro forma* in den Entscheidungsprozeß miteinbezogen, jedoch nicht berücksichtigt, so die vielfachen Klagen.

Behauptet wird überdies, dass es sich hierbei nicht um eine Unfähigkeit seitens der Zuständigen handelte, sondern dass eine Partizipation der Bevölkerung nicht gewollt war. So ist auch zu erklären, dass das Anhörungsverfahren zur bloßen Verkündung der Entscheidungen verkam.

Diese Entscheidungen, die im Förderverein getroffen wurden, richten sich nach Meinungen der Befragten nach den privaten Interessen seiner Führungsmitglieder. („Professoren möchten hier ein Gebiet

für sich errichten, wo sie frei forschen und jagen können“). Die Interessen des Fördervereines decken sich in keiner Weise mit dem der Anwohner, doch der Förderverein hat die Entscheidungsmacht.

Auf diese Weise nahm die Bevölkerung die Ausweisung des Nationalparks als eine Maßnahme von oben wahr bei welcher die Ortskundigkeit und Kompetenz der Anwohner in Hinblick auf die Natur nicht berücksichtigt wurden. Stattdessen kamen Leute von außen und zwangen ihnen in „arroganter“ Weise Entscheidungen auf.

### 5.1.7.2.2 Partizipationsfähigkeit

Vereinzelt versuchten sich die Bürger gegen die Maßnahmen zu wehren. Es gab eine Protestaktion der Bauern mit landwirtschaftlichen Fahrzeugen. Diese hatten jedoch keine wesentlichen Auswirkungen. Was jedoch von vielen Beteiligten zugegeben wird, ist, dass anfänglich die *Möglichkeit* zur Partizipation - etwa in Podiumsdiskussionen - für die ehemaligen DDR-Bürger noch sehr ungewohnt war. Früher gab es keine Möglichkeiten zur freien Partizipation. Diese Rolle wurde von verschiedenen staatlichen Instanzen übernommen. Binnen kurzer Zeit wurden jedoch diese Praktiken übernommen und zum Erstaunen der Gegenseite („Wessis“) auch eingesetzt. Dieser Rückstand in den Verhandlungsstrategien konnte jedoch nie ganz abgebaut werden; denn es wurde zu spät erkannt, dass eine zweckmäßige Vertretung der Interessen nur durch die Gründung eines Vereines sichergestellt werden kann. Es wurde im Laufe der Verhandlungen klar, dass die einzelnen Betroffenen sich an keine Instanz wenden können, da sie immer an andere weiterverwiesen wurden. Bis also die Interessenvertretungen wirksam werden konnten, seien viele Entscheidungen, die kurz nach der Wende gefällt wurden, schon längst durchgesetzt gewesen.

### 5.1.7.2.3 Informationen

Dieses Problem weist auf einen weiteren Mangel des ganzen Verfahrens hin: den Informationsfluss. Es war für die Betroffenen von Anfang an unklar, wer nun die Verfügungsgewalt bzw. Entscheidungsmacht wirklich inne hat. Es waren sich auch viele nicht im Klaren über die genauen Bestimmungen, die mit dem Status *Nationalpark* verbunden sind. Doch auch die wenigen, die die Pläne kannten, sind von dem ursprünglichen Plan ausgegangen, nach dem das Totalreservat fast gänzlich in Polen liegen würde. Die ersten Gerüchte kamen 1990 in Sachen Nationalpark auf. Diese Unklarheit scheint selbst für den Abstimmungsprozess des NP-Gesetzes - das 1995 in Brandenburgischen Landtag verabschiedet wurde - zu gelten; von einigen damaligen Landtagsabgeordneten ebenso wie aus dem Umweltdezernat des Landkreises Uckermark war zu hören, das "manch ein Landtagsabgeordneter nicht gewusst hat, was er da beschließt". Doch erst seit 1996/97 werden in der Öffentlichkeit die genauen Konsequenzen dieses Vorhabens diskutiert. Hierzu zählt insbesondere auch der Umstand, dass im deutsch-polnischen Internationalpark die IUCN- Regelungen für den Anteil der Totalreservatsflächen, in jedem Land gleichermaßen anzuwenden sind. Ein höherer Anteil von Totalreservatsflächen in einem Land, kann daher nicht - wie ursprünglich gedacht - mit einem niedrigeren Anteil im anderen Land verrechnet werden. Damit wurde klar, das die Totalreservate nicht hauptsächlich auf polnischer Seite auszuweisen sind. Auch die Bedeutung des Gewässerrandstreifenprogramms - wurde erst jetzt durch die Vorlage des Pflege- und Entwicklungsplanes in der Öffentlichkeit von vielen mit Entsetzten zur Kenntnis genommen.

Doch ist die Kenntnis bei vielen nach wie vor ungenau: es scheinen viele nicht zu wissen, was z.B. das Gewässerrandstreifenprogramm beinhaltet, welche Gelder aus welcher Quelle für welchen Zweck genutzt werden – und ob das Ganze nun zur Förderung der Landwirtschaft beiträgt. Auch die Ausweisung der Schutzzonen I und II bleibt z.T. auch für jene unklar, für die dies eine existentielle Unsicherheit darstellt. Sogar der Sinn des Flurordnungsverfahrens ist für viele unverständlich, sie sehen somit einzig die damit verbundenen Kosten. Die Leute wurden ungenügend über die Pläne aufgeklärt und

stehen jetzt den Maßnahmen mit Unverständnis gegenüber.

Die Informationen werden hauptsächlich über die regionale Zeitung bezogen, in diesem Medium werden auch die Konflikte ausgetragen, wobei die verschiedenen Positionen laut der Befragten oft entstellt wiedergegeben werden. Weder sind die Gemeindeverwaltung noch der Bürgermeister wirklich informiert. Nur Leute, deren Arbeit direkt mit dem Nationalpark zusammenhängt, verfügen über genaue Informationen.

Der Verein der Freunde, hält die Informationen zurück, beziehungsweise lässt er sie nur selektiv an die Öffentlichkeit - so die Behauptung - anstatt mit offenen Karten zu spielen. Anscheinend gibt es aber nicht einmal für die Vereinsmitglieder eine Transparenz. So wurde es zur Aufgabe der ‚Interessengemeinschaft zum Schutz des Unteren Odertal‘, Informationen über Gesetzgebung und Verlauf der Verhandlungen weiterzugeben.

Es wird aber auch behauptet, der Informationsmangel seitens der Bevölkerung käme nicht nur dadurch zustande, dass die Nationalpark-Verwaltung die Informationen nicht laut verkündete, sondern auch aufgrund mangelndem Interesse und Engagement der Bevölkerung selbst. Die Angebote zur Informationsbeschaffung wären zwar ungenügend, nichtsdestotrotz von Anfang an vorhanden gewesen. Da die Informationen aber nur durch gezieltes Interesse beschaffen werden konnten, diskutierte die Mehrheit der Bevölkerung über die Maßnahmen, ohne über sie ein fundiertes Wissen zu verfügen.

Das Fehlen des persönlichen Engagements wird in diesem Sinne begründet durch die gewohnte Bevormundung und durch die nach der Wende (wieder) entstehende Politikverdrossenheit.

Obwohl viele mehr Partizipation fordern, wird gleichzeitig auch bezweifelt, ob bei diesen stark divergierenden Interessen das Problem mit partizipativen Methoden überhaupt gelöst werden könnte. Bezweifelt wird vor allem, ob selbst bei Einbeziehung der Bevölkerung ein Kompromiss in Hinblick auf die Errichtung eines Totalreservats möglich gewesen wäre.

Andere hingegen sehen immer noch eine Chance, dass auf diese Art Probleme und Streitigkeiten gelöst werden könnten, wenn sie erst einmal angegangen werden. Dies würde aber gleichzeitig eine grundlegende Änderung der Vorgehensweise des Vereins der Freunde voraussetzen. Anträge sollten nicht gestellt werden, ohne die Kommunen zu informieren ; die gesetzlichen Unterlagen sollten zur Einsicht zur Verfügung stehen; der Zuwendungsbescheid sollte ebenfalls publik gemacht werden – mit einem Wort: eine generelle Transparenz wird gefordert.

### **5.1.7.3 Zusammenfassung**

Die Implementierung des Nationalparks Unteres Odertal findet in einer ökonomisch und räumlich marginalisierten Gegend statt. Anstelle einer regionalen (in erster Linie ökonomischen) Entwicklung, die den negativen Auswirkungen des Transformationsprozesses entgegenwirken sollte, waren in der zusammenfassenden Sicht der Befragten die durch den Nationalpark verursachten zusätzliche Probleme folgende .

#### **Kulturelle Ausgrenzung:**

Durch die Errichtung des Nationalparks findet gleichwohl eine kulturelle Ausgrenzung der Bevölkerung statt, hier ist die Zerstörung des bestehenden Mensch-Natur Verhältnisses und die dadurch entstehenden Konflikte über Schutz und Nutzung zu nennen. Die Umgebung ist nicht mehr die gewohnte, die Menschen fühlen sich aus der Heimat ausgegrenzt. Es kommt auch das Gefühl einer kulturellen Enteignung auf, das durch Einschränkungen der Hobbys und der gewohnten Lebensweise noch verstärkt wird.

Es entstanden verschieden geartete Konflikte im Zusammenhang mit der Implementierung des Nationalparks, dessen Ausgang und Auswirkungen durch die bestehenden Machtverhältnisse bestimmt waren. In diesem Sinne kam es zu einer Ausgrenzung der Betroffenenengruppen in räumlicher und ökonomischer Hinsicht.

#### Räumliche Ausgrenzung:

Für alle, die in den umliegenden Dörfern wohnen, kommt eine Einschränkung der Bewegungsfreiheit zustande. Dies in einer Region, die durch die Grenze zum Osten hin eine periphere Randlage aufweist. Es bestehen deshalb Bestrebungen gegen eine weitere Marginalisierung. Verschiedene Sektoren haben ein ausgesprochenes Interesse an einem Ausbau der Entwicklungsachse Schwedt- Stettin.

#### Ökonomische Ausgrenzung:

Insbesondere werden die Erwerbschancen der Fischer und Landwirte eingeschränkt, da sie Ertragsverluste in Folge der Flächenverluste und Nutzungseinschränkungen in Kauf nehmen müssen. Doch auch andere Sektoren müssen bei der Errichtung des Nationalparks zurückstecken, so bestehen auch Beschränkungen der Expansionswünsche der Chemie-Industrie.

#### Ausgrenzung am Arbeitsmarkt:

Viele müssen nicht nur Ertragsverluste erleiden, auch ihre Existenzgrundlage wird durch die Errichtung des Nationalparks bedroht, sie verlieren die Nutzungsrechte für die bewirtschafteten Gewässer und Ländereien, da die Pachtverträge nicht mehr verlängert werden. Durch den Nationalpark kommen lediglich ein paar ABM-Stellen zustande.

Da man jedoch bei diesen Konflikten nicht von einer gleichberechtigten Stellung der Konfliktparteien sprechen kann, kamen durch die Struktur der Konfliktaustragung zusätzliche Auswirkungen hinzu, die eine institutionelle Ausgrenzung zum Vorschein brachten.

#### Institutionelle Ausgrenzung:

Insbesondere im Kreise der Landwirte wird eine institutionelle Ausgrenzung beobachtet. Als Projektziel sehen sie die „Ausmerzung der Landwirtschaft“. Es kam zu Maßnahmen, die der Landwirtschaft gegenüber nicht vertretbar waren: So geschah die Ausweisung der Schutzzonen ohne Berücksichtigung der betroffenen Landwirte. Für die Probleme wird die fehlende Partizipation verantwortlich gemacht, die seitens der Entscheidungsträger sich im Hintergehen der Betroffenen und Zurückhalten der Informationen, bzw. deren falsche Wiedergabe in den Medien manifestierte.

### 5.1.8 Problemlagen, Perspektiven und Wünsche

Durch die vorangegangenen Kapitel zieht sich ein roter Faden: Die Menschen in der Region Unteres Odertal beschäftigen besonders zwei drängende Probleme: einerseits die hohe Erwerbslosigkeit, teilweise auch mit dem damit einhergehenden existentiellen Problem, den Lebensunterhalt zu sichern, und andererseits die Veränderungen in ihrer unmittelbaren Nähe, die sich aus der Errichtung des Nationalparks ergeben. Dabei stehen besonders bestimmte Maßnahmen in der Kritik. Dieser rote Faden – Erwerbslosigkeit und Veränderungen durch den Nationalpark – findet sich in diesem Abschnitt wieder.

Im folgenden wird versucht, einen Bogen zu spannen von Aussagen über das zentrale Problem in der Region zu Einschätzungen über die Perspektiven. Am Ende sollen die Wünsche für die Zukunft stehen. Unsere Befragten kommen selbst zu Wort, denn der Originalton kann plastisch zeigen, wie sich das individuelle Erleben der gegenwärtigen Situation, mit Betroffenheit und Engagement, gestaltet.

#### 5.1.8.1 Das zentrale Problem

Die Veränderungen seit der Wende haben beträchtlichen Einfluss auf die Lebenswelt unserer Befragten. Das Kardinalproblem ist die Arbeitslosigkeit und deren Folgen. Der Konflikt um den Nationalpark wird teilweise damit im Zusammenhang gesehen. Einzelne Maßnahmen, die die Nationalparkgründung mit sich bringt, haben darüber hinaus weitere negative Auswirkungen auf das soziale Leben.

### 5.1.8.1.1 Das Beschäftigungsproblem

*„Mit der Wende wurden große Hoffnungen verbunden. Aber dass es für viele so extrem wird, dass die Industrie abgebaut wird, damit hat keiner gerechnet.“*

Gleichsam als Antwort darauf findet sich an anderer Stelle die resignative, geläufige Phrase:

*„Kohl sprach von blühenden Landschaften - dort blühen die Blumen, nur die Menschen haben nichts davon.“*

Dieser vermeintliche Widerspruch Natur – Mensch bzw. Nationalpark – Arbeitsplätze wird mehrfach benannt. Auch die erhofften positiven Effekte für den Fremdenverkehr sieht man kaum verwirklicht. Für die meisten nicht direkt vom Nationalpark Betroffenen, stehen die beiden Probleme Arbeitslosigkeit – Nationalparkgründung allerdings nicht direkt in Verbindung.

Aus dieser Perspektive stellt sich das Problem zum Beispiel folgendermaßen dar:

*„(Wir haben eine) hohe Arbeitslosigkeit, hier ist der Sozialstaat oder der Sozialwohlstand am Ende. Und es ist auch kein Licht am Ende des Tunnels, dass es hier in den neuen Bundesländern schnell vorwärts geht. Das ist es, woran die Menschen hier zu knabbern haben.“*

Es finden sich ähnliche prägnante Äußerungen, wie:

*„Ne, ist eine ganz beschissene Situation. Irgendwo muss man eine Familie ernähren, aber... es ist eben schade drum, dass unsere Region platt gemacht wird, darauf läuft es nämlich hinaus.“*

Beide Male scheint auch eine große Enttäuschung durch die „Politik“ durch.

Auf individuelle Effekte der wendebedingten Arbeitslosigkeit deuten folgende Aussagen hin:

*„Man hatte Hoffnungen und erarbeitete sich dafür ein neues Berufsbild, aber die Arbeitslosigkeit blieb.“*

und:

*„Statt Vollbeschäftigung (hat man jetzt) das Gefühl von Nutzlosigkeit.“*

Aus der Arbeitslosigkeit ergibt sich in den Augen vieler langfristig ein weiteres erhebliches Problem für die Region: die Abwanderung der Jugend und infolge dessen eine Vergreisung.

*„Die Arbeitslosigkeit begründet auch die Perspektivlosigkeit für die Jugend. Wenn die jungen Menschen eine Lehre machen wollen, gehen sie in den Westen und da bleiben sie auch.“*

Auf die besondere Problematik der Abwanderung von qualifizierten Kräften verweist jener Interviewpartner, der sagte:

*„(...) Schwedt hat ja, glaub´ ich, seit der Wende zwölftausend Einwohner verloren, die sind einfach weggezogen hier, weil sie keine Arbeit finden. Da passiert, was auch für die Region ziemlich schlimmes, nämlich, ich sag´s mal etwas gelinde: Alle pfiffigen Leute ziehen weg, alle flexiblen, alle die was können, alle die die Chance haben, irgendwo was zu werden, die gehen.“*

Demgegenüber steht die Angst vor Altersarbeitslosigkeit.

*„Noch eine Umschulung wird altersmäßig schwer fallen. Man muss noch mal Geld verdienen. Die letzten Jahre zur Rente fehlen, die haben wir nicht.“*

Soweit das Thema „Beschäftigung“ als zentrales Problem. Es wird uns in den Abschnitten „Perspektiven“ und „Wünsche“ wieder begegnen.

### 5.1.8.1.2 Der Nationalpark und seine Maßnahmen als Problem

Nicht nur die zahlenmäßig kleine Gruppe, die ihren Lebensunterhalt aus den Polderflächen und -gewässern bestreitet, auch Hobbyangler, und Anrainer kritisieren das „Ausgesperrt werden“ aufgrund



der Errichtung von Totalreservatzonen scharf. Viele der Aussagen lassen vermuten, dass das Thema im Vergleich zu anderen Problemen in der Region nicht nebensächlich ist. "Ausgesperrt werden" wird von etlichen Befragten als inakzeptabel empfunden:

*"Man kann nicht überall ein Totalreservat machen und die Menschen außen vor lassen."*

oder wie es auch wahrgenommen wird:

*"Das wichtigste Problem ist ja die Beschneidung der Menschen hier, es gibt ja mehr Verbote als Gebote."*

Daraus ergibt sich nachfolgende Forderung:

*"Der wichtigste Punkt ist einfach, dass den Menschen nach wie vor gestattet werden muss, ihre Heimat zu erleben."*

Interessant ist die Nuance des Erlebens, denn über die Nutzung hinaus ist hier die subtilere Dimension des Erlebens, also des Genießens, Anteilnehmens und "Begreifens" angesprochen. Ganz nebenbei dürfte es sich dabei auch um wesentliche Anliegen der Umweltpädagogik (näher erläutern oder weglassen) handeln. Wahrscheinlich ist dieses Erleben essentiell für das Gefühl, das "Heimat" ausmacht.

*"So gern wie wir alle die Natur schützen wollen, aber man kann, was natürlich gewachsen ist nicht, einfach auseinander reißen. Das geht nicht. Da machen auch die Menschen nicht mit."*

Aus dieser Verbundenheit lässt sich auch Widerstand gegen die Maßnahmen des Nationalparks erklären.

Neben Nutzung, Zugang, Erleben und der Konstituierung eines Heimatbezugs wird die Bedeutung der Umgebung für die Dorfgemeinschaft, also für die sozialen Beziehungen, angeführt:

*"Hier gibt es noch eine dörfliche Gemeinschaft und die soll auch bleiben. Die Grundlage dafür sind eben unsere Gewässer. Und wenn man uns da nur beschneidet und nur mit Verboten zudeckt, damit können wir nicht leben."*

Ein ebenfalls mehrfach genanntes Anliegen von besonderer Bedeutung ist der Erhalt der Polder zum Hochwasserschutz. Auch zwei direkte Forderungen wurden als zentrales Problem angesprochen. Zum einen ist dies die Trägerschaft:

*"Ganz wichtig ist, dass man erst mal dem Förderverein die Trägerschaft entzieht. Den Geldhahn stoppt. Es ist unverständlich, dass man einen privaten Verein mit solcher Macht ausrüstet, der über riesige Flächen verfügt als Eigentümer aus Steuergeldern."*

Und zum anderen wird der Maßnahmenkatalog angeführt:

*"Der ganze Knatsch geht ja nur um diesen PEPL. Da holt man Fachidioten, das kostet einen Haufen Geld. Und in der zweiten Fassung wurde nicht viel geändert."*

Man könnte fast sagen, die "Unvernunft" nahm folgendermaßen ihren Lauf:

*"Ja also es hätte alles vernünftiger und besser gemacht werden können, wenn nicht das Piratenstück [!] passiert wäre mit dem Gewässerrandstreifenprogramm, der Vereinsgründung mit dem Antrag dazu und dem Nationalpark hinterher gekleckert. Die Nationalparkverwaltung macht sich ja regelrecht lächerlich gegenüber dem Verein. Denn der hat, der hat's Geld, der hat die Macht."*

### 5.1.8.1.3 Die Vielfalt der Problemlagen

Unabhängig davon, ob unsere Befragten die Arbeitslosigkeit oder einzelne Maßnahmen im Zusammenhang mit dem Nationalpark am dringlichsten empfinden, es lässt sich feststellen, dass sie von vielfältigen und gravierenden Problemen betroffen sind. Bedenkt man außerdem den großen Zeitraum von nunmehr zehn Jahren, in denen sich die Konflikte um den Nationalpark erst anbahnten und dann schwelten, wird die Relevanz von tragfähigen Problemlösungen, und zwar für alle angesprochenen Problemkomplexe, offenbar. Zuvorderst drängen die Beschäftigungsproblematik angesichts der enor-

men Arbeitslosigkeit, die Frage nach dem passenden Naturschutzstatus für die wertvollen Flächen an der Oder und dessen sinnvolle institutionelle Verankerung.

Vor diesem Hintergrund ist das Gefühl des Alleingelassenseins durch die Politik, das sich in den folgenden beiden Aussagen spiegelt, prekär:

*„Die Parteien habe im Grunde genommen auch versprochen, Probleme zu lösen. Aber wenn sie an der Macht waren, dann wurde im Prinzip nichts.“*

*„Es wurde mit Spitzenpolitikern aller Fraktionen im Landtag persönlich gesprochen. Und man erhielt inhaltliche Unterstützung. Es passiert überhaupt nichts. Der Pflege- und Entwicklungsplan ist auch nicht zurück gezogen worden. Sondern es ist alles genau so beim alten. Es wird totgeschwiegen, beziehungsweise die Zeit arbeitet für diese Leute. Das ist entscheidend. Und das frustriert ungemein.“*

### 5.1.8.2 Die Perspektiven

Die Perspektiven, die unsere Interviewpartner entwerfen, liegen zwischen zwei Polen. Zum einen heißt es: „Die Region wird platt gemacht.“. Zur Begründung wird angeführt:

*„Die öffentliche Hand hat sich zurückgezogen und die ganzen Investitionen wurden dermaßen zurückgefahren. Von Aufschwung ist hier nichts zu spüren. Im Moment glaube ich auch nicht daran, dass sich dort etwas entwickeln wird.“*

Zum anderen herrscht gedämpfte Hoffnung:

*„Es gilt noch ein paar Jahre abzuwarten, wie es dann aussieht. Jetzt sind die Aussichten trübe.“*

Fast alle Aussagen zu Perspektiven betreffen die Arbeitsplatzfrage, sowohl individuell als auch allgemein, wenige beziehen sich auf den Nationalpark. Ein Beispiel zur Arbeitslosigkeit:

*„... wer da säuft oder Drogen nimmt, da müsste etwas gemacht werden. Und der Nationalpark kann das nicht. Der zerstört sicherlich noch mehr [!]. Für die Natur gut, es gibt sicherlich nichts besseres, aber für die Wirtschaft...“ [Der Satz wurde nicht beendet]*

Darauf folgt das Bekenntnis „Ich bin auch ein bisschen pessimistisch.“

#### 5.1.8.2.1 Private Perspektiven

Auf die Frage nach der Zukunftsperspektive bekamen wir einmal folgende Antwort:

*„Zukunftsperspektive? – So schnell wie möglich sterben, schmerzlos. (...) normal wäre, mit 40/45 ins Gras zu beißen. Das meine ich ernst. Die Überpopulation bringt doch eigentlich erst das Ökoproblem(...)“*

Derselbe Interviewte äußert Sorge um globale ökologische Katastrophen, die er in spätestens zwei Jahrzehnten erwartet. Dieser Interviewpartner, direkt vom Nationalpark betroffen, zeigt gleichzeitig aber auch die Bedeutung von flächendeckendem Naturschutz, unabhängig von besonderen Schutzgebieten, auf:

*„Die eigentliche Sinnlosigkeit liegt in der Flächenbebauung, dem Eigenheimwahnsinn. Da könnte man überall Ökologie machen.“*

Dies kann als ein starkes Beispiel von Betroffenheit und von trotz allem vorhandenem ökologischem Bewusstsein gelten.

Neben den düsteren Perspektiven der Arbeitslosigkeit stehen allerdings auch aktive Ansätze, die zeigen, dass man die Zukunft auch in die eigenen Hände nimmt. So zum Beispiel der Plan, eine Kneipe und einen kleinen Laden zu eröffnen. Diese Unternehmungen hoffen trotz aller Skepsis auf den Tourismus.

Für eine Befragte hatte die Auseinandersetzung mit dem Nationalpark hingegen gänzlich andere

Folgen, sie will sich im Rahmen des eigenen Berufes nun verstärkt für den Naturschutz einsetzen. Die Art der Betroffenheit lässt sich selbstverständlich nicht mit den vorangegangenen vergleichen. Aber, im Zusammenhang mit einer nachhaltigen Entwicklung sind derartige individuelle Entscheidung, einem Bewusstseinszuwachs auch Engagement im jeweiligen Einflussbereich folgen zu lassen, von großer Wichtigkeit.

#### 5.1.8.2.2 **Einschätzungen der Perspektiven für Beschäftigung und wirtschaftliche Entwicklung**

Richtig optimistisch sind einige Stimmen, die weiterhin auf den Tourismus setzen.

*„Man kann hier noch etwas machen. Die Umgebung ist schon ein Kapital. Und wenn das einer vernünftigen touristischen Nutzung zugeführt wird, dann ja.“*

Wie bereits erwähnt, wird in diese Richtung weiterhin Privatinitiative ergriffen. In welchem Maße das geschieht, lässt sich anhand unserer Daten nicht abschätzen.

Von einer vagen Hoffnung „auf Keime des Tourismus, die sich noch entwickeln können“ reicht die Spanne bis zum Tourismus als letztem Strohalm:

*„Eine touristische Erschließung ist schon die einzige Möglichkeit, denn der Standort Schwedt ist schon ein bisschen sehr weit draußen, aus der normalen Reichweite raus. Andere Möglichkeiten sehe ich im Moment nicht.“*

Dagegen hört man wiederholt die Einschätzung:

*„Der Tourismus boomt hier nicht.“*

*„Eine sichere Zukunft haben wir hier nicht. In Schwedt machen selbst die Gaststätten zu, wenn ein reicher Investor kommt.“*

Immerhin ist der Tourismus als Leitbild der Entwicklung für die Region noch sehr präsent, teilweise als Option, teilweise als erledigter Irrtum. Als für den Tourismus hinderlich wird neben Aspekten der Abgeschiedenheit, auch das rechtslastige Image der Stadt Schwedt angeführt (ausführlicher zum Tourismus vgl. Kap. 0.1. S. 91).

Als eine weitere mögliche Perspektive wird der im Aufbau befindliche ökologische Landbau genannt. Dem widerspricht ein Interviewpartner, der nicht nur die konventionelle Landwirtschaft meinen dürfte :

*„Die Landwirtschaft bietet keine Perspektive. Jobaussichten und Lehrstellenangebot sind miserabel.“*

Die Hoffnung auf die Ansiedlung von Industrie wirft eine Parallele auf. Es besteht die Einschätzung, dass sich keine neue Industrie ansiedeln wird. Die Konsequenz, die erwartet wird, ist dabei dieselbe, wie in der Landwirtschaft :

*„Siedelt sich hier kein neues Chemiewerk an, wird der Bevölkerungsrückgang weitergehen.“*

*Abgesehen vielleicht von vagen Hoffnungen auf Tourismus und Industrie, zieht sich eine allgemeine Perspektivlosigkeit bezüglich der Schaffung beziehungsweise des Erhalts von Arbeitsplätzen durch viele Interviews. „In den nächsten zehn bis zwanzig Jahren werden hier keine Arbeitsplätze entstehen.“*

#### 5.1.8.2.3 **Was wird aus dem Nationalpark?**

*„Den Nationalpark gibt es, und man kann davon ausgehen, dass er bleiben wird.“*

Dass der Nationalpark beschlossene Sache ist und wohl bestehen bleiben würde, scheint zum Zeitpunkt der Interviews für die meisten festzustehen. Die sich daraus ergebenden Perspektiven werden

allerdings unterschiedlich gesehen. Zum einen gibt es den Standpunkt, erst einmal die Entwicklung abzuwarten:

*“Wer Gewinner und Verlierer sein werden, ist noch nicht abzuschätzen”.*

Generelle Zustimmung drückt sich in folgender Meinung aus:

*“Realistischerweise wird auch der Grundkonflikt Mensch - Nationalpark bleiben. Das ist auch in Ordnung so, dass der Mensch sich damit auseinandersetzt. Die Auseinandersetzung muss nur sachlich sein.”*

Folgende tendenziell ablehnende Aussage differenziert die Perspektiven aus der Errichtung der Nationalparks.

*“In Schwedt wird man sich mit dem Nationalpark arrangieren. Das können die Leute in den Dörfern nicht.”*

Dass daher mit Widerständen gerechnet werden muss, wurde bereits erwähnt. Ausdruck einer Ohnmacht angesichts eines Ereignisses, das von außen hereingetragen wurde, ist letztlich die Perspektive:

*“Der Nationalpark wird Experimentierfeld für Professoren. Dazu ist die Landschaft viel zu schade. Und für die Menschen sowieso.”*

### 5.1.8.3 Wünsche für die Zukunft

Die Wünsche und die Hoffnungen für die Zukunft unserer Interviewpartner entwickeln sich in hohem Maße aus deren Problemwahrnehmung und Einschätzungen der Perspektiven .

Daher könnten an dieser Stelle viele Doppelungen der vorangegangenen Abschnitte stehen. Die Inhalte werden nur zum Teil noch einmal angedeutet. Ausführlicher ist dagegen dargestellt, wie man sich die Bereinigung der Konflikts um den Nationalpark wünscht und vorstellt. Explizit war nach den persönlichen Wünschen und den Wünschen für die Region gefragt worden.

#### 5.1.8.3.1 Positiv-Szenario

*“Also, ich würde es ganz gerne sehen, wenn nach wie vor in den nächsten Jahren die Störche bei uns brüten würden und genügend Nahrung finden würden. Und auch all die Skater, die Radfahrer nicht nur auf der anderen Seite lang fahren, also zum Teil bei uns ins Dorf einkehren. Und dass wir auch dann die Möglichkeit schaffen, dass wir dort auch die Bewirtung der Leute durchführen können, dass daraus auch Fremdenzimmer entstehen, dass die Leute dann auch in den Sommermonaten hier eine Übernachtung finden, dass für viele dort noch zumindest eine Nebeneinnahmequelle als solche entstehen könnte. Und dass die Landschaft hier auch vermarktet werden kann. Aber Tourismus. Ein sanfter Tourismus. Und die Landwirtschaft als solche hier weiter existieren kann, dass sich daraus dann für die Gemeinde entsprechend Leben entwickeln oder weiterentwickeln kann.”*

Bei diesem Szenario handelt es sich um ein Zitat, das vielen der Befragten aus der Seele spricht. Es reißt viele der angesprochenen Themen an, daher kann es hier als Hintergrund für genauer benannte Wünsche dienen.

Stichwort: Störche – der Umgang mit der Natur

Viele unserer Befragten wünschen sich einen erhaltenden Naturschutz statt einer Weiterentwicklung in Richtung Wildnis, in der einige seltene und beliebte Arten nicht mehr zu finden wären. Man wünscht sich: “Der Ist-Zustand der Natur soll erhalten bleiben.” Dazu ist Mahd notwendig, da die Wiesen einen Lebensraum für viele Arten bieten. Ein ökologisches Argument stützt hier den Wunsch nach weiterer Nutzung und einem Erhalt der Landwirtschaft:

*“Der Nationalpark soll vom Tisch. Schutz durch Kulturlandschaft.”*

In diese Richtung geht auch der Wunsch, den derzeitigen Status der Nationalparks aufzugeben:

*„Man sollte den Plan ändern und statt eines Nationalparks ein Biosphärenreservat schaffen.“*

Der ausschlaggebende Grund ist jedoch klar ökonomischer und auch ästhetischer Art. Kulturlandschaft ist das traditionell gepflegte und geliebte Landschaftsbild. Es besteht allerdings auch Einigkeit darüber, dass weiterhin Naturschutz stattfinden soll:

*„Der Naturschutz sollte betrieben werden, wie er bisher war und ausgebaut werden. Mit strengen Auflagen.“*

Wie die konkrete Ausgestaltung der Bewirtschaftung aussehen sollte, nämlich als herkömmliche Nutzung in enger Zusammenarbeit mit wissenschaftlichen Fachleuten, zeigt das nachfolgende Zitat:

*„Das System, das wir hier als Stadt und anliegende Dörfer auch leben können, da muss dieses System der Flutung und der Bewirtschaftung eingehalten werden. Deswegen wäre es auch wichtig, dass wirklich Biologen von Grund her das mit aufarbeiten. Und noch ganz andere Studiengruppen mit ran gehen. [Nachfrage: Also, Sie sehen für Schwedt eine Zukunft, auch mit Landwirtschaft?] Ja, denn die Landwirte, die in der Umgebung sind, mit denen haben wir ansonsten eigentlich ein gutes Einvernehmen, ja, die sollen hier auch weiter leben. Nur so ist unsere Landschaft schön. Mit der Bewirtschaftung...“*

Dagegen wurde auch der Wunsch geäußert das Projekt Nationalpark ersatzlos aufzugeben.

Stichwort: Radfahrer – Nutzung durch den Menschen

Skater und Radfahrer haben Zugang zu Nationalparkflächen. Ein immer wiederkehrender Wunsch ist darüber hinaus der nach Zugang zu den Poldern. Dazu gibt es spezielle Ausprägungen, wie etwa eine Einfahrgenehmigung für Einheimische ab einem gewissen Alter oder für Gehbehinderte. Oder es gibt den Wunsch, den Uferradweg für Einheimische zum Befahren freizugeben.

Die Skater und Radfahrer stehen aber auch für Touristen, die einen Wirtschaftsfaktor für die umliegenden Dörfer darstellen könnten. Zur Förderung dieses Gedankens gibt es einige Vorschläge des Ausbaus zum Zweck der touristischen Nutzung, die Mensch und Natur integrieren soll:

*„Man müsste einen Zugang schaffen in Form von Einfahrtsschneisen, damit der Bus an das Gebiet ranfahren kann. Vielleicht an die Dörfer, wo die Gaststätten sind, und die hätten dann ihren Verdienst dabei. Dann hätten viele was davon.“*

Für eine gezielte Einbindung der Menschen spricht sich ein Interviewpartner aus:

*„Also, wenn man jetzt alles generell verbietet, fördert man doch indirekt die illegalen Sachen. Und was verboten ist, macht besonders Spaß. Man schafft doch keine Ventile... Wenn man einen Großteil der Natur retten will, muss man einen Teil dem Menschen opfern.“*

Dies könnte durch drastische Maßnahmen geschehen:

*„Man sollte sich am Bodensee oder in Österreich was anschauen. Einen Freizeitpark einrichten, eine Mischung aus Tierpark, Riesenspielfeld, Grillplätze. Und ein Hotel mit Pension gleich nebenan.“*

Andererseits spricht der Interviewter auch an, dass die Eingriffe in die Natur sensibel erfolgen müssten.

*„Geführte Wasserwanderungen wären eine Möglichkeit. Aber empfehlen würde ich das nicht, weil die Touristen so ein Kleinod, wie das Nest vom Rohrsänger, stören würden.“*

Wenn die Nationalparkverwaltung ins Criegewener Schloss zieht, sollte die Versorgung des Hauses und der Anlagen an die ansässige Bevölkerung übergeben werden. Davon, dass Fachleute aus der Region grundsätzlich wünschenswert wären, war bereits die Rede.

Ganz allgemein für die wirtschaftliche Lage werden im wesentlichen fünf Hoffnungen und Wünsche geäußert. Erstens die Entwicklung eines sanften Tourismus:

„Touristen sollen kommen, die auch einkehren und übernachten“. Zweitens, ein neues Chemiewerk, „sonst können wir Schwedt bald zuschließen“. Drittens der Erhalt der Landwirtschaft: „Landwirtschaft soll bleiben, 'n Bauernhof ist was niedliches.“ Viertens die Förderung von Handwerk und

Kunst. Der fünfte Wunsch ist der nach einer echten Chance für angestrebte kleine Betriebsgründungen und Projekte. Dazu muss es gelingen, Startkapital für die nötigen Investitionen zusammenzubringen.

Stichwort: Dorfgemeinschaft – die psycho-soziale Bedeutung des Gebietes

Für das soziale Leben in den Gemeinden nahe der Oder sind auch die Vereine, vor allem die Angelvereine, traditionell aktiv gewesen. So ist die Aussage zu verstehen, die Gewässer seien die Grundlage für die Dorfgemeinschaft. Zugang und Nutzung der Natur beschränken sich also keineswegs auf rein Ökonomisches:

*“Die Natur soll erlebbar bleiben.” Sie wird als ein wichtiges Element unter anderen, man könnte sagen als “weicher Standortfaktor”, begriffen: “Wir wollen in unserer Gemeinde weiterhin ein vernünftiges Verhältnis entwickeln, dazu brauchen wir die Möglichkeiten hier, auch die Umwelt”.*

### 5.1.8.3.2 Bewältigung der Differenzen

Die beschriebenen Wünsche schneiden sehr unterschiedliche Interessen auf verschiedenen Ebenen an. Dabei dürfte es sich immer noch um einen kleinen Ausschnitt von Wünschen, Interessen und Ideen handeln. Der Blick auf das Geschehen in der Region und im Nationalparkgebiet ist aber immerhin interessiert, teilweise engagiert, teilweise kreativ. Der Wunsch, einbezogen zu werden, in der Bevölkerung ist kaum verwunderlich.

*“Auf die Interessen der Betroffenen soll eingegangen werden.”*

Zunächst muss

*“(…) ein Vertrauensverhältnis aufgebaut werden. Wenn der Nationalpark nicht nur aufgebaut ist auf Misstrauen... Nach dem Porzellan, das hier zerschlagen wurde, ist Vertrauen eigentlich das wichtigste bei der ganzen Geschichte.”*

Diesem steht für manche der Förderverein allerdings im Wege. Ein Interviewpartner nannte als Voraussetzung:

*“Als erstes muss man dem Förderverein die Trägerschaft entziehen.”*

Einige sprachen den Zusammenhang zwischen Einbeziehung, Kompromiss und Akzeptanz an. Zum Beispiel:

*“Man muss klarmachen, mit den und den Kompromissen können wir leben oder können wir nicht leben. Und dann muss man sich an einen Tisch setzen und das ausdiskutieren und das müsste eben für meine Begriffe mit den einzelnen Leuten gemacht werden, also nicht jetzt immer nur über Vereinsleute und die Obersten, sondern mehr von unten erreicht werden eigentlich, dass die von, die Kleinen sage ich mal, die von unten angesprochen werden und eben nicht immer nur die Vorsitzenden oder die Chefs eingeladen werden. So generell, denke ich mal, ist es eben wirklich so, wenn sichtlich klar wird, dass Arbeitsplätze entstehen, dann denke ich mal, dann gewinnt das auch an Akzeptanz. Das hat es bis jetzt nicht gezeigt. Im Gegenteil.”*

Unbemerkt wird eine weitere Voraussetzung hier eingeführt, nämlich wieder die Arbeitsplatzfrage.

Ein anderer Ausgleich wird hier vorgestellt:

*“Ortsansässige überall auf der Welt werden sagen, dass sie es zu entscheiden haben. Es geht aber nicht ohne fachliche Kompetenz. Die Fachleute übersehen nur leider manchmal den Menschen. Die beste Lösung wären Leute aus der Region.”*

Ziel des Unterfangens ist die Schaffung eines Gebietes, in dem Mensch und Natur zu ihrem Recht kommen, in dem der Nationalpark Identität stiftet:

*“Optimal wäre ein Nationalpark, der es schafft, für sein Anliegen so zu werben, dass die Leute, die hier leben, das ein Stück wenigstens verstehen und vielleicht auch so etwas wie Stolz entwickeln. Dass sie sagen, Mensch, das ist unser Nationalpark, da kommen Leute her, die gucken sich den an und wir hören, wie die davon schwärmen. Und das ist schon was, da kön-*

*nen wir auch ein Stück darauf stolz sein.“*

Wenn der Nationalparkkonflikt bereinigt worden ist, könnte die Sache so aussehen:

*“Man hofft und wünscht, dass die Nationalparkfrage geklärt wird. (...) Und dass man sich dort einigt, einen gemeinsamen Konsens findet, der diese ganze Entwicklung auch vorantreibt. Dass es wirklich auch ein Nationalpark ist, wo die Interessensgruppen auch Zutritt haben, dass es die Totalreservate gibt, dass die Natur sich entwickelt und dass auch im nachhinein die Region durch den Nationalpark und durch den Tourismus einen Fortschritt findet.“*

#### **5.1.8.4 Zusammenfassung**

Der Dreischritt „Problemlagen, Perspektiven, Wünsche“ ergab, dass Problemlagen und Zukunftsperspektiven soziale Ausgrenzungen aufzeigen. Zu finden sind all unsere an Kronauer angelegten Dimensionen der sozialen Ausgrenzung, die in den vorangegangenen Kapiteln schon ausführlicher dargestellt wurden (siehe auch Kap. 5.1.2. Analyseraster der „sozialen Nachhaltigkeit“, S. 34). Sie zeigen fehlende soziale Nachhaltigkeit, gegen die auch der Nationalpark nichts ausrichtet. Die Wünsche eröffnen einen individuellen Blick auf eine eben wünschenswerte Region, vor allem bezüglich des Nationalparks. Wenn die Bevölkerung im Sinne der sozialen Nachhaltigkeit integriert werden soll, lässt sich hier ein Potential zur Integration vermuten.

Soziale Nachhaltigkeit fassen wir als „langfristige Erhaltung des Systems bei Vermeidung künftig nicht wieder gutzumachender Schäden“. Im Abschnitt über Problemlagen wurde deutlich, dass derzeit Probleme wie der Arbeitslosigkeit oder des Nationalparks keinen sozial befriedigenden und erhaltenswerten Zustand zulassen. Die einzelnen Befragten empfinden keine soziale Gerechtigkeit. Dies zeigen die teils sehr drastischen Aussagen, wie: „(...) es ist eben schade drum, dass unsere Region platt gemacht wird (...)“.

Der Nationalpark wurde mit dem hohen Anspruch auf den Weg gebracht, eine Entwicklungsperspektive für die Region, das heißt vor allem auch für die Menschen in der Region, zu eröffnen. Die Einschätzungen unserer Befragten über die Zukunftsperspektiven der Region zeichnen ein weit weniger freudiges Bild. Von Privatinitiativen abgesehen, finden sich unter den positiven Äußerungen kaum mehr als vage Hoffnungen, nicht aber tatsächlich positive Erwartungen auf ökonomisch und sozial bessere Bedingungen. Der Nationalpark selbst hat darüber hinaus neue Probleme aufgeworfen, die neue Betroffenheit mit sich bringen. Vertrauen auf seine Leistungsfähigkeit als Motor in der Region hat der Nationalpark anscheinend nicht erweckt, im Gegenteil.

Die Frage nach den Wünschen für die Zukunft zeigt aber, dass in der Bevölkerung nicht nur die pure Resignation vorherrscht. Es lässt sich auch ein Bedarf an Integration erkennen.

Der Wunsch nach Aufgabe des Projektes Nationalparks zugunsten der Kulturlandschaft, beispielsweise als Biosphärenreservat, tangiert alle drei Säulen der Nachhaltigkeit. Die Ökonomie ist angesprochen, da die betreffenden Flächen vormals land- und forstwirtschaftlich und durch Fischerei bewirtschaftet wurden und damit Einkommen sicherten. Der Nationalpark war bisher auch einer sozialen Nachhaltigkeit nicht sehr förderlich, wobei das Problem der mangelnden Arbeitsplätze im Vordergrund steht. Dagegen existieren die ökologischen Positivutopien für das Untere Odertal: die Natur hat darin ihren Platz. Dies stellt eine Ressource dar, auf die zurückgriffen werden könnte.

#### **5.1.9 Schlussbetrachtung**

##### **5.1.9.1 Ist der Nationalpark Unteres Odertal nachhaltig? Welchen Beitrag leistet der Nationalpark für eine nachhaltige Entwicklung der Region als Lebens- und Wirtschaftsraum?**

Es ist aufgezeigt worden, welche sozioökonomischen Effekte die Implementierung des National-

parks Unteres Odertal verursachte. Die Rolle des Nationalparks in der Region ist dabei wichtig, um die Beurteilung durch die Befragten zu verstehen.

Ermittlungsgrundlage war die subjektive Einschätzung und Betroffenheit unserer Interviewpartner. Unser Ziel war es, den Zugang zu den individuellen Problemen und Wünschen der Bevölkerung zu finden. Ein statistischer Anspruch auf Repräsentativität besteht nicht, wohl aber eignet sich das gesammelte Material zur Einschätzung von Befindlichkeiten.

Dazu werden unsere theoretischen Annahmen noch einmal umrissen. In einem weiteren Schritt werden die Ergebnisse unserer Untersuchung als Aspekte von sozialer Integration oder Exklusion eingeordnet. Da die Antwort auf unsere Forschungsfrage weitgehend ernüchternd ausfällt, werden schließlich Defizite, also auch Chancen aufgezeigt. Dazu werden Herausforderungen der sozialen Integration benannt und eine Idee entworfen, wie der Nationalpark zur nachhaltigen Entwicklung des Unteren Odertals beitragen kann.

### **5.1.9.2 Wie verhält sich Nachhaltigkeit zu sozialer Nachhaltigkeit und den Dimensionen sozialer Ausgrenzung ?**

Nachhaltigkeit ist die langfristige Erhaltung eines Systems bei Vermeidung nicht wieder gut zu machender Schäden. Eine nachhaltige Entwicklung steht auf den drei Säulen: Ökonomie, Ökologie und Sozialem. Der Fokus dieser Untersuchung liegt auf der sozialen Dimension der Nachhaltigkeit. Soziale Nachhaltigkeit zeichnet sich durch soziale Gerechtigkeit (die intergenerationelle Gerechtigkeit wurde hier nicht erfasst), Befriedigung der Grundbedürfnisse und gleichberechtigte Teilhabe am gesellschaftlichen Leben (Partizipation) aus. Da diese Begriffe zu abstrakt sind, um sie direkt zu erheben, dienen uns die Dimensionen sozialer Ausgrenzung nach Martin Kronauer (1996) als Indikatoren für fehlende soziale Nachhaltigkeit.

1. Ausgrenzung am Arbeitsmarkt.
2. Ökonomische Ausgrenzung.
3. Räumliche Ausgrenzung.
4. Institutionelle Ausgrenzung.
5. Ausgrenzung durch gesellschaftliche Isolation.
6. Kulturelle Ausgrenzung.

Der Anknüpfungspunkt ist die für soziale Nachhaltigkeit notwendige soziale Gerechtigkeit. Der Ausschluss bestimmter Gruppen aus der Gesellschaft entspricht nicht dem Prinzip der sozialen Gerechtigkeit und kann folglich als Anzeichen für fehlende soziale Nachhaltigkeit dienen. Kann Ausgrenzung abgebaut werden, so dass eine gesellschaftliche Gruppe besser integriert wird, findet – so unsere These – eine sozial nachhaltige Entwicklung statt. Entsprechende Dimensionen der Integration wären demnach als Zeichen für gelungene soziale Nachhaltigkeit zu werten. Zu diesem Zweck werden hier Kronauers Dimensionen der Ausgrenzung auch zu Dimensionen der Integration gewendet.

1. Integration am Arbeitsmarkt.
2. Ökonomische Integration.
3. Räumliche Integration.
4. Institutionelle Integration.
5. Gesellschaftliche Integration.
6. Kulturelle Integration.

Es ist sinnvoll noch eine weitere Variante einzuführen. Bei groß angelegten Maßnahmen wie der Errichtung eines Nationalparks sind außer den angestrebten Zielen weitere, nicht angestrebte Effekte zu erwarten. Handelt es sich dabei nicht um Nutzen, sondern um Kosten ökonomischer, ökologischer oder sozialer Art, stellt sich die Frage, ob diese Lasten im Rahmen der Maßnahmen ausgeglichen wer-



den können. Von Kompensation sprechen wir, wenn Maßnahmen sich nicht als förderlich oder hinderlich erweisen, sondern sich am Ende neutral verhalten.

### 5.1.9.3 Forschungsergebnisse

Durch unsere Befragungen wurde deutlich, welche Probleme für die vom Nationalpark Betroffenen wichtig sind. Zu nennen sind hier die hohe Arbeitslosigkeit, die Aussperrung aus der Natur oder die Hoffnungslosigkeit, die jede für sich als Dimension der Ausgrenzung nach Kronauer verstanden werden kann.

Diese Probleme sind keineswegs allein auf den Nationalpark zurückzuführen. Die grundlegenden Veränderungen in der Region kamen durch die Wende zustande, und ihre Konsequenzen verflochten sich nun mit denen des Nationalparks. Sowohl die Veränderung der Eigentumsverhältnisse als auch der Wirtschaftspolitik, der Sozialpolitik, der politischen Beteiligungsmöglichkeiten, der relativen geographischen Lage, der möglichen Entwicklungsstrategien und des allgemeinen Wohlstandes werden nicht allein durch den Nationalpark verursacht.

Es ist demnach wichtig zu beurteilen, in welchem Maße die Schilderungen der Veränderungen in der Lebenswelt der Betroffenen tatsächlich dem Nationalpark zuzuschreiben sind oder aber als Auswirkungen der Wende zu betrachten sind. Da es sich bei unseren Interviewpartnern in erster Linie um direkt Betroffene handelt, hat der Konflikt um den Nationalpark wahrscheinlich einen größeren Stellenwert für sie, als er dies unter den nicht direkt betroffenen Anwohnern haben würde. Die beobachteten Veränderungen und die darin erkennbaren Dimensionen der sozialen Ausgrenzung können unseres Erachtens auf vier verschiedene Konstellationen zurückgeführt werden: Sie können Folge der Wende sein, durch den Nationalpark verursacht sein, eine Wechselwirkung der beiden Prozesse darstellen, oder aber eine Folge des Transformationsprozesses sein, welche nun durch die Implementierung des Nationalparks zum Vorschein kommt.

Im folgenden sollen noch einmal die wichtigsten Aspekte der durch den Nationalpark bedingten Entwicklung zusammengefasst und auf die Dimensionen der sozialen Ausgrenzung bezogen werden. Ein Aspekt, der in vielen der Interviews angesprochen wurde, ist die Ausweisung des Totalreservates. Um dem Status eines Nationalparks gerecht zu werden, wurden im Gebiet verschiedene Schutzzonen ausgewiesen. Von diesem direkt betroffen sind all diejenigen, die dieses Gebiet in ihrer Arbeit oder in ihrer Freizeit nutzen. Für sie kommt durch die Einschränkung der Bewegungsfreiheit eine räumliche Ausgrenzung zustande. Sie können nicht mehr ihrer gewohnten Lebensweise und ihren Hobbies nachgehen, die Natur nutzen, wie sie es seit Generationen gewohnt sind. Diese räumliche Ausgrenzung ist ein Aspekt sozialer Exklusion. Im Hinblick auf eine nachhaltige Entwicklung, die Gesellschaft, Ökologie und Wirtschaft integrieren soll, entsteht der Bedarf, die entsprechenden sozialen Kosten wahrzunehmen und zu bearbeiten.

In dem Kapitel 5.1.6, S. 45 wurde beschrieben, dass den Leuten ein Stück ihres Lebens, ihrer Traditionen genommen wird. Dadurch entsteht nicht nur ein Verlust an Lebensqualität, sondern sie verlieren auch wichtige kulturelle und soziale Identifikationsquellen. In diesem Fall geht es nicht nur um die „Aussperrung“ aus dem Gebiet, sondern auch um die Veränderung des Gebietes in seiner Ausprägung. Das Heimatbild bestand für die Bevölkerung gerade aus der Kulturlandschaft und dem zugrundeliegenden Mensch – Natur-Verhältnis. Viele unserer Interviewpartner – in erster Linie Fischer und Angler – bezeugen, sie hätten die Natur immer schon geschützt. Fraglich ist jedoch, ob diese Gruppe nicht schon deshalb eher zu solchen Aussagen tendiert als die Landwirte, weil ihre Aktivitäten einen weniger offensichtlicheren Eingriff in die Natur leisten.

Hier findet kulturelle Ausgrenzung statt. Es stellt sich natürlich im Hinblick auf eine integrierte Nachhaltigkeit die Frage, ob die Umwandlung einer Kulturlandschaft in eine Wildnis nicht immer diese Konsequenzen nach sich zieht, und andererseits, ob die kulturelle Identität nicht generell ständigen Veränderungen unterworfen ist. Dagegengehalten werden kann die Frage, ob in diesem konkreten Fall bei der Errichtung des Nationalparks die Ressourcen, die das traditionell verankerte Mensch -

Natur - Verhältnis bereit hält, erkannt wurden, und in den nachhaltigen Entwicklungsprozess miteinbezogen wurden, was unserer Untersuchung nach kaum geschah. Chancen zur kulturellen Integration wurden verpasst.

Betroffene fragen sich des öfteren, ob nun der Nationalpark wenigstens eine nachhaltige Entwicklung aus ökologischer Sicht leistet. Es ist hier von sozialwissenschaftlicher Seite nicht zu entscheiden, ob die fast einstimmige Meinung, Wildnis würde zur Vernichtung der bestehenden Artenvielfalt führen, nur auf dem traditionellen Naturverständnis beruht. Angemerkt werden kann, dass auf der natur-schutzfachlichen Seite Naturschutzkonzepte nach wie vor diskutiert werden, wobei auch die ökologische Bedeutung einer sehr extensiven Kulturlandschaft erkannt wurde.

Was für die Betroffenen jedoch wesentlich wichtiger ist, ist die Veränderung in der Nutzung des Gebietes und der Erwerbschancen. Sie erleiden zwangsläufig Ertragsverluste in Folge der Flächenverluste und der Nutzungseinschränkungen. Dies ist die direkte Konsequenz der Ausweisung des Gebietes als Nationalpark. Dies müsste jedoch nicht in jedem Fall zu einer ökonomischer Ausgrenzung führen, wenn einerseits die Landwirtschaft durch den Transformationsprozess nicht sowieso schon schwer betroffen wäre und wenn es andererseits angemessene Entschädigungen für Pächter und Eigentümer geben würde. In diesem Sinne sind die Auswirkungen des Nationalparks eindeutig nicht als sozial nachhaltig zu betrachten. Diese Auswirkungen werden auch nicht durch die Schaffung weniger ABM-Stellen im Nationalpark aufgehoben, deren Verlauf und Befristung überdies auch noch ungewiss ist. Der Ausgleich durch den Tourismus muss sich noch in den nächsten Jahren erweisen. Da die regionale Beschäftigungsstruktur auch in anderen Sektoren eine hohe Arbeitslosigkeit aufweist, kommen diejenigen, deren wirtschaftliche Existenzgrundlage durch den Nationalpark bedroht werden, noch dazu.

Doch auch was die Industrie betrifft, führt der Nationalpark zu einer ökonomischen Ausgrenzung der ohnehin marginalisierten Region. Er setzt den Expansionswünschen der Chemieindustrie Grenzen und stört den Ausbau der Entwicklungsachse Schwedt-Stettin. Dies hat nichts mit der Art der Umsetzung des Projektes zu tun. Nationalparks stecken immer Rahmenbedingungen für wirtschaftliche Aktivitäten in ihrer Nähe fest. Hier geraten ökonomische und ökologische Ansprüche in Konflikt, die Entwicklungsstrategien Tourismus und Fördergelder oder Ausbau der Infrastruktur zur Förderung der Industrieinvestitionen scheinen sich zu widersprechen.

Das Gebiet weist aufgrund der Auswirkungen des Transformationsprozesses als primäres Defizit eine Ausgrenzung am Arbeitsmarkt auf. Man beobachtet verstärkt eine Abwanderung junger Leute und qualifizierter Arbeitskräfte. Zurück bleibt eine räumliche Konzentration der sozialökonomisch schwächeren Gruppen. Ob man nun der Abwanderung durch den Tourismus – wie auch immer dieser im Rahmen der strengen Regelungen eines Nationalparks funktionieren soll - entgegenwirken kann, bleibt abzuwarten. In erster Linie würden wahrscheinlich nicht die marginalisierten Gruppen von dem entstehenden Tourismus profitieren; wenn man auch eine solche Umstellung auf Tourismus- bzw. Naturschutzberufe tatsächlich als eine nachhaltige Entwicklung bezeichnen kann. Die Befürchtung besteht, dass es statt dessen bei dem bekannten Schema bleibt: Der Graben zwischen denen, die von der Wende (und den weiteren Eingriffen der Westdeutschen) profitierten, und denen, die es nicht geschafft haben, wächst weiter.

Eine ganz andere Ebene stellt die durch die Implementierung des Nationalparks zum Vorschein kommende institutionelle Ausgrenzung dar, die dadurch entstehenden Konflikte zwischen den verschiedenen Akteuren und die daraus resultierende Ausgrenzung durch gesellschaftliche Isolation. Die institutionelle Ausgrenzung findet in erster Linie in Form einer Benachteiligung an gesellschaftlichen Entscheidungsprozessen statt. Die institutionelle Ausgrenzung resultiert im überwiegenden Teil aus dem Transformationsprozess, der im Gebiet stattfand. Es sind im wesentlichen drei Stränge auszumachen, die zur Ausgrenzung der verschiedenen Akteure führen.

Als erstes ist die Vorgehensweise der Nationalparkverwaltung (und dem dahinter stehenden Ministerium) zu nennen. Die von ihnen bestimmten Maßnahmen wurden als der Landwirtschaft gegenüber unvertretbar angesehen: sie hätten nur deren Ausmerzung im Auge. So geschah die Ausweisung der Schutzzonen ohne Berücksichtigung der Betroffenen, die sich nun hintergangen fühlen. Auch das An-

hörungsverfahren gestaltete sich als eine reine Erklärung von Entscheidungen. Doch auch andere Beispiele können für das von Anfang an nicht partizipative Vorgehen genannt werden.

Als zweiter Strang ist der Informationsmangel der Betroffenen zu nennen. Dieser verursachte sogar Konflikte unter den verschiedenen Betroffenen Gruppen, welches einen rechtzeitigen Zusammenschluss der Betroffenen verhinderte. Im Kontext des Informationsmangels ist die fehlende Erfahrung mit den neuen Eigentumsverhältnissen zu nennen, das mangelnde Hintergrundwissen, was die Statusfrage betrifft, und die Undurchsichtigkeit bei der Anwendung öffentlicher Mittel zur Förderung der Region.

Als dritter Strang ist die fehlende Partizipation seitens der Betroffenen anzusehen. Die mangelnde Partizipationskultur in der DDR führte zu dem begrenzten persönlichen Engagement und zu der zum Zeitpunkt der Untersuchung festgestellten Apathie in Bezug auf den Nationalpark.

Diese dreifache institutionelle Ausgrenzung führte zu Konflikten zwischen Fischern, Anglern und Landwirten einerseits und der Nationalparkverwaltung sowie dem Förderverein andererseits. Doch kam es dadurch auch zu Konflikten zwischen Pächtern und Eigentümern wegen der speziellen Bewirtschaftung und zwischen den Landwirten wegen des Flächenaustausches. Gerade dieser letzte Punkt führte zu einer Verschlechterung des kommunikativen Klimas, es verhinderte ein gemeinsames Vorgehen und Zusammenhalten. Es kam zur Ausgrenzung einzelner durch gesellschaftliche Isolation, eine richtige Interessenvertretung fand nicht statt.

#### **5.1.9.4 Inwieweit ist das Projekt Nationalpark Unteres Odertal sozial nachhaltig?**

In der Region findet sich Ausgrenzung als Folge der Wende, durch den Transformationsprozess, aber auch durch den Nationalpark. Die Bewertungskriterien für soziale Nachhaltigkeit waren Exklusion beziehungsweise Integration. Der ambitionierte Anspruch des Nationalparks war es, eine nachhaltige Entwicklung zu befördern. Er wurde dem Anspruch nicht gerecht. Die Errichtung des Nationalparks verstärkt alte Dimensionen der Ausgrenzung und erzeugt darüber hinaus neue Lasten, die zum Teil nicht kompensiert werden. Abgesehen von der Organisation von Interessenverbänden gegen den Nationalpark, den Ausgleichszahlungen und einigen ABM Stellen, leistet der Nationalpark kaum soziale Integration.

Es bleibt offen, ob man den Nationalpark besser an die Gegebenheiten anpassen könnte, indem man die Kennzeichen der peripheren Region in Ostdeutschland mit einem eklatanten Mangel an Arbeitsplätzen und einer traditionsreichen Kulturlandschaft stärker berücksichtigen würde.

Das vorherrschende Gefühl bei unseren Interviewpartnern ist, dass der Nationalpark an den Menschen vorbeiläuft.

Die Zukunftsperspektiven der Bevölkerung kommen im allgemeinen über vage Hoffnungen, auch in Bezug auf den Nationalpark, nicht hinaus. Der Bedarf und Wunsch nach Integration ist jedoch sehr groß. All unsere Gesprächspartner weisen positive Utopien auf. In einigen Gesprächen wurde der Wunsch, Mensch und Natur zu ihrem Recht kommen zu lassen, formuliert. Um an diesen positiven Aspekt anzuknüpfen, legt der folgende Abschnitt einige neue Ansatzpunkte für den Nationalpark nahe.

#### **5.1.9.5 Defizite und Chancen:**

Die Errichtung des Nationalparks wurde wohl in ihrem Problempotenzial unterschätzt, weil sie nicht nur ökologische, sondern auch soziale und ökonomische Aspekte tangiert. Leider wurden in diesem Entwicklungsprojekt sozusagen vor der eigenen Haustür die gleichen Fehler gemacht, aus denen die Entwicklungshilfe im Ausland inzwischen gelernt hat.

Die Grundsatzfrage, ob das Konzept Nationalpark für das Untere Odertal geeignet ist, wenn eine ökologische, ökonomische und soziale Nachhaltigkeit in der Region angestrebt wird, soll hier nicht weiter ausgedehnt werden, da zum Zeitpunkt der Untersuchung die politische Entscheidung für den Schutzstatus des Nationalparks bereits gefallen war. Zu bedenken bleibt allerdings, dass die Gesetzes-

lage zumindest für die Kernzonen wenige Handlungsspielräume lässt. In diesem Zusammenhang gilt es auch, das Gewässerrandstreifenprogramm auf seine sozialen Auswirkungen hin zu überprüfen. Die besonders fest gefügten Vorgaben sollen in der Region mit der Dynamik einer nachhaltigen Entwicklung in Einklang gebracht werden, was eventuell zu ungewollten Komplikationen führt.

#### **5.1.9.6 Was fehlt dem Nationalpark, um tatsächlich als nachhaltiges Entwicklungsprojekt zu fungieren?**

Um dieses sehr hochgesteckte Ziel zu erreichen, müsste der Nationalpark als Katalysator zur Integration in der Region dienen. Die Aufgabe, vor der sich der Nationalpark dann sähe, wäre einerseits die Integration der sozialen Aspekte in allen Bereichen, die de facto nicht nur die Natur, sondern auch die Menschen betreffen. Als Orientierungshilfe können Kronauers Dimensionen Ökonomie, Raum, Gesellschaft, Kultur und Institutionen dienen.

Andererseits müsste der Nationalpark die Integration der drei Säulen der Nachhaltigkeit Wirtschaft, Natur und Gesellschaft fördern. Diese sind schwer vereinbar. Hier liegt – auch in der Theorie – ein Grundproblem: Die Säulen der Nachhaltigkeit geraten untereinander in Konflikt (wie im Theorie-Teil angedeutet). Es spielen dabei aber auch kulturelle und gesellschaftliche Gegebenheiten und Rahmenbedingungen eine nicht zu unterschätzende Rolle.

Spätestens hier wird klar, dass Nachhaltigkeit sich nicht einfach umsetzen lässt. Sie ist eine wichtige, aber keine einfache Aufgabe. Einige Hinweise darauf, was zur Verwirklichung einer nachhaltigen Entwicklung in der Region Unteres Odertal beitragen könnte, lassen sich aus unserer Untersuchung erschließen.

#### **5.1.9.7 So könnte eine Integration der Säulen der Nachhaltigkeit aussehen:**

Ökologie, Gesellschaft und Ökonomie werden als eigenständige wichtige Teilbereiche anerkannt und im Entwicklungsprozess berücksichtigt. Das bedeutet insbesondere, dass jeweils Experten, also Akademiker, Politiker und vor allem die Bevölkerung, in deren Lebenswelt die Veränderungen stattfinden, sich des Projektes annehmen und aktiv mitgestalten. Kenntnisse und Ansprüche aus den verschiedensten Bereichen können auf diese Weise Eingang finden und berücksichtigt werden. Dies gilt sowohl für den Nationalpark als auch für die Entwicklung der gesamten Region. Hilfreich könnte dabei das *Know How* zur konkreten Gestaltung solcher Prozesse sein, das Sozialwissenschaftler anbieten können.

Soll der Nationalpark also tatsächlich als Motor einer nachhaltigen Entwicklung für das Untere Odertal dienen, darf sich sein Engagement nicht allein auf die zentralen schützenswerten Flächen richten. Er muss vielmehr als mitgestaltende Kraft in der Region in Erscheinung treten, in der Form, dass er den Entwicklungsprozess ideell und organisatorisch unterstützt. Beispiele für gelungenes derartiges Engagement von Naturschutzverbänden gibt es mancherorts; etwa im Raum Konstanz am Bodensee, wo ein großer Naturschutzverband mittelständische Betriebe erfolgreich vernetzen und so unterstützen konnte.

Daneben kann der Nationalpark in gewissem Maße selbst als Arbeitgeber für die lokale Bevölkerung auftreten. Dieses Anliegen spielte in einigen Interviews eine Rolle. Bei alledem muss sich eine Sensibilität dafür entwickeln, wer die Gewinner und wer die Verlierer von Maßnahmen oder Veränderungen sind.

Wenn es gelingt, die gesellschaftliche und wirtschaftliche Entwicklung der Region ebenso ökologisch mitzugestalten, dass heißt neben der Natur die Bevölkerung wichtig zu nehmen, besteht die Chance, dass der Nationalpark seinen hochgesteckten Ansprüchen gerecht werden kann. Darüber hinaus dürfte er dann sehr viel breitere Unterstützung erfahren.

## 5.2 Die Arbeitsgruppe Landwirte

### 5.2.1 Akzeptanz - das erkenntnisleitende Untersuchungskonzept

Die Akzeptanzforschung lässt sich keiner Fachdisziplin eindeutig zuordnen, so dass unterschiedliche Akzeptanzforschungsansätze existieren. In diesem Abschnitt liegt der Schwerpunkt auf den Gründen der Durchsetzungsschwierigkeiten bei der Implementierung des Nationalparkkonzeptes. Eine Akzeptanzforschung bedeutet gleichzeitig auch immer eine Widerstands- bzw. Konfliktforschung. Fragen nach den differenten Meinungen, Ansichten und Argumenten sowie die Missbilligung von Handlungen und politischer Maßnahmen können erklären, von welchen Konflikten die Rede ist, und warum diese existieren. Die Untersuchung der Akzeptanz in bezug auf sozialwissenschaftliche Naturschutzforschung ist noch sehr jung (ca. vier-fünf Jahre alt) (Stoll 1999: 11).

Für den Akzeptanzbegriff gibt es noch keine allgemein akzeptierte Definition. Er findet in verschiedenen gesellschaftlichen und politischen Kontexten Verwendung. Der Begriff Akzeptanz wird oft als Synonym für Anerkennung, Zustimmung, Befürwortung und Bestätigung benutzt. Diese Begriffe beziehen sich auf Einstellungen und Werte, auf Personen und/oder auf Gruppen, ebenso beziehen sie sich auf Meinungsäußerungen und auf Handlungen, auf Gesetze und Normen, auf Bauwerke, wissenschaftliche sowie politische Projekte oder Produkte. An dieser Stelle ist es wichtig hervorzuheben, dass Akzeptanz - oder in diesem Falle besser: die Nicht-Akzeptanz - oft mit einer Veränderung verbunden ist. Das heißt, dass anstehende Veränderungen in gesellschaftlich bestehenden Verhältnissen aufgrund einer Akzeptanz bzw. Nicht-Akzeptanz beeinflusst werden, die sowohl zur Annahme als auch zur Verhinderung gesellschaftspolitischer Maßnahmen führen.

Lucke beschreibt die „Akzeptanz“ als „die Chance, für bestimmte Meinungen, Maßnahmen, Vorschläge und Entscheidungen bei einer identifizierbaren Personengruppe ausdrückliche oder stillschweigende Zustimmung zu finden und unter angebbaren Bedingungen aussichtsreich auf deren Einverständnis rechnen zu können“ (Stoll 1999: 42). Demgegenüber definiert Lucke „Nicht-Akzeptanz“ als „die Wahrscheinlichkeit, mit Meinungen, Maßnahmen etc. bei einer identifizierbaren Personengruppe auf ausdrückliche oder stillschweigende Ablehnung zu stoßen und unter angebbaren Bedingungen mit Widerspruch und Widerstand signalisierenden Handlungen und dementsprechenden Meinungsäußerungen rechnen zu müssen“ (Stoll 1999: 42f.).

In dieser Definition, der wir uns anschließen, kommt deutlich zum Vorschein, dass Akzeptanz aufgrund kultureller Vermittlung und sozialer Strukturierung gesellschaftlich erworben worden ist. Das bedeutet, dass ein „Mehrkomponentenkonzept“, das sich aus der „kognitiven Komponente (Wahrnehmungen, Meinungen und Vorstellungen“), der affektiven Komponente (Gefühle) und schließlich der antriebshaften Komponente (Handlungsbereitschaft bzw. Verhalten)“ (Stoll 1999: 42) zusammensetzt, als Basis benutzt wird.

Letztendlich ist eine Einigung zwischen den unterschiedlichen Beteiligten und Betroffenen über Schutz und Nutzung des Gebietes für ein Schutzgebietsmanagement unerlässlich.

### 5.2.2 Methodischer Untersuchungsrahmen.

Die allgemeine Forschungsfrage lautet: „Welchen Beitrag leistet der Nationalpark (NP) für eine nachhaltige Entwicklung der Region als Lebens- und Wirtschaftsraum?“ Für die Landwirtschaftsgruppe stellte sich im Rahmen dessen die Frage nach der Akzeptanz des NPs seitens der Landwirte: Inwiefern der NP von diesen abgelehnt oder angenommen wird. Dieser Akzeptanzfrage wurde mit quantitativen und qualitativen Methoden untersucht, um möglichst aussagekräftige Ergebnisse zu erzielen.

Als Merkmale von Akzeptanzproblemen dienen Einstellungsäußerungen der Bevölkerung, die sich

beispielsweise an der Gründung von lokalen und regionalen Bürgerinitiativen, Vereinen, Verbänden oder gerichtlichen Prozessen festmachen lassen können. Als weitere Merkmale von Akzeptanzproblemen können Demonstrationen oder Boykotte von öffentlichen Versammlungen/ Veranstaltungen betrachtet werden. Ebenso können Drohungen gegenüber den Schutzgebietsverantwortlichen und das Ignorieren von Schutzgebietsbestimmungen als Nicht-Akzeptanz der Ausweisung von Großschutzgebieten verstanden werden.

### **5.2.2.1 Untersuchungsgruppe: ausgewählte Landwirte**

Bei der Untersuchungsgruppe handelt es sich um von den Naturschutzmaßnahmen betroffene Landwirte. Befragt wurden elf nach Zufallsprinzip (*random*) ausgewählte Landwirte.

Zunächst lag uns nur die veraltete Anschriftenliste der Landwirte von Anfang der 90er Jahre vor, die der Agrarforscher Kächele bei seiner Untersuchung der Betriebe des Nationalparks benutzt hatte. Bei einer explorativen Reise der Leiter dieses Forschungspraktikums der Freien Universität Berlin (FUB) in das Gebiet des NP wurde diese Liste einer Informantin vorgelegt und nicht mehr bestehende Betriebe und Nebenerwerbsbetriebe ausgesondert. Auf dieser Grundlage wurden zunächst in und um Criewen für die Befragung fünf Betriebe ausgewählt, die von unserer mit Fahrrädern ausgerüsteten Studentengruppe leicht erreichbar waren.

Bei unserer Ankunft in Criewen erhielten wir vom Referenten für Öffentlichkeitsarbeit der Nationalparkverwaltung die vollständige und aktuelle Anschriftenliste der landwirtschaftlichen Betriebe; sie umfasst 41 Anschriften. Nun wurden sechs weitere Betriebsleiter nach dem Zufallsprinzip ausgesucht. Drei Betriebsleiter lehnten die Teilnahme an der Befragung wegen Arbeitsbelastung durch anstehende Erntearbeiten ab und wurden durch andere Personen ersetzt.

Insgesamt wurde der Umfang der Befragung im wesentlichen von unserer logistischen Kapazität bestimmt. Bei der durchschnittlichen Befragungsdauer von 1,5 Stunden konnten wir jeweils eine Befragung am Vormittag und eine am Nachmittag vornehmen; bei unserer Erhebung standen fünf Arbeitstage zur Verfügung.

Bei einer Auswahl von 11 aus 41 Betrieben (23%) können wir nicht von einer Repräsentation im statistischen Sinne sprechen. Die Angaben sind jedoch inhaltlich aufschlussreich und vermitteln ein deutliches Stimmungsbild. Die Aussagekraft ist vor allem dort gegeben, wo sich eine starke Übereinstimmung in den Angaben ergab; dies war bei vielen Fragen der Fall. In den beigefügten Schaubildern ist das quantitative Antwortmuster aufgeschlüsselt. Die inhaltlich-qualitative Auswertung erfolgt verbal im Text.

### **5.2.2.2 Prozess der Datenerhebung: standardisierter Fragebogen und Tonbandgerät**

Die quantitative und qualitative Datenerhebung erfolgte mittels eines standardisierten Fragebogens und wurde mit einem Tonbandgerät aufgezeichnet. Die Tonbandaufzeichnungen relativierten die Eindeutigkeit mancher Fragen als scheinbar, insofern eine Eindeutigkeit bei den Antworten nicht immer gegeben war. Ein Interview konnte nicht aufgezeichnet werden, in diesem Falle wurde mitgeschrieben und ergänzend im Anschluß ein Gedächtnisprotokoll angefertigt.

### **5.2.2.3 Prozess der Auswertung: Transkription und Kodierung**

Die Auswertung umfasste mehrere Arbeitsschritte. Die Transkripte, Mitschriften und Fragebögen stellten die Grundlage der Auswertung dar. Zunächst erfolgte die Transkription der Tonbandaufzeichnungen. „Die Vorteile der Tonbandaufzeichnung sind offensichtlich und haben sich bewährt: Sie ermöglichen eine bessere Konzentration auf den Gesprächsverlauf und weitere situative Faktoren. Auch konnte durch die Tonbandaufzeichnung keine vorläufige Selektion der Information stattfinden“ (Stoll 1999: 54).

Als nächstes wurden die Textstellen vorgegebenen Variablen und Codes zugeordnet. Das von Stoll ausgearbeitete Kodierungsschema (Stoll 1999: 56) diente für unsere Datenanalyse teilweise als Basis. So fassen wir die emotionalen und kulturellen Aspekte zu einem Punkt zusammen, unsererseits wurde das Schema unsererseits um den Punkt „sozioökonomische Lage“ erweitert.

Wir unterscheiden vier Ursachenebenen zur Untersuchung von Akzeptanz:

Die emotionalen Aspekte, die die Angst vor Einschränkung und dem Verlust der individuellen Entscheidungsfreiheit betreffen, und die kulturellen Aspekte, die das Infragestellen von traditionellen Wertvorstellungen und Verhaltensweisen betreffen, das ökonomische Interesse, Partizipation und Konfliktlösungsstrategien sowie die sozioökonomische Lage (Stoll 1999: 164).

### **5.2.3 Ursachen der Akzeptanz/ Nicht-Akzeptanz**

Die Ursachen der Akzeptanzprobleme sind vielfältig. Im Vordergrund stehen hier besonders die ökonomischen Unsicherheiten, die existentielle Befürchtungen um die landwirtschaftlichen Betriebe aufkommen lassen. Auch nicht-ökonomische Aspekte wie Nutzungsbeschränkungen auf Eigentumsflächen, Einschränkungen der Bewegungsfreiheit und Partizipationsdefizite treten zutage. Das von den Landwirten gebildete Verständnis von Nachhaltigkeit, was die Pflege der Kulturlandschaft beinhaltet, findet kaum Berücksichtigung.

#### **5.2.3.1 Der Ausgangspunkt: Die vorgesehenen Maßnahmen, dargestellt anhand des Pflege- und Entwicklungsplans (PEPL)**

Das Gebiet des Nationalparks Unteres Odertal wurde 1992 durch Rechtsverordnung des Ministeriums für Umwelt, Naturschutz und Raumordnung (MUNR) einstweilig festgelegt. Die so gesicherten ufernahen Bereiche, wurden am 6.10.1992 vom Bund als Gewässerrandstreifenprojekt (GSP) in das Programm „zur Sicherung und Errichtung schutzwürdiger Teile von Natur und Landschaft mit gesamtstaatlich repräsentativer Bedeutung“ aufgenommen. Am 27.5.1995 trat dann das Nationalparkgesetz „Unteres Odertal“ (NatPUOG) in Kraft (Ministerium für Landwirtschaft, Umweltschutz und Raumordnung (MLUR) 1999: 4).

Die Fläche des GSP ist in Teilen identisch mit denen des Nationalparks (Schutzzone I und II). Der Verein der Freunde des Deutsch-Polnischen Europa-Nationalparks „Unteres Odertal“ e.V. (Förderverein) ist als Projektträger des GSP (vgl. MLUR 1999: 9) für die Erarbeitung des PEPL, der vor allem die Flächenankäufe, die Gestaltung der Nutzung und die biotopeinrichtenden Maßnahmen regelt, verantwortlich. Beim Ankauf von Flächen hat der Förderverein ein Vorkaufsrecht, womit es längerfristig zu einer Ausweisung von Flächen als Totalreservatzzone I kommen kann. Private Flächen können nicht als Totalreservatzzone I ausgewiesen werden, da dies aufgrund des damit einhergehenden Nutzungsverbot einer Enteignung gleichkommen würde.

Im folgenden werden die Maßnahmen, die der PEPL-Entwurf für die Implementierung des NPUO vorsieht, in der Tabelle 5.2.3-1, S. 69 dargestellt.

Tabelle 5.2.3-1 Übersicht zu Maßnahmen nach dem PEPL

Maßnahmen nach PEPL	Umsetzungshorizonte		
	Kurzfristig bis 2001	Mittelfristig bis 2006	Langfristig bis 2010
Initialisierung Auwald (Hart- und Weichholzaue) durch unterschiedliche Verfahren	297 ha Polder A/B und 10 (bis 2010 Ausweisung als Schutzzone I = Totalreservat)	700 ha Polder A/B, Schwerpunkt im Polder 10 im Umfeld des reaktivierten Flussarmes (bis 2010 Ausweisung als Schutzzone I = Totalreservat)	-
Naturschutzkonforme GL <sup>18</sup> -Bewirtschaftung (Mahd und/oder Beweidung)	Frühester Nutzungstermin gekoppelt an Vorkommen seltener Brutvögel. Änderung bzw. Neuauflage von Förderprogrammen. Reduzierung der Graben- und Deichpflege ohne Flächenangabe.	Schwerpunkt Extensivierung bzw. Neuanlage Lunow-Stolper-Polder und Polder 5/6 im Lunow-Stolper-Polder Komplettumwandlung AR <sup>19</sup> → GR <sup>20</sup> s. kurzfristige Maßnahmen ohne Flächenangabe	-
Zulassen ungesteuerter Sukzession/ Unterlassen von Eingriffen	Ungestörte Weiterentwicklung von Gehölzen, keine Beweidung von Waldresten Nutzungsaufgabe in Teilen der Polder und des Vorlandes ohne Flächenangabe	Erhöhung des Anteils ungenutzter Flächen bis 2010 50% des Nationalparks (ca. 5.500 ha) als Totalreservat bis zur Ausweisung unterschiedliche Bewirtschaftung des GI (s. auch (2))	-
Wiederherstellung eines naturnahen Wasserhaushaltes	Deichschlitzung Staffeld der Polder (2x) Verfüllung des Nord/Südgrabens im Staffeld der Polder Defektsetzung von Gräben im Polder 10 Einstellung der Flutungen nicht vor Mitte April Einschränkung des Betriebes der Schöpfwerke ohne Flächenangabe	Inbetriebnahme der Schöpfwerke nach Mitte Mai Bis zur Flutung (November) keine Absenkung Grundwasserflurabstände < 20 – 30 cm Einstellung der Grabenräumung in Totalreservaten weitere Verfüllung von Grabenabschnitten Abkopplung des Fittsees vom Gewässernetz, wenn Polder B Totalreservat Reduzierung großräumiger Melioration ohne Flächenangabe	Weiterführung der Maßnahmen – Anhebung des Mittelwasserstandes
Entflechtung und Auflassung von Nutzungen	Jagd Fischerei (Angel-/Berufsfischerei) Schifffahrt Verkehr Erholung - Wege	Fischerei Wegenetz	Beschränken der Fischerei auf Bundeswasserstraßen und festgelegte Angelgewässer
Wiederherstellung eines zusammenhängenden Flussarmes	-	Vom vorgeschlagenen Verlauf betroffen: Lunow-Stolper-Polder Polder A/B Polder 10	Wasserführung von Oder abhängig
Entwässerungsunterlassung	-	-	Nach Erliegen der landwirtschaftlichen Nutzung
Etablierung des Elches	-	-	Einwanderung aus Polen

(aus: Agrarstrukturelle Entwicklungsplanung Nationalpark Unteres Odertal (AEP) 2000: 48, Tabelle 14)

<sup>18</sup> Grünland<sup>19</sup> Äcker<sup>20</sup> Grünland



### 5.2.3.2 Bewertung der Merkmale der Maßnahmen aus der Sicht der Landwirte

#### 5.2.3.2.1 Generelle Einstellungen zum Naturschutz: emotionale und kulturelle Aspekte

Ein Betroffenheits- und Bedrohtheitserleben liegt in der lokalen Bevölkerung vor. Durch Proteste versucht man, die bedrohten Freiheiten wieder herzustellen. Psychische und soziale Aspekte wie Bedrohungen führen zu empfundenen oder tatsächlichen Freiheitseingengungen. Die Betroffenen fühlen sich eingeschränkt durch das GSP, das Tauschflächenprogramm, die Totalreservatzzone I und durch den PEPL sowie durch die ausführenden Akteure, insbesondere durch den Förderverein. Ferner erschweren die Existenz unterschiedlicher Schutzgebietskategorien und -abkommen den Prozess des Akzeptierens zusätzlich. Das GSP und der PEPL werden aufgrund seiner starken Einschränkungen nahezu einhellig seitens der Landwirte abgelehnt:

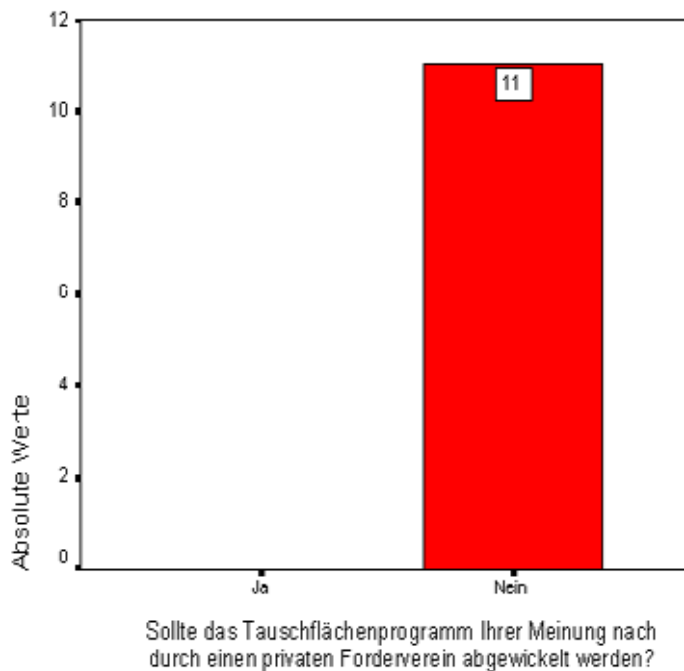
*„Seit über 100 Jahren wurde die Landschaft sinnvoll gestaltet, und es hat sich ein geschlossenes Ökosystem entwickelt, das aufgrund menschlichen Eingreifens hinsichtlich der Wasserwirtschaft hervorragend funktioniert. Es funktioniert einfach hier mit den Überschwemmungen und den Wasserweiden, und es funktioniert eben laut Gesetz aus dem Jahre 1931. Wenn so etwas zerstört werden soll, wie es mit dem PEPL und dem GSP erfolgte, dann ist die Einrichtung eines Naturparks unsinnig.“ (Fragebogennummer VII, F 6)<sup>21</sup>*

Der Förderverein ist der Träger des Tauschflächenprogramms und

*„ihm müsste die Lizenz entzogen werden. Der dürfte hier überhaupt nichts mehr zu sagen haben. So wäre es richtig. Wir würden mit der Nationalpark(verwaltung) und Kommune viel besser klar kommen“ (Fragebogennummer X, F 29).*

Diese Äußerung wird in der Graphik . Abbildung 5.2.3-1, S. 70 dargestellt.

Abbildung 5.2.3-1: Ablehnung zur Abwicklung des Tauschflächenprogramms durch den Förderverein



*„Ein Landwirt, der nicht für den Naturschutz ist, der ist auch kein Landwirt. Das ergibt sich aus*

<sup>21</sup> Die Nummerierung bezieht sich auf die Fragebögen für den Bereich der Landwirtschaft.

*der Natur der Sache selbst. Ein Landwirt, der nicht auf Nachhaltigkeit mit der Natur lebt, hat auf Dauer keine Chance. Wir graben uns ja selbst das Wasser ab, wenn wir keinen Naturschutz betreiben“ (Fragebogennummer IX, F1).*

Diese Aussage zeigt das Selbstverständnis der Landwirte im Hinblick auf den Naturschutz auf. Danach steht der Naturschutz nicht im Gegensatz zur Landwirtschaft. *In puncto* Nationalpark zeigt sich allerdings noch ein anderes Bild. So lassen sich zwei Pole ausmachen:

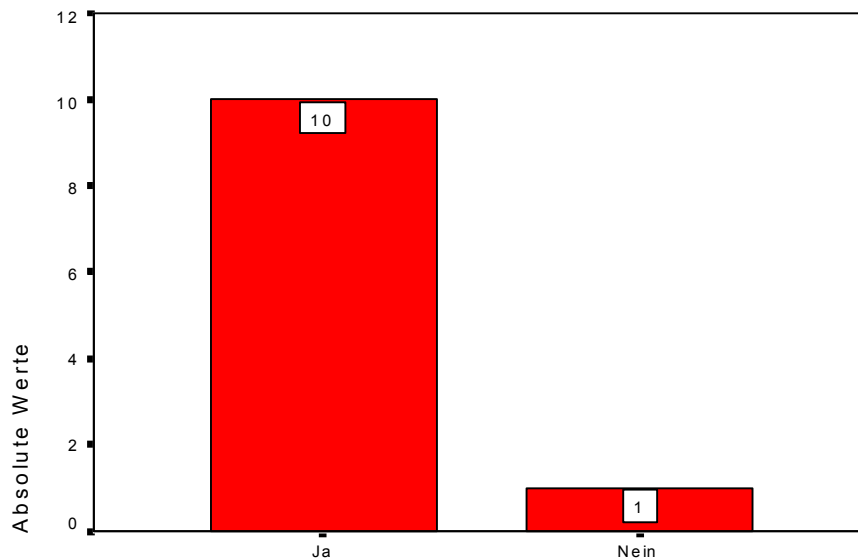
<p><i>„Der Nationalpark, der hier aufgebaut wird, ist ein Gemengsel aus einer Naturlandschaft, die früher mal eine Kulturlandschaft war, ein Freizeit-El Dorado für Städter und ein Ausschlussgebiet für Landwirte“ (Fragebogennummer IV, F2).</i></p>	<p><i>„Ich sehe durchaus Chancen im Nationalpark, wenn diese Sache mit den Menschen hier vor Ort weiter oder wenn sie überhaupt erst einmal mit ihnen begonnen werden würde. Es ist ja so, dass die Natur, so wie sie jetzt hier ist, auch durch Großlandwirtschaft oder trotz der Großlandwirtschaft erhalten geblieben ist“ (Fragebogennummer I, F1).</i></p>
--	---

Der NP wird trotz der sehr unterschiedlichen Haltungen von den meisten Landwirten für wichtig erachtet, allerdings werden Absprachen zur Interessenwahrung erwartet.. Die Beliebtheit des NPs hält sich bei den Landwirten in Grenzen. Insgesamt fielen die Antworten auf die Frage, ob der NP bei den Einheimischen beliebt sei, seitens der Landwirte differenziert aus. Zum einen hängt die Beliebtheit von der Betroffenheit ab. So ist der NP vor allem bei den Fischern unbeliebt, da sie am stärksten von den Maßnahmen betroffen sind. Zweitens richtet sich die Beliebtheit nach der räumlichen Distanz. Je entfernter der NP liegt, desto mehr wächst die Beliebtheit. Ferner ist der NP unbeliebt, da er den Einheimischen in ihren Augen aufgedrückt wurde und die Bewirtschaftung einschränkt.

Zeit und Raum sind weitere wichtige Faktoren im Bereich der kulturellen Aspekte. Zeit ist „als wichtiger Faktor für die mit dem (NP) einhergehende Gewöhnung an regelmäßige Verhaltensweisen, internalisierte Alltagsnormen und an geltendes Recht anzusehen“ (Stoll 1999: 129). Die Realisierbarkeit des NPs bis zum Jahre 2010 wird dementsprechend auch von der Hälfte der Befragten als unrealistisch eingeschätzt. Ein großer Teil der anderen Hälfte sieht bei einer Zusammenarbeit mit ihnen eine realistische Chance zur Wahrung des Termins.

Auch die Raumebene betrifft das Wertesystem der Menschen. Der Mensch sieht in dem Raum, in dem er lebt, mitunter eine Identifikations- und Schutzfunktion. „Weil mit diesem Prozess neben der materiellen auch eine emotionale Besetzung eines Raumes durch den Menschen erfolge, wird er zur Heimat, mit der man sich verbunden fühlt“ (Stoll 1999: 129). So ist es kaum verwunderlich, dass fast alle Befragten ein Heimatgefühl empfinden,

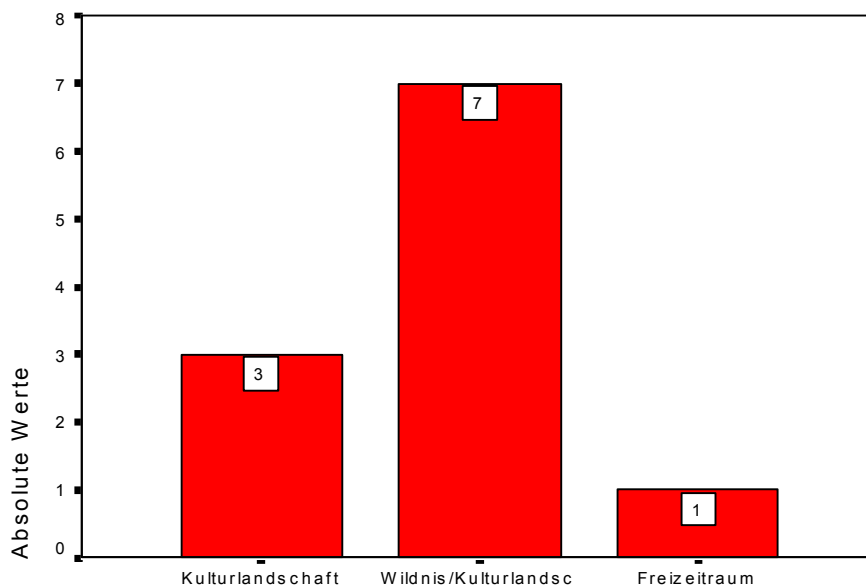
Abbildung 5.2.3-2 Heimatgefühl zur Region Unteres Odertal



Verbindet Sie mit der Region Unteres Odertal ein Heimatgefühl?

Veränderungen im vertrauten Landschaftsbild werden von den Landwirten abgelehnt, dies wird an der überwiegenden Äußerung, dass es sich bei einem Nationalpark, um eine Mischung zwischen Wildnis und Kulturlandschaft handeln soll. Dies wird deutlich anhand der Abbildung 5.2.3-3, S. 72.

Abbildung 5.2.3-3 Verständnis zum Begriff Nationalpark



Unter einem Nationalpark verstehe ich vor allem:

Für die Landwirte ist die Landnutzung eine zentrale Verhaltensgewohnheit, die sich als Notwendigkeit zur Befriedigung menschlicher Grundbedürfnisse über einen sehr langen Zeitraum menschlicher Existenz hinweg gebildet hat, so dass ihre Werte bzw. „Ordnungskategorien“ einer „reinen“ Wildnis entgegenstehen. Aufgrund der bisher genannten Aspekte ist es kaum verwunderlich, dass die Antwort zu den Fragen ob der NP eine Chance für die Region darstelle oder ob er eine Visitenkarte sei, sehr unterschiedlich ausfielen. So gibt es drei Hauptantworten.

(1) Wenn der NP mit den Betroffenen aufgebaut wird, stellt er sowohl eine Chance als auch eine Visitenkarte für die Region dar; (2) er stellt weder eine Chance noch eine Visitenkarte für die Region dar; und (3) Die Landschaft stellt eine Visitenkarte dar, nicht jedoch der NP. Aus den Aussagen ergibt sich, dass sich eine klare Tendenz bezüglich der Beliebtheit feststellen lässt.

### 5.2.3.2.2 Ökonomische Interessen

Die finanziellen und verhaltensökonomischen Aspekte spielen ebenfalls eine wesentliche Rolle bei der Akzeptanz eines NPs. In diesem Zusammenhang sind zu betrachten: Die Totalreservatzzone I, das Wasserregime, das GSP, die Flächenausstattung, die Eigentumsflächen und die Nutzung sowie der Ertragsverlust.

#### 5.2.3.2.2.1 Totalreservatzzone I<sup>22</sup>

Zunächst muss darauf verwiesen werden, dass ursprünglich nicht vorgesehen war, auf deutscher Seite 50% Totalreservatfläche einzurichten, sondern das nur gering besiedelte Gebiet des Naturparks auf polnischer Seite mit heranzuziehen. Bei der Umfrage allerdings votierte nur eine bäuerliche Stimme für die Rückstufung des Nationalparks in ein Biosphärenreservat, was eine Hauptforderung der Interessengemeinschaft zum Schutz des Unteren Odertals ist. Bei der Interessengemeinschaft wird darauf verwiesen, dass das Kerngebiet des Zuwendungsbescheids an die Schutzzone I angeglichen werden muss, da die Fläche mit der des NatPUOG nicht deckungsgleich ist.

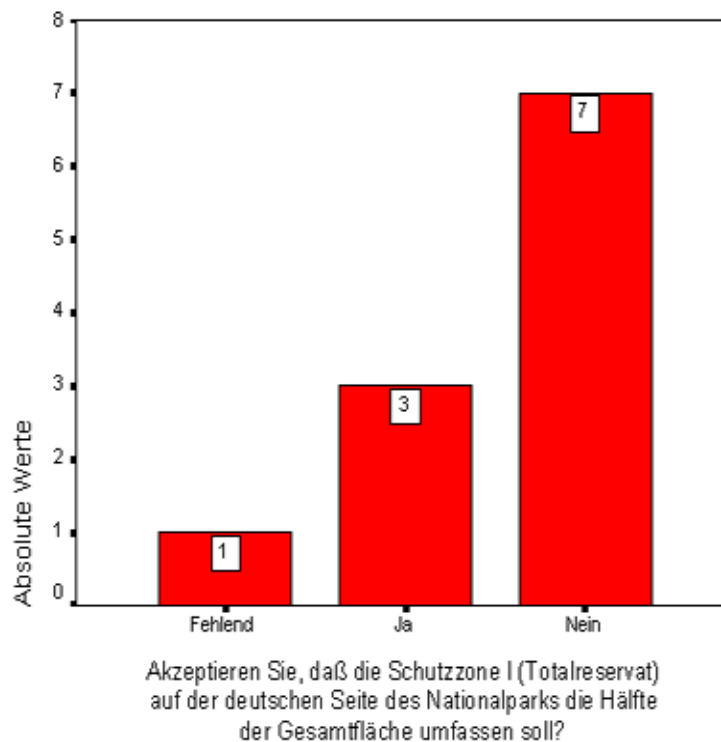
Die Totalreservatzzone I scheidet die Geister der Landwirte in zwei Lager. Die erste Gruppe befürwortet das Totalreservat I, wenn die Finanzierung gesichert ist.

*„Fairerweise muss man sagen, dass ja die Totalreservate – oder sagen wir mal die Flächen, die absolut im Naturschutz Vorrang haben, hier unterrepräsentiert gewesen sind. (...) Wie gesagt, langfristig kann auch die Landwirtschaft mit den fünfzig Prozent leben, denke ich mal. (...) Ich denke, diese Meinung wird auch von manch anderem geteilt. Einige werden mit den fünfzig Prozent einverstanden sein, aber nur, wenn im Nachhinein nicht noch mehr gewollt wird und wenn ein vernünftiges Konzept gemacht wird, was mit den Landwirtschaftsbetrieben abgesprochen wird. Was darf passieren?; Wie wird's gefördert?; Wo kommt das Geld her?; Und was kann man machen?. Dann ist es eine tolle Sache“ (Fragebogennummer XI, F12).*

In dieser Aussage kommt deutlich zum Ausdruck, dass das Einrichten einer Totalreservatzzone I nicht auf vehementen Widerstand bei den Landwirten trifft. Sie wird akzeptiert, sofern Ausgleichszahlungen gesichert sind. Auch wird die Totalreservatzzone I zum Teil deswegen akzeptiert, dass sie größtenteils aus Wasserflächen besteht und somit den Landwirten verhältnismäßig wenig Boden, der ihre Existenzgrundlage bildet, entzieht. Die andere Hälfte der Befragten sieht die von Menschen vorgenommenen Eingriffe in die Natur für notwendig an, da der Hochwasserschutz gefährdet ist. Dieses Meinungsbild wird in der Abbildung 5.2.3-4, S. 74 veranschaulicht. Zudem wird bei Durchführung der Maßnahmen eine Verschlechterung der Lebensbedingungen aufgrund von Mückenplagen und Gestank wegen des Schlamms erwartet.

<sup>22</sup> Dieser Abschnitt ist auf der Grundlage von Argumentationen der Agrarstrukturellen Entwicklungsplanung Nationalpark Unteres Odertal (AEP) verfasst, in die unsere Interviewergebnisse eingeflochten wurden.

Abbildung 5.2.3-4 Akzeptanz zum Totalreservat auf deutscher Seite



#### 5.2.3.2.2.2 Wasserregime

Der ministerielle Bescheid spricht nicht wie das Gesetz vom Erhalt und der Regeneration eines naturnahen Wasserregimes, sondern sieht die Freigabe eines Teils der Fläche für das „natürliche“ Überflutungsgeschehen der Oder vor. Die Überflutungstoleranzen sollen von 90 –190 Tagen auf bis zu 270 Tagen angehoben werden. Zur Initiierung eines Auwaldes sollen an zwei Stellen die Deiche geschlitzt und das Wasserregime in den Poldern verändert werden. Ein Flussarm zwischen dem Lunow-Stolpe-Polder und dem Welsebogen soll reaktiviert werden. Es soll keine Entwässerung durch Gräben und Pumpen erfolgen. Es entstehen komplexe Auswirkungen auf die Schifffahrt, den Hochwasserschutz und das Grundwasserregime, die zunächst in einer Machbarkeitsstudie geklärt werden sollen.

Unsere Befragten sind sehr skeptisch hinsichtlich der Angemessenheit der Maßnahmen.

*„Also bei einer Biotopereinrichtung kommt es darauf an, dass die wirklich vorhandenen Biotop sich selbst überlassen bleiben sollten, wo eben die wirklich entsprechenden Faunen und Floren vorhanden sind, aber dies sollte nicht generell vom Schreibtisch aus gemacht werden. Auf diese und jene Flurstücke soll nun Wald hin. Haben sie schon einmal gesehen, wie so eine Wiese aussieht? Und überall zwischendurch gehört davon dem Verein ein Drittel. Darauf will er (der Verein) seine Maßnahmen machen. Aufforsten ist eine Sache, die blöd ist, aber das Schlimmste ist ja das Wasserregime. Also, sobald an dem Wasserregime etwas verändert wird, geht diese ganze Landschaft kaputt“ (Fragebogennummer VII, F11).*

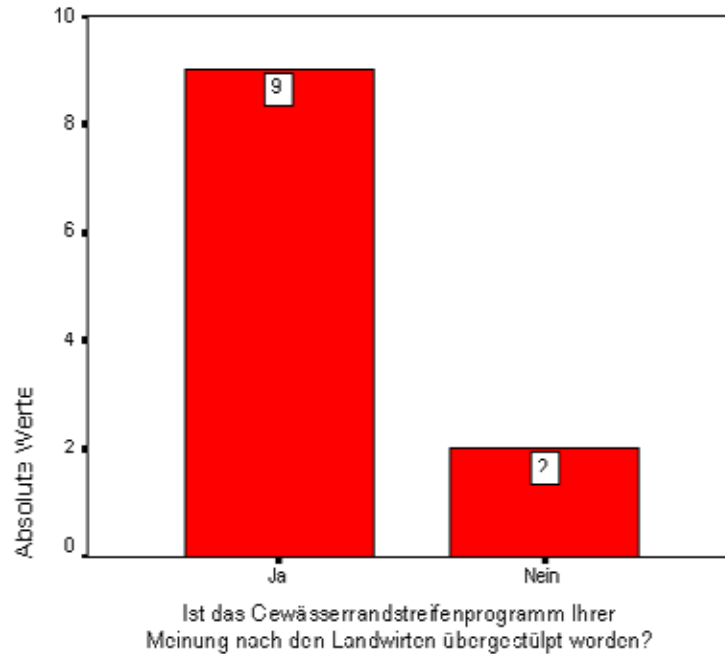
An dieser Aussage wird sehr deutlich, dass das Aufforsten eines Auwaldes, wie er etwa zur Zeit um 1750 einmal bestanden haben soll, abgelehnt wird. Auch wird die Machbarkeit einer Umsetzung in Frage gestellt. Ferner werden die Eingriffe in das Wasserregime für so tief und weitreichend erachtet, dass der Mensch Schöpfergott spiele und damit seine Kompetenzen überschreite. Der Eingriff in das Flutungssystem führe auch zu einem nachhaltigen Verlust bei den ansässigen Tier- und Pflanzenarten und stehe daher im Widerspruch zum Geist des Nationalparkgesetzes. Für verschiedene Befragte sind die vorgesehenen Maßnahmen überkomplex und nicht überschaubar. Entsprechend den Erfahrungen, die mit der letzten Oderüberflutung gewonnen wurden, wird bei der vorgesehenen Ausgestaltung mit einer unerträglichen Mückenplage gerechnet. Das vorgesehene Flutungssystem behindere auf jeden

Fall die landwirtschaftliche und touristische Nutzung und wird deshalb überwiegend abgelehnt.

#### 5.2.3.2.2.3 GSP

Ebenso schneidet das GSP bei den Landwirten äußerst schlecht ab, da bei diesem 75% als Totalreservatzzone I ausgewiesen seien, und somit nicht als Nutzfläche zur Verfügung stehen dürfen. So ist es kaum verwunderlich, dass das GSP überwiegend auf Ablehnung stößt (vgl. Abbildung 5.2.3-5, S. 75). Ausreichende Ausgleichszahlungen könnten jedoch, zumindest vereinzelte Landwirte, zu einer Akzeptanz bewegen.

Abbildung 5.2.3-5 Meinungsbild zum GSP



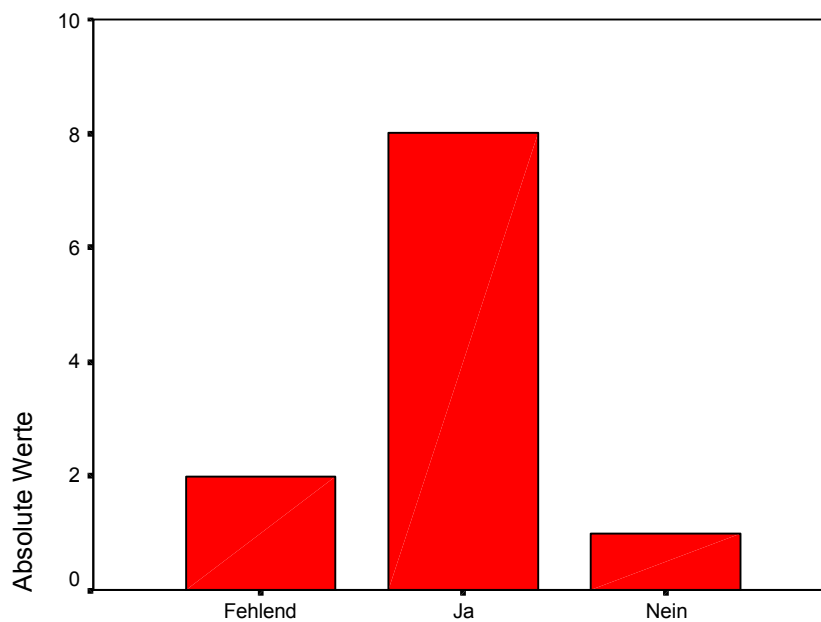
*„Wir (die Landwirte) fordern, dass das Gewässerrandstreifenprogramm dem Nationalparkgesetz, was wir wirklich für Brandenburg beschlossen haben, angegliedert werden soll. Sie sollen nicht auf diesen 75 Prozent bestehen und auf die Regulierung der Wassergeschichte, so dass wir keine großen Probleme kriegen“ (Fragebogennummer X, F11).*

Außerdem wurde nach mehrheitlicher Meinung der Landwirte das GSP übergestülpt, wie die Graphik oben verdeutlicht. Ebenso spielt die Art und Weise der Freiheitsbeschränkung –so wie sie wahrgenommen wird– eine wesentliche Rolle. Ein in den Augen der Landwirte unangemessener Umgang mit Pacht kann zum Widerstand führen, obgleich die Auflagen akzeptiert werden, solange für Ausgleichszahlungen Sorge getragen wird und Sondergenehmigungen eingeholt werden können. Allerdings ist die Zukunft nach dem Auslauf der Pachtverträge ungewiss, und dies birgt Unsicherheiten in sich.

#### 5.2.3.2.2.4 Flächenausstattung

Durch die Überführung von Flächen in den Status von Schutzzone I kommt es zu Flächenverlust, zur Entstehung unwirtschaftlicher Restflächen sowie zu einer Veränderung bei den Wegeanbindungen. Die Mehrheit der Befragten sieht Rückwirkungen der Flächenverluste auf die Betriebsstruktur und Rentabilität. Die Landwirte fordern nicht einmalige, sondern permanente Ausgleichszahlungen für existenzgefährdete Betriebe. Sie machen darauf aufmerksam, dass Subventionen in Schutzzone I (Wiesenbrüterprogramm, Bewirtschaftung hochwassergefährdeter Flächen) künftig entfallen. Grundsätzlich sei die Zurverfügungstellung von Ausgleichsflächen akzeptabel, wie die Abbildung 5.2.3-6, S. 76 zeigt.

Abbildung 5.2.3-6 Meinungsbild zur Flächenausstattung



Sind Sie mit den Tauschflächen einverstanden?

Die Durchführung des Flächentauschprogramms durch den Förderverein wird aber nahezu einhellig abgelehnt. Der Verein sei ein privater Träger; er nehme jedoch hoheitliche Funktionen wahr und dies noch dazu in anmaßender Form. Durch den Kauf von Flächen außerhalb des Nationalparks würden bisherige Pächter verdrängt, was unsere Befragten sehr negativ beurteilen, weil dann eben andernorts Arbeitsplätze entfielen. So lautet einer der Kommentare diesbezüglich:

*„Nein, getauscht habe ich im Moment noch nicht, aber irgendwie denke ich, wenn mir zum Tausch Flächen angeboten werden, sind diese garantiert durch irgend jemand anderes in Nutzung. Dann ist ja der andere der Gekniffene, sag ich mal. Und ich weiß ja, sie haben außerhalb aufgekauft. Flächen, die sie für diese Tauschgeschichte vorgesehen haben, auch Ackerflächen. Wie gesagt, es ist ja bereits ein Nutzer auf diesen Flächen, und diese Flächen werden jetzt als Äquivalent für Flächen, die im Nationalpark liegen, angeboten. Darin sehe ich die Problematik eigentlich“ (Fragebogennummer III, F11).*

Weiter zeigte sich im Konflikt um die Vergabe des Gutes Criewen, dessen Hofstadt (Gebäude) von Landwirten aufgekauft wurde, während die dazugehörenden Flächen weiterhin in der Hand des Fördervereins blieben, dass ein Poker um die Verpachtung erfolgt sei. Hierbei sei ersichtlich, dass eine gedeihliche Zusammenarbeit mit dem Förderverein nur schwer möglich sei.

#### 5.2.3.2.2.5 Eigentumsflächen

Im Falle der Tauschflächen ist festzustellen, dass diesen nur notgedrungen zugestimmt wird. Die Hälfte der interviewten Landwirte hatte zum befragten Zeitpunkt noch nicht getauscht. Ein wesentliches Problem, das sich bei einem zukünftigen Flächentausch einstellt, ist, dass die angebotenen Flächen von anderen Nutzern besetzt sind. Zudem lag bei diesen noch kein Angebot vor.

Zum Zeitpunkt der Befragung (Juni 2000) hatte der Verein der Freunde

*„über den Daumen ein bisschen mehr als 3.000 ha im Gebiet erworben und noch mal knapp 2000 ha außerhalb, die er dann eintauschen wird. Das heißt: ungefähr die Hälfte der angestrebten Flächengröße, wenn wir beides zusammenlegen, ist bereits getauscht. Dabei lasse ich außer acht, dass ich davon ausgehe, dass die Flächen außerhalb, weil es sich zum Teil um sehr gute landwirtschaftliche Flächen handelt, zu einem höheren Quotienten eingetauscht werden. Tendenziell eher 2/3 als die Hälfte. Zudem wurden bereits mit 28 oder 29 Betrieben*

### *Pachtverträge abgeschlossen“ (Interview mit einem Mitglied des Fördervereins)*

Der Verein sieht darin einen Erfolg. Die befragten Landwirte meinten aber überwiegend, sie fügten sich nur dem Druck; teilweise würden nur sehr kurzfristige Termine zum Abschluss eines Pachtvertrages gesetzt. Die Dauer der Pachtverträge (bis 2003 bzw. 2005) sei zu kurz, die Bewirtschaftungseinschränkungen dagegen gravierend.

Die BVVG-Flächen<sup>23</sup> werden nicht an die landwirtschaftlichen Unternehmen verkauft, da der Förderverein ein Vorkaufsrecht besitze. Aus Sicht der Landwirte sollte das Land Brandenburg im Zusammenhang mit der geplanten Flurbereinigung Förderungsmaßnahmen vorsehen, damit die interessierten Betriebe selbst Land erwerben könnten. So lautet einer der Kommentare:

*„Wenn man das jetzt sieht, steht der Verein als Eigentümer im Grundbuch, obwohl die Kommunen da hineingehörten oder zumindest der Fall als Pflugschaft bestehen müsste. Und nicht so ein Verein, der sich schon weiter abgesichert hat, wenn er sich mal auflöst, wird es eine Stiftung und dann kommt gar keiner mehr ran. Dann haben wir hier wieder die Leute, die 1945 von hier weggejagt wurden. Das hier gehört in die öffentliche Hand. Der Nationalpark muss für alle da sein. Und gerade da ist die Gefahr, dass wieder ein Süppchen gekocht wird“ (Fragebogennummer 2, F29).*

#### 5.2.3.2.2.6 Nutzung und Ertragsverlust

Eine Vielzahl der im PEPL vorgesehenen Maßnahmen führt – so die Befragten – zu Ertrags- und Einkommensverlusten, zur Verminderung des Tierbestandes und zum Abbau von Arbeitsplätzen. Ebenso sei die Existenz von Landwirten bedroht, noch mehr die der Fischer. Zudem sei die Entwicklung der Infrastruktur im und um den NP nicht gesichert.

In Schutzzone II sind starke Einschränkungen vorgesehen; z.B. Soll die erste Mahd zum 15. August erfolgen, wenn das Gras wenig Inhaltsstoffe mehr aufweist, die es als Tierfutter geeignet macht.

*„Wir (die Landwirte) stehen eigentlich vor der Misere, dass wir einen Mietvertrag betreiben und zunehmend die Qualität des Futters immer schlechter wird. Durch die Mahdtermine, die uns vorgeschrieben werden, ernten wir Futter von schlechter Qualität. Schließlich haben wir uns gesagt: Eines Tages wird die Fläche so; dass wir sie dann doch noch bewirtschaften können, um Ackerfutter zur Sicherung der Futtergrundlage für die Viecher anzubauen“ (Fragebogennummer X, F11).*

Der Nationalpark hat ferner ein starkes Vogelaufkommen, wodurch bei den Ernten hohe Verluste auftreten. Es ist zu erwarten, dass durch das Totalreservat und die Nutzungseinschränkungen in Zone II der Wildtierbesatz sich weiter erhöhen wird und als Konsequenz ein vergrößerter Schaden auftritt. Da die Schäden im einzelnen schwer zu belegen sind, sollten Erleichterungen bei der Zahlung von Ertragsausfallentschädigungen gewährt werden.

Keiner der Befragten sah eine Betriebsaufgabe vor. Die Landwirte fordern aber ein flexibles Vorgehen, die zeitliche Streckung der Maßnahmen, um sich anpassen zu können, und die Überprüfung der tatsächlich notwendigen Naturmaßnahmen.

### **5.2.3.3 Partizipation und Konfliktlösungsstrategien**

Laut NatPUOG ist der im Unteren Odertal lebenden Bevölkerung Mitbestimmung bei der Implementierung des Nationalparks zugesichert worden.

Unsere Erhebungen haben hier erhebliche Defizite zu Tage treten lassen, welche Rückschlüsse auf die Ursachen der geringen Akzeptanz des Nationalparks unter den Betroffenen zulassen.

Als wichtige Aspekte in der Partizipationsproblematik haben sich verschiedene Brennpunkte herauskristallisieren lassen:

<sup>23</sup> „Die Bodenverwertungs und -Verwaltungs GmbH (BVVG) wurde 1992 zum Zwecke der Verwaltung und Privatisierung



- die Informationspolitik der entscheidenden Institutionen, insbesondere des Vereins der Freunde... ,
- ein Mangel an der direkten Beteiligung der Bevölkerung an Entscheidungsprozessen,
- das Machtgefüge und die Einflussphären der Institutionen,
- Probleme, die ursächlich mit den führenden Persönlichkeiten im Förderverein zusammenhängen,
- der willkürliche Umgang mit der unklaren Gesetzeslage und
- generell die Tatsache, dass ein privater Förderverein mit staatlichen Mitteln aus Steuergeldern nach eigenem Gutdünken verfahren kann, so die Sicht der Landwirte.

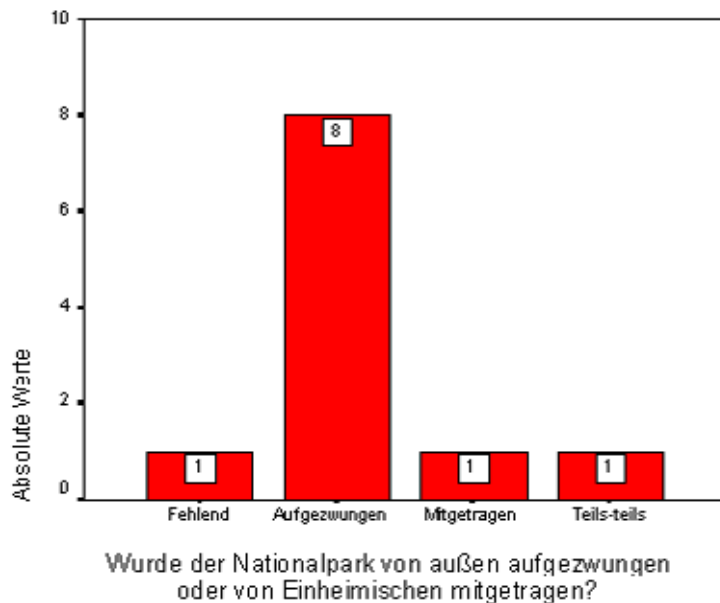
### 5.2.3.3.1 Die Informationspolitik der entscheidenden Institutionen

7 von 11 befragten Landwirten sind der Meinung, nicht ausreichend über die Vorgänge und Entwicklungen informiert zu werden (vgl. Abbildung 5.2.3-7, S. 78). 3 räumten ein, dass von der Nationalparkverwaltung durchaus genügend Informationen zur Verfügung gestellt werden, allerdings nicht vom Verein der Freunde... Lediglich ein Landwirt fühlte sich ausreichend gut informiert.

*„Es gibt keinen Informationsfluss von denen zu uns. Es gibt nur was, wenn ich mal mit den Naturwächtern plaudere. Wobei man auch sagen muss, dass die auch mit Informationen sehr kurz gehalten werden.“*

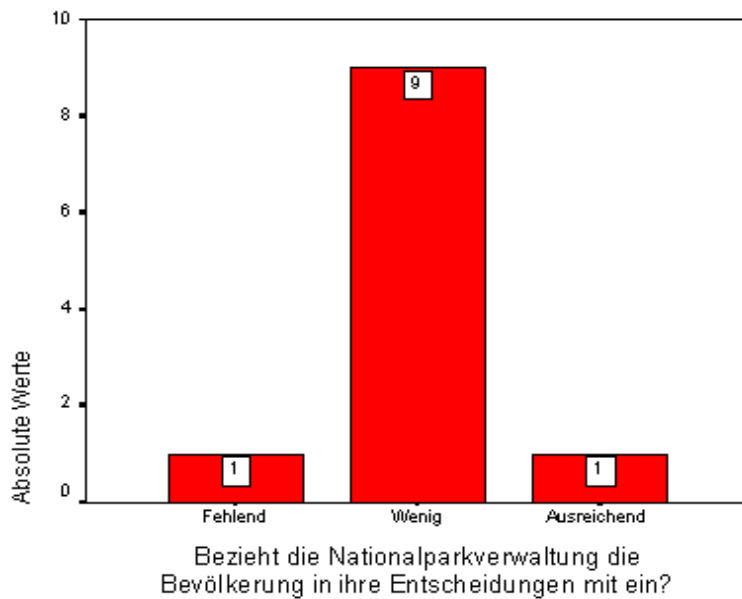
### 5.2.3.3.2 Die mangelnde Beteiligung der Bevölkerung an Entscheidungsprozessen

Abbildung 5.2.3-7 Einstellung zur Partizipation von Entscheidungsprozessen



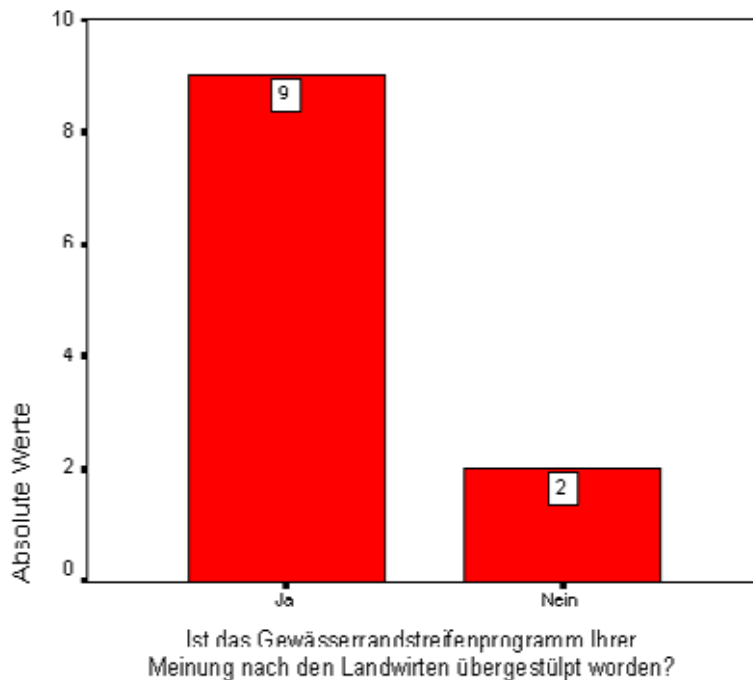
8 von 11 Landwirten waren zum Zeitpunkt der Befragung der Ansicht, dass Ihnen der Nationalpark aufgezwungen worden ist.

Abbildung 5.2.3-8 Partizipation der Bevölkerung an Entscheidungsprozessen des NP



9 von 11 antworteten auf die Frage nach der Einbeziehung der Bevölkerung bei Entscheidungen der Nationalparkverwaltung; sie seien zu wenig einbezogen worden, wie es in der Abbildung 5.2.3-8, S. 79 dargestellt wird.

Abbildung 5.2.3-9 Meinungsbild zum GSP



Ein Großteil der Befragten meinte, wie anhand der Abbildung 5.2.3-9, S. 79 ersichtlich, das Gewässerrandstreifenprogramm wurde ihnen übergestülpt.

*„Am Anfang, wo es am wichtigsten war, wurde die Bevölkerung überhaupt nicht mit einbezogen. Da wurde nur hinterm Rücken gearbeitet und da haben ja erst die Landwirte ein bisschen Transparenz reingebracht. Durch den Sprecherrat, – was die Landwirte eben unternommen haben. Aber ich sage mal; die planen jetzt schon mehr, als man immer weiß.“*

### 5.2.3.3.3 Das Machtgefüge und die Einflussphären der Institutionen

Übereinstimmend wird die Leitinstitution- die Nationalparkverwaltung- als schwach empfunden. Es fehlt an einer dynamischen Führungspersönlichkeit mit Autorität, die Konflikte zu managen versteht. In das bestehende Machtvakuum stößt der Förderverein mit kühnen Avancen vor.

Durch die Leitung der Projektbegleitenden Arbeitsgruppe macht der derzeitige Leiter der Nationalparkverwaltung aber Boden gut. Neben dem personellen Problem besteht ein bürokratisches, als ein Teil der Kompetenzen zum Naturschutz in der Landesanstalt für Großschutzgebiete (LAGS) in Eberswalde angesiedelt ist.

Für viele Landwirte ist die Hierarchie dieser Institutionen nicht transparent.

*„Also der Iststand ist sicherlich, dass versucht wird, zu informieren. Bis jetzt würde ich sagen; zu wenig. Das Dilemma ist..., dass die Nationalparkverwaltung eben nicht das Machtzentrum in diesem Gebiet ist, sondern der Verein. Und das macht das so schwer.“*

### 5.2.3.3.4 Probleme, die ursächlich mit den führenden Persönlichkeiten im Förderverein zusammenhängen

In den Interviews und auch in Gesprächen ist immer wieder zum Ausdruck gekommen- und zwar mit großer Übereinstimmung- dass von den im Verein führend agierenden Persönlichkeiten eine arrogante, herabwürdigende Behandlung erlebt wurde.

Uns ist mehrfach berichtet worden, dass von diesen Personen das Gespräch regelrecht abgelehnt wird.

*„Es ist eine ...Frage, die mit den Personen zusammenhängt...wir finden überhaupt keine Einstellung zu diesem arroganten Auftreten von Herrn Vössing und Herrn Berg. Die betrachten uns nicht als Partner.“*

*„Der Verein muss den Herrn Vössing weghauen und den Herrn Berg... und (dann) neue Leute. Dann wird es zu einer Zusammenarbeit kommen. Dabei wird etwas Vernünftiges herauskommen, schätze ich. Sie sehen das doch, was das für Zusammenkünfte sind... die lassen sich nicht ansprechen. Aber von ihrem Tisch werden die Befehle ausgegeben.“*

### 5.2.3.3.5 Der willkürliche Umgang mit der ungeklärten Gesetzeslage

Das Nationalparkgesetz und das Gewässerrandstreifenprogramm sehen partiell für identische Aspekte unterschiedliche Vorgehensweisen vor. Die divergierende Gesetzeslage bringt eine Reihe von Unsicherheiten mit sich. Von besonderer Relevanz ist hier die unterschiedliche Regelung von zu fördernden Naturschutzmaßnahmen. Da diese für nahezu alle Betroffenen von großer ökonomischer Bedeutung ist, wird eine Abgleichung der Gesetzestexte gefordert.

*„Erst mal müsste das Gewässerrandstreifenprogramm weg (bzw.) dem Gesetz angepasst werden und dann müsste diese Alleinherrschaft des Vereins eingeschränkt werden.“*

*„... Und vor allem muss das geklärt werden; Gewässerrandstreifenprogramm und Nationalpark. Denn der Verein macht ja nach wie vor sein Konzept mit dem PEPL, trotzdem das überhaupt nicht bestätigt ist und sich das widerspricht.“*

### 5.2.3.3.6 Die Ablehnung der Tatsache, dass einem privaten Förderverein staatliche Mittel für eine bislang hoheitliche Aufgabe zur Verfügung gestellt werden

Alle Befragten haben sich auf die Frage nach der Trägerschaft des NP ablehnend gegenüber dem

„Verein der Freunde des Europa- Nationalparks Unteres Odertal“ geäußert.

Weiter befragt nach den Gründen für ihre Ablehnung äußerten 5 von 11 Befragten; die Aufgabe der Trägerschaft sei eine hoheitliche Aufgabe bzw. gehöre in öffentliche Hände und sollte von den Kommunen übernommen werden.

*„...ihm (dem Verein) müsste die Lizenz entzogen werden. Der dürfte hier überhaupt nichts mehr zu sagen haben. So wäre es richtig. Wir würden mit Nationalpark (gemeint ist die Verwaltung) und Kommune viel besser klarkommen.“*

*„Wenn man das jetzt sieht, steht der Verein im Grundbuch als Eigentümer. Die Länder und Kommunen würden da reingehören... und nicht so ein Verein, der sich schon weiter abgesichert hat. Wenn er sich mal auflöst, wird es eine Stiftung und dann kommt gar keiner mehr ran. ...Das hier müsste in öffentliche Hand gehören. Der Nationalpark muss für alle da sein, und da ist ja gerade wieder die Gefahr, dass da Süppchen gekocht werden.“*

*„Es müsste so sein, dass sich das Ministerium für Landwirtschaft und Umwelt... dieser Aufgabe stellt und mit uns gemeinsam all diese Dinge koordiniert und letztendlich dann auch durchsetzt.“*

*„...Und ich sehe auch nicht ein, dass ein privater Verein, dass der vom Staat soviel Geld kriegt und das ankauft und dermaßen die Entwicklung beeinflusst im ganzen Gebiet.“*

Wie aus diesen Äußerungen und aus dem empirischen Material hervorgeht, haben wir bei der Untersuchung über die Partizipation der Landwirte an der Implementierung des Nationalparks erhebliche Defizite festgestellt. Offensichtlich wird hier den gesetzlichen Auflagen nicht in ausreichendem Maße entsprochen.

Die mangelnde Kommunikationsbereitschaft führender Persönlichkeiten des Trägervereins sowie die Kompromisslosigkeit bei seinem Vorgehen und dem strikten Beharren auf dem noch nicht beschlossenen PEPL wird insgesamt als großer Konfliktherd wahrgenommen.

## 5.2.4 Problemlösungsstrategien

Viele Landwirte signalisierten nicht nur grundsätzlich Gesprächsbereitschaft, was die Konflikte betrifft, sondern wünschten sich eine bessere Kommunikation und einen runden Tisch, wo sowohl die Betroffenen als auch die Entscheidungsträger gemeinsam über das weitere Vorgehen beraten.

*„Ich habe nur einen Wunsch; dass sich die Leute, der Verein, die Nationalparkverwaltung ... an einen runden Tisch setzen und vernünftig miteinander sprechen. Und dann kommt auch etwas heraus.“*

Chancen für die Schaffung von Akzeptanz für den Nationalpark sind vorhanden.

Grundsätzliche Ablehnung haben wir nur selten angetroffen. Die Probleme werden sehr differenziert wahrgenommen.

*„Ich lehne den nicht ab. ich sehe durchaus Chancen im Nationalpark, wenn das mit den Menschen hier vor Ort ... überhaupt erst mal ordentlich begonnen wird“*

Eine Ablehnung des Nationalparks impliziert nicht automatisch auch eine Ablehnung des Naturschutzes.

*„Ich wünsch mir, dass es kein Nationalpark wird, sondern ein sanfter Naturschutz, eine weiterhin extensive Bewirtschaftung des Poldergebietes“*

*„Positiv ist auf jeden Fall, dass man sich um die Erhaltung der Natur kümmert, und man sollte weiterhin versuchen, eben über entsprechende Kompromisse, das mit der Landwirtschaft zusammen zu machen“*

Stoll ist bei der Untersuchung des Zusammenhangs von Partizipationsdefiziten und der Schaffung von Akzeptanz bei der Einrichtung von Großschutzgebieten in ihrer Dissertation zu ähnlichen Ergeb-

nissen gekommen. (vgl. Stoll 1999: 122f).

Bei der Schaffung von Akzeptanz empfiehlt sie die besondere Beachtung folgender personeller und strategischer Aspekte sowie den Einsatz von Kommunikationsberatern.

Personelle Aspekte:

Das Vorhandensein einer Schlüsselperson mit sozialer und fachlicher Anerkennung ist von großer Relevanz. Ein glaubwürdiger, respektierter Schutzgebietsleiter mit Problemlösungskompetenz spielt für die Steigerung der Akzeptanz eine herausragende Rolle.

Dieser Person sollten Eigenschaften wie Professionalität und Seriosität, aber auch Autorität und eine prinzipielle Kompromissoffenheit zugeschrieben werden können.

Strategische Aspekte:

Mitarbeiter des Nationalparks könnten Funktionen wahrnehmen, die in der Lage sind, das verlorengegangene Vertrauen in die Schlüsselorganisation des Nationalparks wiederherzustellen.

Das setzt Verständnis und Sensibilität bei den Vertretern des Nationalparks voraus.

Der Beziehungsebene als einem wichtigen Faktor wird eine hohe Priorität eingeräumt.

Des weiteren könnte die Nationalparkverwaltung zur Reduzierung organisatorischer Probleme Service und Dienstleistungsaufgaben zugunsten der Nationalparkbewohner wahrnehmen.

Das wären beispielsweise die Beratung von Landwirten bezüglich finanzieller Förderungen und Leistungen, Existenzgründungsberatung sowie Hilfe bei der Erstellung neuer Betriebskonzepte.

Generell soll dadurch Akzeptanz geschaffen werden, dass Fördermöglichkeiten aufgezeigt werden und die Betroffenen aktive Unterstützung erfahren.

Einsatz von Kommunikationsberatern:

Durch sie sollen bestehende Kommunikationsprobleme, Wahrnehmungsbarrieren und Partizipationsdefizite abgebaut werden.

Ziel ist die Stärkung der Handlungsfähigkeit der Akteure, die Verbesserung der Funktionsfähigkeit von Institutionen und die Vermeidung von Reibungsverlusten.

Wichtige Grundsätze bei ihrem Vorgehen sind Beteiligungsorientierung und Prozessorientierung.

Fähigkeiten wie- unter anderem- Verhandlungsführung, interdisziplinäre Zusammenarbeit und Konfliktmanagement sollten Kommunikationsberater zu eigen sein.

### **5.2.5 Sozioökonomische Lage: Die Rahmenbedingungen**

Der Abschnitt soll vorrangig die wirtschaftlichen Probleme, die mit der Initiierung des Nationalparks „Unteres Odertal“ einhergehen, analysieren und dabei insbesondere den landwirtschaftlichen Sektor fokussieren.

Das Interesse gilt den landwirtschaftlichen Unternehmen, die durch die Nutzung von Pacht- und Eigentumsland in den Schutzzonen I und II in ihren traditionellen Produktionsweisen umfangreiche Veränderungen erfahren.

Auf diesem Wege sollen auch die sozialen Transformationsprozesse in der Region betrachtet werden, da diese ursächlich zum einen mit den ökonomischen Umwälzungen, welche die deutsch/deutsche Vereinigung mit sich brachte, als auch mit der praktisch zeitgleich stattfindenden Initiierung des Nationalparks in engem Zusammenhang stehen.

## 5.2.5.1 Der Agrarstrukturen im Unteren Odertal

### 5.2.5.1.1 Unternehmensstrukturen

Der Landwirtschaftssektor wird im Unteren Odertal durch verschiedene Unternehmen repräsentiert, deren Organisation als Einzelunternehmungen, als Gesellschaften bürgerlichen Rechts oder als GmbH auch aus den alten Bundesländern im Agrarsektor bekannt ist.

Eine Besonderheit in der Unternehmensorganisation stellt hier der verbreitete Zusammenschluss mehrerer Landwirtschaftsbetriebe in Genossenschaften dar.

In den nicht genossenschaftlich organisierten Betrieben ist in den meisten Fällen der Eigentümer des Betriebes auch der Geschäftsführer.

Außerhalb seiner dispositiven Tätigkeiten ist er aktiv am Produktionsprozess beteiligt.

Er beschäftigt 1-2 Angestellte, die die produktiven Arbeiten ganzjährig erfüllen.

Saisonal werden nach Bedarf zusätzliche Arbeitskräfte hinzugezogen.

Ganzjährige sowie saisonale Arbeitskräfte rekrutieren sich zumeist aus der Region, haben zu DDR-Zeiten in der LPG gearbeitet und sind qualifizierte Fachleute.

Die Flächen, die den kleinen Landwirtschaftsbetrieben zur Produktion zur Verfügung stehen, haben in der Regel eine Größe von mehreren hundert Hektar.

Die von Agrargenossenschaften bewirtschafteten Flächen, erreichen einen Umfang von 1.000-2.000 ha.

Mit Bewirtschaftungsflächen dieser Größe liegen sowohl die kleineren Betriebe als auch die Vereinigungen jeweils über dem Bundesdurchschnitt.

Die Agrargenossenschaften profitieren von dem Umstand, dass durch den Zusammenschluss gemeinsame Investitionen getätigt werden können und Maschinen durch die großen zu bewirtschaftenden Flächen eine günstigere Auslastung erreichen.

Ein weiterer Vorteil ist die durch mehrere Gesellschafter mögliche Arbeitsteilung.

Nicht ein Einzelner muss gleichzeitig dispositiven und produktiven Verpflichtungen nachkommen.

### 5.2.5.1.2 Was wird produziert?

Bei den von uns untersuchten Unternehmen handelt es sich um Tier- und Pflanzenproduzenten, wobei sich beide Produktionsbereiche häufig überschneiden.

Mutterkuhbetriebe und Milchviehbetriebe nutzen einen Teil ihrer Flächen zur Futtermittelproduktion, um teure Zukäufe von Kraftfutter zu vermeiden.

Ebenso verhält es sich mit den Schäfern, die durch die mangelhafte Qualität des zur Verfügung stehenden Weidelandes zu Zukäufen gezwungen sind und deshalb eine eigene Produktion von Futtermitteln erwägen.

Verluste durch Bewirtschaftungsverbote- bzw. -einschränkungen der fruchtbaren, in den Poldern befindlichen Weideflächen sollen so kompensiert werden.

Außerdem gibt es reine Pflanzenproduzenten, die sich auf den Anbau von Getreide und Ölfrüchten konzentrieren.

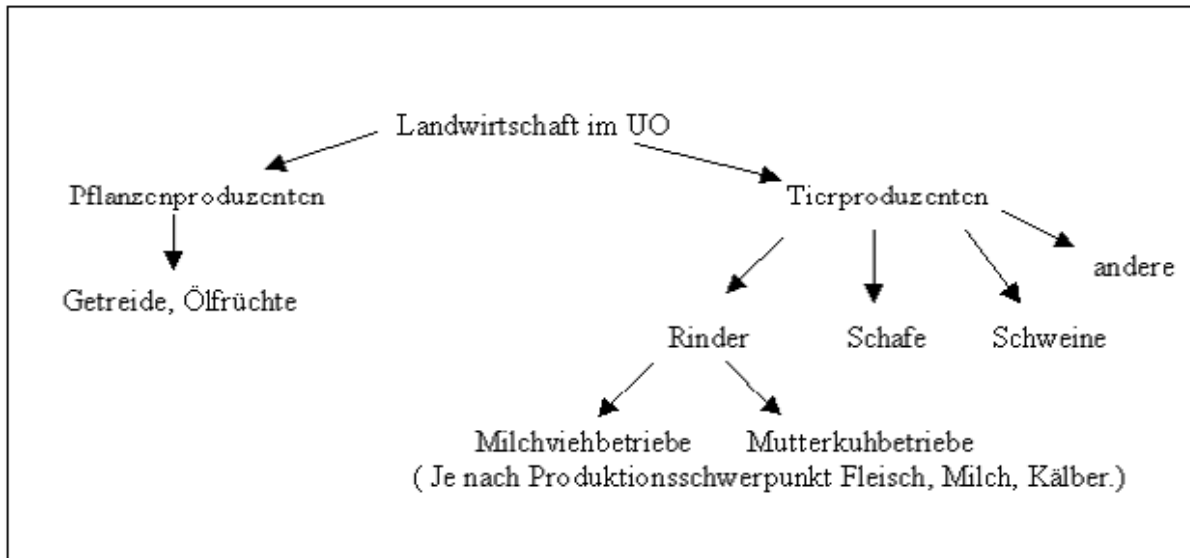
Der früher in dieser Gegend übliche Anbau von Tabakkulturen ist auf ein Minimum zurückgegangen. Wir fanden nur noch einen Betrieb, der sich dem Anbau der in diesen Breiten exotisch anmutenden Kultur widmet.

Dennoch kann man die hier agierenden Agrarbetriebe nach ihren Produktionsschwerpunkten einteilen.

len<sup>24</sup>, wie in der

Abbildung 5.2.5-1, S. 84 dargestellt wird.

Abbildung 5.2.5-1 Überblick der Produktionsbereiche



### 5.2.5.1.3 Produktionsweisen

Die Art und Weise der landwirtschaftlichen Produktion hat sich besonders in dem Zeitraum der letzten fünfzehn Jahre verändert. Vorrangig betroffen von diesen Veränderungen waren die in der Pflanzenproduktion tätigen Betriebe, vor dem Jahre 1991 die hier organisierten LPGen.

Schon zu DDR- Zeiten hat wegen der Errichtung eines Vogelschutzgebietes eine Abkehr von der intensiven Bewirtschaftung der Polder stattgefunden.

Fortan wurde eine extensive Produktionsform praktiziert, die den Einsatz von Dünger und Unkrautvernichtungsmitteln unterschiedlicher Art verbietet.

Der undifferenzierte Eintrag von Chemikalien durch Düngeflugzeuge wurde somit beendet. Eine Auslassung etwa von Gewässern war mit dieser Methode nicht zu realisieren.

*“...mit der Düngung wurde viel Mist gemacht- mit der Flugzeugdüngung. Da wo der Flieger dann nicht Schluss gemacht hat, wenn er über einen See übergeflogen ist, ...da wurde alles mitgedüngt”*

Mit fortschreitender Einrichtung des Nationalparks wurden auch die Randgebiete der Oderpolder zunehmend extensiv bewirtschaftet.

Die extensive Produktionsweise trifft weitgehend auf Akzeptanz unter den Landwirten und in der Bevölkerung.

Akzeptanzprobleme treten wegen der Einschränkungen der Bewirtschaftung in den Polderflächen auf, die mit der fortschreitenden Entwicklung des Nationalparkkonzeptes einhergehen.

Ein Beispiel für die Bewirtschaftungsbeschränkungen sind die späten Mahdtermine, die eine Verschlechterung der Futterqualität zur Folge haben.

<sup>24</sup> Diese Einteilung ergibt sich ausschließlich aus den von uns befragten Unternehmen und kann nicht für das gesamte Untere Odertal repräsentativ sein oder Anspruch auf Vollständigkeit erheben.

Landwirte fühlen sich aus den fruchtbaren Flächen, die sich nicht selten noch in deren Eigentum befinden, ausgegrenzt.

Durch Zuweisung von weniger wertvollen Flächen in den Randgebieten des Nationalparks, die oft zusätzlich lange Anfahrtswege bedeuten, befinden sie sich gegenüber Mitbewerbern auf dem Markt im Nachteil.

Dennoch haben vereinzelt Landwirte am Flächentauschprogramm teilgenommen.

Zu dieser Problematik und nach seiner Teilnahme daran befragt äußerte ein Landwirt:

*„...das ist alles Augenwischerei, alles Blödsinn. Ich kann nicht etwas verteilen, was ich gar nicht habe. Deshalb...(haben) wir ziemlich schnell zugeschlagen. Es war eine Fläche frei und da haben wir dann zugeschlagen, weil ich wusste: da ist weiter nichts mehr da. Und haben eigentlich für uns das Beste rausgeholt“*

Für die Tierproduzenten bedeuten die Nutzungs- und Begehungsverbote der Flächen mitunter den Verlust von Weideland, der zur Folge hat, dass die Tiere auch während der Sommerzeit in Ställen gehalten werden müssen.

Dieser Umstand wiederum zwingt die Landwirte zu erhöhten Ausgaben für Futtermittel und zu einer Art und Weise der Tierhaltung, die Ihrer Vorstellung von artgerechter Haltung widerspricht.

Rollenkonflikte der Unternehmer, die sich einerseits als ausgebildete Landwirte ihrem Berufsethos verpflichtet fühlen, andererseits aber als Ökonomen handeln und ihren Betrieb am Markt behaupten müssen, sind vorprogrammiert.

#### **5.2.5.1.4 Investitionen**

Die Gesamtinvestitionen nach der Wende bewegen sich bei den Einzelunternehmern und bei GbR's und GmbH's mit wenigen Gesellschaftern in Bereichen von ¼ bis ½ Million D-Mark.

Genossenschaften mit mehreren Teilhabern erreichen Größenordnungen von 2-3 Millionen DM.

Diese Investitionen wurden mit Hilfe von Kreditinstituten sowie mit staatlicher Hilfe in Form von zinsgünstigen Darlehen und Fördermitteln realisiert.

Die Darlehen bestehen zumeist seit Gründung der Betriebe Anfang der 90er Jahre.

Einige wenige Betriebe befinden sich bereits in der Lage, die Kredite in diesem Jahr (2001) vollständig abzulösen.

Andere Unternehmen schließen trotz noch bestehender Darlehensverpflichtungen bereits mit einem positiven Gesamtergebnis im Jahresabschluss.

Von weiteren Investitionen wird aber im allgemeinen abgesehen oder sie werden auf unbestimmte Zeit hinausgeschoben. Ursachen dafür liegen in ungeklärten Besitzverhältnissen und in den Unwägbarkeiten, die sich aus in der Schwebe befindlichen Entscheidungen über den PEPL ergeben.

*“...man hat keine Sicherheiten- immer noch nicht- um Investitionen zum Beispiel im Bereich Tierproduktion zu machen...nach zehn Jahren wäre da schon wieder Investitionsbedarf, aber man kann's nicht machen.“*

#### **5.2.5.1.5 Ökonomische Perspektiven**

Entsprechend der momentanen wirtschaftlichen Situation ihres Unternehmens sowie vor dem besonderen Hintergrund der Nationalparkproblematik, die auch eine derzeit günstige ökonomische Lage, im Hinblick auf die Zukunft betrachtet, unsicher und gefährdet erscheinen lässt, reagierten die Befragten entsprechend besorgt auf die Frage nach ihren Zukunftsperspektiven.

Antworten fielen in der deutlichen Mehrzahl pessimistisch aus.



Es wurde häufig eine gewisse Resignation in Gesprächssituationen beobachtet.

Die Interviewpartner äußerten sich besonders besorgt über die zu befürchtenden Flächenverluste und über darauf folgende eventuell unzureichende Ausgleichszahlungen.

Ein Problem stellt auch der kontinuierliche Preisverfall für landwirtschaftliche Produkte dar.

*„...von dem jetzigen Stand aus gesehen ist nicht viel zu hoffen. Alles ist schlecht. 1991 haben wir für einen Doppelzentner Weizen 31,50 DM bekommen...jetzt bekommen wir keine 20,00 DM mehr.“*

*„Da haben männliche (Kälber) 1.000 DM gebracht, heute liegt der Preis bei 800 DM oder unter 800 sogar, der ist auch abgesackt.“*

Ungünstige Witterungsbedingungen wurden als ein weiterer Risikofaktor erwähnt. Hoffnungsvoll wurde sich dahingehend geäußert, dass die extensive Landwirtschaft zukünftig eine gewichtigere Rolle in der Produktion von Nahrungsmitteln spielen könnte.

*“...alles, was mit extensiv zu tun hat, wie Mutterkuhhaltung, Schafhaltung, (das) werden wahrscheinlich die sein, die überleben. Intensive Sachen ... werden rausgehen müssen aus dem Gebiet.“*

Nach Alternativen in der Erzeugung anderer Feldfrüchte oder der Haltung anderer Tiere befragt, antworteten die Interviewten unterschiedlich. Einige konnten sich keine Alternativen vorstellen.

Andere waren grundsätzlich für Alternativen offen, äußerten aber Befürchtungen hinsichtlich hoher Neuinvestitionen und zu geringer Förderungen.

In diesem Zusammenhang wurde die Hoffnung auf eine bessere wirtschaftliche Zusammenarbeit geäußert.

*“Für jeden einzelnen Betrieb muss eine Perspektive entwickelt werden bis hin zu Investitionszuschüssen für neu aufzubauende Betriebszweige, wenn er sich von den Flächen trennen muss, ...dass man das einfach ernst nimmt.“*

Mehrere Betriebe hatten sich bereits mehrere Standbeine geschaffen und verschiedene Produktionszweige entwickelt. Sie betreiben Tier- und Pflanzenproduktion parallel und bauen einen Teil der Futtermittel für ihre Tiere selbst an.

Sie erwirtschaften ein zusätzliches Einkommen durch den Verkauf von Zuchttieren.

Die Möglichkeit, eventuell auf ökologischen Anbau bzw. ökologische Tierhaltung umzusatteln, erschien den Befragten unattraktiv.

Sie begründeten ihre ablehnende Haltung mit der geringen Kaufkraft in den neuen Bundesländern, die schlechte Absatzmöglichkeiten für die teureren ökologischen Produkte zur Folge hat.

Alternativen, als in der Landwirtschaft tätig zu sein, kamen für die meisten Interviewpartner nicht in Frage.

## 5.2.6 Interpretation

1. Streit ohne Ende: Die Regional- wie die Berliner Presse berichten seit Jahren regelmäßig, wenn auch in mehrmonatigen Abständen, über den immer wieder neu entflammten Streit um den Nationalpark Unteres Odertal.

Seit Bestehen des Nationalparks gibt es mit den Landwirten eine äußerst kontroverse Diskussion, die zu offenen Konflikten mit tumultartigen Versammlungen, Demonstrationen, Petitionen usw. führten. Die Nationalparkverwaltung hat seit 1995 mehrere Leiter gesehen, d.h. die anhaltenden Konflikte haben schon viel Führungspersonal verschlissen. Kenner der Szene gehen sogar so weit, den Nationalpark Unteres Odertal als das „heißeste Eisen“ im Lande Brandenburg zu bezeichnen.

Nun bringt ein Nationalpark tiefe Einschnitte und Veränderungen mit sich, so dass Konflikte in der

Gründungsphase als normal zu betrachten und auch bei anderen Nationalparkgründungen aufgetreten sind. Als das Besondere am Konflikt im Unteren Odertal erscheint, dass sich die Konflikte im Zeitverlauf nicht abkühlen. Es gibt zwar gelegentliche Ruhephasen und ein Brodeln des Konfliktes auf kleiner Flamme, dann aber führen neue Anlässe wieder zu einem erneute eruptiven Ausbruch des Konfliktes, und ein breites Streitszenarium wird aktiviert. Ganz einzigartig ist dieser Streitverlauf allerdings auch nicht. Wir kennen gescheiterte Moderationsverfahren, wo am Ende keine Einigung erzielt wurde, sondern den Parteien ihre Interessen bewusster geworden sind, und sie in einer Art Streitkultur es nun gelernt haben, ihre Ziele pointierter zu artikulieren.

Wie ist die gegebene Konfliktlage im Unteren Odertal zu erklären. Wir konzentrieren unsere Analyse hier auf den landwirtschaftlichen Bereich, obwohl die Industrie, die Stadt Schwedt und die Tourismusbranche auch wichtige Elemente in der Streitszene darstellen.

Im Bereich der Landwirtschaft stehen die mit dem Sprecherrat der Landwirte und im Bauernverband gut organisierten Landwirte diametral dem Verein der Freunde des Deutsch-Polnischen Europa-Nationalparks Unteres Odertal e.V. gegenüber. In einem breit gefächerten Akteursszenarium sind diese beiden Organisationen jeweils harte Kerne gegenläufiger Politiken. Nach unserer Auffassung hat der Konflikt nicht nur eine Dimension, sondern stellt eine Gemengelage von sieben miteinander verwobenen Faktoren dar.

2. Das Leitbild: Die Landwirte verfolgen überwiegend das Leitbild eines Nationalparks, der sich aus Kultur- und Naturelementen zusammensetzt. Die Rekonstruktion einer reinen Natur, wie sie nach ihrer Ansicht den „Freunden“ vorschwebt, findet mehrheitlich keine Zustimmung.

3. Ökonomische Interessen: Die Landwirtschaftsbetriebe sind von den Maßnahmen bei der Einrichtung des Nationalparks ökonomisch negativ betroffen (Totalreservat, Bewirtschaftungsgebote, Tausch- und Pachtflächen). Die Ausgleichsmaßnahmen, die über die „Freunde“ realisiert werden, empfinden sie als unzureichend und aufoktroziert. Als außen stehende Beobachter waren wir zunächst aufgeschlossen für die im Gebiet kursierende Meinung, dass die Landbewirtschafter ja gewohnt sind, am Subventionstropf zu hängen, und das Jammern und die Konflikte dazu dienen, Subventionen zu sichern. Es ist nun aber eine Veränderung eingetreten, die bei uns zu einem Meinungsumschwung geführt hat. Der seit September 2000 vorliegende erste Entwurf des Agrarstrukturellen Entwicklungsplans weist aus, dass tatsächlich neun der untersuchten 31 Betriebe existenzgefährdet sind. Das heißt, dass das Maßnahmenpaket zum Ausgleich neu geschnürt werden muss.

Eine Ursache des Konflikts ist also, dass klärende Gutachten, Machbarkeitstudien (z.B. zum Wasserregime) und Betroffenenanalysen viel zu spät realisiert wurden, so dass über einen langen Zeitraum nicht mit „*facts and figures*“ argumentiert werden konnte, sondern mit der Stange im Nebel über Folgewirkungen gestochert wurde.

4. Schwäche der Leitinstitution: Wie im Text bereits angeführt wird, wird die Nationalparkverwaltung von verschiedenen Landwirten als schwach empfunden. Es müsste ein mit persönlicher Autorität versehener Führungsstil entwickelt werden, um effizientes Konfliktmanagement betreiben zu können. Durch die Leitung der projektbegleitenden Arbeitsgruppen zur Erstellung von Vorarbeiten für eine Handlungsrichtlinie gewinne der derzeitige Leiter der Nationalparkverwaltung aber an Boden. Neben dem personellen Problem besteht ein bürokratisches, da ein Teil der Kompetenzen zum Naturschutz in der Landesanstalt für Großschutzgebiete (LAGS) in Eberswalde angesiedelt ist. Für verschiedene Landwirte ist diese Hierarchisierung der Bürokratie nicht durch- und einsichtig.

5. Machtkampf der Eliten: Die betroffenen 41 landwirtschaftlichen Betriebe sind als Pachtbetriebe in der Regel großflächig. Daraus lässt sich folgern, dass es sich bei den Betriebsleitern um eine großbäuerliche konservative Elite handelt, die „innenorientiert“ und in der Region verankert ist. Verschiedene Befragte zeigten Stolz, dass man inzwischen das Streiten um Interessen gelernt habe, und man sich artikulieren könne. Zumindest in diesem Punkte sei man den „Wessis“ nicht mehr unterlegen.

Als Gegenelite steht den Landwirten der Förderverein mit ca. 50 Mitgliedern, darunter verschiedene Wissenschaftler und Zoodirektoren aus Berlin, einem hochrangigen Berliner Senatsbediensteten

und zwei Pfarrern gegenüber. Es handelt sich hier um einen Honoratiorenverein. Der Verein ist überregional an der Naturschutzszenen orientiert und dort verankert. Er verfolgt - nach Meinung vieler Landwirte - eine als extrem eingestufte „grüne“ Naturschutzpolitik. Wir interpretieren die Konflikte auch als einen Machtkampf von Eliten, bei dem über Naturschutzthemen ausgetragen wird, wer im Kontext des Unteren Odertals die bestimmende Kraft ist.

6. Mangelnde Legitimität des Handelns bei Naturschutzorganisationen: Nach Ansicht vieler Landwirte nimmt der private Förderverein mit seinem Flächenkauf- und Tauschprogramm eine öffentliche Aufgabe wahr. Das Agieren des Fördervereins ermangele daher einer Grundlage erfolgreichen Handelns, nämlich seiner Legitimität. Im Zuge der anstehenden Flurbereinigungsmaßnahmen müsse eine hoheitliche Einrichtung mit dem Programm betraut werden. Dazu kommt ein zweiter Sachverhalt. Im Zuge der Etablierung des Nationalparks ist ein Geflecht von Organisationen entstanden, so die Nationalparkstiftung, das Kuratorium, die Internationalpark Unteres Odertal GmbH. und die Gesellschaft für Umweltbildung und Naturschutz e.g.m.b.H. Der Organisationsdschungel ist für viele Landwirte undurchsichtig; besonders problematisch sei, dass überall in Führungspositionen die gleichen Mitglieder des Fördervereins oder ihm nahestehende Personen sitzen. Dies sehen Landwirte als Klügelwirtschaft, immerfort agierten die gleichen Drahtzieher. Diese Konstellation untergräbt ebenfalls die Legitimität des Handelns der betroffenen Organisationen und ist Quelle der mangelnden Akzeptanz des Naturschutzprojekts.

7. Problematische Führung bei den „Freunden“: Der derzeit stellvertretende Vorsitzende des Fördervereins, Dr. Ansgar Vössing, steht im emotionalen Brennpunkt der Kritik seitens der Landwirte. Ihm wird mit Misstrauen, Abneigung und selbst Hass begegnet. Die Befragten attestieren Dr. Vössing äußerste Beredsamkeit, charismatische Führerqualitäten und außergewöhnliches Geschick bei der Akquisition von Fördermitteln. Leider stelle er seine Durchsetzungskraft kompromisslos in die Verfolgung überzogener Ziele der „Freunde“ ein und nehme Konflikte berechnend in Kauf. Sein Wirken wird von einigen Befragten geradezu dämonisiert. Er wolle Schöpfer spielen und mit dem teils überfluteten, teils versumpften Totalreservat eine besondere Art von Disneyland schaffen. Zudem trete er so arrogant auf, wie es das Geschlecht der von Arnims es nie gewagt hätte.

8. Kein „good will“ bei Verfahren der Konfliktregulierung: Angesichts der Verfahrenheit der Situation überrascht es nicht, dass Verfahren der Konfliktregulierung hintertrieben werden, z.B. durch Verschleppung von Terminen, mangelnde Präsenz bei geplanten Arbeitsgruppentreffen oder klammheimliche Aktionen wie die Übertragung des Eigentums an aufgekauften Flächen sowie angefallener Pachtzinsen von ca. DM 300.000,- vom Förderverein auf die Nationalparkstiftung ohne Zustimmung des Ministeriums (das Ministerium hatte es abgelehnt, die Pachtzinsen als die notwendigen Eigenmittel des Vereins anzuerkennen; dies war der Hauptanlass eines neuerlichen Konflikts und führte zu einer aktuellen Stunde im Landtag). Im Förderverein gibt man sich generell „cool“; Minister kommen und gehen; eine Eintragung im Grundbuch bleibt bestehen.

Ist alles nun nur Theaterdonner, oder hat der Verein der Freunde mit der Stellungnahme von Minister Birthler mit dem Förderverein nicht länger zusammenarbeiten zu wollen und einen neuen Förderungsträger zu suchen, sein Konto endgültig überzogen? Wie wird es weitergehen? Mit zunehmender Verfügbarkeit von Studien sind die Grundlagen für rationales Handeln und gerechte Ausgleichsmaßnahmen vorhanden. Das quirlige Akteursszenarium ist aber noch für manche Überraschung gut. Insbesondere bleibt von Interesse, ob das Anliegen der Unterschriftenaktion der Schutzgemeinschaft Unteres Odertal zur Rückstufung des Nationalparks in ein Biosphärenreservat zum Erfolg führen wird. Die nächste Runde in der Konfliktaustragung ist Anfang Juli 2001 eingeläutet. Das Verwaltungsgericht Potsdam hat in dem Rechtsstreit zwischen dem Landwirtschafts- und Umweltschutzministerium und dem Verein der Freunde des Deutsch-Polnischen Europa- Nationalparks zugunsten des Nationalparkvereins entschieden und die umstrittene Flächenübertragung an die Nationalparkstiftung als zulässig erklärt (*Der Tagesspiegel* 2.7.2001: 14). Der Verein der Freunde geht damit gestärkt in die nächste Streit-Runde.

## 5.2.7 Schlussfolgerungen

In den vorausgehenden Kapiteln ist herausgearbeitet worden, warum die Landwirte die am stärksten betroffene Gruppe ist, die durch die Implementierung des Nationalparks im Unteren Odertal Nachteile erfährt.

Von herausragender Bedeutung sind Veränderungen, die sich zum einen auf die wirtschaftliche Existenz dieser Gruppe auswirken, wie auch derartige, die begründete Befürchtungen um eine Verschlechterung der Lebensbedingungen in der Region hervorrufen.

Flächenverluste in den Gebieten, die die fruchtbarsten Böden beherbergen, bringen die Landwirte um ihren wichtigsten Produktionsfaktor.

Befürchtungen der ortsansässigen Bevölkerung, dass die geplanten Überflutungen der Oderpolder unkontrollierbare Hochwasser erzeugen könnten, sowie eine Versumpfung des Poldergebietes, die unerträgliche Mückenplagen mit sich bringt, werden von verantwortlichen Institutionen in einer Weise ignoriert, die ein erhebliches Konfliktpotential entstehen ließ.

Der erhoffte wirtschaftliche Aufschwung der Region durch die Entwicklung des Tourismus, lässt auf sich warten.

Einheimische äußerten Vermutungen, dass Tourismus von Beginn der Nationalpark -Idee an nicht gewollt war und lediglich als „Trostpflaster“ gegen Existenzängste der Betroffenen gedient hat.

Die Argumentation der Landwirte hinsichtlich der Folgen einer sich selbst überlassenen Landschaft, die vollkommen unzugänglich ist und uneinsehbar und somit wenig Attraktivität und Anziehungskraft für Touristen besitzt, ist in der Tat nicht von der Hand zu weisen.

Auch für die örtliche Bevölkerung ruft dieses Szenario negative Emotionen hinsichtlich der Wahrnehmung des vertrauten Heimatbildes hervor.

*„Ich habe rein emotional durchaus meine Probleme damit, dass diese schöne Landschaft wieder vernässt werden soll. Ich kann natürlich die Wissenschaftler verstehen. Die sagen; dann brauchen wir endlich nicht mehr ins Amazonasbecken fahren, haben dann alles vor der Haustür.“*

Landwirte, die ihr gesamtes Arbeitsleben lang täglich mit der Natur in Berührung kommen, haben ein sensibles Naturverständnis, das es ihnen ermöglicht, natürlichen Ressourcen mit Wertschätzung zu begegnen. Sie sehen sich selbst als Bewahrer und Schützer der vorhandenen Flora und Fauna. Durch die Auseinandersetzungen mit den amtlichen Naturschützern, die zwar spezialisiert in ihrem Bereich sind, aber nicht transdisziplinär agieren können (soziale Kompetenz!), fühlen sie sich in die Rolle des Naturzerstörers gedrängt.

*„Ein Landwirt, der nicht auf Nachhaltigkeit mit der Natur lebt, hat auf Dauer keine Chance. Wir graben uns ja selbst das Wasser ab, wenn wir keinen Naturschutz betreiben.“*

Der „Verein der Freunde des Unteren Odertals“, dem als Privatem Trägerverein die Implementierung des Nationalparks obliegt, wird von den betroffenen Gruppen mittlerweile als gegen sie agierende, ja „feindliche“ Institution angesehen.

Ursächlich dafür verantwortlich gemacht werden die führenden Persönlichkeiten im Verein, die Arroganz und Desinteresse bei Zusammenkünften mit den Betroffenen an den Tag legten, was in Ablehnung der Gesprächsbereitschaft von Seiten des Vereins gipfelte.

Das Fehlen von Konzepten für eine nachhaltige wirtschaftliche Entwicklung sowie die rigorose Vorgehensweise der Trägerinstitution sind nicht geeignet, Akzeptanz in der Bevölkerung für die Errichtung des Nationalparks zu schaffen.

Gefühle der Ohnmacht gegenüber willkürlicher Durchsetzung der Nationalparkziele und mangelnde Partizipation der Bevölkerung an Entscheidungen führen neben ökonomischer auch zu emotionaler Ausgrenzung der Betroffenen.

Maßnahmen zur Überwindung von Akzeptanzproblemen:

Stoll verweist in ihrer Dissertation „Akzeptanzprobleme bei der Ausweisung von Großschutzgebieten“ auf das Beispiel des Naturparks „Uckermärkische Seen“.

Dort kamen in einem bundesweiten Pilotprojekt erstmals Kommunikationsberater zum Einsatz, deren vordringlichste Aufgabe es ist, Kommunikationsbarrieren zu beseitigen.

Sie berücksichtigen, dass verschiedene Menschen unterschiedliche Problemsichten haben und auch unterschiedliche Potentiale zu deren Lösung.

Kommunikationsberatern obliegt im Prinzip die Moderation zwischen den Konfliktparteien.

Diese Tätigkeit setzt z.B. soziale Fähigkeiten wie dialogorientiertes Vorgehen, interdisziplinäre Zusammenarbeit, Verhandlungsführung, Interessenausgleich, Konfliktmanagement und Organisation voraus, die festgefahrene Standpunkte der Konfliktparteien zu beseitigen helfen und eine Zusammenarbeit ermöglichen.

Eine weitere Maßnahme zur Verstärkung von Akzeptanz in der momentanen Situation ist, umfangreiche vertrauensbildende Maßnahmen zu betreiben und die Glaubwürdigkeit der Entscheidungsträger wiederherzustellen.

Das gelingt nur mit viel Einfühlungsvermögen und Offenheit sowie durch seriösen Umgang mit den Problemen der Betroffenen.

Ob es allerdings für partizipative Maßnahmen nicht bereits zu spät ist, muss offen bleiben; denn inzwischen trifft man sich vor Gericht. Der „Verein der Freunde des Unteren Odertals“ hatte eigenmächtig und ohne das Ministerium zu informieren, das Eigentum der angekauften Flächen und aufgelaufene Pachtzinsen auf die Nationalparkstiftung übertragen.

Nach heftigen Protesten erklärte in einer aktuellen Stunde des Landtages der Minister für Landwirtschaft, Umweltschutz und Raumordnung Birthler, dem „Verein der Freunde des Unteren Odertals“ die Trägerschaft über die Implementierung des Nationalparks zu entziehen.

Der „Verein der Freunde des Unteren Odertals“ klagte dagegen vor dem Verwaltungsgericht Potsdam und gewann Juni 2001.

Die juristische Auseinandersetzung ist damit voraussichtlich noch nicht beendet.

Zurück zu unserer Forschungsfrage der Akzeptanz: Die überwiegend pessimistischen Äußerungen der Landwirte hinsichtlich der Zukunftsperspektive finden ihre Bestätigung in den durch Zahlenmaterial untermauerten Ausführungen des Agrarstrukturellen Entwicklungsplanes (S. 105f.).

Insgesamt wurden 9 von 31 untersuchten Betrieben als existenzgefährdet eingestuft; 10 Betriebe sind nur gering betroffen. Bei sechs Betrieben könnte eine Betriebsoptimierung die Weiterexistenz gewährleisten. Bei drei Betrieben müsste mit erheblichem Kapitalaufwand eine Betriebsumstellung erfolgen.

Die Hauptaussage der Studie ist, dass die Betriebe von den geplanten Maßnahmen in unterschiedlicher Weise betroffen sind und sich sechs Betriebstypen mit unterschiedlicher Zukunftsperspektive unterscheiden lassen. Die durchgerechneten Projektionen belegen, dass das Problem der Akzeptanz nicht nur einen kulturellen Aspekt beinhaltet und auch nicht allein mit Methoden partizipativer Konfliktbewältigung zu lösen ist, sondern durchaus einen harten ökonomischen Kern besitzt, der auch nur ökonomisch zu knacken ist.

## 5.3 Arbeitsgruppe Tourismus

### 5.3.1 Einführung in die Forschungsfragen

Im theoretischen Teil wurde deutlich, dass der Tourismus einen Beitrag zur Modernisierung leisten kann: Unter Modernisierung verstehen wir eine nachhaltige Entwicklung, innerhalb derer der Fremdenverkehr eine zentrale Position einnehmen kann. Der Tourismus im Unteren Odertal soll nicht zuletzt auf das Anziehungspotential des Nationalparks (NP) bauen.

So erklärt sich das Interesse des Gesamtprojektes für diesen Bereich. Hieraus entstand die Entscheidung der Arbeitsgruppe „Tourismus“ in diesem Forschungsprojekt, Anbieter touristischer Dienstleistungen<sup>25</sup> und Touristen nach ihren Einstellungen gegenüber dem NP zu befragen und nach dem Stellenwert, den sie diesem im touristischen Bereich zuweisen. Die Anbieter und Nachfrager touristischer Dienstleistungen werden als Sachverständige ersten Grades betrachtet. Gerade in den qualitativen Abschnitten des auf die Gaststättenbetreiber verwendeten Fragebogens können die Interviews als explorative Expertengespräche angesehen werden.

Die zentrale Forschungsfrage, der die Teilgruppe „Tourismus“ nachgegangen ist, bezieht sich auf die Einschätzung der Möglichkeiten des NPs für den regionalen Tourismus: „Stellt der NP Unteres Odertal eine Chance für die Entwicklung des Tourismus dar und wie kann der Tourismus seinerseits einen Beitrag zur nachhaltigen Entwicklung der Region leisten?“. In diesem Zusammenhang erscheinen der Forschungsgruppe zwei weitere Fragen wichtig, die mit der ersten eng verknüpft sind und die geäußerte Einschätzungen zu den Chancen für den Tourismus weiter bekräftigen oder relativieren.

Die erste Unterfrage zielt auf die Akzeptanz, welche die Betroffenen dem NP entgegenbringen („Akzeptieren sie den NP?“). Die Antworten auf diese Frage deuten auf eine durchaus emotionale Ebene der Beziehung zum Schutzgebiet, beleuchten indirekt aber zwei weitere Aspekte: zum einen die Erwartungen und Hoffnungen der Touristenbetriebe; zum anderen die bisherigen Erfahrungen, die sie mit dem NP haben machen können.

Die evaluatorische Dimension wird auch bei der zweiten Unterfrage deutlich, die sich auf die Organisation des NPs bezieht: „Wie beurteilen Sie die Organisation des NPs?“. Erst eine gute Organisation kann positive Effekte auf die Entwicklung des Tourismus und damit auf die der Region haben.

In beiden Forschungsfragen spielt auch die Dimension der Partizipation eine Rolle: Würden die Touristenbetriebe in die Organisation miteinbezogen, so die Hypothese, stiege die Akzeptanz des NPs. Auch die Beurteilung der Organisation derselben fiel positiver aus.

Bei der Befragung von Touristen ging es uns darum, sozialstatistische Daten zu erheben, um die Aussagen der Hoteliers und Zimmervermieter hinsichtlich der Quantität und Qualität des Tourismus bestätigen oder verwerfen zu können. Außerdem sollte dabei deutlich werden, was den NP für Touristen attraktiv macht, was ihnen positiv und was negativ aufgefallen ist.

Wir versuchen, ein möglichst akkurates Stimmungsbild wiederzugeben. Dies geschieht mit Hilfe verschiedener Fragebogen-Erhebungen und Beobachtungen. Die Erhebung kann allerdings keinen Anspruch auf statistische Repräsentativität (im quantitativem Sinn) erheben.

---

<sup>25</sup> „Anbieter touristischer Dienstleistungen“ verwenden wir im folgenden synonym zu „touristische Leistungsträger“ und umgekehrt.

### 5.3.2 Einbettung in den gesamt-touristischen Kontext in Wechselwirkung mit der Gründung des Nationalparks

Der Tourismus ist in Brandenburg ein Wirtschaftsfaktor, dessen Bedeutung in den letzten Jahren zugenommen hat. So wurden im Land Brandenburg 1998 rund 7,3 Millionen Übernachtungen in Hotels und Pensionen gezählt; zusätzlich übernachteten rund fünf Millionen Gäste auf Campingplätzen, in Jugendherbergen oder Wochenendhäusern. Es werden jährlich etwa 71,5 Millionen Tagesausflüge innerhalb des Landes und von Berlin aus in das Land unternommen. Rund 50.000 Menschen sind im Tourismusgewerbe des Landes tätig (vgl. MLUR<sup>26</sup> 2001).

Großschutzgebiete stellen dabei einen wichtigen Faktor der touristischen Entwicklung und Vermarktung Brandenburgs dar (Klemm 1999). In den folgenden zwei Punkten wird nun gezeigt, inwiefern der NP Unteres Odertal Einfluss auf die touristische Entwicklung in der Region Uckermark hat.

#### 5.3.2.1 Entwicklung des Tourismus in der Uckermark seit Gründung des NPs am 10. September 1995

Noch vor Gründung des NPs Unteres Odertal, 1994, ging die CR Planning<sup>27</sup>, in ihrer Entwicklungskonzeption des NP Unteres Odertal von folgenden positiven Auswirkungen aus:

*„Es gibt keinen Zweifel daran, dass die Einrichtung des NPs ‚Unteres Odertal‘ einen fundamentalen Einfluss auf die Tourismusedwicklung in der Region haben wird. Das wird zu höheren Besucherzahlen in der Region führen und die Qualität des Tourismusproduktes erhöhen (...) zeigt eine beträchtliche Erhöhung der Besucherzahlen weit über die jetzigen Zahlen auf. Ein solcher Anstieg ist unvermeidbar. Der Entwicklungszeitraum wird sich jedoch auf 5-10 Jahre erstrecken, bis diese Besucherzahlen erreicht sind.“ (CR Planning 1994: 90)*

Stellt man diese Prognosen den aktuellen statistischen Zahlen zur Fremdenverkehrsentwicklung in der Uckermark gegenüber, fällt auf, dass die Zahl der Touristen in den letzten drei Jahren insgesamt angestiegen ist von 161.018 Touristen im Jahr 1997 auf 183.077 Touristen 1999.<sup>28</sup> Gleichzeitig stieg auch die Zahl der Beherbergungsstätten von 98 auf 113. Insgesamt wurden 4.184 Betten bereitgestellt (1997), zwei Jahre später waren es dann 4.744. Da der Besucherzuwachs im Vergleich zum Anstieg des Übernachtungsangebot zu gering gestiegen ist, stagnierte die Auslastung der Beherbergungsstätten zwischen 1997 und 1999.<sup>29</sup> 1997 wurden 538.316 Übernachtungen in der Uckermark gezählt, 1998 stieg die Zahl dann auf 606.357, um 1999 dann wieder auf 606.093 zu sinken<sup>30</sup>. Die durchschnittliche Aufenthaltsdauer der Gäste ist insgesamt gleichgeblieben mit einer Zahl von 3,3 Tagen (Stadt Schwedt/Oder 2000: 149).

Die ältere Studie von Klemm und Wedepohl (1994) kommt zu einer durchaus positiven Einschätzung der Tourismusedwicklung in der Region Unteres Odertal. Das Besucheraufkommen hat sich insgesamt in den letzten Jahren positiv entwickelt. Die Saison 1993 ist dabei aufgrund des vergleichsweise schlechten Wetters in Teilbereichen eher unterdurchschnittlich verlaufen. Insbesondere im Ausflugsverkehr und Kurzreisetourismus (zwei bis vier Tage) konnte ein stetiger Anstieg verzeichnet

<sup>26</sup> Ministerium für Landwirtschaft, Umweltschutz und Raumordnung/Brandenburg.

<sup>27</sup> Eine Gruppe des Instituts für Tourismus der FUB, der auch Kristiane Klemm angehört.

<sup>28</sup> Unterscheidet man bei diesen Zahlen zwischen ausländischen und inländischen Touristen, so fällt auf, dass lediglich die Zahl der inländischen Touristen angestiegen, die Zahl der ausländischen Touristen hingegen stark gesunken ist. So besuchten 153.420 Deutsche 1997 die Uckermark, zwei Jahre später waren es dann 178.085. Außerdem besuchten 7.598 bzw. 4.992 Ausländer die Uckermark (1997, bzw. 1999).

<sup>29</sup> Da in ganz Brandenburg bei der Bettenzahl weitgehend die Sättigungsgrenze erreicht wurde, werden weitere Hotelprojekte durch das zuständige Wirtschaftsministerium nur noch in Ausnahmefällen gefördert (Stadt Schwedt/Oder 2000:149).

<sup>30</sup> Differenziert man auch hier wieder zwischen Deutschen und Ausländern, so fällt auf, dass lediglich die Übernachtungen ausländischer Touristen abgenommen haben. 1997 zählte man 22.891 Übernachtungen von ausländischen Touristen, 1999 hingegen halbierte sich die Zahl auf 11.472. Bei den inländischen Touristen hingegen stieg die Zahl der Übernachtungen von 1997 mit 515.425 auf 595.093 im Jahr 1999 (Stadt Schwedt/Oder 2000: 149).

werden, während im Urlaubsbereich (mehr als vier Tage) noch keine großen Zuwächse erzielt werden konnten. Dieses Marktsegment ist für die Region nach wie vor von untergeordneter Bedeutung.

Die Mehrheit der Tagesausflügler kommt aus dem Berliner Raum und reist überwiegend mit dem eigenen Auto an. Bevorzugte Jahreszeiten sind die Sommermonate, aber auch zunehmend die Frühlings- und Herbstzeiten. Im Gegensatz zu den Tagesausflüglern (vornehmlich Berliner) handelt es sich bei den Kurzurlaubern (zwei bis vier Tage Aufenthalt) vor allem um Besucher aus dem nord- und westdeutschen Raum. Davon hat jedoch nur der kleinere Teil das Projektgebiet als eigentliches Reiseziel ausgewählt. Für einen großen Teil der Kurzurlauber stellte der Aufenthalt im Unterem Odertal lediglich eine Etappe auf einer längeren Rundfahrt durch die neuen Bundesländer dar. Diese Art des sogenannten „Neugiertourismus“ hatte jedoch bereits drei Jahre nach der Wiedervereinigung an Bedeutung verloren.

Auf der anderen Seite nahm die Anzahl der Besucher zu, die gezielt einen Kurzurlaub in der Nationalparkregion verbringen wollten. Dabei handelt es sich vorwiegend um Naturliebhaber.

Eine weitere erwähnenswerte Zielgruppe sind „Erinnerungstouristen“, die das Projektgebiet als Ausgangsbasis für Ausflüge nach Polen nutzen (Klemm/Wedepohl 1994: 38-39). Die Studie von Klemm (1999) in Brandenburg kommt zu dem Ergebnis, dass der Einfluss des NPs Unteres Odertal auf die insgesamt ansteigende Zahl der Touristen in der Uckermark eher als gering einzustufen ist – auch wenn von politischer Seite andere Äußerungen zu vernehmen sind<sup>31</sup>.

Die Uckermark kommt nach Klemm für die Berliner nicht unbedingt als Reiseziel in Frage – lediglich 1,6 Prozent der Berliner finden sie interessant. Vielmehr bevorzugen die Berliner Städtereisen, beispielsweise nach Potsdam (Klemm 1999). Hinsichtlich des Bekanntheitsgrades der Region Uckermark beziehungsweise der Region Unteres Odertal lassen sich folgende Aussagen treffen: Die Uckermark ist vielen Berlinern unbekannt. Ein Drittel der Befragten haben noch nie etwas von der Region Uckermark gehört. Das Untere Odertal ist sogar noch unbekannter: 73 Prozent der Berliner kennen den NP nicht. Diese Zahlen könnten u.a. darauf schließen lassen, dass die Vermarktung der Region Unteres Odertal noch nicht optimal ist. Von den befragten Berlinern, denen die Uckermark bekannt ist, planen auch einige eine Reise in die Region: 25,8 Prozent beabsichtigen, einen Tagesausflug in die Uckermark zu unternehmen, rund sieben Prozent einen Kurzurlaub und nur ein Prozent einen Urlaub. Von den Befragten, die in die Uckermark reisen möchten, wollen aber nur wenige in die Region Unteres Odertal: Zwölf Prozent wollen einen Tagesausflug ins Untere Odertal machen, 2,7 Prozent einen Kurzurlaub und nur 0,2 Prozent einen Urlaub (Klemm 1999).

Der Beitrag des Tourismus zur Wirtschaft der NP-Region hat Wachstumspotentiale. Der Anteil an dem gesamten Einkommen aus allen Wirtschaftsbereichen liegt zur Zeit bei 3,5 Prozent, das heißt, dass 3,5 Pfennig jeder verdienten Mark in der Uckermark in der Tourismusbranche erwirtschaftet wurden. Von den rund 274 Millionen DM Bruttoumsatz entfallen in der Uckermark rund 108 Millionen DM auf den Tages- und 139 Millionen DM auf den Übernachtungstourismus.

Das Gastgewerbe ist der Hauptnutznießer mit rund 155 Millionen DM (rund 57 Millionen entfallen auf den Einzelhandel: Lebensmittelgeschäfte, Boutiquen, Kioske u.ä.). Der übrige Dienstleistungssektor (Ausflugsverkehr, Verleih, Museen, Gebühren etc.) erzielt 35 Millionen DM Umsatz. Rund 5,5 Millionen DM tourismusbezogene Steuereinnahmen flossen 1998 in die kommunalen Kassen der Region. Die 4.700 Vollzeit Arbeitsplätze im Tourismus entsprechen einem Anteil von rund acht Prozent an der Gesamtzahl der Erwerbstätigen von 59.500 in der Uckermark (MLUR 2000: 138).

Die Entwicklung der Region als Reisegebiet für Touristen ist durchaus von politischer Seite beabsichtigt:

*„Die im Gegensatz zu den Regionalparks von Berlin etwas weiter entfernt liegenden Großschutzgebiete zielen insbesondere auf Tages- und Mehrtagesbesucher aus der Region Berlin-Brandenburg, aber auch aus anderen Bundesländern und dem Ausland. Zu diesen Gebieten*

<sup>31</sup> „Die Tourismusbranche meldet Jahr für Jahr erhebliche Steigerungen der Gäste im NP.“ (MLUR 2001).



*gehört der NP Unteres Odertal (...).“ (MLUR 2001)*

Im Vergleich mit anderen brandenburgischen Großschutzgebieten ist der NP Unteres Odertal relativ selten besucht. Betrachtet man den Anteil der Besucher in den Großschutzgebieten, dann rangiert das Untere Odertal mit rund fünf Prozent auf dem dritten Platz. Auf dem ersten Platz liegt die Schorfheide mit 38,2 Prozent und auf den zweiten Platz der Spreewald mit 13,3 Prozent (Klemm 1999).

Die obigen Ausführungen belegen, dass der Einfluss der Region Unteres Odertal auf die touristische Entwicklung innerhalb der Uckermark noch nicht sehr groß ist. Dies könnte an einem zu geringen Bekanntheitsgrad des NP liegen.

### **5.3.2.2 Situation zum Zeitpunkt der Erhebung**

Die touristische Situation zum Zeitpunkt der Erhebung war für das Bild des Tourismus im NP Unteres Odertal untypisch. Wir haben unsere Untersuchung vom 25. Juni bis zum 01. Juli 2000 (Sonntagabend bis Samstagmittag) gemacht. Da wir unsere Interviews unter der Woche geführt haben, war es sehr schwierig, Touristen anzutreffen und zu befragen, die ausreichend lange in der Region waren, um aussagekräftige Antworten zu liefern. Unsere Vermutung einer höheren Auslastung am Wochenende wurde durch die Antworten der Zimmervermieter bestätigt.

Die einzigen Gastronomiebetriebe in Criewen waren die Gaststätte „Zur Linde“ und „Anitas Eisstube“, die allerdings wegen mangelnder Nachfrage öfters geschlossen blieben. Es gab insgesamt fünf Pensionen mit Übernachtungsmöglichkeiten in Criewen. Im NP wurden verschiedene Führungen angeboten, wie z.B. Vogelbeobachtung. Das Besucherinformationszentrum mit einem großen Oder-Aquarium in Criewen war noch nicht fertiggestellt. Zum Zeitpunkt der Erhebung waren etwa 1.100 des insgesamt 10.500 Hektar großen Schutzgebietes als Totalreservat ausgewiesen. Auf den restlichen Flächen fand eine landwirtschaftliche Nutzung statt.

Laut AEP melden die Fremdenverkehrsvereine Unteres Odertal und Angermünde einen erheblicher Bedarf an Ferienwohnungen und Campingeinrichtungen an(MLUR 2000: 138f.). Für Ferien auf dem Bauernhof gibt es kein Angebot. Neue Campingplätze werden entlang der HoFrieWa oder entlang der Oder, d.h. direkt am Wasser geplant, um den Zugang zu den wassersportlichen Aktivitäten zu erleichtern.

### **5.3.3 Methodik**

#### **5.3.3.1 Theoretisch begründete Antworten auf die Problemstellung: Hypothesenbildung**

Zur Beantwortung unserer in der Einleitung dargestellten Forschungsfragen bilden wir folgende Hypothesen. 1) Die Anbieter touristischer Dienstleistungen sind die Hauptgewinner der Einrichtung des NPs Unteres Odertal, denn ein NP zieht Besucher an und fördert somit einen nachhaltigen, d.h. einen mit der Umwelt sich im Einklang befindenden Tourismus. Daraus lässt sich 2) wiederum schließen: Wenn die Anbieter touristischer Dienstleistungen sich selbst als Gewinner ansehen, akzeptieren sie den NP auch. Hinzu kommt 3): wenn die Anbieter touristischer Dienstleistungen in die Organisation eingebunden sind, beurteilen sie diese eher positiv, was die Akzeptanz des NPs steigert.

#### **5.3.3.2 Bestimmung der relevanten Grundgesamtheit, des Auswahlverfahrens und die Ermittlung der Stichprobe**

Damit unsere zentrale Forschungsfrage „Welche Chance stellt der NP Unteres Odertal für die Entwicklung des Tourismus dar?“ beantwortet werden kann, lag es nahe, einerseits Anbieter touristischer

Dienstleistungen der Region als Experten zu befragen, andererseits die Touristen als Besucher dieser Region. Unter dem Begriff „Anbieter touristischer Dienstleistungen“ verstehen wir private Zimmervermieter, Pensions- und Hotelinhaber/innen und Gastwirte/innen. Diese Auswahl umfasst im Unteren Odertal die Hauptanbieter touristischer Dienstleistungen und bietet ein einheitliches und gut vergleichbares Datenmaterial. Auch ging es darum, den Blickwinkel der Hauptbetroffenen näher zu beleuchten.

Als Touristen bezeichnen wir all jene Personen, die entweder zum Zweck der Erholung (Urlaubstourismus) für einen oder mehrere Tage in die Region gekommen oder Personen, die aus geschäftlichen Gründen (Geschäftstourismus) für einen oder mehrere Tage angereist sind. Die Befragung der Touristen sollte vor allem zur Überprüfung der Expertenaussagen dienen, zum Beispiel inwieweit das Gastgewerbe die Bedürfnisse der Touristen richtig einschätzt.

Relevante Grundgesamtheiten für unsere Untersuchung sind also das Gastgewerbe in und um Criewen sowie Personen, die diese Region besuchen. Das zu befragende Gastgewerbe konnte durch eine gezielte Auswahl ermittelt werden, da uns eine Kontaktperson aus der Tourismusbranche Namen und Adressen sämtlicher Ansprechpartner gab und Gesprächstermine vereinbarte. Es wurde bis auf zwei Pensionsbesitzer das gesamte Gastgewerbe Criewens (das dem NP am nächsten gelegene Dorf) befragt, außerdem drei weitere Inhaber von Gaststätten/ Hotels aus den umliegenden Ortschaften.

Die Auswahl der Touristen geschah willkürlich. Außerdem hätten wir mit dieser Methode die Tagesausflügler nicht erfassen können. Insgesamt wurden neun Interviewpartner aus dem Bereich des Gastgewerbes und elf Touristen befragt.

### **5.3.3.3 Wahl und Konstruktion der Forschungsinstrumente**

Für das Gastgewerbe erschienen teilstandardisierte Fragebogen als das geeignete Forschungsinstrument. Mit den standardisierten Fragen wurden in übersichtlicher Form die Aussagen und Meinungen der Interviewpartner erhoben. Die Interviewpartner sollten aber auch die Möglichkeit haben, Gründe und Erklärungen für ihre Antworten und auch unvorhersehbare Aussagen einzubringen. Daher waren offene Antworten grundsätzlich erwünscht. Die Dauer der einzelnen Interviews war mit 30 bis 45 Minuten veranschlagt.

Die Fragebögen für das Gastgewerbe waren so konstruiert, dass in einem ersten kurzen Abschnitt demographische Daten in bezug auf den Betrieb erhoben wurden. Des Weiteren wurden die Fragebögen in vier Sektionen mit den Themen „Einstellungen zum Naturschutz“, „Maßnahmen“, „Partizipation“, „Konflikte und Konfliktlösungsstrategien“ aufgeteilt. Diese Einteilung sowie auch einige Fragen wurden zum Zweck der Vergleichbarkeit mit der Forschungsgruppe „Landwirte“ abgestimmt.

Mit den zum ersten Thema gehörenden Fragen sollten die generellen „Einstellungen“ der Befragten zum Naturschutz ermittelt werden. Hierbei lag die Annahme zugrunde, dass jeder Mensch eine persönliche Vorstellung von Natur bzw. Naturschutz und deren Wichtigkeit hat, und dass sich diese Einstellung auf die Akzeptanz des NPs auswirken muss. Die mit der Realisierung des NPs verbundenen „Maßnahmen“ gelten als Hauptstreitpunkt innerhalb der mannigfachen Konflikte um die Einrichtung des NPs. Daher sollte diese Sektion einerseits Aufschluss über das Wissen bzw. den Informationsgrad der Befragten gewähren, andererseits aber auch Hinweise über deren Betroffenheit geben. Der Abschnitt „Partizipation“ bezieht sich auf unsere letzte Hypothese, dass durch hohe Partizipation große Akzeptanz erzielt wird. Mit den Fragen zu diesem Thema erhofften wir, Auskunft über die Beteiligung der einzelnen Akteure des Gastgewerbes zu erhalten, um diese wiederum mit deren Aussagen zur Akzeptanz des NPs zu vergleichen. Dies erschien uns als Schlüssel zur Erklärung eines etwaigen Mangels an Akzeptanz. Das letzte Thema „Konflikte und Konfliktlösungsstrategien“ zielte darauf ab, die nach Ansicht der Befragten ausschlaggebenden Konflikte aufzuzeigen und zugleich einen Vorschlag zu deren Lösung zu erhalten. Hierbei war uns wichtig zu erfahren, unter welchen Bedingungen der NP möglicherweise von allen Beteiligten besser akzeptiert werden würde.

Für die Besucher der Region erschienen uns vollstandardisierte Fragebögen als geeignetes Forschungsinstrument. Vor allem sollte die Befragung kurz ausfallen, da wir die Interviewpartner nicht länger als notwendig von ihren jeweiligen Aktivitäten abhalten wollten. Dadurch war auch eine höhere Teilnahmebereitschaft zu erwarten. Eingeplante Zeit für die Beantwortung der Fragen waren fünf Minuten. Zur Konstruktion des Erhebungsinstrumentes: Auch hier gab es zunächst allgemeine Fragen zur Person. Dies erschien uns zur Einordnung der Gäste als besonders wichtig. Im zweiten Teil wurden die Interviewpartner angeregt, den Grund ihres Besuches, ihre Aktivitäten und zugleich Ausgaben vor Ort zu offenbaren. Im dritten Teil schließlich wollten wir etwas über die Zufriedenheit mit den Angeboten in der Region erfahren, was ausschlaggebend für ein Wiederkommen oder eine Weiterempfehlung ist.

#### **5.3.3.4 Erhebung**

Um die Erhebung in Form einer mündlichen Befragung durchführen zu können, mieteten wir uns eine Woche in einer Pension in Criewen ein. Diese diente uns als Ausgangspunkt, von dort vereinbarten wir Termine mit den Akteuren des Gastgewerbes und befragten Touristen. Die Interviews im Bereich des Gastgewerbes wurden jeweils in den betreffenden Gaststuben bzw. Aufenthaltsräumen von jeweils mindestens zwei Studentinnen durchgeführt, einem Interviewer und einem Protokollanten. Der Protokollant sollte die Konzentrationsfähigkeit des Interviewers dadurch steigern, dass das Schreiben vom Befragten getrennt würde. Der Protokollant sollte vor allem auch die äußeren Umstände und eventuell auftretende Schwierigkeiten während der Interviews festhalten. Offene Antworten waren in Stichpunkten zu notieren. Zusätzlich war vorgesehen, grundsätzlich alle Interviews auf Tonband aufzunehmen und später zu transkribieren. Dies war in einigen Fällen mangels Aufnahmegeräts leider nicht möglich. Bei diesen Befragungen war einzig das Protokoll für die Auswertung relevant. Die Besucher wurden in der Regel spontan unterwegs im NP, im Lenée Schlossgarten oder im Ort Criewen angesprochen und von jeweils einem Interviewer befragt. Da es sich um eine vollstandardisierte Befragung handelte, konnte auf Tonbandaufnahmen verzichtet werden.

#### **5.3.3.5 Auswertung**

Zuerst wurden sämtliche zur Verfügung stehende Tonbandaufnahmen transkribiert, diese anschließend zusammen mit den Protokollen gesichtet und mit den ausgefüllten Fragebögen auf Unterschiede hin geprüft. Ungereimtheiten wurden geklärt. Anhand der quantitativen Daten wurden Statistiken mit SPSS erstellt, womit ein erster Überblick über die Ergebnisse erzielt wurde. Daraufhin wurden alle vorliegenden Transkripte anhand der Inhaltsanalyse nach Mayring (1995) bearbeitet. Die so gewonnenen Schlüsselargumente der einzelnen Befragten konnten dann den verschiedenen Forschungsfragen zugeordnet und anschließend mit denen der anderen Interviews verglichen werden.

In Anbetracht dessen, dass wir lediglich neun Interviewpartner aus dem Bereich des Gastgewerbes und elf Touristen befragt haben, können unsere Ergebnisse keinen Anspruch auf Repräsentativität erheben. Unser Ziel war vielmehr, ein aussagekräftiges Stimmungsbild zum Zeitpunkt des Besuches bezüglich der Region Unteres Odertal zu zeichnen und zu evaluieren. Es kam uns auch darauf an, die vorhandenen Konflikte aus verschiedenen Perspektiven zu betrachten und Lösungsmöglichkeiten aufzuzeigen.

## 5.3.4 Ergebnisse

### 5.3.4.1 Die Anbieter touristischer Dienstleistungen

#### 5.3.4.1.1 Chancen für die Tourismusbranche

Die Interviewpartner sehen im Tourismus eine potentiell wichtige Einnahmequelle, wobei von Fall zu Fall graduelle Unterschiede bestehen (z.B. Hotel vs. Eisdielen). Die Gemeinsamkeiten bei der Einschätzung des Tourismus spiegeln sich in den Ergebnissen der Befragung wieder: Die meisten Befragten sind sich darüber einig, dass der NP das Potential hat, ein Anziehungspunkt für Touristen zu sein. Dieses Potential gründet sich unter anderem auf die Bezeichnung „Nationalpark“ als Vermarktungsstrategie. Der Titel hebt die Region von anderen Gebieten ab, die vielleicht über eine ähnliche Landschaft sowie über eine vergleichbare Flora und Fauna verfügen. So werden seitens der Kommunen bewusst Parallelen zu anderen bekannten nationalen und internationalen Schutzgebieten gezogen.

*„Der NP war der Grund für [die Eröffnung dieser] Pension.“*

*„Der Titel ‚NP‘ kann sicherlich ein Zugpferd sein.“*

Dieses Potential hat sich bisher jedoch nicht entfalten können, so dass auch Skepsis geäußert wird: Die Interviews deuten darauf hin, dass generell eine Ambivalenz in der Haltung gegenüber dem NP besteht.

*„[Der Tourismus] kann einigen nun ein Brot geben, aber es kann nicht das kompensieren, was vielleicht durch die Landwirtschaft und durch die Fischer wegfällt.“*

Nach Meinung der Befragten, liegt die Ursache für die nicht eingetretene Verwirklichung des Potentials vor allem an einer mangelhaften Umsetzung der Organisation des NP-Konzeptes:

*„Der NP ist mir sehr wichtig, jedoch bin ich sehr enttäuscht über die Umsetzung.“*

In dieser Enttäuschung begründen sich die Zweifel an den Chancen, die von dem NP ausgehen können. Auf der anderen Seite lässt sich bei vielen der Befragten Hoffnung feststellen, die erwarteten positiven Effekte könnten eintreten. Durch eine Zunahme des Tourismus könnte nicht nur die Einkommenssituation der touristischen Leistungsträger verbessert, sondern auch ein Beitrag zur Entwicklung der gesamten Region geleistet werden. Diese Effekte könnten dann eintreten, wenn sich die Politik verändern und wenn der vorhandene Konflikt eingedämmt würde. Die „Politik“ in bezug auf den NP hat verschiedene Ebenen: So geht es um die Frage, ob das NP-Gesetz Gültigkeit hat oder ob das Gewässerrandstreifenprogramm durchgesetzt wird. Unter anderem aus diesem Gegensatz nähren sich verschiedene Konflikte in der Region, die als ein weiteres Hemmnis für die Entwicklung angesehen werden.

*„Der NP stellt eine Chance für die Region dar, wenn das NP-Gesetz eingehalten wird; wenn das so umgesetzt wird, wie es im Gesetz steht. Der NP könnte für die Region eine Bedrohung sein, eine existentielle Bedrohung auch für mich, wenn er so umgesetzt wird, wie es im Gewässerrandstreifenprogramm prognostiziert wird und wie es umgesetzt werden soll.“*

Teilweise konnten wir bereits Resignation feststellen. Diese Resignation und Frustration entstehen aus der Konfrontation mit stabilen Konflikten und einer sich nach der „Wende“ 1989/90 nicht verbesserten Lage. Dieses Problem äußert sich auch in der generellen Politikverdrossenheit. Hohe Arbeitslosigkeit, niedriger Lebensstandard und finanzielle Engpässe in beinahe allen Branchen resultieren in einer negativen Betrachtung der Zukunft:

*„Es wird nie zu mehr Tourismus kommen, als jetzt da ist, man wird gerade so mit Hängen und Würgen davon leben können.“*

Die öffentlichen Stellen seien von den Problemen der Region entfremdet und hätten das Feld privaten Vereinigungen überlassen, denen von vielen Seiten her Skepsis entgegengebracht wird. Jedoch ist es weiterhin der Staat, der als Problemlöser angefordert wird.

*„Das Land steht mehr für das Allgemeinwohl, eine private Stelle erscheint mir als Repräsentant für den NP ein wenig suspekt.“*

#### 5.3.4.1.2 Akzeptanz des Nationalparks

Bezüglich der allgemeinen Akzeptanz des NP ergibt sich ein eher positives Bild. Kritikpunkt ist die Umsetzung des NP allgemein, so im Hinblick auf die Einbindung der ansässigen Bevölkerung, nicht das Schutzgebiet als solches. Man ist sich darin einig, dass der Naturschutz wichtig ist, nicht nur wegen der Erhaltung der Artenvielfalt, sondern auch wegen des Anziehungspotentials einer intakten Umwelt.

*„[Der NP ist] wichtig, denn die Tierwelt (...) muss erhalten werden, die Artenvielfalt sollte gewährleistet werden.“*

*„Persönlich genießt er [der NP] einen größeren Beliebtheitsgrad.“*

So werden selbst die Totalreservate mit Einschränkungen anerkannt: Ihre Gesamtfläche sollte z.B. die Hälfte des gesamten NP-Gebietes nicht überschreiten, da dann der Tourismus behindert werden würde.

*„Gegen die Totalreservate kann ich überhaupt nichts sagen, so lange das Hauptwegenetz noch existiert, finde ich sie schon o.k.“*

*„Ich akzeptiere die Totalreservate, wenn die Touristen die Fahrradwege weiter benutzen dürfen.“*

Interessant ist allerdings die Tatsache, dass die Anbieter touristischer Dienstleistungen über die eigenen Probleme hinaus auch jene erkennen, die für andere Wirtschaftssektoren entstehen. Die Existenz der Landwirte werde durch den NP gefährdet, weil Nutzflächen verloren gehen.

*„Die Landwirte müssen ja von dem Raum leben.“*

*„Der NP ist zu radikal, er beachtet nicht die Existenzbedingungen der Bauern.“*

Umweltauflagen des Landes würden die Industrie einschränken, besonders im Hinblick auf potentielle Investoren, die eine Region bevorzugen, in der sie mehr Freiheiten hätten.

*„Zu strenge Auflagen spielen natürlich eine Rolle [als Quelle von Konflikten].“*

*„Man muss aufpassen, dass so ein konfliktbeladener, in der Vergangenheit durch alle Medien galoppierender NP, nicht Investoren abschreckt.“*

*„(...) einige Investoren hatten ‚Schiss‘, [weil] sie neben dem NP so viele Auflagen bekommen [würden], dass das ihre Wirtschaftlichkeit beeinträchtigt.“*

Diese Ausführungen belegen, dass die Ängste um die Region allgemein die Akzeptanz des NP bei den Befragten beeinträchtigen.

#### 5.3.4.1.3 Organisation des Nationalparks

Wie oben erwähnt, ist die Art der Umsetzung ein Hauptkritikpunkt an dem NP. Vor allem aber fehle es an einer Integration aller Akteure in die den NP betreffenden Entscheidungen. Dieser Ausschluss manifestiert sich deutlich in der Abfassung des Gewässerrandstreifenprogramms. Dadurch wird der NP besonders als von oben aufgezwungen empfunden.

*„Das Gewässerrandstreifenprogramm ist der ganzen Region übergestülpt und ohne Beteiligung der Kommunen durchgesetzt worden.“*

*„Wir haben ja dieses [NP-] Gesetz mitverabschiedet. Wir waren bei den Anhörungen mit dabei und konnten uns auch konstruktiv in dieses Gesetz einbringen. Leider ist vor Ort etwas passiert: Diese Aktivitäten des Fördervereins haben dazu geführt, dass viele Leute sich dann dagegen ausgesprochen haben.“*

*„(...) die Negativdiskussion nimmt zu, gefördert durch die gewaltsame Durchsetzung [des NP]. Es wurden einfach Gebiete abgeriegelt, ohne mit den Einwohnern zu diskutieren. Es ist ein falsches Herangehen seitens der NP-Verwaltung. Die Idee wurde falsch angewandt, die Leute konnten nicht mitziehen, sie konnten nicht nachvollziehen, was passierte, ihnen wurde keine Chance dazu gegeben.“*

*„(...) weil zu wenig Leute in dieses Gesamtvorhaben in den letzten Jahren miteinbezogen bzw. bewusst ausgeklammert worden sind.“*

In diesem Zusammenhang spielt das ebenfalls bereits angeführte Misstrauen gegenüber privaten Stellen eine Rolle („*Privatvereine sind nutznießberisch*“). Der Förderverein gehe nicht verantwortlich mit den ihm zur Verfügung stehenden Geldern um und sei nicht bereit, Kompromisse einzugehen.

*„Dieser Förderverein, der ist ja privat, habe ich bisher keine guten Erfahrungen gemacht. Ich denke, wenn das [Bundes-] Land den NP repräsentieren würde, würde mir das weniger parteiisch erscheinen und mehr für das Allgemeinwohl stehend. Ein privater Besitzer, das ist mir ein wenig suspekt für dieses Gebiet.“*

Aber gerade in den Kompromissen liege die Lösung vorherrschender Probleme, so die allgemein geäußerte Meinung.

*„(...) wenn wir gemeinsam an einem Strang ziehen, denke ich wird es eher etwas werden (...) es muss also ein ordentlicher Kompromiss gefunden werden.“*

*„Indem jede Partei Kompromisse eingeht, sind die Konflikte lösbar.“*

Die Interviewpartner betrachten auch die personelle Besetzung teilweise als unangemessen.

*„Das ist ein personelles Problem.“*

*„Der Vorstand des NP benötigt eine andere personelle Besetzung. Derzeit verhärtet er nur die Fronten.“*

Außerdem wird eine mangelhafte Informationspolitik und Transparenz beklagt:

*„Wir bekommen nicht mit, was da läuft, weil für uns [Anbieter touristischer Dienstleistungen] zu wenig Informationspolitik betrieben wird.“*

Einige der Befragten kritisieren auch die unzureichende grenzüberschreitende Zusammenarbeit zwischen Polen und Deutschland:

*„(...) dass wir eben nicht nur auf dem Papier schreiben 'Wir müssen etwas Grenzüberschreitendes machen', sondern dass wirklich, auch im kleinen vor Ort, etwas stattfindet. Ich denke, da läuft kaum was. Da wird einfach nur viel geschrieben [über] 'Pomerania' und 'Baltikum' [gemeint ist wohl: 'Baltic Bridge' – Angaben zu den beiden Initiativen s.u.] und wie die ganzen Programme heißen. Vor Ort selber läuft da eigentlich kaum etwas.“*

### 5.3.4.2 Touristen im Unteren Odertal

Bei den Touristen kann man differenzieren zwischen Geschäftstouristen und Erholungstouristen. Unter Geschäftstouristen verstehen wir die aus beruflichen Gründen Angereisten, z.B. Bauarbeiter, Journalisten, Landschaftsplaner. Bei Erholungstouristen unterscheiden wir zwischen Tagesausflüglern und Urlaubern, d.h. Reisenden mit einer Aufenthaltsdauer von mindestens zwei Tagen. Tagesausflügler sind all diejenigen, die für einen Tag in die Region Unteres Odertal kommen. Hierunter zählen

auch die Menschen aus der näheren Umgebung, z.B. aus Schwedt.

Aus den Interviews mit den touristischen Leistungsträgern geht hervor, dass in den ersten Jahren nach der „Wende“ mehr Geschäftstouristen in die Region Unteres Odertal kamen als Erholungstouristen. Vor der 1989/90 gab es in der Region Unteres Odertal Geschäftstouristen, die in Verbindung mit der Papierfabrik bzw. dem Petro-Chemischen Kombinat (PCK) stehende Arbeiten ausgeführt haben. Im Zuge der „Wende“ nahm dieser Geschäftstourismus kurzfristig zu, da viele Bauarbeiter zu Modernisierungsmaßnahmen in die Region kamen. Heute, nach Abschluss dieser Arbeiten, ist die Zahl der geschäftlich Reisenden zurückgegangen. Im Gegensatz dazu nahm die Zahl der Urlaubstouristen zu. Jedoch ist immer noch ein Ungleichgewicht zugunsten der Geschäftstouristen vorhanden.

*„(...) die ersten Jahre war es natürlich super, da haben wir fast nur (...) vom Geschäftstourismus leben können.“*

*„Nun ist eine wesentlich geringere Geschäftstätigkeit notwendig in diesen Bereichen [PCK und Papierfabrik], demzufolge geht natürlich auch der Geschäftstourismus zurück! Aber gleichzeitig hat sich der NP entwickelt (...), so dass also der klassische Tourist zunimmt (...).“*

*„Das Verhältnis zwischen Ausflugstourismus und Geschäftstourismus ist immer noch 10:90. Neunzig Prozent Leute, die dienstlich unterwegs sind und zehn Prozent Leute, die ausflugsmäßig in Verbindung mit Polen, in Verbindung mit dem NP, in Verbindung mit dem Uferradweg kommen.“*

Diese Aussagen der Anbieter touristischer Dienstleister haben sich während unserer Untersuchung mit den insgesamt elf Touristen bestätigt. Von diesen waren acht aus beruflichen Gründen im Unteren Odertal und nur drei hielten sich länger als drei Tage in der Region auf.

Die größte Übereinstimmung bei den Aussagen der Touristen bezog sich auf das als unzureichend bewertete Angebot an gastronomischen Einrichtungen. Das heißt unter anderem, das Gesamtangebot an Restaurants, Eisdielen, Imbissstuben sei zu gering, und weiter, dass die eingeschränkten Öffnungszeiten die Zeitplanung der Touristen sehr einengten.

Die Ergebnisse bestätigen die Aussagen der Hoteliers, dass die meisten Gäste Geschäftstouristen mit einer kurzen Aufenthaltsdauer sind. Weiter wird bestätigt, dass sich die Touristen in der Umgebung wohl fühlen und die Landschaft und Artenvielfalt des NP äußerst attraktiv finden, insbesondere die Weiträumigkeit, Ruhe und Unversehrtheit der Natur.

### **5.3.4.3 Vergleich mit den Ausgangshypothesen und zusammenfassende Bewertung**

Beim Vergleich unserer Hypothesen mit den empirischen Daten einerseits, d.h. mit der sachlichen Bewertung des Einflusses des NP auf die Entwicklung des Tourismus – und damit auf die ökonomische Situation der touristischen Leistungsträger – und andererseits mit den Aussagen eben dieser, also mit subjektiven Perspektive, kann eine Bewertung nur differenziert ausfallen, nämlich dahingehend, dass die objektive Ebene klar von der subjektiven getrennt werden muss.

Die offiziellen Daten lassen sich folgendermaßen zusammenfassen: Es hat in der Region einen Anstieg der Touristenzahlen gegeben; es wurden neue Herbergen eröffnet, die Auslastung und Übernachtungen stagnierten. Bezüglich des Einflusses des NP widersprechen sich die Studien von Klemm (1999) und die der öffentlichen Stellen. Da sich aufgrund dieser Feststellungen kein Trend im allgemeinen abzeichnet und kein eindeutiger Effekt des NP auf den Tourismus im besonderen ablesen lassen, bleibt eine Interpretation der Situation der touristischen Leistungsträger als „Gewinner der Gründung des NP“ rein spekulativ und ist nicht belegbar.

Die subjektive Perspektive, die sich in den Interviews geäußert hat, zeichnet eine ambivalente bis negative Einschätzung der eigenen Lage, obwohl auch Potentiale des NP gesehen werde. Dennoch können auch durch diese Ergebnisse die Anbieter touristischer Dienstleistungen nicht als Gewinner

betrachtet werden. Die Interviews belegen zumindest, dass sie sich nicht als solche ansehen.

Damit ist unsere erste Hypothese weitgehend falsifiziert, da die wenigen Potentiale zumeist skeptisch und ambivalent betrachtet werden. Und damit ist es um so überraschender, dass der NP – als solcher, nicht dessen Umsetzung – überwiegend akzeptiert wird, obwohl sich die Anbieter touristischer Dienstleistungen nicht als Gewinner ansehen. Offensichtlich gibt es hier nicht erhobene Drittvariablen, die positive Effekte auf die Akzeptanz haben. Im Gastgewerbe wird das Potential des NP erkannt, entsprechend deutlich wird er in Verbindung mit dem NP-Gesetz akzeptiert. Allerdings reicht der Grad der Akzeptanz nicht aus, um sich selber bewusst als Gewinner zu sehen.

Bezüglich unserer dritten Hypothese ergibt sich, dass angesichts der Exklusion der Befragten, diese mit der Organisation des NP sehr unzufrieden sind: Doch lässt sich kein direkter Zusammenhang bezüglich einer Steigerung oder Verringerung der Akzeptanz des NP feststellen. Die fehlende Einbindung der Interviewpartner in wichtige Entscheidungsprozesse bei der Einrichtung des NP führt zu einer weiteren Verminderung des Bewusstseins um einen möglichen Gewinn. Hinzu kommt, dass die Organisation des NP nicht nur als ausgrenzend wahrgenommen wird, sondern als negativ und chaotisch bewertet wird. Dies führt zu der oben bereits angedeuteten Frustration im Gastgewerbe. Die Meinung herrscht vor, dass nicht einmal die Landespolitik in das Geschehen vor Ort eingreifen könne oder wolle, so dass es zu einem Gefühl der Hilflosigkeit und Ohnmacht kommt.

Bleibt die Frage nach den Drittvariablen, die die Akzeptanz bestimmen: Beispielsweise könnte die starke emotionale Bindung an die Region und die Landschaft, die durch den NP bewahrt bleibt, die Akzeptanz des Schutzgebietes steigern. Da wir mit unseren Erhebungsinstrumenten die Drittvariablen nicht haben messen können, bleibt eine Beantwortung dieser Frage weitgehend im Bereich der Spekulation.

Damit ergibt sich für unsere erste Forschungsfrage ein uneinheitliches Bild. Unsere Ergebnisse können nicht eindeutig beweisen, dass der NP eine Chance für den Tourismus darstellt. Jedoch äußern sich einige der befragten touristischen Leistungsträger genau in diesem Sinne: Wird beispielsweise der NP anhand des entsprechenden Gesetzes implementiert (und nicht nach dem Gewässerrandstreifenprogramm), sehen die Befragten Potentiale.

Ein im Rahmen des NP ablaufender Tourismus könnte innerhalb einer allgemeinen nachhaltigen Entwicklung eine mitgestaltende Funktion übernehmen. Denn der NP stellt per se eine Begrenzung dar: Der Tourismus, der innerhalb seiner Grenzen abläuft, kann als (ökologisch) nachhaltig angesehen werden. Bisher hat der NP Arbeitsplätze im Gastgewerbe der Region erhalten: Dies zumindest belegen viele Äußerungen. Bei einer weiteren Entwicklung des Tourismus besteht die Chance der Schaffung neuer Arbeitsplätze in diesem Segment.

#### 5.3.4.4 Ausblick und Handlungsvorschläge

Von Seiten der politischen Institutionen in der Region beiderseitig der Oder gibt es verschiedene Entwicklungsideen, die einen Ausblick auf mögliche zukünftige Entwicklungen erlauben.

Entsprechend des AEP von Februar/September 2000 gibt es im NP-Bereich Unteres Odertal positive Voraussetzungen zur erfolgreichen Entwicklung der regionalen Infrastruktur und des Tourismus. Der Tourismus wird als ein Wirtschaftsfaktor für die Bewohner im NP-Gebiet unter bestimmten Voraussetzungen optimistisch eingeschätzt:

- Die Erweiterung der Europäischen Union nach Osten eröffnet für den NP neue Dimensionen: Mit nur 30 Kilometer zur Stadtmitte von Szczecin kann der NP wieder die Funktion eines schon bis 1945 genutzten Naherholungsgebietes für diese Stadt bekommen. Der NP rückt somit in eine zentrale geographische Lage.
- Der Nordteil des NP ist Teil der Planungen und Aktionen der „Euroregion Pomerania“<sup>32</sup>. Mit

<sup>32</sup> Die „Euroregion Pomerania“ wurde 1995 von deutschen, polnischen und schwedischen Kommunen ins Leben gerufen und



der Initiative „Baltic Bridge“<sup>33</sup> erhält dieser Bereich neue Impulse durch die kulturellen, wirtschaftlichen und sozialen Vernetzungsaktivitäten mit Polen und Südschweden.

- Der NP profitiert vom touristischen Gesamtgeschehen in der Uckermark. Er tritt als Teil der Region auf und präsentiert sich in deren einheitlichen Auftritt sowie in deren Vermarktung, bei der Ausschilderung vor Ort oder in Wanderkarten. Unter der „Dachmarke“ Uckermark bieten der NP „Unteres Odertal“, das Biosphärenreservat Schorfheide-Chorin und die uckermärkische Seenlandschaft Angebote für den Fremdenverkehr.
- Hinsichtlich der Siedlungsentwicklung verzeichnen die Stadt Schwedt und die Stadt Angermünde zurückgehende Bevölkerungszahlen. Die Amtsgemeinden dagegen nehmen zu. In den Umlandgemeinden ist generell ein Anwachsen der Bevölkerung und eine rege Bautätigkeit im Einfamilienhausbau zu verzeichnen.
- Die Dorferneuerung ist wesentliche Voraussetzung eines attraktiven Erscheinungsbildes des NP. Hierzu werden ausgewählte Gemeinden in die Dorferneuerungsprogramme der nächsten Jahre aufgenommen.
- Die Revitalisierung ausgewählter Bahnhöfe zur touristischen Entwicklung der NP-Region verspricht ein großes Potential. Die im Rahmen der AEP geführten Gespräche über Investitionen in den (Bahn-) Tourismus zwischen der Deutschen Bahn/Regio, dem Bahnhofsmanagement, den Vertretern der Amtsgemeinden, der Stadt Schwedt sowie der NP-Verwaltung zeugen von einer allgemeinen Bereitschaft zur Kooperation in diesem Bereich. Zur Zeit werden die Bahnhöfe dem Image von Stationen in der Nähe eines NP („grün, freundlich, ländlich, angenehme Empfangsatmosphäre“) noch nicht gerecht.
- Ziel eines zu errichtenden Informations- und Lenkungssystems ist es, dem Besucher über die Lage, Größe, Grenzen und Zonierung des NP zu informieren. Die größte Bedeutung innerhalb des Informations- und Lenkungssystems übernimmt die Beschilderung (neben dem Besucherzentrum in Criewen). Mit ihrer Hilfe ist es möglich, die Identifikation mit der NP-Region nach außen und innen zu fördern, bei Besuchern wie bei Einheimischen. Erstrebenswert ist eine möglichst lückenlose und einheitliche Beschilderung.

Die Aussichten des AEP (2000) erscheinen angesichts der aktuellen Lage sehr positiv, wenn nicht sogar beschönigend. Nach Aussagen der Befragten haben beispielsweise die Aktionen der „Euroregion Pomerania“ und der Initiative „Baltic Bridge“ noch keine Effekte im Unteren Odertal erzielt. Dass der NP vom touristischen Gesamtgeschehen in der Uckermark profitiert, kann nur schwer abgeschätzt werden: Einige Befragte sprachen sogar von einem konkurrierenden Verhältnis.

Unseres Erachtens können wirtschaftliche oder infrastrukturelle Maßnahmen nur die gewünschten Effekte erzielen, wenn auch andere gesellschaftliche Aspekte Veränderungen erfahren. Nur durch eine Einbettung der Wirtschaft in einen ökologischen und soziokulturellen Rahmen, kann sie sich voll entfalten – so wie auch von einer nachhaltigen Theorie postuliert.

Aufgrund unserer Ergebnisse muss eine zentrale Aufgabe darin bestehen, die ortsansässige Bevölkerung und insbesondere die touristischen Dienstleister deutlicher in die Entscheidungsprozesse einzubeziehen. Nur durch deren Partizipation kann es zu einer Stärkung ihres Bewusstseins um ihre vorteilhafte Stellung kommen, womit auch Anreize für Investitionen in die eigene Zukunft geschaffen würden, mit wiederum positiven Effekten auf der Nachfrageseite. Hier zeigt sich ein Dilemma. Auf der einen Seite gibt es die Geschäftstouristen, die – wie oben erwähnt – noch das Standbein der Branche darstellen. Von diesen ist anzunehmen, dass sie geringere Ansprüche an die touristische Infra-

---

bildet eine Gemeinschaft zur Stärkung der beteiligten Partner in den Bereichen Wirtschaft, Kultur und Soziales sowie zur langfristigen Umwandlung der „nationalen Randgebiete in eine europäische Binnenlage“ (Euroregion Pomerania 1999).

<sup>33</sup> „Baltic Bridge“ ist ein überregionales Strukturprogramm für deutsche, polnische und schwedische Ostsee-Anreinergebiete. Ziel ist es die zwischenstaatliche Kooperation zu intensivieren und eine nachhaltige Entwicklung zu unterstützen. Die Initiative, die zwischen Sommer 1999 und Sommer 2001 läuft, wird u.a. getragen von dem Europäischen Regionalen Entwicklungsfond (Baltic Bridge 1999).

struktur stellen als andererseits die Erholungstouristen. Die Erholung suchenden Touristen sind mit den vorhandenen Dienstleistungen entsprechend unzufriedener – was von den Gaststättenbetreibern auch gänzlich eingesehen wird: Diese betonen, dass die Gesamtnachfrage nach solchen Angeboten so unterentwickelt sei, dass es noch nicht rentabel wäre, diese auszubauen. So lässt sich ein mögliches selbst verstärkendes Erklärungsmuster für die Stagnation im erholungstouristischen Bereich finden, wonach fehlende Anreize, den erholungstouristischen Sektor auszubauen, zu der Nachfrage beitragen. Neben diesem strukturellen Hemmnis könnten Ursachen für eine allgemeine Stagnation in der persönlichen Haltung der Anbieter touristischer Dienstleistungen gesehen werden: In den Interviews wird eine passive Einstellung deutlich. Die Interviewpartner begreifen sich in einem nicht ausreichenden Maße als Akteure. Vielmehr fühlen sie sich ausgegrenzt, d.h. sie empfinden sich als fremdbestimmt durch andere Akteure, die (besser) organisiert sind und somit ihre Interessen gegen die touristischen Leistungsträger durchsetzen können. Es fehlt also an der Bereitschaft zur Selbstorganisation.

Weiterhin ist eine stärkere Werbung und Vermarktung der Region unbedingt erforderlich, um den Bekanntheitsgrad des NP zu erhöhen. Ein erster wegweisender Schritt in diese Richtung ist durch die Eröffnung des Besucherzentrums in Criewen im Herbst 2000 erfolgt. Das moderne Zentrum in einem äußerlich traditionellen Gebäude zählte bis Ende desselben Jahres bereits 12.000 Besucher. Dies ist eine hohe Zahl, beachtet man die Tatsache, dass der genannte Zeitraum außerhalb der Reisesaison liegt. Dies deutet auf eine positive Resonanz hin und lässt auf Akzeptanz seitens der Erholungstouristen schließen.

Ein weiterer Schritt in diese Richtung wird die baldige Eröffnung des Schlosses Criewen als regionale Tagungsstätte sein. Das vom Lenné-Park umgebene Schloss ist unter anderem als Anziehungspunkt für Bildungsveranstaltungen konzipiert, die Natur und Kultur verbinden sollen. Dieser Attraktionspunkt wird Ort deutsch-polnischer Begegnungen sein sowie anderer Bildungsaktivitäten in einer dafür geeigneten Abgeschiedenheit. Jedoch können neue Konflikte auftreten, wenn die Entscheidung über ein Bettenhaus positiv ausfällt. Alternativ sollten die vorhandenen lokalen und regionalen Übernachtungsmöglichkeiten genutzt werden.

Die Bürger sollten nicht nur stärker eingebunden werden, sondern auch das Gefühl erhalten, dass öffentlichen Stellen ihre Sorgen ernst nehmen und ihnen Unterstützung zukommen lassen – gerade das Land wurde in den Interviews oft gefordert.

Es zeigt sich insgesamt, dass die Einrichtung eines Nationalparks – auch unter dem theoretischen Konzept der Nachhaltigen Entwicklung – nicht ohne Einschränkungen für bestimmte Gruppen und auch nicht widerspruchsfrei durchgesetzt werden kann. So kann ein NP keinen Massentourismus mit entsprechenden wirtschaftlichen Gewinnen zulassen. Damit wird auch der Tourismus im Unteren O-derdal schnell an seine Wachstumsgrenzen geraten. Ziel muss es daher sein, diesen Tourismus möglichst effektiv für alle Beteiligten zu gestalten – dies setzt bei allen Akteuren eine hohe Kompromissbereitschaft voraus, die z.Zt. noch nicht zu bestehen scheint.

## 6 Resümee

Die Ergebnisse der vorliegenden Untersuchung bestätigen das Untere Odertal als Region in einem Transformationsprozess, der durch eine Vielzahl von Problemen charakterisiert ist. Die Probleme sind nicht nur auf der ökonomischen Seite angesiedelt. Probleme finden sich auch im Bereich Ökologie und im Sozialen.

Nachhaltige Entwicklung ist – in ihrer idealtypischen Form – ein ehrgeiziges Projekt. Im Unteren Odertal wurde deutlich, dass dies, gerade in sozialen Fragen, rasch an ihre Grenzen stoßen kann.

Die Implementierung des Nationalparks ist zwar als positiver Schritt in Richtung einer nachhaltigen Entwicklung zu werten. Allerdings zeigt sich, dass dieser Schritt nicht ohne begleitende Maßnahmen möglich ist, wenn tatsächlich ein Nachhaltigkeitsprojekt entstehen soll. Die Verknüpfung ökonomischer, ökologischer und sozial-integrativer Maßnahmen ist daher gefragt und muss unseres Erachtens weiter vorangebracht werden als bisher.

Erdrückend sind die vorliegende Belege für eine vielfach gespaltene Gesellschaft. Die Einführung des Nationalparks hat neue Spaltungen geschaffen, beziehungsweise alte verstärkt.

Diese Trennlinien innerhalb der ansässigen Bevölkerung werden überdeutlich in der mehrfachen Exklusion vieler Bevölkerungsgruppen. Nicht nur die Arbeitslosigkeit ist für viele nach wie vor das alles beherrschende Thema. Insbesondere die Abwanderung gut qualifizierter junger Menschen stellt für die Region eine strukturelle Bedrohung dar. Hinzugekommen ist auch eine Atmosphäre von Neid und Missgunst bei den Dagebliebenen in Bezug auf diejenigen, die es geschafft haben ihr Einkommen – auch im Naturschutzbereich – zu sichern. Nicht zuletzt führt die erhebliche emotionale Verbundenheit mit der Landschaft dazu, dass deren Veränderungsaussichten als Bedrohung der eignen Lebenswelt empfunden werden. Dies alles ist nicht nur Folge der Wende und der daraus resultierenden Transformation, ebenso wenig nur Folge der Gründung des NP. Vielmehr wirken diese Neuerungen zusammen. Aber der NP wird von den Menschen auch daran bemessen, inwieweit er eine Antwort auf diese brennenden Fragen darstellt. Emotionen und Gefühle sind dabei gleichberechtigte, ernstzunehmende Maßstäbe, die nicht wegdiskutiert oder gar als unsachlich oder falsch eingestuft werden dürfen. Sie sind integrale Bestandteile der Problemlage. Deren Anerkennung, auch seitens der Institution des Naturschutzes, wäre wesentlicher Bestandteil der Inklusion.

Insofern wiegt es schwer, dass der Nationalpark, in der Region etablierte Handlungs-, Beziehungs- und Bewertungsmuster in Frage stellt. Betroffen sind besonders die Fischer und die Landwirte, deren Lebens- und Wirtschaftsweise grundlegend angezweifelt wird.

Die Verantwortlichen müssen sich an dieser Stelle die unangenehme Frage gefallen lassen, ob die von ihnen angestrebte Modernisierung solche vermeintlichen „Bauernopfer“ in Kauf nehmen oder ob sie einen Konsens in der ansässigen Bevölkerung schaffen will, um eine möglichst breite Bevölkerungsbasis an der Modernisierung partizipieren zu lassen. Das schließt auch die Berechtigung der Ortsansässigen mit ein, an der Definition dessen mitzuwirken, was Natur und Naturschutz sind.

Die politische und die zivile Gesellschaft, die mitgestaltenden Akteure, müssen berücksichtigen, dass die Bevölkerung durchaus ein Bewusstsein um den Wert ihrer Region und Landschaft besitzt, gleichzeitig aber nicht bereit ist, sich dieses Wertebewusstsein durch als fremd empfundene Entwicklungsvorstellungen entwerfen zu lassen. Leider kommt hinzu, dass sie nur teilweise zu einer Selbstorganisation bereit und/oder strukturell fähig ist.

Ein ganz wichtiger Schritt muss darin bestehen, das Informationsniveau zu heben, dadurch Ausgrenzung zu reduzieren und die Partizipation an Entscheidungsprozessen zu erhöhen. Es wird schwierig sein, einen Konsens zu schaffen und Kompromisse auszuarbeiten, zu denen fast alle Gefragten prinzipiell bereit sind. Ebenfalls wird es nicht leicht sein, die allen Gruppen gemeinsamen Interessen in den Mittelpunkt zu stellen und die Bereitschaft zur Beteiligung an den Entscheidungsprozessen zu heben. Dies ist aber nicht unmöglich, und der Nationalpark stellt dabei kein Hindernis dar, sondern nur

eine weitere zu integrierende Komponente.

Dass der Nationalpark auch eine Chance darstellt – mit allen Problemen – sollte dabei nicht vergessen werden. Hierbei waren allerdings die Erwartungen gegenüber dem Tourismus einschließlich an den daraus resultierenden Arbeitsplätzen zu hoch. Dies führte zwangsläufig zu Enttäuschungen.

Nachhaltige Entwicklung ist keine Zauberei. Naturschutz und Ökotourismus keine Generallösungen für Transformationsregionen, vor allem, wenn sie nicht politisch übergreifend eingebettet und abgestimmt sind. Es wird keine perfekte nachhaltige Entwicklung geben, auch nicht im Unteren Oderthal, eben weil sie ein Idealtyp ist. Man kann sich dem Ideal aber nähern, und dazu kann der Nationalpark einen Beitrag leisten.

Nun kommt es darauf an, besonders die soziokulturellen Probleme anzugehen und die Wirtschaft sozial und ökologisch verträglich umzugestalten.

## 7 Abkürzungen

AEP:	Agrarstruktureller Entwicklungsplan Nationalpark Unteres Odertal
BfN:	Bundesministerium für Naturschutz
BVVG:	Bodenverwertungs- und -verwaltungs- GmbH
FU/FUB:	Freie Universität Berlin
GbR:	Gemeinschaften bürgerlichen Rechts
GSP:	Gewässerrandstreifenprojekt
HoFrieWa:	Hohenstaatener-Friedrichsthaler Wasserstraße
IUCN:	International Union for the Conservation of Nature and Natural Resources
LAGS:	Landesanstalt für Großschutzgebiete
LP:	Landschaftspark
LPG:	Landwirtschaftliche Produktionsgenossenschaft
LW:	Landwirtschaft
MLUR:	Ministerium für Landwirtschaft, Umweltschutz und Raumordnung
NABU:	Naturschutzbund Deutschland
NatPUOG:	Nationalpark Unteres Odertal- Gesetz
NP:	Nationalpark
NPUO:	Nationalpark Unteres Odertal
NPV:	Nationalpark- Verwaltung
PA:	Projektbegleitende Arbeitsgruppe
PCK:	Petrochemisches Kombinat
PEPL:	Pflege- und Entwicklungsplan
RRZN:	Regionales Rechenzentrum Niedersachsen
VEG:	Volkseigene Güter
WCED:	Weltkommission für Umwelt und Entwicklung (Brundtland-Kommission)

## 8 Anhang

### 8.1 Interviewleitfäden

#### 8.1.1 Landwirtschaft

##### 1 Einstellungen zum Naturschutz

- Wie wichtig ist Ihnen der Nationalpark? Sehr wichtig, wichtig, weniger, gleichgültig oder lehnen Sie ihn ab?
- Verbinden Sie mit der Region Unteres Odertal ein Heimatgefühl?
- Wie gefällt Ihnen die Landschaft des Unteren Odertals?
- Stellt der Nationalpark eine Chance für die Region dar?
- Ist der Nationalpark Unteres Odertal eine Visitenkarte der Nord-Ost Uckermark, die die Region gut repräsentieren kann?
- Wie würden Sie die Beliebtheit des Nationalparks Unteres Odertal einschätzen? Ist er bei Einheimischen beliebt, unbeliebt.
- Die Einrichtung eines Nationalparks ist ein langfristiges Vorhaben. Ist der bis 2010 reichende Zeitplan Ihrer Meinung nach realistisch?
- Die Konflikte bei der Einrichtung des Nationalparks Unteres Odertal nehmen eher zu als ab. Es wird gesagt, dass diese Auseinandersetzungen eine erhebliche Belastung für die Naturschutzpolitik des Landes darstellen. Stimmen Sie dem zu?

##### Maßnahmen.

- Die mit der Realisierung des Nationalparks Unteres Odertal verbundenen Maßnahmen – begrüßen Sie diese oder lehnen Sie sie eher ab?
- Sind Sie von dem Flächentauschprogramm betroffen?
- Falls ja, wie viel Hektar sind das gewesen?
- Haben Sie Parkflächen?
- Sie dürfen keinerlei Pflanzenschutzmittel ausbringen?
- Was halten Sie von diesem Begegnungszentrum in Criewen? Das alte Schloss, das schon so lange Zeit hergerichtet wird und immer noch nicht fertig ist? Wird das mal irgendetwas bringen oder können Sie das schlecht einschätzen?
- Zu den Maßnahmen zählt auch, was versprochen worden ist, einen neuen Grenzübergang nach Polen zu bauen. Ist das von Interesse oder nicht?
- Gilt der Pflege- und Entwicklungsplan auch für Sie?

##### Ursachen

- Werden ausreichend Informationen über das weitere Vorgehen der Nationalparkverwaltung zur

Verfügung gestellt?

- Lesen Sie dazu etwas in der öffentlichen Zeitung?
- Sind Sie zu den „runden Tischen“ eingeladen worden?
- Sind Ihrer Meinung nach für das Erreichen der Ziele klare Maßnahmen festgelegt?
- Sind Sie der Meinung, dass der Nationalpark Arbeitsplätze schafft oder gefährdet?
- Sind die landwirtschaftlichen und Fischereibetriebe langfristig in Ihrer Existenz gefährdet?
- Ist eine ordnungsgemäße Flächenbewirtschaftung gesichert?
- Ist der Hochwasserschutz gefährdet?
- Befürchten Sie eine Anhebung des Grundwasserspiegels?
- Ist eine Verschlechterung der Lebensbedingungen zu befürchten?
- Führen die Naturschutzmaßnahmen zum Abbau der Förderungsmaßnahmen in der Landwirtschaft?
- Ist die Entwicklung der Infrastruktur gesichert?
- Was ist mit den Randgebieten?
- Erwarten Sie Nachteile für die Investition in die Wirtschaft?
- Fördert oder behindert das Nationalparkprojekt die touristische Entwicklung in dem Gebiet?
- Fühlen Sie sich in Ihrer Bewegungsfreiheit und der Ausübung von Hobbies durch den Nationalpark beeinträchtigt?

Partizipation

- Wurde der Nationalpark von außen aufgezwungen?
- Wurde die Einrichtung des Nationalparks von den Einheimischen mitgetragen?
- Bezieht die Nationalparkverwaltung die Bevölkerung bei Ihren Entscheidungen zu wenig mit ein?
- Sollte das Tauschflächenprogramm Ihrer Meinung nach durch einen privaten Förderverein abgewickelt werden?
- Haben Sie die Vermutung, dass in dem Förderverein ehemalige Großgrundbesitzer was zu sagen haben?
- Ist das Gewässerrandstreifenprogramm Ihrer Meinung nach den Landwirten übergestülpt worden?
- Sind Ihnen die polnischen Partner bekannt?
- Wünschen Sie sich Kontakte?
- Sind die Konzepte seit der Zusammenlegung der Ministerien für Landwirtschaft und Umwelt besser oder schlechter geworden?
- Hat sich die Zusammenarbeit mit den Ministerien verbessert?

Konflikt und Konfliktlösungsstrategien

- Was halten Sie für die größten Konflikte?
- Was halten Sie von den Ausgleichsmaßnahmen?
- Welche Forderungen stellen Sie?
- Hätten Sie eine Idee, wie die Konflikte gelöst werden könnten?
- Ist das Aktionsprogramm des Vereins der Freunde des Unteren Odertals akzeptabel?
- Akzeptieren Sie, dass die Schutzzone 1 auf der deutschen Seite des Nationalparks die Hälfte der

Gesamtfläche umfassen soll?

- Benötigen Sie zur Existenzsicherung laufende Ausgleichszahlungen?
- Bekommen Sie Subventionen für Ihren Betrieb?
- Gibt es Einbußen bei der Fleisch- bzw. Wollqualität? Sie können ja die Tiere nicht auf die Weide schicken.

Sozioökonomische Lage des Betroffenen

- Ist dies eine GBR?
- Wie viel Mitglieder hat die GBR?
- Haben Sie noch Arbeitskräfte, die Sie beschäftigen?
- Gesamte Fläche, die Ihnen zur Verfügung steht (außerhalb der Deiche, die öffentlich sind)? Wie viel Hektar sind das ungefähr?
- Ist das überwiegend Pachtland?
- Tierbestand. Wie viel Tiere haben sie insgesamt?
- Wie lange werden Sie aufgezogen, wann werden Sie verkauft?
- Höhe der Investitionen seit Gründung des Betriebes nach der Wende?
- Haben Sie einen Kredit aufgenommen?
- Mit welcher Bank arbeiten Sie zusammen?
- Gesamteinkommen? Wie viel davon ist Gewinn?
- Wie viel haben Sie brutto umgesetzt?
- Wie viel DM/Jahr erhalten Sie aus der Beibehaltung einer erschwerten Bewirtschaftung von überflutungsgefährdeten Flussauengrünland?
- Wie sehen Sie die Perspektive der Landwirtschaft?
- Haben Sie außer der Bewirtschaftung noch andere Aktivitäten, um den Betrieb auf eine breitere Basis zu stellen?

## 8.1.2 Tourismus

### 8.1.2.1 Touristische Leistungsträger

0 Art des Gewerbes

- Betreiben Sie eine Pension oder ein Hotel?
- Seit wann besteht der Betrieb?
- Wie hoch ist Ihre Betten- oder Zimmerauslastung?
- 
- Vermieten Sie ihr Zimmer auf privater Basis?
- Seit wann besteht der Betrieb?
- Wie hoch ist Ihre Betten- oder Zimmerauslastung?
- Wie viel haben Sie in den Vermietungsbereich investiert?
- Hat die Einrichtung des Nationalparks bei Ihrer Investitionsentscheidung eine Rolle gespielt?
-



- Besitzen oder führen Sie eine Gaststätte?
- Seit wann besteht Ihr Betrieb?

1. Einstellungen zum Naturschutz

- Ist Ihnen der Nationalpark
- sehr wichtig
- wichtig
- weniger wichtig
- gleichgültig
- wird abgelehnt
- k.A.
- 
- Unter einem Nationalpark verstehe ich vor allem
- Wildnis, d.h. eine Landschaft, die sich selbst überlassen bleibt
- eine z.T. bewirtschaftete Kulturlandschaft, d.h. vom Menschen gepflegt
- Zonen der Wildnis verbunden mit Kulturlandschaft
- einen Freizeitraum
- k.A.
- 
- Verbinden Sie mit der Region Unteres Odertal ein Heimatgefühl?
- ja
- nein
- 
- Gefällt Ihnen die Landschaft Unteres Odertal?
- ja
- nein
- wenn ja: was gefällt Ihnen?
- 
- Stellt der Nationalpark Unteres Odertal eine „Chance für die Region“ dar?
- ja
- nein
- falls nein: was fehlt?
- 
- Ist der Nationalpark Unteres Odertal eine Visitenkarte der Nord-Ost-Uckermark, die die Region gut repräsentieren kann?
- ja
- nein
- 
- Wie würden Sie die Beliebtheit des Nationalparks Unteres Odertal einschätzen?
- Der Nationalpark ist bei uns Einheimischen unbeliebt
- Der Nationalpark ist bei uns Einheimischen beliebt
- teils-teils

- 
- Die Einrichtung eines Nationalparks ist ein langfristiges Vorhaben. Ist es der bis 2010 reichende Zeitplan Ihrer Meinung nach realistisch?
- realistisch
- unrealistisch
- falls unrealistisch: aus welchen Gründen?
- 
- Die Konflikte bei der Einrichtung des Nationalparks Unteres Odertal nehmen eher zu als ab. Es wird gesagt, dass diese Auseinandersetzungen eine erhebliche Belastung für die Naturschutzpolitik des Landes darstellen. Stimmen Sie dem zu?
- ja
- nein
- 
- 2. Maßnahmen
- Die mit der Realisierung des Nationalparks Unteres Odertal verbundenen hauptsächlichen Maßnahmen begrüße ich, akzeptiere ich notgedrungen oder lehne ich ab. (Gleich weiter mit 12, 13 und dort eintragen!):
- 
- Welche ist Ihrer Meinung nach die problematischste Maßnahme?
- 
- Welche Maßnahme ist Ihrer Meinung nach besonders begrüßenswert?
- 
- 3. Partizipation
- Welcher der folgenden Aussagen stimmen Sie zu?
- der Nationalpark wurde uns von außen aufgezwungen
- die Einrichtung des Nationalparks wurde von den Einheimischen mitgetragen
- teils-teils
- 
- Welcher Aussage stimmen Sie zu?
- die Nationalparkverwaltung bezieht die Bevölkerung bei ihren Entscheidungen zu wenig mit ein
- die Nationalparkverwaltung bezieht die Bevölkerung in ausreichendem Maße in ihre Entscheidungen mit ein
- teils-teils
- 
- Sollte das Tauschflächenprogramm Ihrer Meinung nach durch einen privaten Förderverein abgewickelt werden?
- Ja. Wenn ja: warum?
- Nein. Wenn nein: warum?
- weiß nicht
- 
- Ist das Gewässerrandstreifenprogramm, Ihrer Meinung nach, den Landwirten übergestülpt worden?
- ja

- nein
- teils-teils
- weiß nicht
- 
- Von wem, glauben Sie, werden Ihre Interessen am besten vertreten?
- 
- Hätten Sie Interesse, bei der Gestaltung des Programms des Nationalparkzentrums in Criewen mitzuwirken?
- ja
- nein
- wenn ja, was schlagen Sie vor?
- 
- Die polnischen Partner des Nationalparks sind mir
- bekannt
- unbekannt
- ich wünsche nähere Kontakte
- 
- Seit der Zusammenlegung der Ministerien für Landwirtschaft und Umwelt sind die Konzepte besser/schlechter geworden oder gleich geblieben?
- besser
- gleich
- schlechter
- weiß nicht
- 
- Erhoffen Sie sich Verbesserungen im Tourismusbereich durch dieses neue Ministerium?
- ja
- nein
- wenn ja: welche?
- 
- 4. Konflikte und Konfliktlösungskonzepte
- Welches sind die wichtigsten Konflikte für Sie?
- 
- Welche Forderungen stellen Sie?
- 
- Wie könnten Ihrer Ansicht nach die Konflikte gelöst werden?
- 
- Akzeptieren Sie, dass die Schutzzone I (Totalreservat) auf der deutschen Seite des Nationalparks die Hälfte der Gesamtfläche umfassen soll?
- ja
- nein
- weiß nicht
-

- Auf welche Weise beeinflusst der Nationalpark die Entwicklung des Unteren Odertals?
- 
- Hat sich Ihre persönliche Situation durch die Einrichtung des Nationalparks
- verbessert?
- Verschlechtert?
- ist gleichgeblieben?
- Begründung:
- 
- Vielen Dank für das Gespräch.

### 8.1.2.2 Besucher

Einleitende Begrüßungssätze

- Zunächst stellen wir Ihnen einige Fragen zu Ihrer Herkunft und Anreise
- 
- Sie sind zu Besuch hier (im Unteren Odertal). Woher kommen Sie:
- Berlin
- Brandenburg
- Andere Bundesländer
- Polen
- 
- Wie lange bleiben Sie in der Region:
- Machen Sie einen Tagesausflug?
- Oder übernachten Sie hier?
- wenn ja: wie viele Nächte?
- 
- Und wo:
- Zimmervermietung
- Pension
- Hotel
- 
- Mit wem sind Sie gekommen:
- Allein
- Zu zweit
- Wenn ja: mit Partner/in?
- Mit Familie
- In einer Gruppe
- 
- Mit welchem Verkehrsmittel sind Sie angereist?
- PKW
- Bahn

- Bus
- Sonstige:
- 
- Welcher Altersgruppe gehören Sie an?
- Bis 20
- 21 bis 40
- 41 bis 60
- 61 und älter
- 
- Was sind Sie von Beruf?
- 
- Wie haben Sie vom Nationalpark Unteres Odertal erfahren:
- Selbst entdeckt
- Durch Freunde oder Verwandte
- Aus der Zeitung
- Aus Radio, Fernsehen
- Durch das Internet
- Durch Werbebroschüren
- Sonstiges
- 

Jetzt einige Fragen über den Grund Ihres Besuches

- Warum sind Sie gerade ins *Untere Odertal* gekommen:
- Wegen der schönen Landschaft
- Weil die Natur noch intakt ist
- Weil es ein Großschutzgebiet ist
- Sonstiges
- 
- Was gefällt Ihnen hier am besten?
- 
- Was gefällt Ihnen weniger gut?
- 
- Wie bewegen Sie sich hier fort?
- Mit dem Fahrrad
- Zu Fuß
- Sonstiges
- 
- Wie verbringen Sie Ihre Zeit im Unteren Odertal?
- Spazieren
- Radfahren
- Vögel oder Natur beobachten
- Angeln

- Boot fahren
- In ein Gasthaus einkehren
- Sonstiges
- 
- Wie viel Geld haben Sie dafür ausgegeben oder eingeplant?
- (nach genannten Aktivitäten aufschlüsseln!)
- 
- Zum Schluss würden wir gern wissen, wie wohl Sie sich hier fühlen:
- 
- Sind Sie mit dem touristischen Angebot im Unteren Odertal zufrieden?
- Ja
- Nein
- Unentschieden/weiß nicht
- Warum?
- 
- Was sollte verbessert werden? Was fehlt Ihnen?
- 
- Ganz konkret gefragt, sind Sie zufrieden mit:

	zufrieden	unzufrieden	teils-teils
Naturschutz und Naturpflege			
Fuß- und Radwegen			
Beschilderung			
Führungen			
Freizeitangebot			
Überwachung durch die Ranger			
Nationalparkverwaltung			
Übernachtungsangebot			
Gaststättenangebot: Mahlzeiten			
Kaffeetrinken			

- 
- Waren Sie schon einmal hier?
- Nein
- Ja
- 
- Wenn ja: wie oft (circa)?
- 
- Wann?
- 
- Was hat sich seit früher verbessert?
-

- Was hat sich seit früher verschlechtert?
- Haben Sie vor, wiederzukommen?
- Nein
- Ja
- Wenn ja, wann?
- 
- Wir danken Ihnen für die Beantwortung unserer Fragen und wünschen Ihnen noch einen schönen Aufenthalt.

### 8.1.3 Sonstige

Einleitende Begrüßungssätze:

Mein Name ist (...). Ich bin Mitarbeiter/Student der Freien Universität Berlin am Institut für Soziologie.

Wir sind eine Arbeitsgruppe der Freien Universität und befassen uns im Rahmen der studentischen Ausbildung mit den Veränderungen der Lebensbedingungen der letzten zehn Jahre im weiteren Berliner Umland.

Da die Konflikte um den Nationalpark Unteres Odertal selbst in den Berliner Tageszeitungen erörtert werden, beschäftigen wir uns zur Zeit mit diesem Nationalpark. Dabei interessiert uns, welche Bedeutung der Nationalpark für die Menschen dort hat. Zu diesem Zweck sind wir jetzt eine ganze Woche hier in der Region - wir wohnen in Criewen in der Wanderherberge Villa Siebenpunkt - und führen mit den verschiedensten Leuten Interviews. Wir möchten daher auch Sie bitten, uns einiges über sich, die Region und den Nationalpark zu erzählen und uns einige Fragen zu beantworten. Damit würden Sie uns sehr helfen.

Die Ergebnisse unserer Befragungen werden selbstverständlich vertraulich behandelt. Auch Ihr Name wird nicht in unserem Bericht erwähnt. Wenn Sie wollen, erhalten Sie den Bericht in Kurzfassung nach seiner Fertigstellung kostenlos zugesandt.

Das Gespräch könnte so 90 Minuten in Anspruch nehmen. Um die vielen Interviews, die wir führen, auch auswerten zu können, würden wir das Gespräch gerne mit einem kleinen Tonbandgerät aufzeichnen. Sind Sie damit einverstanden?

Zunächst brauchen wir einige Vorinformationen. Dazu wäre es schön, wenn Sie sich kurz vorstellen und einige Angaben zu Ihrer Person machen könnten (2-6)

#### 1. Individuelle Lebenslage

- Wie alt sind Sie? (evt. zum Schluss)
- Leben Sie schon immer im Ort?
- Sind Sie hier zur Schule gegangen? Wann? Berufsausbildung? Wo absolviert?
- Was arbeiten Sie im Moment?
- Was haben Sie bis zu Ihrer jetzigen Tätigkeit gemacht?
- Wie viele Personen wohnen in Ihrem Haushalt?
- Wie hoch ist Ihr monatliches Haushaltseinkommen gemessen an den folgenden Werten? (evt. zum Schluss)
- Unter 1000

- 1000 - 1800
- 1800 - 3000
- 3000 - 5000
- mehr als 5000
- 
- Wie wir anfangs schon gesagt haben, sind wir hier, um etwas über die Veränderungen in der Region zu erfahren.

## 2. Regionale Veränderungen

- OF1: Wie hat sich aus Ihrer Sicht in den letzten 10 Jahren das Leben hier in der Region geändert?
- Und welche Bedeutung hat dabei der NATIONALPARK?

### Wirtschaftlich

- OF2: Was würden Sie sagen, hat sich seit der Wende in wirtschaftlicher Hinsicht hier in der Region am deutlichsten verändert (z.B. in den Bereichen Industrie, (traditionellem) Handwerk, Fischerei oder Tourismus)?
- Spielt die Einrichtung des NATIONALPARK bei der wirtschaftlichen Veränderung eine Rolle?
- 
- Welche Bevölkerungsgruppen profitieren von der wirtschaftlichen Entwicklung und dem NATIONALPARK besonders? Welche haben Nachteile erfahren (Jüngere, Ältere, Reiche, Arme, Frauen, Männer)?
- Haben sich viele Ihrer Bekannten oder Freunde auch woanders Arbeit gesucht? Mussten diese dafür den Wohnort wechseln? Wohin?
- Kommen inzwischen auch wieder welche zurück? Wenn ja, woran könnte das liegen?
- Haben Sie den Eindruck, dass die Region seit der Wende genügend durch öffentliche Mittel unterstützt wurde? Durch wen/ wen nicht?
- Würden Sie sagen, dass es nach der Wende weniger oder mehr arme Haushalte im Dorf/der Region gibt?

### Ressourcenausstattung/ Engpässe

- OF3: Wenn Sie an die regionale Infrastruktur denken - also z.B. Kindergärten, Lebensmittelgeschäfte, Gaststätten, Jugendclubs, Kinos oder dergleichen - wie hat sich das nach der Wende für Sie geändert, verbessert oder verschlechtert?
- 
- Was bringt der NATIONALPARK Ihnen und den Bewohnern an Positivem/Negativem
- Wie hat sich die Bewegungsfreiheit im ehemaligen Grenzgebiet verändert? Konnte man früher überall hin? Und wie ist das heute?
- 

### Soziales

- OF4: Wie hat sich das Zusammenleben, die Stimmung im Dorf/ der Region verändert?
- 

### Soziales Klima

- Hat sich seit der Wende das Verhältnis zu den Nachbarn und Freunden geändert? Sieht und hilft



man sich heute öfter/seltener?

- Haben Sie den Eindruck, dass man die Dinge im Dorf gemeinsam macht - gegenseitige Unterstützung, Dorffeste? War das vor der Wende anders/genauso?

Vereine/ Strukturen/Akteure

- Diejenigen, die derzeit die Dinge im Dorf "bewegen" - sagen wir die besonders Aktiven - waren die auch schon vor der Wende so aktiv bzw. in ähnlichen Positionen? Wer sind die Entscheidenden "Macher" hier in der NATIONALPARK-Region?
- Welche Vereine bzw. Interessensvertretungen wurden nach der Wende gegründet? Warum?
- In welchem Verein/ Interessensgemeinschaft gibt es die größte Zustimmung/Ablehnung zu den Zielen des Nationalparks?

•

Konflikte und Konfliktlösungen

- OF5: Welches sind die wichtigsten Konfliktpunkte im NATIONALPARK? Zwischen wem?
- 
- Welche Einzelmaßnahme<sup>34</sup> des Nationalparks ist am problematischsten?
- Inwieweit sind Sie von der Ausweisung der Totalreservatzonen konkret betroffen? Können Sie z.B. nicht mehr überall hin, wohin Sie wollen?
- Welche Forderungen haben Sie im Hinblick auf die weitere Entwicklung des NATIONALPARK?
- Wie könnten Ihrer Ansicht nach die wesentlichen Konflikte im NATIONALPARK gelöst werden?
- Was ist bislang an Positivem bei der Konfliktbewältigung erreicht worden?

Partizipation/Engagement

- OF6: Ist es schwierig, sich in der Region an der Entwicklung zu beteiligen?
- 
- Sind Sie in einem Verein oder einer Interessensgemeinschaft Mitglied bzw. aktiv, der/die sich z.B. mit dem NATIONALPARK befasst? In welchem? Grund für die Aktivität?
- Wie beurteilen Sie Ihre Einflussmöglichkeiten auf die Entwicklung im Dorf/der Region/ im NATIONALPARK und wie hat sich das gegenüber früher geändert?
- Wurden Sie an der Entwicklung des Nationalparks einbezogen? Wurden andere mehr beteiligt?
- Von wem glauben Sie, werden Ihre Interessen am besten vertreten?
- Welche Rolle spielt dabei der Förderverein und die Interessengemeinschaft für Ihre Beteiligungsmöglichkeiten?
- Besteht Klarheit über das weitere Vorgehen im NATIONALPARK?

3. Ziele, Wünsche, Bedürfnisse und Erwartungen

- OF7: Wenn Sie Ihre Lebenssituation betrachten, sind Sie damit zufrieden?
- 
- Was fehlt Ihnen besonders? Was finden Sie besonders gut?
- Ändern sich die Dinge hier zu schnell/zu langsam? Welche besonders? Was würden Sie am Nationalpark am schnellsten ändern?

---

<sup>34</sup> Einrichtung einer Totalreservatzzone, Gewässerrandstreifenprogramm, Nationalparkzentrum Criewen, Neuer Grenzübergang, PEPL, Verpachtung von Flächen mit Auflagen, Tauschflächen realisiert bis 2004, Wegekonzept, Fischereikonzept.

- Alles in allem, wie sehen Sie Ihre eigene Zukunft hier im Nationalpark?
- Was würden Sie gerne machen, im nächsten Jahr und in den nächsten Jahren?
- Was glauben Sie, denken andere über Ihre Region, z.B. potentielle Investoren, Touristen? Ist Ihnen das wichtig?

## 8.2 IUCN-Kategorien II und IV

IUCN steht für *International Union for the Conservation of Nature and Natural Resources*. Es ist eine aus staatlichen und nicht-staatlichen zusammengesetzte Organisation aus derzeit 125 Staaten.

Im folgenden die zwei für diesen Text wichtigen Kategorien, welche aus folgender Quelle stammen: [www.wcmc.org.uk/protected\\_areas/data/sample/iucn\\_cat.htm](http://www.wcmc.org.uk/protected_areas/data/sample/iucn_cat.htm) Insgesamt existieren sechs Kategorien.

### IUCN Protected Areas Management Categories

IUCN has defined a series of protected area management categories based on management objective. Definitions of these categories, and examples of each, are provided in Guideline for Protected Areas Management Categories (IUCN 1994).

Category II: National Park: protected area managed mainly for ecosystem protection and recreation

Definition: Natural area of land and/ or sea, designated to (a) protect the ecological integrity of one or more ecosystems for present and future generations, (b) exclude exploitation or occupation inimical to the purposes of designation of the area and (c) provide a foundation for spiritual, scientific, educational, recreational and visitor opportunities, all of which must be environmentally and culturally compatible.

Category V: Protected Landscape/ Seascape: protected area managed mainly for landscape/ seascape conservation and recreation

Definition: Area of land with coast and sea as appropriate, where the interaction of people and nature over time has produced an area of distinct character with significant aesthetic, ecological and/ or cultural value, and often with high biological diversity. Safeguarding the integrity of this traditional interaction is vital to the protection, maintenance and evolution of such area.

## 9 Literatur

- BALTIC BRIDGE (1999) *Background* <<http://www.balticbridge.net/Background.htm>> 02.06.2001
- BERNIEN, M. (1994) "Umbruch der Arbeit in der Landwirtschaft der neuen Bundesländer". 357-374 in: SCHMIDT, RUDI, LUTZ, BURKART (Hrsg.): *Chancen und Risiken der industriellen Restrukturierung in Ostdeutschland*. Berlin: Akademie Verlag
- BEZIRKSAMT DER WOIEWODSCHAFT ZACHODNIO- POMORSKIE (1993) Amtsblatt der Woiewodschaft Zachodnio-Pomorskie, Ausgabe 2, Stettin
- COFAD (1999) Fischereikonzeption zur Erarbeitung einer Fischereiverordnung im Nationalpark „Unteres Odertal“, Brandenburg. Endbericht. Erstellt im Auftrag der Landesanstalt für Großschutzgebiete Eberswalde, Brandenburg. Planungsgemeinschaft Froelich & Sporbeck und Cofad GmbH Beratungsgesellschaft für Fischerei-, Aquakultur- und ländliche Entwicklung mbH, Hauptstr. 41, D-82327 Tutzing
- CR PLANNING (1994) Entwicklung des Nationalparks Unteres Odertal mit den Schwerpunkten Wirtschaft, Vermarktung und Akzeptanzsteigerung. Erarbeitet für die Landesanstalt für Großschutzgebiete (LAGS), Eberswalde. Eberswalde/Berlin: LAGS.
- DEUTSCH-POLNISCHER INTERNATIONALPARK UNTERES ODERTAL (1995) Erklärungen und Beschlüsse des Deutsch-Polnischen Umweltrates zum Internationalpark "Unteres Odertal", die Verordnung des Woiewoden von Szczecin zum Landschaftspark vom 01.04.1993 und das Gesetz zur Errichtung eines Nationalparks "Unteres Odertal" vom 27.06.1995, Berlin
- DYREKCJA PARKU KRAJOBRAZOWEGO DOLINA DOLNEJ ODRY I CEDYNSKIEGO PARKU KRAJOBRAZOWEGO (1996) Broschüre "Park Krajobrazowy – Dolina Dolnej Odry", 74 – 100 Gryfino
- EUROREGION POMERANIA (1999) Homepage <<http://www.pomerania.net/index1.cfm>> 02.06.2001
- FIETKAU, H.-J. UND H. WEIDNER (1995) *Umweltmediation. Erste Ergebnisse aus der Begleitforschung zum Mediationsverfahren im Kreis Neuss* ZfU 4/95: 451-480
- GFL – PLANUNGS- UND INGENIEURGESELLSCHAFT GmbH (2000) *Agrarstrukturelle Entwicklungsplanung Nationalpark Unteres Odertal*. Potsdam, GFL
- GRUPPE ARBEIT + ÖKOLOGIE (2000a) *Wege in eine Nachhaltige Zukunft*. Düsseldorf: Hans Böckler Stiftung
- GRUPPE ARBEIT + ÖKOLOGIE (2000b) "Arbeit und Ökologie, Perspektiven einer nachhaltigen Arbeitsgesellschaft" in *WZB Mitteilungen* 89: 20-37.
- HÜBINGER, W. und NEUMANN, U. (1998) *Menschen im Schatten, Lebenslagen in den neuen Bundesländern*. Freiburg i.B.: Lambertus.
- IUS – INSTITUT FÜR UMWELTSTUDIEN, WEISSER UND NESS GmbH (1999): *Pflege und Entwicklungsplan Unteres Odertal*. Heidelberg/ Potsdam/ Kandal: Weisser und Ness GmbH.
- KÄCHELE, H. (1999) „Auswirkungen großflächiger Naturschutzprojekte auf die Landwirtschaft.“ Frankfurt (Main): *Agrarwirtschaft*, Sonderheft 163
- KAPPHAN, A. (1996) "Wandel der Lebensverhältnisse im ländlichen Raum", 216-251 in STRUBEL, W., GENOSKO, J., BERTRAM, H., FRIEDRICHS, J., GANS, P., HÄUSSERMANN, H., HERLYN, U., SAHNER, H. (Hg.): *Städte und Regionen – Räumliche Folgen des Transformationsprozesses*. Opladen: Leske + Budrich
- KLEMM, K. (1999) *Das Ausflugsverhalten der Berliner 1998 im Lande Brandenburg*. Berlin: Institut für Tourismus der Freien Universität (Unveröffentlichtes Papier)
- KLEMM, K. UND M. WEDEPOHL (1994) Tourismusedwicklungsplan für den Nationalpark "Unteres Odertal". Gutachten im Auftrag der Landesanstalt für Großschutzgebiete Brandenburg. Berlin: Freie Universität Berlin, Institut für Tourismus.
- KRONAUER, M. (1997) "'Soziale Ausgrenzung' und 'Underclass': Über neue Formen gesellschaftli-

- cher Spaltung" in *Leviathan* 25 (1): 28-49
- KÜRZINGER, E. (1997) "Nachhaltige Entwicklung", 385-409 in SCHULZ, MANFRED (Hg.): *Entwicklung, die Perspektive der Entwicklungssoziologie*. Opladen: Westdeutscher Verlag
- MAYRING, P. (1995) *Qualitative Inhaltsanalyse. Grundlagen und Techniken*. Weinheim: Deutscher Studienverlag
- MINISTERIUM FÜR LANDWIRTSCHAFT, UMWELTSCHUTZ UND RAUMORDNUNG (MLUR) (1999) *Entwurf des Handlungskonzeptes des Ministeriums für Landwirtschaft, Umweltschutz und Raumordnung zur weiteren Entwicklung des Nationalparks Unteres Odertal und zur Umsetzung des Gewässerrandstreifenprogramms*. Potsdam: MLUR
- MINISTERIUM FÜR LANDWIRTSCHAFT, UMWELTSCHUTZ UND RAUMORDNUNG (MLUR) (2000). *Agrarstrukturelle Entwicklungsplanung. NP Unteres Odertal*. Entwurf. (Erstellt von der GFL Planungs- und Ingenieurgesellschaft im Auftrag des Amtes für Flurneuordnung und ländliche Entwicklung Prenzlau). Potsdam: MLUR
- MINISTERIUM FÜR LANDWIRTSCHAFT, UMWELTSCHUTZ UND RAUMORDNUNG (MLUR) (2001) *Naturverträglicher Tourismus: Wirtschaftsfaktor für Brandenburg*. <[http://www.brandenburg.de/land/mlur/n/n\\_touris.htm](http://www.brandenburg.de/land/mlur/n/n_touris.htm)> 02.06.2001
- NATIONALPARKVERWALTUNG UNTERES ODERTAL (2001) Jahresbericht 2000. Nationalparkverwaltung Unteres Odertal, Bootsweg 1, 16303 Schwedt
- OFFERMANN, V. (1997) Gespaltene Ungleichheit - Zur Entwicklung der Verteilungsverhältnisse in den neuen Bundesländern. In: ZERCHE, J. (Hrsg.) (1997): *Warten auf die Soziale Marktwirtschaft. Ausbau oder Abbau der sozialen Lage in den neuen Bundesländern*. S. 99 – 121. Regensburg: Transfer Verlag
- POLLACK, D. (2000) Pressemitteilung zur Untersuchung: *Einstellung zum politischen System und zur Religion in Ost- und Südeuropa*: Mölln/Frankfurt (Oder), Pressemitteilung der Europa-Universität Frankfurt (Oder)
- RAWLS, J. (1979) *Eine Theorie der Gerechtigkeit*. Frankfurt (Main): Suhrkamp
- RRZN – Regionales Rechenzentrum Niedersachsen (2000) *SPSS für Windows*. Hannover: RRZN
- STADT SCHWEDT (ODER) (2000) *Statistischer Jahresbericht 1999*. Schwedt (Oder): Stadt Schwedt (Oder)
- STADT SCHWEDT (ODER), DER BÜRGERMEISTER (1999) *Brief an Land Brandenburg, Ministerpräsident Herrn Dr. Manfred Stolpe vom 19.08.1999*
- STADT SCHWEDT (ODER), DER BÜRGERMEISTER (2000) Statistische Information. Prognosen über die Entwicklung der Einwohnerzahlen in Schwedt (Oder) in den Jahren 2000 bis 2020. Stadt Schwedt (Oder)
- STOLL, S. (1999) *Akzeptanzprobleme bei der Ausweisung von Großschutzgebieten*. Frankfurt (Main): Peter Lang
- VEREIN DER FREUNDE DES DEUTSCH-POLNISCHEN INTERNATIONALPARKS UNTERES ODERTAL e.V. (1996) Broschüre "Deutsch-Polnischer Internationalpark Unteres Odertal", 16306 Schloss Zützen: Verein der Freunde des Deutsch-Polnischen Internationalparks Unteres Odertal e.V.
- WOIEWODE STETTIN (1996) Anordnungen Nr. 3, Stadt Stettin: Der Woiewode